DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 26. Februar 1986 - D ★★★

Nr. 48 - 9.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:





Die Deutschen und die Franzosen sind Freunde geworden. Doch die Franzosen haben noch zu lernen, daß sie von uns nicht verlangen können, auf Dauer die Risiken der Verteidigung Frankreichs nach Osten zu tragen. Das schreibt Helmut Schmidt in seinem Buch „Eine Strategie für den Westen", aus dem die WELT heute die vierte Folge abdruckt. Seite 8

Haben sich die europäischen NATO-Partner nicht genügend angestrengt, ihre Rolle in der Strategie des Westens gegenüber dem Ostblock zu formulieren? Wird immer noch zu national und nicht europäisch genug gedacht? Ein WELT-Interview mit den früheren britischen Premierministern Edward Heath (Konservative) und James Callaghan (Labour). Seite 6

POLITIK

RIAS: Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen ist nach Abschluß seiner Gespräche in Washington optimistisch, daß alle offenen Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung eines RIAS-Fernsehprogrammes gelöst werden können.

Anhörung: 33 Sachverständige hat der Bundestagsausschuß für Arbeit zu einer zweitägigen Anhörung über den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes geladen. (S. 4)

Abrüstung: Kanzleramtsminister Schäuble hat den „DDR"-Abrüstungsbeauftragten Krabatsch zu einem Gespräch empfangen. Heute spricht Bundesaußenminister Genscher mit dem „DDR"-Vertreter.

Fernsehen: Die beiden privaten Fernsehgesellschaften RTL plus und SAT 1 könnten nach Auffassung von Bertelsmann-Vorstandsmitglied Lahnstein eine wesentlich größere Zuschauerzahl erreichen, wenn ihnen neben dem Kabel auch andere Verbreitungsmöglichkeiten – wie der Satellit TV-SAT – zur Verfügung stünden.

Forum: Niedersachsens CDU-Regierung und Hannovers Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) sind sich einig, in der Landeshauptstadt ein „Forum für Kunst und Kultur in der DDR" einzurichten. (S. 4)

Honecker: Aus dem Ostblock kommen Signale, die auf einen Besuchs Honeckers in der Bundesrepublik in nicht zu ferner Zukunft hinweisen. Nach Auffassung des polnischen Parteiorgans „Trybuna Ludu" könnte die Sindermann-Visite in Bonn „einen Besuch des Staatsoberhaupts der DDR erleichtern".

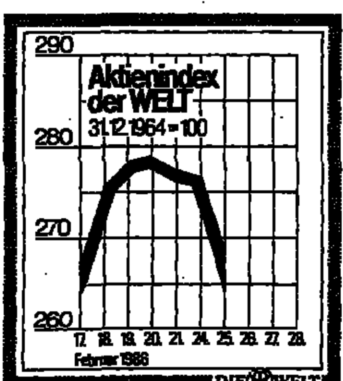
Ausgewiesen: Die Alliierte Kommandantur hat vier in der „DDR" akkreditierte nordkoreanische Diplomaten wegen „undurchsichtiger Waffenschäfte" aus dem Westteil Berlins ausgewiesen. Sie sollen Teile amerikanischer Hubschrauber in den Osten geschmuggelt haben.

Afghanistan: Als Polizisten verkleidete afghanische Widerstandskämpfer haben östlich von Kabul 30 sowjetische Fallschirmjäger gefangengenommen.

WIRTSCHAFT

Öl: An den Spot-Märkten ist es binnen kurzer Frist zu einem erheblichen Preisanstieg gekommen, die britische Ölwirtschaft atmet auf. Der Grund: Das Opec-Kartell unter Führung von Saudi-Arabien hat offenbar seinen Preiskampf gegen die unabhängigen Erdöl-Länder aufgegeben. (S. 13)

Börse: Der schwache Dollar hat an den Aktienmärkten zu erheblicher Verunsicherung geführt. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 268,22 (276,98). BHF Rentenindex 106,218 (106,166). BHF Performance Index 102,044 (101,966). Dollarmittelkurs 2,2550 (2,2880) Mark. Goldpreis pro Feinunze 352,40 (341,80) Dollar.



KULTUR

Stilgefühl: Jean-Pierre Ponnelle hat Rossinis „Otello" am Teatro La Fenice in Venedig mit leichter Hand realisiert, mit feindosierter Komik und Ironie. (S. 23)

Pop Ost: Popmusik-Journale zwischen Ost-Berlin und Moskau, das ist Lust und Last der Partei. Ein Motto: „Singen – das heißt kämpfen". (S. 23)

SPORT

Ski: Den vierten Sieg feierte der Jugoslawe Petrovic beim neunten Weltcup-Slalom dieses Winters in Lillehammer (Norwegen). Zweiter wurde der Schwede Stenmark.

Bob: Der Schweizer Erich Schärer (39), einer der erfolgreichsten Bobfahrer aller Zeiten, wird von Verbandspräsident Kotter als Bundestrainer favorisiert.

AUS ALLER WELT

Hans Bertram: Die Sehnsucht nach Abenteuer und der Mut zu immer neuen Taten bestimmten sein Leben. Heute wird der Flugpionier 80 Jahre alt. Unvergessen sein abenteuerlicher Flug 1932 mit einer umgebauten Junkers W 33 um die halbe Welt mit Bruchlandung und Rettung. (S. 24)



Kälte: Deutschland, ein Wintermärchen – ein zauberhaftes und ein grausames zugleich. (S. 24)

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Marcos gibt auf. USA bieten Aquino Zusammenarbeit an

Kämpfe während der Vereidigung der Präsidentin / Mindestens zwölf Tote

J. HEHN/DW. Manila

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat aufgegeben. US-Außenminister George Shultz bestätigte gestern in Washington dessen Rücktritt. Die USA hätten auch die neue Regierung unter Corazon Aquino anerkannt und stünden bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten, sagte Shultz. Wohin sich der Präsident mit seiner Familie wenden wolle, wisse man allerdings nicht. Der Außenminister erklärte, Marcos sei in den Vereinigten Staaten willkommen.

Die US-Fernsehgesellschaft CBS hatte zuvor gemeldet, Marcos sei in die USA abgeflogen. Reagans Pressesprecher, Larry Speakes, wollte derartige Berichte zu diesem Zeitpunkt nicht bestätigen. „Wir wissen, was vorgeht, aber wir sprechen nicht darüber", sagte Speakes. Präsident Reagan hatte seinen Sonderbeauftragten Philipp Habib schon vorher ein weiteres Mal nach Manila geschickt.

Vor der Abreise von Marcos aus der philippinischen Hauptstadt zum US-Luftwaffenstützpunkt Clark hatten die beiden Anführer der Militärrevolte, Fidel Ramos und Juan Ponce Enrile, mit ihm erste Verhandlungen über die Bedingungen des Machtwechsels aufgenommen. Nach einem Telefongespräch mit Marcos sagte Enrile vor Journalisten, er habe dem Präsidenten für das Verlassen des Landes sicheres Geleit zugesagt.

Der Rücktritt des Präsidenten kündigte sich an, als rund 1000 Marineinfanteristen gestern den Präsidialpalast Malacanang verließen. Ihr Kommandant, Oberst Cesaro Fortuno, erklärte, der „Krieg ist zu Ende". Seine Männer würden jetzt in ihre Unterkünfte zurückkehren und sich dem Kommando Enriles unterstellen.

SEITEN 3 UND 5
Weitere Berichte

Am Morgen hatte die Oppositionsführerin den Amtseid als Präsident abgelegt und die ersten Mitglieder ihrer neuen Regierung ernannt, darunter Enrile als Verteidigungsminister. Der als Vizepräsident vereidigte Salvador Laurel wurde mit dem Amt des Ministerpräsidenten betraut. Generalleutnant Fidel Ramos erhielt den Oberbefehl über die Streitkräfte.

Während der Vereidigung war es in Manila zu Kämpfen zwischen Marcos-treuen Soldaten und den „Neuen Streitkräften" gekommen, die Frau Aquino unterstützen. Ein Hubschrauber der „Neuen Streitkräfte" hatte das Gebäude der letzten drei Fernsehsender angegriffen, die Marcos bis zuletzt treu geblieben waren. Dabei kamen mindestens zwölf Menschen ums Leben.

Die in einem Gebäude im Stadtteil Quezon City untergebrachten Sender hatten zuvor versucht, die Vereidigung von Marcos direkt aus dem Malacanang-Palast zu übertragen. Noch vor der eigentlichen Zeremonie wurde die Sendung abgebrochen, so daß die Vereidigung von Marcos praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand.

Nach Einschätzung eines hochrangigen Beamten des US-Außenministeriums hat sich die Sowjetunion einen „Gipfel an Dummheit" erlaubt, als sie als erster Staat nach der Stimmauszählung Marcos zur Wiederwahl gratulierte.

DER KOMMENTAR

Ohne Substanz

CARL GUSTAF STRÖHM

Der in üblicher Länge und mit großer Geschwindigkeit verlesene Rechenschaftsbericht von Michail Gorbatschow vor dem 27. Moskauer Parteitag gibt einige Rätsel auf. Neue Formulierungen sind nicht zu überhören – etwa wenn er davon spricht, daß weder ein Staat allein noch eine Gruppe von Staaten die gegenwärtigen Weltprobleme lösen können. Deshalb sei eine Neuinterpretation des Begriffs der friedlichen Koexistenz notwendig.

Im nächsten Atemzug aber benutzt der Generalsekretär alle Begriffe aus dem sowjet-kommunistischen ideologischen Arsenal, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der nichtkommunistischen Welt unmöglich erscheinen lassen. Er spricht von den „amerikanischen Imperialisten", die durch einen „Abgrund" vom Rest der Menschheit getrennt seien. Er bekennt sich zur Solidarität mit den „Befreiungsbewegungen" und den Revolutionen in aller Welt. Nimmt er das ernst, dann sind Konfrontationen mit den Amerikanern unvermeidlich.

Seine Vorschläge, alle fünf Atommächte – Sowjetunion, USA, Großbritannien, Frankreich und China – an einen Konferenztisch zu bringen und außerdem noch eine Weltkonferenz für wirtschaftliche Gerechtigkeit einzuberufen, sehen nach Manövern aus – um Zeit zu gewinnen und Verwirrung zu stiften.

Es war keine zu neuen Ufern weisende Rede, denn es fehlte ihr an Substanz. Man müsse die Kultur hochhalten, sagte Gorbatschow – dann fügte er hinzu: Aber man müsse auch kontrollieren, welche Kultur und welche Informationen unters Volk gebracht werden. Höchster Wert für den sowjetischen Kommunisten sei der Mensch und sein Leben – aber gleichzeitig sitzen Tausende von Regimekritikern im Lager und werden Auswanderungswillige gewaltsam zurückgehalten.

Lenin hat einst den Begriff der „Atempause" (Peredyschka) geprägt. Auch Gorbatschow benötigt weltpolitisch eine solche Atempause. Dieser Mann steht vor fast unlösbaren Aufgaben im Innern seines Reiches. Vom Optimismus oder der Dickhäutigkeit seiner Vorgänger ist ihm nicht viel geblieben.

Gorbatschow rechnet mit Breschnew ab

Der Kreml-Chef zum Auftakt des Parteitages: Versäumnisse der Wirtschaftsbürokraten

DW. Moskau

KPdSU-Chef Michail Gorbatschow hat zum Auftakt des XXVII. Parteikongresses in Moskau das für dieses Jahr vorgesehene Gipfeltreffen mit US-Präsident Ronald Reagan in Frage gestellt, falls von dieser Begegnung keine konkreten Abrüstungsvereinbarungen zu erwarten seien. Es habe keinen Sinn, leere Gespräche zu führen, sagte der Kreml-Chef gestern vor den rund 5000 Delegierten des Parteitages in seinem mehr als fünfstündigen Rechenschaftsbericht. Mit diesen Äußerungen reagierte Gorbatschow direkt auf den nach seinen Worten vor zwei Tagen in Moskau übergebenen Brief Reagans an ihn, in dem der US-Präsident auf die jüngste Abrüstungsinitiative der UdSSR geantwortet hat.

Gorbatschow betonte ferner, daß die Lösung der Frage der Vernichtung von amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa unabhängig von Vereinbarungen auf den Gebieten der strategischen Waffen und der Weltraumrüstung sei. Gleichzeitig fügte er hinzu, daß Reagan in seinem Brief den Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa durch Hinweise auf die Haltung Großbritanniens und Frankreichs sowie durch Forderungen nach einer Abschwächung der sowjetischen Verteidigung im Osten des Landes bei gleichzeitiger Erhaltung der US-Streitkräfte in dieser Region blockiere.

SEITE 5:
Gorbatschow fordert Strenge

Auf dem Parteitag, der wahrscheinlich rund zehn Tage dauern wird, äußerte Gorbatschow deutliche Kritik an der Wirtschaftspolitik der Breschnew-Ära. Zugleich forderte er einen „tiefen Umbruch" der Wirtschaft seines Landes. In seiner von mehreren Pausen unterbrochenen Rede bemängelte der Kremlchef, daß in den 70er und Anfang der 80er Jahre die Probleme bei der Entwicklung der UdSSR schneller zugenommen hätten, als sie gelöst wurden. Man habe die Probleme nicht rechtzeitig erkannt und sei auf der Stelle getreten.

Der Generalsekretär: „Die Führung der KPdSU schätzt das Erreichte nach Gebühr, hält es jedoch für ihre Pflicht, mit der Partei und dem Volk ehrlich und offen von unseren Versäumnissen in der politischen und praktischen Tätigkeit, von den ungünstigen Tendenzen in der Wirtschaft und im sozial-geistigen Bereich sowie von den Ursachen solcher Erscheinungen zu sprechen."

Eine heftige Attacke führte der Generalsekretär gegen die Bürokraten. Er zitierte Lenin, der sich unter Berufung auf Marx und Engels über diejenigen lustig gemacht habe, die Formeln wiederholten und sie auf die jeweils konkrete wirtschaftliche und politische Lage anwendeten. Den Parteimitgliedern, die sich nicht mit den neuen Aufgaben abfinden wollten oder die darauf hofften, daß sich die Lage wieder beruhigen werde und doch alles beim alten bliebe, drohte Gorbatschow an, daß sie den Weg der Partei verlassen müßten.

Koalition treibt Privatisierung voran

Thema Lufthansa nach wie vor offen / Verkäufe bei Bundesbahn laufen nicht im gewünschten Tempo

ARNULF GOSCH, Bonn

Noch im Laufe dieses Jahres will der Bund seine Beteiligung an drei wichtigen Industrieunternehmen verringern: Im Juni sollen 40 Prozent des Grundkapitals (580 Millionen Mark) der VIAG AG und 47 Prozent des auf 60 Millionen Mark erhöhten Grundkapitals der Prakla-Seismos AG verkauft werden. Vom September an sollen darüber hinaus 45 Prozent des auf 110 Millionen Mark zu erhöhenden Grundkapitals der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) breit gestreut veräußert werden. Das kündigte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gestern bei Erläuterung seiner neuen Kabinettsvorlage über die weitere Privatisierungs- und Beteiligungspolitik des Bundes an.

Über die Konditionen werde noch verhandelt. Jedoch stehe schon jetzt fest, daß das Stimmrecht bei der in der Erdöl- und Erdgasexploration international tätigen Prakla-Seismos auf fünf Prozent beschränkt werden soll, um die Unabhängigkeit des Unternehmens zu wahren. Bei allen Teilprivatisierungen ist an die Ausgabe von Belegschaftsaktien gedacht, und die Emissionskonsortien werden unterschiedlich zusammengesetzt sein.

Den Verkaufserlös schätzt man im Bundesfinanzministerium allein bei dieser Transaktion auf rund 800 Millionen Mark, 340 Millionen Mark mehr, als hierfür im Haushalt angesetzt worden waren. Stoltenberg sieht hierfür aber keine neuen Verteilungsspielräume, da sowohl der sinkende Dollarkurs als auch die EG-Finanzen neue Anforderungen an den Haushalt nach sich ziehen würden.

Weitere Teil-Privatisierungen von jeweils 24,9 Prozent sind nach Stoltenbergs Angaben bei der bundeseigenen Deutschen Verkehrs-Kreditbank AG und bei der Schenker und Co. GmbH im Prinzip bereits beschlossen. Die Verkäufe bei Schenker könnten sich bis 1987 hinziehen.

Auch bei der Deutschen Pfandbriefanstalt wird jetzt eine Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Status für möglich erachtet. Einer Überführung in die Rechtsform einer Hypothekenbank AG stehe nichts mehr entgegen. Allerdings bedarf es hierzu noch einer Änderung des Hypothekenbankengesetzes, damit die Bandbreite der Geschäftsmöglichkeiten dieser Banken erweitert werden kann, ohne das Spezialbankenprinzip zu berühren.

Sehr zurückhaltend äußerte sich Stoltenberg hinsichtlich einer weiteren Verringerung des Bundesanteils bei der Deutschen Lufthansa AG. Die Gespräche müßten noch fortgesetzt werden, weil es innerhalb der Führungsspitzen der Koalitionsfraktionen nach wie vor unterschiedliche Auffassungen gebe. Zu Einzelheiten wollte der Minister keine Erklärung abgeben. Jedoch gilt in Bonn als sicher, daß der Dissens mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der eine weitere Verringerung des Bundesanteils strikt ablehnt, nicht ausgeräumt ist. Nach Stoltenbergs Worten ist „nicht unvorstellbar", daß weitere Bundesunternehmen folgen.

Das diskrete Geschäft der Neuen Heimat

gs./DW. Hamburg

Erst durch eine rund 23 Prozent höhere Mietforderung haben die Mieter einer Hamburger Neue-Heimat-Siedlung erfahren, daß der gewerkschaftseigene Wohnungsbaukonzern ihre Wohnungen schon vor mehr als einem Jahr an eine Versicherungsgesellschaft verkauft hatte. Ein Sprecher der NH bestätigte gestern, man habe die 439 Wohnungen und zwölf Läden der Siedlung bereits Anfang 1985 an die Allianz-Tochter „Secura" veräußert. Da die Neue Heimat die Wohnungen anschließend zurückpachtete und sich für die Mieter nichts an ihrem Vertragsverhältnis änderte, habe man „keine Notwendigkeit zur Information" gesehen, sagte der Sprecher.

Der Vorsitzende des „Mietervereins zu Hamburg von 1890", Eckard Pahlke, sieht in der Verheimlichung des Verkaufs ein Täuschungsmanöver, mit dem man die Mieter „zu Untermietern ohne ausreichenden Kündigungsschutz machen wollte". Es sei zu befürchten, daß auch andernorts ähnlich verfahren wurde und viele Mieter längst ohne ihr Wissen gar keine NH-Mieter mehr seien.

Nach dem Mieterhöhungsbegehren hatte ein Anwalt des Mietervereins nach den Worten Pahlkes Ende Januar bei einem Blick ins Grundbuch entdeckt, „daß die Siedlung gar nicht mehr der Neuen Heimat gehört". Bei der Mieterhöhung hätte der Wohnungskonzern eigentlich die Vollmacht des neuen Eigentümers – inzwischen die Allianz selbst – vorlegen müssen, meinte Pahlke. Da dies nicht geschehen sei, sei die Mieterhöhung anfechtbar.

dos, Hameln

Die BHW-Bausparkasse in Hameln, an der der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Beamtenbund paritätisch beteiligt sind, verwahrte sich „mit aller Entschiedenheit dagegen, permanent in die Nähe der Neuen Heimat gerückt" zu werden. Louis Storck, Vorsitzender der BHW-Geschäftsführung, bezeichnete es als „unverantwortlich", die Bausparkasse im gleichen Atemzug mit dem gewerkschaftseigenen Baukonzern zu nennen.

Storck: „Wir haben bislang nicht zur Sanierung der Neuen Heimat beigetragen, und wir werden dies auch in Zukunft nicht tun." Der Status der Bausparkasse sei nicht gemeinwirtschaftlich, sondern gemeinnützig. Dieser Hinweis bedeute nicht, daß die Nähe zu den Gewerkschaften verneint werden solle.

Das BHW sei stolz darauf, dem DGB und dem Beamtenbund zu gehören, weil „wir damit zwei Gesellschafter als Kapitalisten haben, die die Überschüsse des Unternehmens noch niemals für sich in Anspruch genommen haben". Wegen der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ausrichtung und der andersgelagerten Interessen der BHW-Anteilseigner sei eine Verständigung über eine Unterstützung der Neuen Heimat aber ausgeschlossen, sagte Storck. Dies sei „von niemandem gewollt".

Firmen planen mehr Einstellungen

Mk. Bonn

Die Firmen wollen in diesem Jahr mehr Personal neu einstellen als 1985. Dieses geht aus der Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei 14 000 Unternehmen hervor. 22 Prozent der befragten Firmen planen Mehreinstellungen, vor einem Jahr waren es erst 13 Prozent. DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser rechnet jetzt für dieses Jahr mit einer Wachstumsrate von rund vier Prozent nach 2,6 Prozent 1985.

Seite 13: DIHT-Umfrage

Vogel: In der SPD nicht mehrheitsfähig

DW. Bonn

Oppositionsführer Vogel sieht keinen Grund, das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes zu streichen. Vorstellungen von linken Sozialdemokraten, die Forderung nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands aufzugeben, seien weder in der Partei noch in der Fraktion mehrheitsfähig, versicherte Vogel. Politiker der Unionsparteien forderten den SPD-Kanzlerkandidaten Rau auf, sich von den umstrittenen Vorstellungen zu distanzieren.

SDI-Delegation nach Washington

DW. Bonn

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm werden heute in Washington wiederaufgenommen. Die deutsche Delegation wird vom Leiter der Außenwirtschaftsabteilung im Bundeswirtschaftsministerium, Lorenz Schomerus, angeführt. Von deutscher Seite wird angestrebt, das SDI-Rahmenabkommen und den Vertrag über die technologische Zusammenarbeit gleichzeitig fertigzustellen.

Reagans Antwort an den Kreml

rmc. Bonn

Bis Ende 1989 streben die USA die weltweite Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenwaffen zu Lande mit Reichweiten von mehr als tausend Kilometer an. Präsident Reagan hat der Sowjetunion für die „globale Null-Lösung" einen Drei-Stufen-Plan als Antwort auf die Vorschläge Gorbatschows unterbreitet. Die Reduzierung der nuklearen Waffen mit Reichweiten unter tausend Kilometer soll parallel verhandelt werden.

Seite 12: Der Drei-Stufen-Plan

Kohl: Spanien soll in NATO bleiben

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern gegenüber dem spanischen König Juan Carlos die Hoffnung geäußert, daß sich das spanische Volk bei dem bevorstehenden Referendum für den Verbleib des Landes in der NATO aussprechen werde. Bei einem Mittagessen zu Ehren des Staatsgastes erklärte Kohl, er hoffe, daß Spanien auch weiterhin bereit sei, „gemeinsam mit uns die Verantwortung für unsere gemeinsame Sicherheit zu tragen".

Goldener Bär für Film „Stammheim"

blu. Berlin

Der deutsche Film „Stammheim" des Regisseurs Reinhard Hauff ist gestern abend mit dem Goldenen Bären der 36. Internationalen Berliner Filmfestspiele ausgezeichnet worden. Das hatte die Jury-Mehrheit nach kontroverser Diskussion beschlossen. Jury-Präsidentin Gina Lollobrigida distanzierte sich öffentlich von der Entscheidung. Der Spezialpreis der Jury ging an den italienischen Film „Die Messe ist aus" von Nanni Moretti.

Seiten 2 und 23: Weitere Beiträge

Südkoreas Staatschef macht Opposition Zugeständnisse

Direktwahl des Präsidenten scheint nach 1988 möglich

DW. Seoul

In Seoul scheinen sich die Vermutungen zu bestätigen, nach denen sich Südkoreas Staatschef Chun Doo Hwan bemüht, durch Zugeständnisse an die Opposition die von politischer Hochspannung geprägte Lage zu entschärfen. (WELT v. 24. 2.). Dies wurde gestern deutlich, nachdem am Vortag das Ergebnis eines Treffens zwischen Chun und den parlamentarischen Oppositionsführer Lee Min Woo umstritten und unklar geblieben war.

Die offizielle Nachrichtenagentur „Yonhap" erläuterte Chuns Vorschläge, mit Informationen „aus Regierungskreisen", nach denen 1989 – im Jahr nach den Olympischen Spielen in Seoul – ein Volksentscheid über eine Verfassungsänderung bringen könnte. Dann sei, so hieß es, die von der Opposition geforderte Direktwahl des Staatspräsidenten möglich.

Die Regierung unter Chuns 1988 zu wählendem Nachfolger soll nach diesem Plan einen provisorischen Charakter haben und nur bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung im Amt bleiben. Chun selbst, der 1980 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, hat mehrfach angekündigt, daß er 1988 nach Ablauf seiner siebenjährigen Amtsperiode zurücktreten werde.

In den beiden letzten Wochen hatte die Regierung mit großen Polizeieinsätzen und mit Hausarrest für Oppositionspolitiker versucht, eine Unterschriftensammlung für eine Verfassungsänderung bis 1988 zu verhindern. Die Unterschriftensammlung war als „illegal" bezeichnet worden, weil die Verfassung nur durch den Präsidenten selbst oder durch eine Mehrheit im Parlament beschlossen werden kann. Das US-Außenministerium hatte die Machthaber in Seoul deswegen mit ungewöhnlicher Schärfe kritisiert.

Manche politischen Beobachter in Seoul glauben auch, daß das ungewöhnlich kritische internationale Echo auf das harte Vorgehen der Regierung Chun zum Einlenken bewogen haben könnte. Er plant noch in diesem Frühjahr eine Europareise, die ihn unter anderem in die Bundesrepublik Deutschland führen soll.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Morde und der Preis

Von Günter Zehm

Die Entscheidung, den Goldenen Bären der diesjährigen Berliner Filmfestspiele dem „Stammheim"-Film von Reinhard Hauff zuzusprechen, ist eine Ohrfeige für all jene, denen es noch um Qualität und um Aufrichtigkeit auf der Leinwand zu tun ist. Man kann sich – bei aller Skepsis gegenüber der Vorauswahl – schlechterdings nicht vorstellen, daß es im Wettbewerb keinen Streifen gegeben haben soll, der das Opus optisch, dramaturgisch und schaupielerisch übertroffen hätte.

Aber es ging offensichtlich gar nicht um künstlerische Kriterien, es ging ausschließlich um die politische Demonstration. Von Anfang an gab es eine starke pressure group, die „Stammheim" um jeden Preis preisgekrönt sehen wollte. Ihr ist es gelungen, die Jury schon im Vorfeld ideologisch einzuschüchtern und später jeden Widerstand niederzubügeln.

Von der Machart her ist „Stammheim" nicht einmal zweitklassig: mit heißer Nadel zusammengenäht, ohne jeden visuellen Reiz. Seine „Sensation" ergibt sich einzig und allein aus der demagogischen Dramaturgie, mit der hier Richter und Terroristen zusammengespannt werden.

Erstere, die ja in Wirklichkeit harmlos-bürgerliche, zu endloser Geduld verdammte Demokratiebeamte waren, erscheinen als gnadenlose Vollzugsorgane entfremdeter staatlicher Übergewalt, die Terroristen hingegen als intellektuell haushoch überlegene Traumtänzer, die einer „an sich" edlen Sache dienen. Die vielen Morde und Raubzüge aber, um die es damals doch eigentlich ging, werden im Handumdrehen zur unwichtigen, kaum noch wahrnehmbaren Randfolie heruntergespielt.

Mit anderen Worten: „Stammheim", eine Art „Hitlerjunge Quex" 1986, ist ein Hohn auf jeden gerecht denkenden Zeitgenossen. Wahrscheinlich eben deshalb wird von gewisser Seite gefordert, man solle den Film aus Gründen der „Vergangenheitsbewältigung" in den Schulen zeigen, ihn für den politischen Unterricht einsetzen. Noch zögernde Kultusminister und Schulleiter können von heute an mit Hinweis auf den Goldenen Berliner Bären besser „überzeugt" werden. Und genau das wird der Zweck der Übung gewesen sein.

Hamburger Groteske

Von Uwe Bahnsen

Im Parteispendenprozeß gegen drei Reemtsma-Manager vor dem Hamburger Landgericht entwickeln die Dinge sich immer seltsamer. Nach vollen vierzehn Sitzungstagen hat die Strafkammer das Verfahren teilweise – zum größeren Teil – eingestellt. Sie hat endlich der Tatsache Rechnung getragen, daß die drei Angeklagten unmöglich „tateinheitlich" von 1965 bis 1981 gemeinsam Steuern hinterzogen haben können, wenn jedenfalls einer der Beschuldigten erst 1975 in das Unternehmen eingetreten ist.

Das hat sich aber nicht etwa jetzt durch neue Aussagen herausgestellt, sondern es war von allem Anfang an bekannt, wann welche Angeklagte in die Firma Reemtsma eintraten bzw. wann sie in leitende Positionen einrückten. Wie ist es möglich, daß dennoch eine offensichtlich falsche Anklage erhoben und sogar vom Gericht zugelassen wurde? Quis custodiet ipsos custodes? Die einzige rechtswidrige Handlung, die bisher im Reemtsma-Prozeß eindeutig nachgewiesen wurde, war diese falsche Anklage; zuständig aber für ein Vorgehen gegen die Verantwortlichen in der Hamburger Justiz sind die Verantwortlichen in der Hamburger Justiz.

Was nun den noch verbleibenden Rest der Anklage betrifft, so klaffen Straf- und Besteuerungsverfahren Reemtsma weiter auseinander. Das Gericht geht vor, als könnte es mindestens in einem Teil der angeklagten Sachverhalte noch zu Verurteilungen kommen. Diese aber müßten mit präzisen Zahlen über hinterzogene Steuern begründet werden. Das zuständige Veranlagungsfinanzamt jedoch war bislang nicht in der Lage, neue Steuerbescheide zu erstellen und von der Firma einzufordern, was dem Staat noch an Steuern zustehe – weder aus den eigenen Unterlagen noch aus der ihnen vorliegenden Anklageschrift. Derzeit warten die Finanzbeamten auf einen Bericht der Steuerfahndung (die zuvor schon der Staatsanwaltschaft nicht zu einer wasserdichten Anklageschrift verhelfen konnte), ob sie überhaupt etwas nachfordern können. Womöglich verurteilen die Richter, während die Steuerbeamten noch suchen. Das sind Zustände, wie man sie früher in der deutschen Justiz nicht für möglich gehalten hätte.

Forum für Sozrealismus

Von Michael Jach

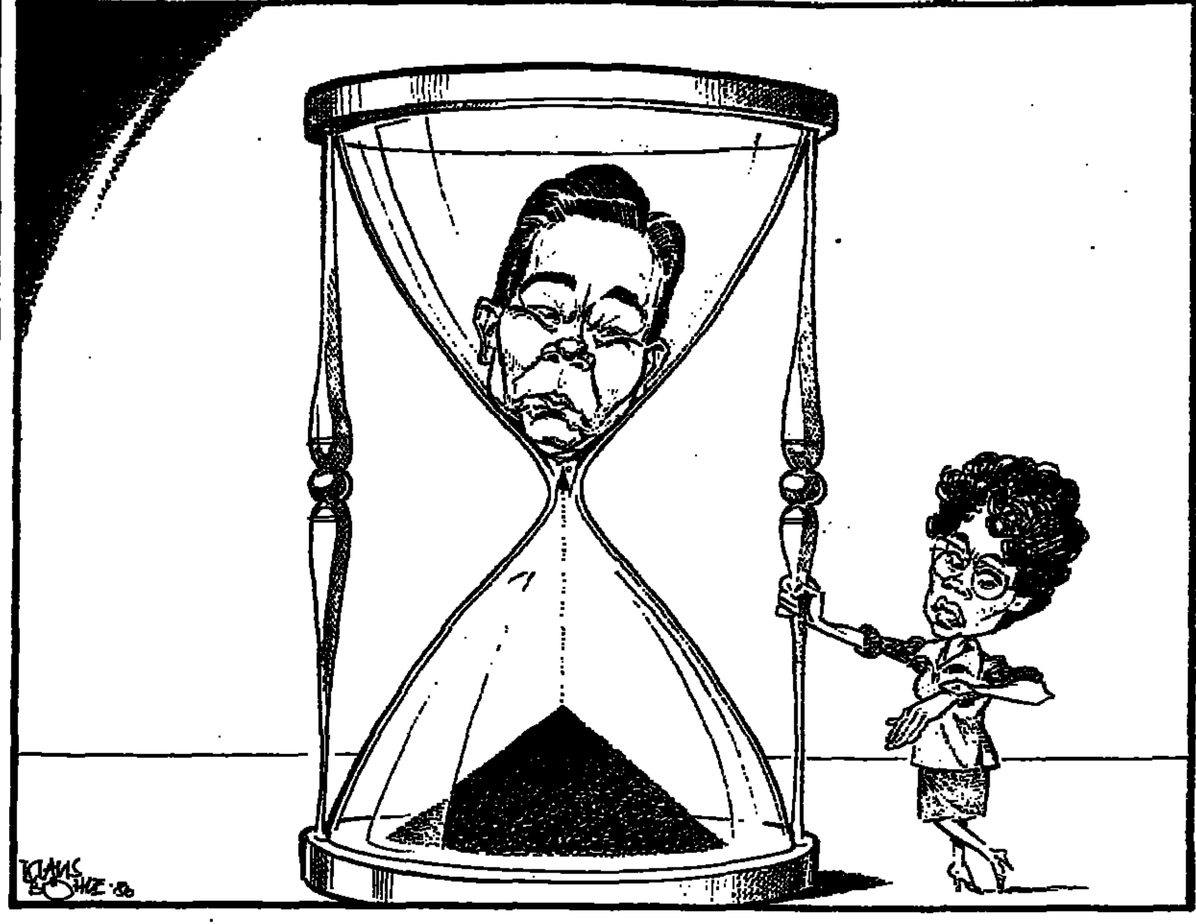
In Hannover wurde ein „Forum für Kunst und Kultur in der DDR" als beschlossene Sache vorgestellt. Der Urheber der Idee, SPD-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, ist für seine stadtpolitischen Varianten einer ostwärtigen „Annäherung" (siehe Städtepartnerschaft mit Posen) bekannt. Aber die Landesregierung hat sich auch daran beteiligt. Was das millionenschwere Vorhaben nützen soll, haben die Veranstalter bisher nicht mitzuteilen vermocht.

Das Konzept wurde folgendermaßen erläutert: Dieses Forum soll als „neutrales" Gefäß dienen für Ausstellungen, Gastspiele, Vorträge aus der „DDR". Aber ist das überhaupt notwendig? Alle diese Veranstaltungen finden auch ohne höchstoffizielle „Austausch"-Weihen längst ihren Weg nach Westen; es gibt hier keine Zensur, die kommunistische Aufführungen verbieten, es gibt keine Stelle, die sie auch nur in der Raumsuche behindern würde.

Nur eben: was aus dem Osten über offiziell genehme oder genehmigte Schienen kommt, das kommt selbstverständlich unter Kontrolle der SED. Was nicht beliebt, wird nicht erlaubt. Dort gibt es keine Freiheit für die Kunst und auch keine Freiheit für den Kunst-Export.

Zweitens, was die westliche Seite betrifft, sieht der sogenannte Kulturaustausch mit dem Ostberliner Regime bisher so aus, daß jenseits der Mauer eben nicht alles, was hier beliebt, gezeigt werden kann; dort wird sehr wohl zensiert. Die wenigen Künstler, die aus dem Westen gelegentlich zu Auftritten hereingelassen werden, müssen wissen, daß sie bestimmte Dinge nicht tun und sagen dürfen, sonst fliegen sie postwendend hinaus.

Warum also soll sich die Hauptstadt eines der freien deutschen Länder mit Kulturprodukten der mitteldeutschen Diktatur putzen? Das System dort nutzt jede Selbstäußerung dazu, die Teilbarkeit der Nation, die „andere" deutsche Kultur vorzuführen. Künftig also nun in Hannover – wo eben noch die regierende CDU ihren Parteitag mit dem Deutschlandlied beendete. Was, bitte, gilt?



Uhrenvergleich KLAUS BÖHLE

Leitbild Staatsanwalt

Von Joachim Neander

Wie die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Tagen über das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl unterrichtet wurde, das hatte etwas von täglicher Hofberichterstattung an sich: Sie beraten, ob sie ermitteln sollen; sie haben es beschlossen; sie haben einen diesbezüglichen Brief nach Bonn abgesandt; der Brief ist eingetroffen; jetzt wird ermittelt. Der Leser bemerkt bereits: Auf dem Thron dieser von neugierigem Journalistenvolk umlagerten Hofhaltung sitzt nicht etwa der Kanzler. Da sitzen die Staatsanwälte.

Daß ausgerechnet die Figur des deutschen Staatsanwalts in der öffentlichen Aufmerksamkeit und Gunst unversehens wieder ganz weit oben rangiert, entbehrt nicht des Grotesken. Mehr als hundert Jahre lang war der Staatsanwalt, der mit der schnarrenden Stimme und dem Vollgefühl seiner Macht, geradezu die Karikatur des deutschen Obrigkeitsstaates. Und es macht die Angelegenheit noch grotesker, daß die gleichen Publikationsorgane, die heute bei den Staatsanwaltschaften antichambrieren, um rechtzeitig den Inhalt von Ermittlungsakten und Anklageschriften ergattern und veröffentlichen zu können, noch vor wenigen Jahren jammerten, es sei das Elend der deutschen Justiz, daß ein Angeklagter hierzulande bereits ein fast Verurteilter sei. (Und wenn der Staatsanwalt nicht gegen Amtsträger, sondern gegen Gewalttäter ermittelt, kann man das heute noch hören).

Doch wäre es zu kurz gegriffen, würde man den unverhofften Macht- und Ansehenszuwachs der Staatsanwälte ausschließlich einer Manipulation oder einer veränderten Interessenlage oder gar einer schleichend wirksam werdenden Systemveränderung im Justizapparat selber zurechnen. Offenbar gibt es ein objektives Bedürfnis danach. Der pluralistische Staat ist unübersichtlich. Seine Träger und Gestalter, die Bürokratie und die politischen Parteien, scheinen kraftlos oder korrupt. Der Instanzenweg der Gerichte bleibt vielen unverständlich. Selbst die Autorität der Experten ist in ihrer Widersprüchlichkeit verblaßt.

Da scheint der Staatsanwalt wie ein Fels in der Brandung. Er braucht keine Rücksichten zu nehmen. Er kann, so sieht es für viele aus, unverblümt die Wahrheit sagen. Anklageschriften lesen sich leichter und klingen überzeugender als Urteilsbegründungen. Da ist kein ängstlicher Konjunktiv, kein vorsichtiges Wenn und Aber. Zwar ist auch der deutsche Staatsanwalt gehalten, Entlastendes mit zu bedenken. Aber er muß das Pflänzchen seiner Zweifel nicht auch noch düngen. Zuviel Zweifel ist ohnehin nicht populär.

Hinzu kommt ein neues, natürliches Selbstbewußtsein der Staatsanwälte. Daß sie nicht nur das Zerrbild des Staatsbüttels sein wollen, gereicht ihnen nicht zur Schande. Daß jetzt vor allem linksrheinische Staatsanwaltschaften von sich reden machen, kann sogar historische Gründe haben. Erinnerungen ans napoleonische Recht mit seinem mächtigen Procureur.

Dennoch muß rechtzeitig auf die Gefahr einer solchen Akzentverschiebung in der öffentlichen Einschätzung hingewiesen werden. Es gibt eine Reihe von Alarmzeichen. Jedermann sichtbar ist beispielsweise die Tatsache, daß in den Fällen Graf Lambsdorff und Friderichs die staatsanwaltlichen Ermittlungen eine mindestens zehnmal größere Aufmerksamkeit erfahren haben als jetzt der Prozeß, der doch im Rechtsstaat das eigentlich Forum öffentlicher Rechtsfindung sein soll.

Der Öffentlichkeit noch weitgehend verborgen sind andere Tendenzen. Die Staatsanwaltschaften greifen in wachsendem Maß in die Kompetenz der sogenannten Fachbehörden ein. Es wird zum Beispiel wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung bereits zu einem Zeitpunkt ermittelt, da das Finanzamt noch gar nicht abschließend über die steuerliche Beurteilung der Vorgänge entschieden hat. Von den Fachleuten erfährt man, daß sie manchmal mit stockendem Atem zusehen, wie forsch Staatsanwälte dabei zu Werke gehen.



Gestern Sinnbild des Obrigkeitsstaates, heute verklärt: Staatsanwälte (bei Mitteilung der Lambsdorff-Anklage) FOTO: POLY PRESS

Besonders gravierend sind einige Beobachtungen bei den in der Beweisführung zugegebenermaßen besonders komplizierten Weinstrafsachen. Wiederholt geschieht dort folgendes. Eine spektakuläre Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion der Staatsanwaltschaft bringt das Unternehmen von einem Tag zum anderen an den Rand des Ruins. Wenn Monate später der Prozeß beginnt, sind die Angeklagten unter Umständen bereits so zermürbt, daß sie – um weiteres Aufsehen zu vermeiden – durch „großzügigste" Pauschalgeständnisse dem Gericht die ihm eigentlich vom Gesetz vorgeschriebene Mühe des Einzelnachweises ersparen. Gelegentlich geht so ein Angeklagter sogar freiwillig ins Gefängnis, nur um seine Firma zu retten.

Hier hat nicht das Gericht, sondern die Staatsanwaltschaft die Strafe verhängt – und gleichzeitig vollstreckt. Mancherorts mag dies, wenn es sich um Unternehmer handelt, auf großes Verständnis stoßen. Das von der Verfassung gemeinte Prinzip des individuellen Schuldstrafrechts ist das nicht.

In einer kaum bekanntgewordenen Entscheidung hat der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts Ende des vergangenen Jahres festgestellt, daß der Verstoß gegen eine Gesetzesbestimmung nur dann bestraft werden darf, wenn der Gesetzgeber ihn ausdrücklich mit Strafe bedroht hat. Hier sind bestimmte Tendenzen richtig erkannt worden. Es ist verständlich, daß viele Menschen sich heute Sorgen um den Autoritätsverfall des Staates inmitten der modernen Auflösungstendenzen machen. Aber der Staatsanwalt ist kein guter Staatsersatz. Noch bürgen kluge und verantwortungsbewußte Männer und Frauen dafür, daß dies auch in den meisten Staatsanwaltschaften im Auge behalten wird.

IM GESPRÄCH Jaime L. Sin

Radikaler des Evangeliums

Von Volker S. Stahr

Für den Widerstand auf den Philippinen gegen Ferdinand Marcos stehen zwei Namen: „Cory" Aquino und Jaime Kardinal Sin, der Oberhirte der katholischen Kirche. Die Philippinen sind (Erbe spanischer Vergangenheit) das einzige katholische Land des Fernen Ostens; in ihm ist noch dazu der Glaube tief verwurzelt. Mehr als achtzig Prozent der Bevölkerung bilden die Klientel des Kardinals. In ihrem Namen kämpfte Sin für einen Wechsel ohne Gewalt und Blutvergießen.

Jaime L. Sin wurde am 31. August 1928 in einem halb christlich, halb in der chinesischen Tradition stehenden Elternhaus New Washingtons geboren. Nach dem Besuch des „St.-Vincent-Ferrer-Seminars" wurde er mit 26 Jahren zum Priester geweiht. Zuerst war er als Missionspfarrer tätig, dann ab 1957 für zehn Jahre als Rektor des Seminars „Pius X." in Roxas City. 1974 trat er das Amt des Erzbischofs von Manila an, zwei Jahre später berief ihn Paul VI. mit 47 Jahren zum damals jüngsten Kardinal.

Sin hat viele Bücher geschrieben. Sie tragen bezeichnende Titel: „Revolution of Love", „The Church Above Political Systems", „The Future of Catholicism in Asia" oder „Christian Basis of Human Rights". Sin schrieb sie seit 1972, dem Jahr, in dem Marcos den Ausnahmezustand verhängte.

In diesen Jahren ist Sin mehr und mehr Speerspitze einer Opposition geworden, wo ein nur politischer Führer sich nicht hätte halten können. Gleich den polnischen Kirchenführern machte ihn seine Stellung unantastbar. Immer wieder trat er für die Menschenrechte ein und wurde bei Marcos für die Freilassung politischer Gefangener vorstellig. Der katholische Sender „Radio Veritas" wurde vielen, was einst BBC für Nazi-Deutschland war.

Auch wenn manche seiner Worte an die „Theologie der Befreiung" erinnern, sind sie doch stets getragen von den Postulaten der „Gerechtigkeit" und der „Versöhnung" – jede Form von Militanz lehnt er ab. So sagt er auch zu den Priestern, die auf seiten der Guerrilla kämpfen: „Wir warten auf Eure Rückkehr."



Der Mann, der Marcos entgegentrat: Kardinal Sin FOTO: AP

Am 21. August 1983, dem Tag der Ermordung Benigno Aquinos, trat eine weitere Symbolfigur des Widerstandes neben Sin, die Witwe des Ermordeten. Hinter ihr scharte sich das Volk so schnell, daß auch sie unantastbar wurde für die Häscher des Regimes – es sei denn um den Preis des Bürgerkrieges. Gerade in dieser Zeit war und ist Sin jedoch wichtiger als je zuvor. Gerade jetzt muß er all seine Kraft und kirchliche Autorität aufwenden, um diese gewaltige Kraft eines nach Wandel rufenden Volkes unter Kontrolle zu halten. Wenn die Filipinos sich jetzt in zivilem Ungehorsam wie eine Wand gegen die Diktatur des Marcos-Clans stellen, so ist dies auch das Werk des kleinen, beharrlichen Mannes in der Kardinalsrobe, der sich selbst einen „Radikalen des Evangeliums" nennt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie wertet Börners Koalitionsaussage für die Grünen:

Wer soll nun noch einem Schröder oder selbst einem Rau glauben, er werde mit den Grünen nicht paktieren? Börners Koalition war gekennzeichnet als *ein Notbündnis für ein* Land – ohne Not übrigens. So hätte es für Börner vollkommen ausgereicht, wenn er gesagt hätte, die fragwürdige Koalition gelte bis zu den Wahlen und über das, was danach komme, spreche er jetzt nicht.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum Antrag der SPD-Linken gegen das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz bemerkt sie:

Nicht, daß sich schon eine Mehrheit in der Partei für diese widernatürliche Verfassungsänderung formieren könnte. Aber hier bildet sich eine Keimzelle für eine neue Deutschlandpolitik, die weiterzuwuchern und eines Tages die Übereinstimmung der demokratischen Kräfte in der Kernfrage der Nation zu zerstören droht.

Mannheimer MORGEN

Hier heißt es zu Reagans Abrüstungsvorschlag:

Aus engagierten Verfechtern der Null-Lösung, des Abbaus sämtlicher Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten, sind Befürworter des Status quo geworden, die in jeder Veränderung eine Gefahr für das labile Gleichgewicht sehen. So absurd, wie es scheinen mag, ist das indessen nicht. Zum einen sind die amerikanischen Pershing 2 nicht nur die Antwort auf die sowjetischen SS 20, sondern immer mehr als Äquivalent zu der in den letzten Jahren ständig verbesserten Luftabwehr Moskaus zu sehen, dies vor allem vor dem Hintergrund der konventionellen Unterlegenheit der westlichen Allianz. Zum anderen besitzen die Sowjets inzwischen ein Arsenal an Kurzstreckenraketen, die nicht nur nuklear, sondern auch konventionell zu bestücken sind.

LE MATIN

Zum Parteitag der KPdSU meint die Zeitung:

Der 27. Parteitag in Moskau wird ohne jeden Zweifel derjenige der „Entbreschnewisierung" sein ... Ist Gorbatschow fähig, eine kohärente Strategie auszuarbeiten, die an den Grundmauern des Systems rüttelt? Wenn er sich aufs Improvisieren beschränkt, wie Chruschtschow es tat, bietet das sowjetische System eine Alternative: ein Wiederaufleben des Stalinismus. Um diese fundamentalen Dinge geht es bei diesem Parteikongreß.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er lobt Reagans Strategie gegenüber Marcos:

Im Gegensatz zur dummen Naivität eines Jimmy Carter, der im Namen einer angeblichen Moral so sehr zum Aufbau einer fanatischen Diktatur in Iran beigetragen hat, wird Reagan morgen als der Mann dastehen, ohne den der Wandel in Manila nicht möglich gewesen sein wird. Das gelang ihm Dank seines Ansehens als starker und unnachgiebiger Mann ... Reagan geht gestärkt aus der philippinischen Krise hervor. Er wird dies zu nutzen wissen. Und sei es auch nur, um den Kongreß daran zu erinnern, daß er auch von den „Comandantes" in Nicaragua verlangen kann, daß sie sich nicht über das Ergebnis von Wahlen hinwegsetzen.

Der Konflikt mit den militanten Nordiren spitzt sich zu

Paradox: Dublins Entgegenkommen entschärft die Krise zunächst nicht / Von Reiner Gatermann

Mit Irlands Beitritt zur Europäischen Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus (am Montag) und seinem Versprechen, „so schnell wie möglich" die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Auslieferungsabkommen zu schaffen, hat Dublins Ministerpräsident Garret FitzGerald einen wichtigen Schritt zur Erfüllung seiner im anglo-irischen Abkommen eingegangenen Verpflichtungen getan.

Diese bedeutende Kehrtwende – bisher sah Dublin sich aus Verfassungsgründen nicht in der Lage, zum großen Leidwesen der Briten, mutmaßliche IRA-Attentäter auszuliefern, weil deren Taten nach Auffassung des Obersten Gerichtshofes politisch motiviert waren – ist in den Schatten des Konflikts zwischen der Thatcher-Regierung und den protestantischen Unionisten in Nordirland geraten.

Premierministerin Margaret Thatcher empfing am Dienstag die Unionisten-Führer Ian Paisley (Demokratische Unionisten) und James Molyneaux (Offizielle Unionisten), um ihnen deutlich zu machen, daß das Hillsborough-Abkommen, in dem Dublin in gewissen rechts- und sicherheitspolitischen Fragen ein Mitspracherecht in Ulster eingeräumt wird, „unterschrieben worden ist, um zu bleiben". Die Unionisten natürlich sagen, daß die Annullierung genau dieses Vertrages die Voraussetzung für ihre Mitarbeit an einer friedlichen Ulster-Lösung ist.

So steuert die Konfrontation zwischen London und den Protestanten ihren ersten Höhepunkten zu. Am Wochenende begann in Nordirland eine Aktion der Unionisten gegen den Kauf von Gütern aus der Republik Irland. Für den 3. März ist eine Art Generalstreik geplant, und aller Voraussicht nach werden die siebzehn von den Unionsparteien regierten Bezirke auch das Gesetz brechen, indem sie sich weigern, bis zum 26. Februar die Gemeindesteuersätze für das kommende Finanzjahr festzulegen.

Das hätte nicht nur zur Folge, daß Staatskommissare die Geschäfte übernehmen, sondern die verantwortlichen Politiker müßten auch vor Gericht gestellt werden. Schließlich bauen die Unionisten eifrig ihre halbmilitärischen Einheiten (Ulster Defence Association, UDA) aus, auch durch Mitgliederwerbung in rechtsradikalen Kreisen Englands.

Das Mitte November 1985 unterzeichnete Hillsborough-Abkommen droht für die Unionisten zu einer Zwickmühle zu werden. Sie können die Demütigung nicht überwinden, daß die Premierministerin – die sie auf ihrer Seite glaubten –, ohne sie zu fragen, mit dem „feindlichen" Dublin etwas aushandelte, was ihre ureigensten Belange betrifft. Deswegen fiel die Verurteilung der Vereinbarung („Verrat") kompromißlos aus.

Das Dilemma ist: Das Einschwenken auf eine Linie, die „Hillsborough" als Verhandlungsgrundlage mit London möglich machte, käme für viele Protestanten einer neuen unannehmbaren Demütigung gleich. Hält man jedoch am bisherigen Kurs fest, müssen die Ulster-Unionisten den Verlust der politischen Kräfte in Westminster hinnehmen, die ihnen noch einigermaßen wohlgesonnen sind. Hinzu kommt die wachsende Unlust der Briten in England, Wales und Schottland, mit dem Ulster-Konflikt zu leben, der nicht nur viel Geld kostet, sondern auch dem britischen Ansehen schadet.

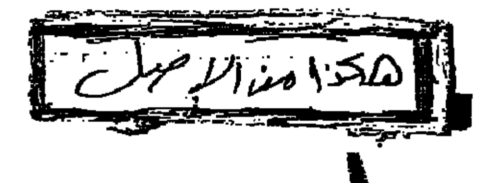
Bisher zeichnet sich für die Unionisten noch kein Ausweg ab. In ihren Reihen tauchten Vorschläge auf, die auf eine „Runde-Tisch-Konferenz" mit London, Dublin und Belfast (Unionisten) hinzielen oder auf Parteikomitees gemeinsam mit der „konstitutionell nationalistischen" katholischen „Social Democratic and Labour Party" (SDLP) zur Lösung gemeinsamer Probleme im Gesundheits- und Ausbildungswesen, in Kultur und Landwirtschaft.

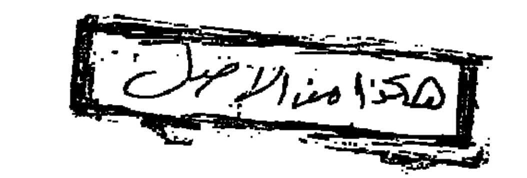
Aber alle diese Pläne haben zweierlei gemeinsam: Sie setzen die Annullierung oder zumindest die Außerkraftsetzung des Hillsborough-Abkommens voraus und lehnen weiterhin jede institutionalisierte legislativen oder exekutive Machtteilung ab.

Nordirland-Minister Tom King sähe gern, wenn sich die SDLP, die die anglo-irische Vereinbarung stützt, aktiver für ihre Realisierung einsetzte, vor allem nach ihrem guten Abschneiden bei den Ergänzungswahlen. Aber ihr Vorsitzender John Hume meint offenbar, daß jede Initiative seinerseits sinnlos ist, solange die Unionisten „Hillsborough" nicht wenigstens im Prinzip anerkennen.

Die Fronten verbleiben starr und das Morden geht weiter, obwohl Dublin und London betonen, die polizeiliche Kooperation über die Grenze sei erheblich verbessert worden und zeige bereits erste Früchte in Form von Waffenbeschlagnahmen.

Wie komplex die Sitution in Ulster ist, zeigt eine jüngst veröffentlichte Meinungsumfrage: Keine der drei Alternativen – volle Integration in das Vereinigte Königreich oder ein selbständiges Nordirland oder die Machtteilung zwischen Unionisten und Nationalisten – findet in der Bevölkerung mehr als 25 Prozent Zustimmung.





Erst gewann er das Volk, dann betrog er es

Das Ende der Ära Marcos ist gekommen: Auf demokratischen Wegen kam der philippinische Staatschef vor 21 Jahren an die Macht. Er lernte sie so lieben, daß er sich mit diktatorischer Machtfülle ausstatten ließ. Und er wollte lange nicht wahrhaben, daß er die Gunst des Volkes längst verloren hatte.

Von JOCHEN HEHN

Die Szenerie gleicht gespenstisch jenen letzten Tagen von Adolf Hitler, als dieser sich mit einigen wenigen Getreuen im Bunker der Reichskanzlei vor den in Berlin *einrückenden Truppen der* Sowjetarmee verschanzte. Wie Hitler, der abgeschnitten von seinen Truppen und der Außenwelt, in einem letzten Verzweiflungsakt versuchte, das Schicksal doch noch zu wenden, hat sich auch Staatspräsident Ferdinand Marcos bis zum bitteren Ende im Malacanang-Palast inmitten der philippinischen Hauptstadt Manila eingeigelt.

Wie entrückt der einst so mächtige Diktator der Wirklichkeit schon war, zeigte seine feierliche Amtseinführung und Vereidigung, die per Fernsehsatellit in alle Landesteile übertragen werden sollte. Nur sieben Minuten war Marcos inmitten eines Häufleins fähnchenschwingender Anhänger auf den Fernsehschirmen zu sehen. Dann wurde er ausgeblendet, landesweit. Die Panne wurde mit einem technischen Problem entschuldigt.

Ferdinand Marcos ist seiner Arroganz und Machtbesessenheit zum Opfer gefallen, und er hat den Countdown selbst in Gang gesetzt. In einem Augenblick der Offenheit hatte er einmal eingestanden, die Ansetzung der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen sei der größte Fehler seiner langen Karriere gewesen. Seine Fehleinschätzung beruhte auf der Annahme, eine in sich gespaltene und zerstrittene Opposition könne niemals zu einer ernsten Gefahr heranwachsen.

Marcos unterschätzte die unerfahrene Hausfrau

Er unterschätzte aber nicht nur ihren unbeugsamen Siegeswillen, sondern auch seine Gegenspielerin, eine im harten politischen Geschäft weitgehend unerfahrene Hausfrau, die während des Wahlkampfes über sich selbst hinauswuchs und es verstand, die Wählermassen für ihren Kreuzzug hinter sich zu scharen. Und Marcos überschätzte seine Ehrfurcht gebietende Machtfülle, die er in den vergangenen zwanzig Jahren durch sein Charisma und ein scharfsinniges kaltblütiges Ausnutzen des philippinischen Volkscharakters angehäuft hatte.

Das Prinzip des „utang na loob", eine Art Pflicht zur Dankbarkeit, die sich darin äußert, jeden Freundschaftsdienst zu entgelten, hat auch während der vergangenen Wahl eine Rolle gespielt, als Marcos Abertausende von Stimmen mit Geld oder Nahrungsmittelspenden kaufte. Das gleiche System band auch die Generäle der philippinischen Streitkräfte an die Person des Staatspräsidenten. Vielen von ihnen hatte er zu Machteinfluß und Reichtum verholfen. Marcos' Stern begann jedoch nicht erst mit den Präsidentschaftswahlen selbst zu sinken.

Die sozialen Unruhen und wirtschaftlichen Probleme, die der Mord an „Cory" Aquinos Ehemann, Senator Benigno Aquino, nach sich zog, erschütterten die Stellung des Staatspräsidenten in ihren Grundfesten und ermöglichten der sich langsam formierenden Opposition 1984 erstmals wieder in größerem Ausmaße den Einzug ins Parlament. Zum innenpolitischen Druck kam schließlich noch der außenpolitische.

Mit dem Kriegsrecht war er schnell zur Hand

Die Vereinigten Staaten, engster Alliierter der Philippinen, nötigten Marcos nach der fragwürdigen Gerichtsverhandlung gegen den Marcos-Vertrauten General Fabian Ver und mehrere hohe Offiziere zu Reformen und zu den Präsidentschaftswahlen.

Ferdinand Marcos kam an die Spitze des Staates, als er 1965 in korrekten Wahlen über den Staatspräsidenten Diosdado Macapagal siegreich geblieben war. 1969 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt, offenbarte er 1972 erstmals sein rücksichtsloses Machtstreben. Aus nichtigen Gründen verkündete er das Kriegsrecht. Oppositionspolitiker wurden eingekerkert, darunter auch Benigno Aquino, kritische Medien wurden mundtot gemacht und eine neue Verfassung durchgesetzt, die ihm praktisch uneingeschränkte Macht gab.

Jetzt, da Marcos unter für ihn entwürdigenden Bedingungen von der politischen Bühne abtreten muß, ist er ein schwerkranker Mann. Als Folge mehrerer Kriegsverletzungen leidet er an Lupus Erythematodes, einer schleichenden Immunkrankheit, die seine Organe angegriffen hat.

Seinen Stolz und seinen unbeugsamen Willen hat der 68 Jahre alte Diktator dennoch nicht verloren, wie die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben. In einem Interview auf das Schicksal mehrerer entmachteter Diktatoren angesprochen, entgegnete er gereizt: „Vergleicht mich nicht mit Duvalier (Jean-Claude „Babydoc" Duvalier von Haiti). Sollte es wirklich so weit kommen, daß mein Volk mich nicht mehr haben will, dann braucht man mich nicht erst zum Packen aufzufordern. Eher schwimme ich in die Vereinigten Staaten."

Ferdinand Marcos, seit zwanzig Jahren Präsident der philippinischen Republik, braucht nicht zu schwimmen. Er mußte sich nicht einmal die Füße naß machen. Auf der amerikanischen Luftwaffenbasis Clark wartete – ähnlich wie auf Haiti im Falle Duvaliers – ein Flugzeug darauf, den unbeliebten Präsidenten samt seiner Familie außer Landes zu fliegen.



Marcos: Der Kranke und Gescheiterte FOTO: DPA



Marcos: Der Mächtige und Unbesiegbare



Marcos: Der Mann der ehrgeizigen Imelda FOTOS: CAMERA PRESS(2)

Die Flitzer vom Dienst kämpfen um ihre Marktlücke

Wenn ein Ersatzteil schnell besorgt werden muß – ein Fall für den Kurierdienst. Wenn Heiligabend noch kein Tannenbaum parat ist – auch ein Fall für den Kurierdienst. Bundesweit haben 150 solcher privater Dienste im Ortsbereich die Marktlücke schon entdeckt. Doch nun hockt ein gigantischer Konkurrent in den Startlöchern: die Post.

Von THOMAS LINKE

„Beka 4, bitte kommen von Zentrale. Du mußt jetzt erst mal schnell zum Grafik-Atelier Bohn und für den was zur Druckerei bringen." Gerhard Dobranz im VW-Polo „Beka 4" notiert den Auftrag seines Chefs Beckmann. Durchschnittlich zwei Tage in der Woche fährt der 27jährige Sportstudent für den Coeln Courir und hat dabei auch schon so manch kuriosen Auftrag entgegengenommen: „Am 24. Dezember bin ich abends noch durch Köln gefahren, um einem Kunden einen geschmückten Weihnachtsbaum zu besorgen", erzählt Dobranz. Auch kalte Büffets, Teile für eine Herz-Lungen-Maschine oder Wohnungsschlüssel für die Ehefrau, die sich ausgesperrt hatte, standen schon auf dem Auftragszettel.

Der Geschäftsstellenleiter der Bank hatte ungläubig geguckt. Unter einem Kurierdienst für Kleintransporte konnte er sich überhaupt nichts vorstellen. Doch das Konzept des jungen Mannes, der von ihm einen Kredit wollte, überzeugte ihn – und einen guten Bürgen hatte Andreas Beckmann zudem. Er bekam die beantragten 50 000 Mark Jungunternehmerkredit. Zusammen mit 20 000 Mark aus der eigenen Tasche war damit der finanzielle Grundstock für seinen Kurierdienst gelegt.

„Samstag nacht hat mich einer angerufen, ob ich für seine Freundin nicht ein Eis mit Sahne besorgen könnte", berichtet Jungunternehmer Beckmann, der sich für den Nacht- und Sonntagsdienst über dem Büro eine Wohnung genommen hat. Der Auftrag wurde selbstverständlich ausgeführt – gegen Aufschlag allerdings. Tagsüber kostet der Kilometer im Stadtgebiet von Köln eine Mark zuzüglich Mehrwertsteuer. Samstags ist es 25 Pfennig teurer, ebenso von 20 Uhr bis sieben Uhr morgens. Sonntags muß der Kunde 50 Pfennig je Kilometer drauflegen. Der Grundpreis von 3,50 Mark bleibt immer gleich. Ein bißchen teurer wird der Transport mit dem Roller, dem Laster oder dem Transporter.

Betriebe nehmen den Kurier in Anspruch

„Beka 4" hält vor dem Grafik-Atelier Bohn. Gerhard Dobranz nimmt eine Layout-Folie für die Druckerei entgegen und läßt sich den Empfang quittieren. Der Betrieb fährt wie die meisten der rund 70 gewerblichen Kunden für rund 200 bis 300 Mark im Monat bei Beckmann. Grafiker Michael Bohn: „So viel Personal habe ich gar nicht, daß ich für jeden kleinen Auftrag jemand aus meinem Büro losschicken könnte. Und die Post ist bei unserem schnellen Tagesgeschäft erst recht keine Alternative."

Auch größere Firmen bedienen sich in immer stärkerem Maße der privaten Kurierdienste. Untersuchungen haben ergeben, daß ein firmeneigener VW Golf mit Fahrergehalt, Abschreibungen, Sprit und Sozialleistungen jährlich über 70 000 Mark kostet. Dafür bietet der 27jährige Jungunternehmer schon einige tausend Fahrten. Und wenn nötig gleich mehrere auf einmal.

Einen VW-Golf und einen Transporter hat sich Beckmann gekauft. Sechs weitere Fahrzeuge und die Funkanlage hat er geleast. Zu entlohnen sind 26 Fahrer, zumeist Studenten, die sich bei ihm an ein oder zwei Tagen in der Woche ein paar Mark nebenbei verdienen. Mit vielen hat Beckmann nach seinem Fachabitur zusammen als Fahrer bei einem Arzneimittel-Kurier gearbeitet. „In dieser Zeit kam mir auch die Idee für einen Kurierdienst für allgemeine Kleintransporte. Zudem war ich Kommandeursfahrer bei der Bundeswehr, das prägt wohl."

Am 1. Mai letzten Jahres fing Beckmann in Köln an. Den „Tag der Arbeit" habe er gewählt, weil er wußte, was ihn erwarte – es klingt nicht einmal aufgesetzt. Er ist praktisch 24 Stunden im Dienst: lenkt seine Boten von der Funkzentrale aus, macht Kundenbesuche, um neue Aufträge reinzuholen und fährt in der Nacht und am Wochenende selbst. Einen fest angestellten Mitarbeiter kann er sich noch nicht leisten. Urlaub bleibt deshalb in den nächsten Jahren ein Fremdwort. „Nach der Papierform mache ich zwar schon Gewinn, doch ist die Zahlungsmoral bei manchen Kunden so miserabel, daß ich über 60 000 Mark offene Forderungen habe", klagt er. In zwei Jahren will er sein eingebrachtes Kapital wieder raus haben.

Der Markt für die Flitzer floriert. In Köln tummelt sich ein Dutzend Konkurrenten. In der Bundesrepublik gibt es rund 150 private Kurierdienste mit mittlerweile über sechstausend Beschäftigten. Doch ihnen allen droht große Gefahr: Auch die Post hat das lukrative Geschäft entdeckt.

Minister Schwarz-Schillings gelbe Kuriere fahren inzwischen in elf Städten: Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Ludwigshafen, Mannheim, München, Nürnberg, Lörrach, Münster, Reutlingen und Warendorf. Der Dienst läuft allerdings immer noch als Betriebsversuch, so daß eine Zustimmung des Post-Verwaltungsrates bisher nicht eingeholt werden mußte. Druck in Richtung einer bundesweiten Einführung übt die Postgewerkschaft aus. DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren beklagt, „daß die politisch Verantwortlichen jahrelang die Einführung eines Postkurierdienstes als erweiterte Eilzustellung verschlafen haben."

Auch das Bundeswirtschaftsministerium, das einer Einführung zustimmen muß, glaubt anscheinend an eine baldige Einführung des Postkurierdienstes: Er gehe davon aus, „daß in absehbarer Zeit dieses Dienstangebot durch Aufnahme in die entsprechenden Rechtsverordnungen verbindlich eingeführt werden soll", schreibt der Parlamentarische Staatssekretär Martin Grüner zu diesem Thema.

Den laufenden Betriebsversuch nennt der Bundesverband selbständiger Kraftfahrer in München, der die Interessen der Gewerbetreibenden im Kurierdienst vertritt, eine „kalte" Einführung. Verbandschef Werner Roemer fürchtet die Bedrohung Tausender privater Existenzen, „die den Markt erschlossen und zufriedenstellend bedient haben". Ein offenes Ohr mit seinen unzähligen Briefen an die Politiker aller Fraktionen fand Werner Roemer beim bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Der würde es begrüßen, „wenn sich die Deutsche Bundespost aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Überlegungen heraus in diesem Tätigkeitsbereich zurückhielte."

Dumping und Unfairneß – Vorwürfe gegen die Post

Bisher hält sich die Post erstmal bedeckt. Eine Erklärung, ob und wann der Postkurierdienst bundesweit eingeführt werden soll, wollte Schwarz-Schillings Ministerium nicht geben. Auch ein weiteres Gespräch mit Werner Roemer wird dort „für nicht effizient" gehalten.

Dabei haben sich Roemers Vorwürfe an die Post gewaschen: Sie halte sich nicht an die Spielregeln des fairen Wettbewerbs. Als Beispiel nennt Roemer einen international tätigen Kurier aus München, den die Post angeblich monatelang auf seinen Fernschreiber warten ließ, ohne den er sein Geschäft stillegen mußte. Die Oberpostdirektion München hält diese Vorwürfe für absurd. Pressesprecher Reinhold Groß: „Wir behandeln alle gleich."

Roemer wirft der Post auch Dumping vor, weil der Eilkurier der Post innerhalb der Stadtgrenzen Münchens 14 Mark für eine Sendung kostet, während die hart kalkulierenden Privatunternehmer das Doppelte nehmen müßten. Postsprecher Groß: „Da vergleicht Roemer Äpfel und Birnen." Auch die Post habe einen Direktkurier, der Sendungen exklusiv für einen Kunden transportiert. Je nach Entfernung koste die Sendung dann zwischen 20 und 45 Mark. Dieser Dienst entspräche laut Groß dem von den Privaten angebotenen Diensten. Groß: „Die Preise der Post sind kostendeckend kalkuliert."

Ärgerlich über die Post sind auch die privaten Kurierfahrer vom Coeln Courir. Auf jeder Fahrt nervt sie der Funkverkehr einer Heizölfirma, einer Spedition, mehrerer Bau- und Computerfirmen und eines Getränke-Auslieferers. Der Grund: Alle diese Betriebe haben von der Post dieselbe Frequenz zugeteilt bekommen, so daß ein geregelter Funkverkehr oft nicht möglich ist. Roemer berichtet sogar von Fällen, in denen die Post sogar zwei private Kurierdienste auf eine Frequenz gelegt hat, die sich dann gegenseitig die Kunden abgejagt haben. „Ich nehme an, daß der Postkurierdienst diese Schwierigkeiten nicht kennt", stöhnt auch Andreas Beckmann, der ansonsten keine Angst vor dem großen Staatsmonopolisten hat. „Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß die mit genausoviel Engagement arbeiten wie die vielen kleinen privaten Kurierdienste, die ja alle um ihre Existenz kämpfen."

Hannover bietet der „DDR“ eine Plattform für ihre Kulturpolitik

Ministerium: Auftritt Ost-Berlin nicht genehmer Künstler „dürfte schwierig sein“

MICHAEL JACH, Hannover

Niedersachsens CDU-Landesregierung und die SPD-geführte Landeshauptstadt Hannover werden gemeinsam ein „Forum für Kunst und Kultur in der DDR“ einrichten. Mit dem zwischen Ministerpräsident Ernst Albrecht, Kunstminister Johann-Tönjes Cassens sowie Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg und Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube abgestimmten Entschluß gewinnt ein Vorhaben Gestalt, für das Schmalstieg seit einigen Jahren geworben hat und das nun Aufnahme fand in ein Maßnahmenpaket zur allseits als dringlich erachteten „Verbesserung der kulturellen Struktur der Landeshauptstadt“.

Nach Auskunft des Landesministeriums für Wissenschaft und Kunst ist beabsichtigt, das Forum für Kunstausstellungen, Künstlerauftritte und kulturwissenschaftliche Vorträge aus der und über die „DDR“ zur Verfügung zu stellen. Das Land hat – dem Vernehmen nach für einen Millionenbetrag – als Domizil bereits eine frühere Großbürgervilla nahe der Musikhochschule Hannover erworben. Dort sei, heißt es, „praktisch alles bereit“.

Detaillierte Programmpläne gibt es offenbar noch nicht. Um das Haus „mit Leben zu erfüllen“, sollen kommunale, akademische und private Kulturverbindungen nach Mitteldeutschland genutzt werden. Das Ministerium verweist zudem auf „gute Kontakte“ des Hausherrn Cassens selbst. Mit Blick auf in der „DDR“ geächtete oppositionelle Künstler wird eingeräumt, deren Einbeziehung in die hannoverschen Pläne „dürfte schwierig sein“.

Von nichtoffizieller Seite ist zu erfahren, daß die Aufnahme des „DDR“-Forums in das „Kulturpaket Landeshauptstadt“ auf einen Interessenausgleich zwischen Land und Stadt zurückgehe: Langes Sträuben der Stadtregierung gegen die Mitfinanzierung beim Ausbau des Sprengel-Kunstmuseums, den das Land energisch vorantreiben will, sei mit der Zustimmung zum „DDR“-Forum ausgeräumt worden. Die für das „Paket“ erforderlichen Investitionen – außer Forum und Sprengel-Museum für „Sanierung und Erweiterungen“ von Schloß und Park Herrenhausen sowie „Qualitätsverbesserung des Sprechtheaters in Hannover“ (WELT vom 27. 1.) – trägt zu zwei Dritteln das Land, den Rest die Stadt.

Die Staatskanzlei bestätigte der WELT, daß das kulturpolitische „Signal“ in Richtung Ost-Berlin sich einfüge in Niedersachsens Interessen hinsichtlich der innerdeutschen Beziehungen. Regierungssprecher von Poser betonte „unsere engen wirtschafts- und umweltpolitischen Kontakte“ und verwies auf „atmosphärischen Nutzen kulturellen Austausches“. Hannover erhofft von der „DDR“ Schritte zur Reinigung ihrer nach Westen gewehten Industrieabgase sowie der vergifteten Elbe.

Albrecht selbst hatte das jetzt für Hannover beschlossene Kulturforum schon Ende vergangenen Jahres ins Gespräch gebracht. „Verkürzte Zeitungsmeldungen“ erzeugten damals Irritationen in Bonn, da das unterschriftsreife Kulturabkommen der Bundesregierung mit Ost-Berlin einen Austausch offizieller Kulturinstitute nicht vorsieht; Bedenken der SED gegen „Westeinflüsse“ haben dies verhindert. Die Landesregierung betonte seither mehrfach, ihre Pläne stünden damit nicht in Zusammenhang. Nichtsdestoweniger würde Albrecht von den „Möglichkeiten“ des Abkommens auch für das hannoversche Forum „gern Gebrauch machen“, denn in solchem Rahmen „läuft natürlich vieles besser“.

Seite 2: Kommentar

Parteien ziehen in Kiel Bilanz des Wahlkampfs

CDU: 48 Prozent wäre Erfolg / SPD: Ziel stärkste Fraktion

GEORG BAUER, Kiel

Wenige Tage vor der Kommunalwahl am kommenden Sonntag in Schleswig-Holstein haben die großen Parteien des Landes, CDU und SPD, ihren Kampf um die Stimmen bilanziert. „Wir gehen mit Optimismus in die Wahl“, verkündete der Generalsekretär der CDU, Rolf Rüdiger Reichardt. Bei der Aufarbeitung des Wahlkamfeinsatzes verhehlte er aber nicht, daß die CDU ihr Stimmenergebnis von vor vier Jahren, als die Partei im Zuge des sozialdemokratischen Niedergangs mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, nicht erreichen wird. „Wenn wir 48 Prozent der Stimmen bekommen, sprechen wir von einem Erfolg“, heißt es in Kreisen der Partei. Pessimisten rechnen mit einem Verlust von fünf Prozent und mehr.

Während des Wahlkampfes hatten Christdemokraten einen Kurs der Doppelstrategie gefahren. In Reaktion auf die Angriffe der Genossen, die die CDU des nördlichsten Bundeslandes für die Politik in Bonn durch den Vorwurf der „sozialen Demontage“ mit in die Pflicht nehmen wollten, verwiesen die Christdemokraten auf den wirtschaftlichen Aufschwung.

Wie wählen die Bauern?

Gleichzeitig versuchte die CDU, ihre kommunalpolitischen Erfolge vor Ort in der zweiten Hälfte des über weite Strecken eintönigen Wahlkampfes in den Vordergrund zu rükken. Hier geriet die Partei in manche Turbulenzen. Wiederholt sah sich der Generalsekretär in der Rolle des Feuerwehrmannes, wenn es galt, parteiinterne Auseinandersetzungen beizulegen. Ein Unsicherheitsfaktor für die Christdemokraten sind die Bauern. Sie könnten aus Ärger über die Agrarpolitik ihre Stimme verweigern.

Auch die Sozialdemokraten mußten so manchen Minuspunkt verbuchen. Der Vorwurf, die Union sei ein Verfechter der Ellenbogen-Gesellschaft und fördere die Reichen auf Kosten der Armen, fruchtete nicht. Die SPD war daher gezwungen, landes- und kommunalpolitische Themen zu betonen. Die Werftenkrise und die „DDR“-Mülldeponie Schönberg nahe Lübeck wiesen fortan den Genossen den Weg für ihre Attacken. Für den Sonntag haben sich die Sozialdemokraten die Hürde sehr hoch gelegt. Stärkste Partei des Landes wollen wir werden, bekräftigte jüngst der Landesgeschäftsführer der Partei, Klaus Rave. Vor vier Jahren hatte die SPD mit nur 34,6 Prozent der Stimmen ihr Waterloo erlebt.

Viel Parteiprominenz

Die bundespolitische Bedeutung der Wahl im nördlichsten Bundesland, die vor der Entscheidung auf Bundesebene im Januar des nächsten Jahres Auftakt für eine Abstimmungsserie in den Bundesländern Niedersachsen, Bayern und Hamburg ist, hatte die SPD immer wieder betont. Im Bewußtsein, daß es nicht weiter bergab gehen könne, meinte jetzt Oppositionsführer Björn Engholm vorsichtig: „Das Wahlergebnis wird Aufschluß darüber geben, daß sich die Sozialdemokraten 1986 auf dem Weg zur Mehrheitsfähigkeit in der Bundesrepublik befinden.“ Die Ansicht, Gradmesser für den Bund zu sein, unterstrich die SPD durch den massiven Einsatz ihrer Parteioberen.

Auch der FDP-Bundesvorsitzende, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, reiste für seine Partei wiederholt gen Norden. Das Ziel der Freien Demokraten heißt: Wenig mehr als vor vier Jahren. Damals erreichte sie 6,8 Prozent.

Ungewiß ist das Schicksal der Grünen. In Schleswig-Holstein weiß kaum jemand die Stellung der Partei einzuschätzen. Traten sie 1982 noch getrennt als Grüne Liste Schleswig-Holstein und Die Grünen an, so firmieren sie in diesem Jahr ausschließlich unter dem Namen Die Grünen.

Stoltenbergs Forderungen für Arbed

DW. Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hält eine endgültige und dauerhafte Lösung bei dem angeschlagenen Stahlkonzern Arbed nur für möglich, wenn die Landesregierung „Unternehmen gewinnt, die auch mit haftendem Kapital antreten“. Stoltenberg machte dies vor dem heutigen Treffen mit seinen Ministerkollegen Bangemann und Schäuble sowie dem saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine, bei dem über die Beteiligung des Bundes an der Entschuldung von Arbed verhandelt werden soll, in einem Interview des Saarländischen Fernsehens deutlich.

Auf die Frage, ob heute in Bonn ein endgültiger Durchbruch erzielt werden könnte, antwortete der Minister: „Jetzt geht es darum, jedenfalls für eine längere Zwischenphase, Arbed eine festere Grundlage zu geben.“ Stoltenberg zeigte sich bereit, dem Unternehmen bei der Sanierung zu helfen. „Wenn das Saarland, was ich nicht kritisieren will, leider nicht in der Lage ist, einen neuen wirklichen Unternehmer, der Kapital mitbringt und volles Risiko übernimmt, vorzuweisen, wollen wir dennoch über einen wesentlichen Beitrag des Bundes für diese Übergangslösung reden“, sagte der CDU-Politiker.

Wie weit der Bund bei den Verhandlungen heute gehen werde, wolle Stoltenberg allerdings nicht verraten. „Ich möchte auch ein paar Auskünfte von den Herren aus Saarbrükken haben, was die Banken endgültig tun, wie weit die Verhandlungen mit den Ruhrunternehmen gediehen sind“, gab er sich abwartend. Daß der Bund die Entschuldung von Arbed Saarstahl zu 100 Prozent übernehmen werde, hält Stoltenberg für kaum denkbar. Es sei nicht ausgewogen, so der Finanzminister, wenn die Ruhrkonzerne sich mit einer Mark Anteile bei Arbed einkaufen wollten und sagten, der Bund müsse auf eine Milliarde verzichten.

Der Paragraph 116 Arbeitsförderungsgesetz in der Diskussion

Nach wochenlangen, heftigen Diskussionen um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz melden sich heute und morgen bei einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag 33 Sachverständige zu Wort. Die WELT hat zwei exponierte Vertreter der zwei Lager um eine grundsätzliche Wertung der Problematik der geplanten Gesetzesänderung gebeten: Die Meinung der Regierung vertritt Martin Bangemann, Bundesvorsitzender der FDP; die Position der Gewerkschaften verteidigt der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr.

Hans Mayr

Martin Bangemann

Mayr: Rache für den Streik 1984

Von HANS MAYR

Ausgangspunkt der jetzigen Diskussion um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz ist das Jahr 1984. Die IG Metall forderte eine Wochenarbeitszeitverkürzung. Die Arbeitgeber wollten „lieber vier Wochen Streik als eine Minute unter 40 Stunden“ und der Bundeskanzler nannte die 35-Stunden-Forderung der Gewerkschaft „absurd, töricht und dumm“. Nach sieben Wochen Streik waren es nicht mehr 40, sondern 38,5 Stunden wöchentlich. Seither denken Arbeitgeber und Bundesregierung darüber nach, wie sie durch Gesetzesänderungen künftig solche Niederlagen vermeiden können.

Der IG Metall wurde vorgeworfen, sie habe mit einer „Minimax“-Taktik die Arbeitgeber aufs Kreuz gelegt. Das Gegenteil ist richtig: Die IG Metall hat zwar den Streik ganz klein angefangen, um den Konflikt nach Möglichkeit zu begrenzen. Aber bereits drei Tage nach Streikbeginn wurde der Streik ausgeweitet; nach fünf Tagen sprang er von Nordwürttemberg/Nordbaden auf Hessen über – einmalig in der Geschichte der IG Metall. Bedenkenswert auch folgendes: Dieselben Leute, die immer über die großen volkswirtschaftlichen Schäden von Streiks jammern, finden nichts dabei, daß die Metall-Arbeitgeber auf den Streik von 57 0000 mit einer Aussperrung von 170 000 Metallarbeitern in den beiden genannten Tarifgebieten antworteten. Der IG Metall sind durch diesen Streik Kosten in Höhe von 500 Millionen Mark entstanden. Eine kleine Summe? Minimax? Die IG Metall wird jedenfalls Jahre brauchen, um die dadurch entstandene finanzielle Lücke aus ihrem Beitragsaufkommen zu schließen.

Den Arbeitgebern geht es glänzend

Den Arbeitgebern hingegen geht es glänzend. Zwar haben sie bei der Wochenarbeitszeitverkürzung nachgeben müssen, aber die von ihnen an die Wand gemalten Katastrophenbilder („Japanische Gefahr“) sind inzwischen alle vergilbt. Es gab 1985 Produktionssteigerungen, Produktivitätssteigerungen und Riesen-Exportüberschüsse.

Neu an diesem Arbeitskampf war, daß bereits nach wenigen Tagen im ganzen Lande Fabriken stillstanden, weil ihnen Ersatzteile aus den Streikgebieten fehlten. Früher hatten Unternehmen ein großes Lager, und wenn wirklich mal Ersatzteile ausblieben, lief die Produktion noch wochenlang weiter. Aber große Ersatzteillager binden Kapital, kosten Geld und sind deshalb in vielen Firmen in den vergangenen Jahren abgebaut worden. Natürlich sind dadurch die Unternehmen störanfälliger geworden, auch bei einem Brand oder einem Hochwasser, nicht nur beim Arbeitskampf. Zu knappe Lagerhaltung hat jedoch nicht die IG Metall zu verantworten, und deshalb hat sie auch nicht die Folgen zu tragen.

Im Falle eines Streiks kann der Unternehmer, der eigentlich das Risiko für sein zu kleines Lager selbst tragen müßte, zumindest die Lohnkosten über die Kurzarbeitergeldregelung von der Bundesanstalt für Arbeit erstatten lassen. Ein unternehmerisches Risiko wurde also auf eine Versicherungseinrichtung verlagert. So jedenfalls war es bisher.

Über Kurzarbeit bestimmt allein der Unternehmer

Jetzt soll der Hahn aus Nürnberg zugedreht werden, in der Hoffnung, daß sich die Kurzarbeitenden an ihre Gewerkschaft wenden. Damit kämen auf die IG Metall Kosten in unvorstellbarem Ausmaße zu. 1984 gab es durch den Arbeitskampf 310 000 Kurzarbeiter. Beim nächsten Arbeitskampf sind es vielleicht mehr als eine Million. Ob nämlich kurzgearbeitet wird, bestimmt nicht die Gewerkschaft, noch nicht einmal der Betriebsrat, sondern der Unternehmer ganz allein. Er könnte also dieses Mittel willkürlich einsetzen zur Unterstützung seiner Unternehmerkollegen im Streikgebiet. Die IG Metall müßte immer mit einer bundesweiten Aussperrung rechnen. Und genau das ist der wahre Grund für diesen Gesetzentwurf. Ein Arbeitskampf wie 1984 soll nicht mehr möglich sein. Regierung und Arbeitgeber wollen Rache für 1984 und Ruhe für den Rest des Jahrtausends.

Dabei haben sie es so eilig, daß sie nicht einmal das Urteil ordentlicher Gerichte abwarten wollen, die mit diesem Problem beschäftigt sind. Was CDU/CSU und FDP jetzt in ein Gesetz gießen wollen, hat nämlich der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, 1984 schon mit einem Erlaß versucht. Diesen Erlaß haben Gerichte in zwei Instanzen vorläufig kassiert; jetzt beginnen die Hauptverfahren. Selbst politische Freunde raten der Regierung, die Finger von einem neuen Gesetz zu lassen, solange der Streit nicht durch alle Instanzen ausgeklagt ist.

Bangemann: Präzisiert wird nur die Ausnahme

Von MARTIN BANGEMANN

Die Debatte um die Novellierung von Paragraph 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wird weithin von Unkenntnis und gewollten Mißverständnissen beherrscht. Der Regierungsentwurf will weder das Streikrecht einschränken noch die Streikfähigkeit der Gewerkschaften untergraben. Er will – im Interesse der Tarifautonomie – die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit (BA) im Arbeitskampf sichern – nicht mehr und nicht weniger.

Die FDP hat seit je die Tarifautonomie und das Recht der Tarifpartner, Arbeitskämpfe zu führen, bejaht. Tarifautonomie bedeutet, daß die Tarifpartner die Arbeitsbedingungen ohne Einmischung des Staates regeln können. Das setzt voraus, daß der Staat sich neutral verhält. Dies gilt auch für die BA, deren Kasse aus den „Zwangs“-Beiträgen aller Arbeitnehmer (auch der Nicht-Organisierten) und Arbeitgeber gespeist und erforderlichenfalls aus Haushaltsmitteln ergänzt wird. Sie darf weder als „Ersatzstreikkasse“ der Gewerkschaften noch als „Ersatzsolidaritätsfonds“ der Arbeitgeber mißbraucht werden.

Auch der Gesetzgeber von 1969 wollte nicht, daß bei Schwerpunktstreiks ohne jede Ausnahme gezahlt wird. Das AFG bestimmt deshalb, daß mittelbar von Streikwirkungen betroffene Arbeitnehmer im allgemeinen Arbeitslosengeld erhalten sollen. Nicht gezahlt werden sollte jedoch, wenn der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen auch dieser Arbeitnehmer abzielt, oder wenn die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen kann. Schon damals war erkannt worden, daß mit Schwerpunktstreiks wenige Arbeitnehmer im Extremfall einen ganzen Wirtschaftszweig lahmlegen könnten. 1984 nutzte die IG Metall die verstärkte Verflechtung der Wirtschaft für ihre „Minimax-Strategie“. Fernwirkungen waren einkalkuliert.

Der Präsident der BA hat damals zu Recht die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar betroffene Arbeitnehmer in derselben Branche, aber außerhalb des Kampfgebietes verneint. Aber die Sozialgerichte entschieden – in einstweiligen Verfahren – anders und zwangen die BA zur Zahlung. Die Sozialgerichte haben das Recht damit entgegen dem erkennbaren Willen des Gesetzgebers ausgelegt. Deshalb ist Klarstellung nötig.

Worin besteht nun die Änderung, die soviel Aufregung verursacht?

Der Gesetzentwurf unterscheidet vier Fälle:

1. Zunächst wird – zugunsten der Arbeitnehmer – erstmals im Gesetz klargestellt, daß vom Arbeitskampf mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb des fachlichen Geltungsbereichs des umkämpften Tarifvertrages Arbeitslosengeld erhalten.

2. Wie bisher erhalten Streikende oder Ausgesperrte keine Leistungen.

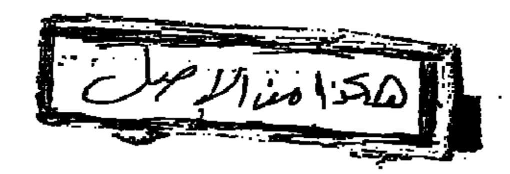
3. Wie bisher erhalten mittelbar betroffene Arbeitnehmer innerhalb des räumlichen und fachlichen Geltungsbereichs keine Leistungen.

4. Ebenfalls wie bisher erhalten Arbeitnehmer außerhalb des räumlichen, aber im gleichen fachlichen Tarifbereich nur dann kein Arbeitslosengeld, wenn der Arbeitskampf stellvertretend auch für die Änderung ihrer Arbeitsbedingungen geführt wird. Das Verhältnis von Regel (Zahlung) zu Ausnahme (Nichtzahlung) bleibt unverändert. Präzisiert wird die Ausnahme: Während die Neutralitätsanordnung bisher „nach Art und Umfang gleiche Forderungen“ voraussetzt, soll nach dem Regierungsentwurf immer dann nicht gezahlt werden, wenn „eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist“.

Die ganze Änderung liegt in den beiden Worten „Hauptforderung“ und „annähernd“. Im übrigen wird – zugunsten der Arbeitnehmer – die Nachweispflicht des Arbeitgebers für die Kausalität des Arbeitskampfes für den Arbeitsausfall verdeutlicht. Das, was die Gewerkschaften „kalte Aussperrung“ nennen, wird dadurch gerade verhindert. Angesichts des materiellen Gehalts der Änderung ist die Mobilmachung der Gewerkschaften gegen die Bundesregierung eine maßlose und unverständliche Reaktion.

Der Vorwurf, das Gesetz solle „durchgepeitscht“ werden, ist allzu vordergründig: Nach fast zwei Jahren Diskussion – auch mit den Tarifpartnern – ist es an der Zeit für eine sachliche Auseinandersetzung in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages.

Verbesserungsvorschläge können und sollen in den Ausschüssen sachlich diskutiert werden. Dazu gehört auch der Gedanke einer unabhängigen Schiedsstelle, die aber nicht die vorgesehene Präzisierung des Paragraphen 116 ersetzen kann. Die Gewerkschaften können ihre Argumente genauso vortragen wie die Arbeitgeber. Aber am Ende entscheiden nicht die Verbände, sondern das Parlament.



Gorbatschow fordert Strenge und „Krieg gegen subversive Elemente"

Zu Beginn des XXVII. Parteitags rechnet der Kreml-Chef mit den Sünden der Vergangenheit ab

R. BORNGÄSSER, Moskau

Als der Uhrzeiger auf zehn Uhr (Ortszeit) sprang, verstummte das Glinka-Konzert. Parteichef Michail Gorbatschow, der griesgrämig dreinschauende Andrej Gromyko, Ministerpräsident Ryschkow und Politbüro-Mitglied Ligatschow betraten nacheinander den großen Kreml-Saal. 4993 Delegierte beklatschten den Einzug der Parteigrößen zum XXVII. Kongreß der KPdSU – exakt an dem Tag, an dem vor 30 Jahren Nikita Chruschtschow mit seiner berühmten Rede vor dem XX. Parteitag die Entstalinisierung eingeleitet hatte.

Unter der schneeweißen Lenin-Büste vor rotem Hintergrund trat Gorbatschow im nachtblauen Anzug ans Mikrofon. Bereits fünf Minuten später war das Präsidium dieses Parteitages gewählt, die Reihe der Ehrentribüne besetzt. Sergej Ligatschow verkündete die Wahl des „Sekretariats- und Redaktionskomitees und die Mandatsprüfungskommission" an. Minutenschnell ohne Einwände waren die protokollarischen Formalitäten erledigt.

Wie ein Konzernherr

Den 152 Delegationen aus 113 Ländern – die Vereinigte Partei für die nationale Unabhängigkeit Sambias ist ebenso vertreten wie die polnische Arbeiter-KP unter Jaruzelski, wie die „DDR"-Delegation der SED unter Erich Honecker – wurden Grußbotschaften entboten. Man gedachte in Moskau auch der Kameraden und Klassenbrüder, die in „Kerkern und Gefängnissen schmachteten", und der Toten, voran Breschnew, Andropow, Tschernenko und Suslow, aber auch Berlinguer und Indira Gandhi.

Und dann legte Michail Gorbatschow, begleitet von phonstarken, exakt temperierten Ovationen seinen „Rechenschaftsbericht" vor. Der erste Teil seiner Rede, die dreieinhalb Stunden dauerte, befaßte sich mit der Innenpolitik des Landes. Nüchtern, abwägend, wie ein Konzernherr verteilte er Lob und dann viel Tadel, machte den Anwesenden klar, daß der Weg zur kommunistischen Gesellschaft noch weit sei, die Frage des realen Sozialismus erst geglättet werden müsse. „Trägheit, Überbürokratismus" warf er den Sowjetbürgern vor.

Doch dann führte er geschickt in einer rhetorischen Dauerleistung „die Verdammung des Kapitalismus gegenüber dem hell leuchtenden Sozialismus" vor. Malte er Horrorgemälde vom Westen, indem er drastisch die „wachsende Arbeitslosigkeit und den alles durchdringenden Militarismus" auspinselte. Ideologisch griff er hart in die Saiten, sprach von „Lügenmärchen" und nicht nur von „blinden Augen, sondern auch von blinden Seelen der Politiker" im Westen und griff aggressiv die Vereinigten Staaten an. In dieser Tour de force „umarmte" Gorbatschow die Entwicklungsländer – „Schandfleck der Menschheit, an dem nur der Imperialismus schuld hätte".

Dann befaßte er sich im innenpolitischen Teil lange Strecken mit der brachliegenden sowjetischen Wirtschaft. Er gab sich viel orthodoxer als sein Habitus bisher vermuten läßt. Gorbatschow forderte Strenge, verlangte „Krieg gegen subversive Elemente", „will Maßnahmen einleiten, um überall Ordnung zu schaffen".

„Wir stehen an der wichtigsten Entscheidung im Sozialismus, wir müssen den Stillstand bewegen", rief er den Delegierten zu. Er lockte mit seinen Vokabeln „mehr Beschleunigung", „mehr Effizienz" und animierte – immer wieder unterbrochen vom Beifall der Anwesenden –, er will „die Eigenerwartung erweitern", „jeden nach seiner Fähigkeit und Leistung bezahlt sehen", und verlangt, daß „gewisse Eigenständigkeiten eingeräumt werden sollen, zum Beispiel bei den Sowchosen, die ihre Überträge selber behalten sollen".

Filter für die Presse

Es war sicher kein Zufall, daß sich Michail Gorbatschow bereits im April 1985 entschlossen hatte, den XXVII. Parteitag am „Jubiläumstag" der Stalin-Verdammung zu eröffnen. Sicher war er sich auch über die politische Anzüglichkeit im klaren, als am Vorabend dieser Monsterschau große Gedenkartikel ausgerechnet über Andrej Schadnow, den „Kulturpapst" der Stalin-Ära, in der „Prawda" und in der „Istwestija" veröffentlicht wurden; Schadnow hätte jetzt seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Gorbatschow, so das Zerrbild im Westen, gilt als „medienfreudig". Aber wie seine Vorgänger hat er wieder den Filter des Pressezentrums vor die freie Berichterstattung über den Parteitag gesetzt. Korrespondenten waren zur Schaubühne des Weltkommunismus nicht zugelassen worden. Eine Direktübertragung in das internationale Pressezentrum bot ihnen lediglich Gelegenheit zu schauen, was die sowjetischen Kameras für würdig befanden.

Die Parteien in der Türkei regen sich

Ecevit und Demirel mißachten politisches Redeverbot / Protest der Gewerkschaften

KARL BINSWANGER, Ankara

In der Türkei gewinnt die Demokratie an Boden. Die türkische Dachgewerkschaft Türk-Ism hielt jetzt in Izmir die erste große Demonstration seit November 1980 ab. Damals übernahmen die Militärs die Macht, die sie nach den Wahlen des Jahres 1983 wieder abgaben. Die mehr als 30 000 Teilnehmer, die mit Kind und Kegel angereist waren, forderten „Brot, Frieden, Freiheit".

Der Friede vestehe sich von selbst. Brot meinte die Teuerungsrate – das Pfund Butter etwa kostet umgerechnet drei Mark. Mit „Freiheit" forderte der Türk-Ism-Vorsitzende Smevket Yilmaz zweierlei: Zum einen die Aufhebung aller Beschränkungen für gewerkschaftliche Betätigung, zum anderen eine „Demokratisierung" der Verfassung.

Diese militanten Töne sind neu. Türk-Ism hatte die Periode der Militärregierung nicht zuletzt deshalb überdauert, weil ihr Generalsekretär Sadik Smide gleichzeitig Arbeitsminister war. Vor allem aber hatte sich Türk-Ism aus der Politik herausgehalten. Mit Jahresbeginn 1986 änderte sich das. Der Dachverband arbeitet mit der politischen Opposition zusammen: Bei der Demonstration in Izmir sprach auch Oppositionsführer Gürkan (SHP) von den Sozialisten.

Die neue Koalition Gewerkschaften/Sozialdemokraten beweist, daß hier viel in Fluß gekommen ist im Land zwischen Bosporus und Ararat. Die regierende Mutterlandpartei (Anap) verfügt zwar weiterhin über die absolute, aber dünne Mehrheit im Parlament (207 von 392 Sitzen).

Die sozialdemokratische Opposition hat 83 Abgeordnete, die Nationaldemokraten (MDP) – einst Wunschpartei der Militärs – nur noch 53, die „Demokratische Linke" von Frau Rahsman Ecevit vier. Auf der Bank der Unabhängigen sitzen 45 Abgeordnete, die aus den anderen Parteien ausgetreten sind.

Artikel 84 der Verfassung verbietet den Übertritt von einer Partei in eine andere. Staatspräsident Evren erklärte den Paragraphen für „vorübergehend aufgehoben", weil sich an ihm der Streit um die Legalität der Sozialisten immer wieder neu entzündet.

Die „Soziale Volkspartei" (SHP) kam unter Umgehung dieses Artikels zustande: Die „Populistische Partei" (HP) hatte sich in SHP umbenannt, die außerparlamentarische Sodep von Erdal Inönü hatte sich aufgelöst. Danach fusionierten beide Parteien zur SHP – somit waren die ehemaligen HP-Abgeordneten nicht in eine bestehende Partei eingetreten. Gleichwohl verweist die regierende Anap immer hämisch auf den „dubiosen Status der SHP", die ihrerseits just deshalb der Anap eine „antidemokratische Einstellung" vorwirft.

Eine Änderung des Artikels 84 der Verfassung bedürfte eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, über die keine Partei verfügt.

Bezeichnend dafür das Laisser-faire der gegenwärtigen türkischen Politik aber ist, daß die ehemaligen Vorsitzenden der nach dem Putsch aufgelösten Parteien sich wieder lautstark zu Wort melden. Zwar stehen immer noch die Polizeiwachen vor den Häusern von Politikern wie Demirel, Ecevit, Erbakan sowie der Türk-Ism, aber die mit „Politik- und Redeverbot" für zehn Jahre Belegten äußern sich täglich in der Presse – und diese wirbt im staatlichen Fernsehen mit Hinweisen wie „Morgen Exklusivinterview mit Ecevit".

Am wenigsten Zurückhaltung übt dabei Süleyman Demirel, Exchef der aufgelösten Gerechtigkeitspartei (AP). In der Tageszeitung „Hürriyet" meldete er einen massiven Anspruch an: „Niemand kann mir die Türkei aus der Hand nehmen". Am 11. 2. 1986 zeigte er Flagge: Im Dedeman-Hotel in Ankara feierte die AP – Auflösung hin, Politikverbot her – den 25. Jahrestag ihrer Gründung.

Demirel verkündete auch, woran die Regierung scheitern wird: an der Teuerungsrate. „Das Einkaufsnetz ist die Meßlatte für jede Regierung."

Tamilen verschließen sich Colombo

Regierung will Autonomie ausweiten, aber die Extremisten beharren auf eigenem Staat

PETER DIENEMANN, Colombo

„Eine militärische Lösung", so erklärte Indiens Außenminister bei der Parlamentseröffnung in Neu-Delhi, „wird es für das Tamilen-Problem Sri Lankas nicht geben. Sie ist einfach nicht möglich." Nachdem noch Ende 1985 eine politische Regelung des ethnischen Konfliktes zwischen tamilischer Minderheits- und singhalesischer Mehrheitsbevölkerung in greifbare Nähe gerückt war, „ist die Regierung jetzt", wie es ein Vertreter des Auswärtigen Amtes formuliert, „wieder bei Null angelangt".

Zwar ist die ceylonesische Regierung bereit, im mehrheitlich tamilisch bevölkerten Nordteil der Insel eine tamilische Provinz mit einer Regierung der Tamilen zu schaffen – und sie ist auch bereit, jenen Teil einer künftigen Ostprovinz um Trincomalee, der mehrheitlich tamilisch bevölkert ist, in die Hand einer noch zu wählenden tamilischen Regierung zu geben, doch weigern sich Präsident Junius Jayewardene und seine Regierung, diese beiden künftigen Provinzen gemäß dem Tamilen-Wunsch zu einer politischen Einheit, einem „Tamilen Homeland", zusammenzuschließen.

Komitee vorgeschlagen

„Das äußerste Angebot", so ein Diplomat in Colombo, „ist die Einrichtung eines ‚Koordinationskomitees' zwischen den beiden Provinzen."

Mit diesem Angebot kam Colombo den Tamilen weiter entgegen als je zuvor. Unter anderem sollte der neuen tamilischen Regierung in den beiden Provinzen Autonomie in den Bereichen „Polizei" und „Erziehung" zugesagt werden. „Ein Angebot", so meint ein westlicher politischer Beobachter in Colombo, „das dem Wunsch der Tamilen nach Föderalismus entspricht."

Angeblich hatte die gemäßigte Tamilen-Partei „Tamil United Liberation Front" (Tulf) schon inoffiziell zugestimmt. Doch als der indische Vermittler zwischen Regierung und Tamilen-Organisationen, der Außenamts-Staatssekretär Romesh Bandhari, am 4. Februar zum Nationalfeiertag Sri Lankas nach Colombo reisen wollte, um die Feinverhandlungen für den Vertragsabschluß zu führen, kehrte er überraschend von seiner Zwischenstation im südindischen Madras, wo die Tulf ihr Hauptquartier hat, nach Neu-Delhi zurück.

Offensichtlich ist die Tulf unter ihrem Führer Amrithalingam, von dem man munkelt, daß er „Chefminister" der neuen Nordprovinz werden sollte, dem Druck der Extremisten gewichen. Denn jene Tamilen-Gruppen marxistischer Prägung, die in der „Nationalen Befreiungsfront für Eelam" (ENLF) zusammengeschlossen sind und auf deren Konto die Terroranschläge auf der Insel gehen, wollen sich mit nichts weniger zufriedengeben als einem eigenen Tamilen-Staat, „Tamil Eelam". Mindestens eine politische Einheit von Nord- und Ostprovinz fordert jetzt auch wieder Tulf-Führer Amrithalingam.

Doch weder „Eelam-Staat" noch eine tamilisch regierte und vereinte Nord- und Ostprovinz, ein „Tamilen Homeland", kann sich Sri Lanka innenpolitisch leisten. Die beiden möglichen Teilstaaten wären wirtschaftlich kaum lebensfähig, das singhalesisch dominierte „Rest-Sri-Lanka" wäre durch unkontrollierbare Einflüsse aus dem „Eelam-Staat" ständig politisch gefährdet. Zudem ist Präsident Jayewardene an die Grenze seiner Kompromißfähigkeit gelangt. Gegen die Opposition aus den Reihen seiner eigenen Regierungspartei und vor allem gegen die gestärkte Oppositionspartei, die „Sri Lanka Freiheitspartei" der früheren Ministerpräsidentin Bandaranaike, kann er weitere Zugeständnisse nicht durchsetzen, ohne selber zu stürzen.

Vor allem die Freiheitspartei (SLFP) hat einen harten prosinghalesischen Standpunkt eingenommen, nachdem ihre Präsidentin am 1. Januar ihre Bürgerrechte wiedererlangt hat, die ihr vor Jahren von Jayewardene abgesprochen worden waren. Die Innenpolitik der SLFP in der Tamilen-Frage entspricht der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung.

Indien vermittelt

Die indische Regierung, die seit 1984 eine Vermittlerrolle in der Sri-Lanka-Krise übernommen hat und mittlerweile 124 000 von der Insel geflüchtete Tamilen aufgenommen hat, verhält sich zur Zeit abwartend. Rajiv Gandhi ist entschlossen, das Tamilen-Problem Colombo zu überlassen, ist aber bereit, Hilfestellung zu leisten, und ist vor allem an der Rückkehr der Flüchtlinge nach Sri Lanka interessiert.

Denn im indischen Bundesstaat Tamil Nadu, wo die von der Insel Geflüchteten leben, reden die Extremen unter ihnen bereits von einem „Eelam" auf indischem Boden, wenn ihnen die Gründung ihres eigenen Staates in Sri Lanka nicht gelingt. Mit massiven militärischen Einsätzen gegen Extremisten scheint die Regierung in Colombo jetzt zu versuchen, die Tamil-Extremisten der ENLF in die Knie zu zwingen, um den Weg für neue Verhandlungen zu ebnen.

Barbie-Prozeß immer wieder verschoben

P. R. Paris

In Frankreich läßt der Prozeß gegen den ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, auf sich warten. Es stellen sich immer neue Probleme: Da ist es einmal der Gerichtssaal, der zu klein sei für das Interesse an einem Justizvorgang, der zum größten Reinigungsprozeß der französischen Nachkriegsgeschichte werden dürfte. Braucht man einen kugelsicheren Käfig?

Überhaupt scheint vielen Franzosen der Zeitpunkt für eine öffentliche Verhandlung kurz vor den Wahlen höchst ungelegen. Es könnte zu viel ans Tageslicht kommen – über den Widerstand, die Kollaboration, den Verrat in den eigenen Reihen, zu dessen Opfern angeblich auch Jean Moulin zählt. Dem von De Gaulle eingesetzten Résistance-Chef haben nicht nur die Kommunisten Denkmäler gesetzt. Barbie aber hat angedroht, solche Legenden zu zerstören.

Als eine weitere Verschleppung des Prozesses gegen den SS-Mann könnte nun die Einschaltung des Pariser Appellationsgerichtes angesehen werden. Es soll klären, warum der Ermittlungsrichter von acht Anklagepunkten fünf fallen ließ.

Anstatt nun Licht in das Hin und Her zu bringen, beschlossen die Pariser Richter, vorerst hinter verschlossenen Türen zu beraten, wobei es gar nicht mehr um Barbie geht. Es ist eine ganz andere Frage aufgeworfen worden: Was ist als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" anzusehen, die in Frankreich nicht verjähren.

1952 und 1954 war Barbie in Lyon schon einmal verurteilt worden – in Abwesenheit. Der Spruch lautete jeweils auf Tod, zur Last gelegt wurden ihm 4000 Morde und 7500 Deportationen. Doch die Urteile sind verjährt, weil sie als „Kriegsverbrechen" eingestuft wurden.

Die neue Akte gegen Klaus Barbie trennte daher die Anklagepunkte: Deportationen von Zivilpersonen sind nach Meinung des Lyoner Gerichtes „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" – also unverjährt, nicht dagegen die Ermordung von Widerstandskämpfern – also verjährt. Das Pariser Appellationsgericht soll nun zu einem weit über Frankreich hinausreichenden Rechtsstandpunkt finden, ob die systematische Verfolgung von Regimegegnern nicht doch als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" gewertet werden müßte.

Zwanzig Jahre standen sie loyal zu Marcos

JOCHEN HEHN, Manila

Die beiden Männer, die Staatspräsident Marcos den Rücken kehrten, offen gegen ihn revoltieren und damit seinen Fall beschleunigten, werden auch in einer von Corazon Aquino gebildeten Regierung eine bedeutende Rolle spielen. General Fidel Ramos hat in der provisorischen Regierung Frau Aquinos das Amt des Generalstabschefs der philippinischen Streitkräfte übernommen, während Juan Ponce Enrile zum Verteidigungsminister ernannt wurde.

Sowohl Ramos wie Enrile hatten Präsident Marcos über einen Zeitraum von über zwanzig Jahren treu gedient und ihn sogar noch während seines Wahlkampfes unterstützt.

Ramos, die zentrale Figur des militärischen Widerstandes, faßte seine Beweggründe in einem ersten Interview so zusammen: „Die philippinischen Streitkräfte haben aufgehört, unserer Republik zu dienen. Ich ziehe meine Unterstützung für Präsident Marcos zurück, denn ich betrachte es als meine Pflicht, den souveränen Willen des Volkes zu respektieren."

Der Schritt des Westpoint-Absolventen Fidel Ramos, der in der Armee den Ruf eines integren Berufsoffiziers genießt und auch von den USA unterstützt wird, ist konsequent und glaubwürdig zugleich. Er war es, der nach dem Mord an Senator Benigno Aquino, durch den das Ansehen der gesamten Armee entschädigt wurde, die Reformbewegung innerhalb der Streitkräfte ins Leben rief.

Offene Feindseligkeit

Er gab das Reformprogramm auch dann nicht auf, als er in der Person des Generalstabschefs Ver Mißtrauen und zuletzt offener Feindseligkeit begegnete. Fidel Ramos war jedoch nicht so sehr um seine Karriere denn um die Aufgabe selbst besorgt, nämlich den lädierten Ruf der Armee wiederherzustellen. Das geht auch daraus hervor, daß er seinen Posten Präsident Marcos in den vergangenen vier Jahren jährlich zur Disposition stellte.

Sein Verhältnis zur Oppositionsführerin Corazon Aquino war dennoch nicht ungetrübt. Seine Loyalität gegenüber Marcos und seine Bemerkung, er glaube, „Cory" Aquino stehe mit subversiven Elementen, spricht Kommunisten, in Verbindung, hatten „Cory" Aquino zu der Reaktion veranlaßt: „Ich bin wirklich enttäuscht über Fidel Ramos. Er ist so unentschlossen. Wann wird er endlich sagen, auf welcher Seite er steht. Bald kann es zu spät sein." Ramos hat sich entschieden, nicht in erster Linie für Frau Aquino, sondern für die Armee, deren Ruf er mit seinem mutigen Schritt wiederherstellen wollte.

Ehrgeiziger Enrile

„Wer einen militärischen Coup in den Philippinen für möglich hält, hat wohl zu viele James-Bond-Geschichten gelesen oder zu viele -Filme gesehen." Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile hatte vor einem Jahr, als er diese Worte in einem Interview äußerte, hinzugefügt, daß er eine solche Möglichkeit schon deshalb für unrealistisch halte, weil es sowohl in- und außerhalb der Armee keine Führungspersönlichkeit gebe, die der Institution Ferdinand Marcos gewachsen wäre.

Der heute 62jährige Ponce Enrile kommt aus kleinen Verhältnissen und war ein erfolgreicher Anwalt, bevor er sich Marcos anschloß und schon bald zum ersten Mann in dessen Kabinett aufstieg. Enrile sorgte dafür, daß sich die Armee auch dann noch geschlossen hinter Marcos stellte, als dieser 1972 das Kriegsrecht ausrief und sich zum Präsidenten mit diktatorischen Machtbefugnissen machte.

Mit dem Aufstieg von General Ver jedoch, einem früheren Leibwächter von Marcos, verlor Enrile nach und nach an Einfluß. Dennoch hielt der Gedemütigte an seiner Loyalität Marcos gegenüber fest.

Daß Enrile durchaus politischen Ehrgeiz besitzt, zeigte er 1983 nach dem Aquino-Mord, als es hieß, Marcos würde sich nicht mehr um eine neue Amtszeit als Präsident bewerben. Enrile selbst machte Anstalten, das Präsidentenamt anzustreben. Doch wurde er von Marcos zurückgepfiffen, als der kranke Präsident erklärte, sich doch noch einmal den Wählern zu stellen.

Der alte und wohl auch neue Verteidigungsminister hatte sich kurz nach dem Ausbruch der Revolte seiner Festnahme nur entziehen können, weil er zuvor gewarnt worden war. Für Corazon Aquino hatte er auch gleich eine Ergebenheitsadresse parat: „Ich werde sie unterstützen, weil ich davon überzeugt bin, daß sie die rechtmäßig gewählte Präsidentin ist."

USA liefern KZ-Aufseher an Israel aus

AFP, Washington

Nach einem jahrelangen Rechtsstreit werden die USA den mutmaßlichen ukrainischen NS-Kriegsverbrecher John Demjanjuk in den nächsten Tagen an Israel ausliefern. Vor einem israelischen Gericht soll er für den Tod von 900 000 Insassen des Konzentrationslagers Treblinka in Polen im Zweiten Weltkrieg zur Verantwortung gezogen werden, wofür ihm die Todesstrafe droht.

Nach Adolf Eichmann, dem Organisator der nationalsozialistischen Judendeportationen, der 1960 von israelischen Agenten aus Argentinien entführt und nach seiner Verurteilung am 31. Mai 1962 in Jerusalem hingerichtet wurde, wäre Demjanjuk der zweite Kriegsverbrecher, der in Israel vor Gericht gestellt wird.

Der Oberste Gerichtshof der USA wies einstimmig einen Einspruch Demjanjuks gegen das Urteil eines amerikanischen Berufungsgerichts ab, das seine Auslieferung für rechtmäßig erklärt hatte. Der heute 65 Jahre alte Mann wurde von sechs Zeugen als der KZ-Aufseher identifiziert, der die Gefangenen in die Gaskammern des Lagers führte und die Todesanlagen betätigte. Demjanjuk war 1942 in deutsche Gefangenschaft geraten und wenig später der SS beigetreten.

Der als „Iwan der Schreckliche" in Treblinka berüchtigte KZ-Aufseher wanderte 1952 in die USA aus, wo er in Cleveland als Automobilarbeiter tätig war und sechs Jahre später die amerikanische Staatsangehörigkeit annahm. Diese wurde ihm 1981 wieder aberkannt, als ihn ein Gericht in Cleveland für schuldig befand, bei der Einreise seine nationalsozialistische Vergangenheit verschwiegen zu haben. Vor ihm lieferten die USA lediglich zwei Kriegsverbrecher aus: Die KZ-Aufseherin Hermine Braunsteiner Ryan 1973 an die Bundesrepublik Deutschland und am 12. Februar dieses Jahres den ehemaligen kroatischen Innenminister Andrija Artucovik an Jugoslawien.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Sicherheitspolitik des Westens aus britischer, amerikanischer und französischer Sicht / Interviews mit Heath und Callaghan

Für eine kraftvolle, geschlossene Haltung der Westeuropäer innerhalb der atlantischen Allianz plädiert der frühere britische konservative Premierminister Edward Heath. Die Allianz sollte – wie schon von Präsident Kennedy 1962 formuliert – auf zwei Pfeilern ruhen, einem auf jeder Seite des Atlantiks. Bislang sei nicht genug getan worden, einen starken europäischen Pfeiler zu bauen. Dieses Defizit zeige sich immer wieder – wie zuletzt bei der Vorbereitung des Genfer Gipfels und den Diskussionen um SDI und Mittelstreckenwaffen. Es reiche nicht aus, darauf zu warten, was die USA vorschlagen. Der ehemalige Labour-Premier James Callaghan plädiert für die Erhaltung einer starken militärischen Präsenz der Westeuropäer, fordert aber gleichzeitig dazu auf, intensiv nach Gebieten zu suchen, wo mit dem Osten Übereinstimmung gefunden werden kann. Die Bundesrepublik habe hier eine überzeugende Vorreiterrolle gespielt. Die Interviews führte WELT-Korrespondent Rainer Gatermann.

Gefordert ist europäisches Denken und Handeln, sonst spielen wir keine gebührende Rolle mehr

Frage: Hat sich das Verhältnis Westeuropas zu den Supermächten in den vergangenen Jahren erheblich verändert?

Heath: Westeuropa war natürlich einbezogen in die Spannungen, die sich nach 1979 zwischen den Supermächten entwickelten. Das war unvermeidbar, da wir Mitglied der NATO sind. Andererseits waren die europäischen Staaten – meistens jedenfalls – nicht in gleichem Maße von der außenpolitischen Auseinandersetzung und den verbalen Beleidigungen Moskaus betroffen wie Washington. Ich glaube, Europa hat immer aufrichtig versucht, zur Sowjetunion ein arbeitsfähiges Verhältnis zu bewahren, und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir Nachbarn sind.

Callaghan: In der Öffentlichkeit haben sich die Gefühle, im Vergleich zu meiner Generation, geändert. Heute sind vor allem die jüngeren Leute der Ansicht, daß Großbritannien und Europa allgemein die NATO nicht als eine Angelegenheit sehen sollten, zu der es keine unterschiedlichen Auffassungen geben dürfe. Deswegen haben wir einige ernsthafte Meinungsunterschiede zwischen den USA und Europa erlebt. Sie sind jedoch in keiner Weise verhängnisvoll.

Frage: Größere Länder tendieren hin und wieder zu Alleingängen. Was die USA anbetrifft, sprach Senator Fulbright in seinem Buchtitel von „The Arrogance of Power". Trifft die Aussage Ihrer Auffassung nach auf die USA auch heute noch zu?

Heath: Im 19. Jahrhundert wurde gesagt, jede Macht korrumpiert, und absolute Macht tendiert zur vollkommenen Korruption. Aber keine der Supermächte verfügt über absolute Macht. Deswegen sollte da ein Schutz vor der Arroganz der absoluten Macht sein; allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß dieser Schutz vielleicht nur über einige Jahre wirksam ist. Mit anderen Worten: Jede neue Regierung braucht eine gewisse Zeit um festzustellen, daß sie nicht immer mit ihrem eigenen Willen durchkommt. Und die Gefahr eines Konfliktes zwischen den beiden Supermächten ist bei weitem zu groß, als daß eine von beiden bereit sein könnte, dieses Risiko einzugehen.

Callaghan: Ich glaube, in den siebziger Jahren erkannten wir alle den großen Bedarf an Kooperation. Dies wurde am deutlichsten 1975 mit der Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens demonstriert. Dies kam ebenfalls in der Konferenz der sieben größten Industrienationen zum Ausdruck. Wir passierten diesen Hochpunkt des gemeinsamen Verständnisses mit dem Wachsen des Monetarismus. Jedes Land, vor allem die USA und Großbritannien, aber in gewisser Hinsicht auch Deutschland und Frankreich, scheint eine Periode durchzumachen, in der es offenbar glaubt, es könnte durch einige ziemlich technische Maßnahmen, durch eine strikte Kontrolle der Geldmenge, seine Probleme im eigenen Land lösen. Jetzt, nachdem wir uns einige Zeit auf einem niedrigen Nivea der Kooperation bewegt haben, glaube ich, daß die Leute einsehen, daß diese Politik nicht viel ausrichtet und hoffe wieder auf eine zunehmende Zusammenarbeitsbereitschaft. Deswegen akzeptiere ich auch den Begriff der „Arroganz der Macht" nicht. Ich glaube, immer mehr erkennen die gegenseitige Abhängigkeit der Macht.

Frage: Bestätigt nicht die Art und Weise, wie die USA ihr SDI-Programm präsentiert haben, die Auffassung, daß die Amerikaner vor allem in der Politik dazu neigen, Probleme sauber und schnell zu lösen, am liebsten mit Hilfe der Technik?

Heath: Ich glaube, die Amerikaner selbst sind nicht so überzeugt davon, für SDI eine sehr schnelle Lösung zu finden. Andererseits ist es – meine ich – sowohl für die Sowjets als auch für die Amerikaner ganz natürlich daran zu glauben, daß die technische Entwicklung ihnen einen besseren Schutz bringt. Wir sollten jedoch an eines denken: Nichts in der Menschheit ist idiotensicher. Deswegen müssen wir immer damit leben, daß das Risiko mit der Entwicklung der Waffen ständig größer wird.

Callaghan: Dies ist kein neuer Bestandteil amerikanischer Politik. Die USA waren immer erst dann bereit zu reagieren, wenn ihnen dies notwendig erschien. Natürlich darf man hierbei den interministeriellen Krieg nicht vergessen, der in Washington ausgetragen wird. Ein Beispiel ist die Antwort auf den jüngsten sowjetischen Vorschlag zur nuklearen Abrüstung. In der britischen Regierung würde es normalerweise eine gemeinsame Linie geben, eine Ausnahme stellt vielleicht Westland dar, aber das bestätigt ja nur meine Auffassung. In Amerika erwartet man nicht diesen Zusammenhalt, wir müssen damit leben.

Frage: Halten Sie es für möglich, daß die europäischen NATO-Partner ihre Besorgnis über SDI nicht laut aussprechen, weil sie gegenüber Moskau nicht den Eindruck erwecken wollen, in dieser wichtigen Frage unterschiedlicher Auffassung zu sein?

Heath: Ich glaube nicht, daß die Europäer ihre Auffassung zurückgehalten haben. Zudem sind die russischen Botschafter immer anwesend, wenn in unseren Parlamenten darüber diskutiert wird. Deswegen sind sie auch sehr gut informiert, nicht nur über die Ansichten der Regierungen, sondern auch der Politiker.

Callaghan: Es sollte immer unser Ziel sein, Meinungsunterschiede so weit wie möglich unter uns beizulegen und sie nicht der Sowjetunion auf einem Silbertablett zu präsentieren. Es sollte auch immer nach außen eine gemeinsame Linie der Allianz geben. Es gehört zum Selbstverständnis einer Allianz, daß man zu Kompromissen bereit sein muß. Und ein amerikanisches Engagement in Europa ist immer noch von größter Bedeutung, sowohl für die USA als auch für Europa.

Frage: Es wird gesagt, die Europäer hätten weltpolitisch bereits abgedankt. Spielen sie bei der Bewältigung weltpolitischer Probleme tatsächlich keine Rolle mehr?

Heath: Meine Kritik liegt auf einer anderen Ebene. Sie haben sich nicht genügend angestrengt, in der Strategie des Westens die Rolle Europas zu formulieren. Sie sind bei der Herstellung europäischer Produkte bei weitem noch nicht weit genug gegangen. Dies ist unerhört wichtig, und der Grund, warum es noch nicht so weit gekommen ist, liegt hauptsächlich darin, daß sie immer noch zu national und nicht europäisch denken. Was wir nun von europäischen Führern erwarten müssen, ist, daß sie europäisch denken und handeln. Präsident Kennedy sagte mir 1962, er glaube, die Allianz sollte auf zwei Pfeilern ruhen, einem auf jeder Seite des Atlantiks. Das ist genau richtig, aber wir in Europa haben nicht genug getan, um einen starken europäischen Pfeiler zu bauen.

Callaghan: Dies ist eine unfaire Behauptung. Es ist offensichtlich schwieriger für die Europäische Gemeinschaft, die aus mehreren Ländern mit unterschiedlichen Ideen besteht, eine gemeinsame Außenpolitik zu betreiben. Dennoch muß man sagen, daß sie sich in diese Richtung bewegt. Nehmen wir zum Beispiel den Nahen und Mittleren Osten. Ich glaube, Europa zeigt jetzt auch ein größeres Interesse an der Schuldensituation der Dritten Welt. Allerdings ist es spät dran. Ich bin der Ansicht, wir haben alle unter dieser absurden Doktrin des Monetarismus gelitten. Jetzt hoffe ich, daß Europa in internationalen Angelegenheiten eine größere Rolle spielen wird, was es in einigen Fragen ja auch schon getan hat. Denken wir an Südafrika und Apartheid. Wir können doch nicht sagen, daß wir uns hier abgemeldet haben.

Frage: Ist es richtig, wie viele behaupten, daß zum Beispiel bei den Verhandlungen der USA mit der Sowjetunion über Mittelstreckenraketen oder bei SDI sowie beim Handel mit strategisch wichtigen Gütern die Europäer mehr oder weniger auf eine aktive Rolle verzichtet haben? Ähnlich soll es bei den Vorbereitungen des Genfer Gipfels gewesen sein. Ist dies eine richtige Beschreibung der europäischen Situation?

Heath: Ich zweifle nicht daran, daß die politischen Führer Europas in dieser Hinsicht erheblich mehr hätten machen können. Es reicht nicht aus, darauf zu warten, was die USA in einem solchen Treffen vorschlagen. Wir sollten immer mit unseren eigenen Vorschlägen parat sein und der US-Führung darlegen, was nach unserer Auffassung aus europäischer Sicht richtig ist.

Callaghan: Ich gehe davon aus, daß sie ihren Standpunkt dargelegt haben, ebenso wie in den sechziger und frühen siebziger Jahren. Wenn sich damals die Supermächte trafen, ob in Wladiwostok oder anderswo, dann kam Henry Kissinger und versicherte den Europäern, daß ihre Interessen voll und ganz berücksichtigt wurden. Und wir berichteten, was wir für wichtig halten. Ich nehme an, daß die britische Regierung sich derzeit sehr mit der Zukunft der nuklearen Trident-Rakete beschäftigt und den Amerikanern mitgeteilt hat, wie sie diese Angelegenheit behandelt zu haben wünscht. Die französische Regierung unter Präsident Mitterrand macht dasselbe. Aber wenn die beiden Supermächte in direkten Verhandlungen stehen, können andere nicht viel ausrichten, ausgenommen, ihnen ihre eigenen Interessen mitzuteilen. Über das Agieren der Reagan-Administration bin ich oft überrascht, aber ich wiederhole, dies ist kein neues Phänomen, das hat es immer gegeben. Es ist Bestandteil der amerikanischen Verfassung und des politischen Systems, was die Alliierten in ihren Reaktionen berücksichtigen müssen.

Frage: Es scheint, daß die Ostpolitik des Westens von einer Art Doppel-Philosophie bestimmt ist. Einerseits militärische Stärke zur Abwehr des östlichen Druckes, andererseits Kooperation auf anderen Gebieten. Ist dies ein gesunder Kompromiß und könnte er durch SDI gefährdet werden?

Heath: Ich würde es so sagen: Natürlich hat Europa seine eigene Rolle zu spielen. Aber entscheidend ist, ob wir eine gesunde europäische Wirtschaft und angemessene Sozialprogramme haben. Haben wir sie nicht, werden unsere Landsleute den Betrag, den wir für Verteidigung bereitstellen sowie dessen Notwendigkeit in Frage stellen. Tun sie dies, werden sie sich vielleicht auch in anderen Regierungssystemen umschauen, von denen sie annehmen, sie kümmerten sich mehr um ihre Bürger. Dies war übrigens ein Grund für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Einer war, daß Deutschland und Frankreich nie wieder Krieg gegeneinander führen sollten, und der andere, daß wir eine gesunde Wirtschaft aufbauen, so daß sich unsere Landsleute nicht nach Osten zu wenden brauchen, um zu schauen, ob dort ein besseres Leben auf sie wartet. Will man eine gesunde Verteidigungspolitik, muß sie auf einer gesunden Wirtschaft und sozialen Basis ruhen, die unsere Landsleute bereit sind zu akzeptieren.

Callaghan: Der Gedanke einer starken militärischen Präsenz, um jedes Mißverständnis seitens der Sowjets zu vermeiden, ist für uns von größter Bedeutung. Gleichzeitig sagen die Herren Reagan und Gorbatschow, ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf deswegen nicht stattfinden. Das zeigt, daß Ost und West gewisse gemeinsame Interessen haben. Da ist zum Beispiel auch der Umweltschutz. Wir können uns gegenseitig fast so leicht vergiften wie uns mit Kernwaffen vernichten. Da ist der Handel, das Energieproblem und das Transportwesen. Ganz abgesehen von den Menschenrechten, eine Frage, die uns teilt. Nach meiner Auffassung muß eine starke militärische Präsenz erhalten bleiben, aber wir sollten intensiv nach anderen Gebieten suchen, wo wir mit der Sowjetunion Übereinstimmung finden können. Die Bundesrepublik Deutschland hat ja diese Rolle schon bis zur Perfektion gespielt. Ich meine, dies ist ein großer Erfolg, zu dem sie sich selbst gratulieren kann.

Zu SDI meine ich, dies ist kein unüberwindbares Problem mehr. Die UdSSR hat ihre Position geändert. Auch wenn SDI Moskau Sorgen bereitet, sollte es doch möglich sein, ernsthafte Verhandlungen zum Beispiel über die Mittelstreckenrakten in Europa zu führen.

Frage: Wir erleben in europäischen Ländern Proteste gegen neue Waffensysteme und Aktionen für Abrüstung. Zudem spielen enge, nationale Gesichtspunkte bei der Festlegung der Verteidigungsstrategie heute eine größere Rolle als früher. Ist nach Ihrer Auffassung die westliche Strategie immer noch überzeugend?

Heath: Ich glaube, Proteste und Aktionen sind weitgehend beeinflußt von der Frage, inwieweit ehrliche Versuche unternommen werden, die Rüstung – sowohl nukleare als auch die konventionelle – zu reduzieren, um das Risiko eines unnötigen Krieges zu verringern. Herrscht das Gefühl vor, diese Versuche werden nicht gemacht, kommt es zu Demonstrationen, ich verstehe das. Deswegen ist es nicht nur notwendig, mit ernsthaften Anstrengungen das Rüstungsniveau zu senken, sondern die Leute müssen auch sehen, daß wir es ernst meinen. Weil sie dies bezweifeln, erleben wir das Anwachsen der Protestbewegung.

Callaghan: Nicht in jeder Hinsicht. Da ist ein Problem in der westlichen Strategie, das noch gelöst werden muß. Derzeit wird diesem intellektuellen Problem nicht viel Beachtung geschenkt. Alle Aufmerksamkeit richtet sich auf SDI, die strategischen und die nuklearen Mittelstreckenraketen. Ich hoffe, irgendwo beschäftigen sich die Militärs auch mit dem Überdenken ihrer Militärstratgie mit dem Ziel, sie für den Normalbürger überzeugender darstellen zu können.

Frage: Die Wiedervereinigung Deutschlands steht weiterhin an der Spitze der politischen Tagesordnung in der Bundesrepublik. Stört dies die Partner und wäre es ohne diese Forderung leichter, Frieden zu schaffen?

Heath: Heute spielt das keine große Rolle. Wir wissen, was die Deutschen möchten und wir wissen, daß sie, um dieses Ziel zu erreichen, nicht die Sowjetunion angreifen werden. Wir wissen, es ist für unsere Partner wünschenswert, aber kennen auch heute den herrschenden Status quo.

Callaghan: Ich finde, die Führer aller deutschen Parteien haben in dieser Frage eine große staatsmännische Haltung eingenommen ... Ich kritisiere deutsche Staatsmänner und Politiker nicht für die Art und Weise, wie sie ihre Verbindungen zu Mitteldeutschland pflegen oder wie sie an ihrem Ziel, dem wiedervereinigten Deutschland, festhalten, ohne gleichzeitig andere politische Fragen erschweren und ihn Gefahr bringen zu wollen.

> „Ich glaube, die Amerikaner selbst sind nicht so überzeugt davon, für SDI eine sehr schnelle Lösung zu finden. Andererseits ist es sowohl für die Sowjets als auch für die Amerikaner ganz natürlich daran zu glauben, daß die technische Entwicklung ihnen einen besseren Schutz bringt."



Edward Heath, Premierminister von 1970 bis 1974



James Callaghan, Premierminister von 1976 bis 1979

> „SDI ist kein unüberwindbares Problem mehr. Die Sowjetunion hat ihre Position geändert. Auch wenn SDI Moskau Sorgen bereitet, sollte es doch möglich sein, ernsthafte Verhandlungen zum Beispiel über die Mittelstreckenraketen in Europa zu führen."

Paris will für Bonn Partner, nicht Protektor sein

General Fricaud-Chagnaud begrüßt Kohls Haltung zur „Null-Lösung", lehnt aber Nuklearzusage für die Bundesrepublik ab

PETER RUGE, Paris

„Frankreich stellt sein Nuklear-Potential nicht zur Diskussion – weder im Sinne Gorbatschows, noch Reagans, solange die Supermächte nicht bereit sind, die eigene strategische Bewaffnung substantiell zu reduzieren." Diese politische Auffassung erklärt nach Meinung von General Fricaud-Chagnaud, Leiter des Instituts für Nationale Verteidigung, warum es in Paris weder emotionale Debatten in der Öffentlichkeit noch einen Parteienstreit zu den Vorschlägen über die Beseitigung aller Mittelstrecken-Systeme in Europa gibt.

Fricaud-Chagnaud, der als einer der engsten Militärberater des französischen Staatspräsidenten gilt, legt im Gespräch mit der WELT den Finger auf die entscheidende Schwachstelle einer „Null-Lösung": „Der Abzug der europäischen Mittelstrekken-Raketen würde auf der Stufenleiter der Abschreckung einige Sprossen entfernen: Zwischen einer konventionellen Abwehr und dem Einsatz strategischer Nuklearwaffen bliebe eine Lücke, die von den Russen sofort als neuer Spielraum genutzt werden dürfte. Oder halten Sie dann noch einen großen nuklearen Gegenschlag der Amerikaner für denkbar, wenn Hamburg von einer sowjetischen Panzerarmee umstellt würde?" Dem Osten wäre es somit gelungen, so der Gedankengang des Generals, Westeuropa vom Nuklearschutz Amerikas abzukoppeln und in eine Zone geminderter Sicherheit und damit größerer Verletzlichkeit hineinzumanövrieren.

Paris habe daher mit Genugtuung registriert, daß Bundeskanzler Kohl zwar für eine „Null-Lösung" votiere, jedoch auf das sowjetische Verlangen nach einem „Einfrieren" der französischen und britischen Atomwaffen auf den gegenwärtigen Stand nicht eingehe. „Also setzt die Bundesrepublik auf uns", sagt der General, „das Wort von der ‚Schicksalsgemeinschaft' erhält für Franzosen und Deutsche eine neue Bedeutung."



Georges Fricaud-Chagnaud

Zu dem von deutschen Politikern geäußerten Wunsch nach einer Garantie des französischen Atomwaffeneinsatzes, stellt Mitterrands Militärberater fest: „Den Deutschen eine Nuklear-Zusage zu geben, würde so aussehen, als ob sich Frankreich zum ‚Protektor der Bundesrepublik' aufschwingen würde – dies hätte eine Veränderung unserer gewachsenen Beziehungen zur Folge: aus Partnern, die zu teilen bereit sind, würden Habende und Nichthabende. Sofort wäre die Frage gestellt, um welchen Preis wir den Deutschen beistehen: etwa ein paar Milliarden Mark für das französische Raumfahrtprojekt Hermes oder den Beobachtungssatelliten? Nein, wir stehen Seite an Seite.Ich weise den Vorwurf zurück, daß französische Militärs nach wie vor auf die fünfziger Jahre zurückschauen, wonach es vornehmlich den Deutschen überlassen bleibt, die Risiken der Verteidigung Frankreichs nach Osten zu tragen. Das hat sich gewiß auch durch die direkte sowjetische Raketenbedrohung aus der DDR oder der CSSR geändert.

Unsere Ostgrenze ist nicht mehr der Rhein, es ist auch nicht die Elbe – unser Bestreben geht dahin, in Herrn Gorbatschows Kopf eine Grenze zu ziehen, die ihn vor Übergriffen auf den Westen abhält."

Der Leiter des Instituts für Nationale Verteidigung in Paris stuft in seinem WELT-Gespräch die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsinitiativen in bezug auf die Mittelstreckenraketen in Europa als „hübschen Cocktail für die öffentliche Meinung" ein. Das Vorgehen der Amerikaner erinnere an die Art und Weise, wie SDI den Verbündeten präsentiert worden sei. Weitere Alleingänge der USA seien nicht ausschließen, deshalb sei eigentlich die Zeit reif dafür, daß die 320 Millionen Europäer über eine eigene Verteidigungsgemeinschaft nachdächten. Zwar habe Frankreich 1954 einen ersten Anlauf dahin abgelehnt, ein zweiter Versuch würde heute sicherlich von anderen aus dem Kreis der zwölf EG-Mitglieder blockiert werden.

Ein Kern sei mit der Allianz zwischen Deutschen und Franzosen schon vorhanden: „Diese Partnerschaft gilt es auszubauen". „Erkennen die Deutschen nicht, daß ihnen die unerläßliche Basis ihrer Sicherheit von dem amerikanisch-sowjetischen Plan eines stufenweisen Abzugs sämtlicher Mittelstreckenwaffen entzogen werden soll? Frankreich kann die Bundesrepublik nicht auffordern, näher an den Partner zu rükken – es kann nur wünschen, daß in Bonn die Erkenntnis wächst, mit Paris durch noch engere, gemeinsame Sicherheitsinteressen verbunden zu sein."

Im Kreis um Mitterrand wird hier erneut die Enttäuschung darüber spürbar, daß dessen Angebot beim Gipfel in Baden-Baden, im Nuklear-Bereich mit den Deutschen in Konsultationen einzutreten, weder im Kanzleramt noch in der deutschen Öffentlichkeit als historische Geste gegenüber dem einstigen Erzfeind verstanden wurde.

„Reagans Konzept Vorteil für Sowjets"

Der ehemalige US-Außenminister Haig verurteilt Vorschläge zur Nuklearabrüstung

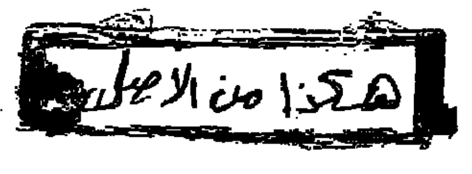
FRITZ WIRTH, Washington

Alexander Haig, der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa und spätere US-Außenminister unter Präsident Reagan, hat die jüngsten amerikanischen Gegenvorschläge an die Sowjetunion zur Nuklearabrüstung scharf verurteilt. Haig, der seinerzeit die „Nullösung", auf der die Vorschläge Reagans basieren, bereits abgelehnt hatte, warnt in einem Beitrag im „Wall Street Journal", daß derartige Vorschläge den Sowjets einseitige Vorteile auf Kosten der Sicherheit der europäischen Partner bringen.

„Eine Wiederbelebung der Nullösung", schreibt Haig, „bedeutet eine Wiederholung des ursprünglichen Fehlers, die notwendige Modernisierung (der Nuklearsysteme in Westeuropa, die Red.) gegen nur ein einziges sowjetisches System wegzuverhandlen". Die „Pershings" für eine Reduzierung der sowjetischen SS-20-Raketen in Europa wegzuverhandeln, sei eine Version der berühmten „Spaziergang im Walde"-Formel, die der amerikanische Präsident bisher zu recht abgelehnt habe, weil sie der Sowjetunion einseitige militärische Vorteile einräume.

„Glaubt irgendjemand", so fragt Haig, „daß die mobilen SS-20-Raketen während einer Krise auf östliche Längen- und Breitengrade beschränkt bleiben? Könnte es ein klareres Signal an unsere Alliierten und Freunde geben – einschließlich der Volksrepublik China –, daß verbesserte amerikanisch-sowjetische Beziehungen in Wahrheit eine Verbesserung auf ihre Kosten bedeuten?"

Haig, dem Ambitionen nachgesagt werden, 1988 für das Amt des Präsidenten zu kandidieren, warnt Ronald Reagan, sich nicht noch einmal von den „Sirenenklängen eines weniger nuklearen Europa" betören zu lassen, nachdem er vor ein paar Jahren durch sowjetische Halsstarrigkeit vor dem „groben Schnitzer einer Nullösung" bewahrt worden sei, denn sie bedeute unter diesen Umständen nicht ein sichereres sondern ein unsichereres Europa.

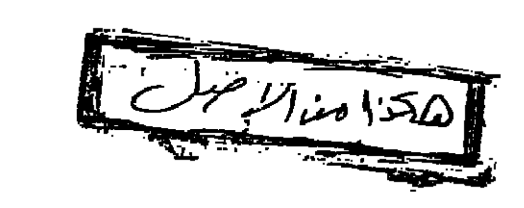


Alexander Haig

Zugleich warnt Haig vor der Versuchung zu glauben, mit Hilfe eines Raketenabkommens über Europa den nächsten Gipfel zu einem Erfolg machen zu können, weil er die Pläne Ronald Reagans für eine „strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) unberührt lasse. „Das würde", so Haig wörtlich, „den Verdacht erhärten, daß die SDI ein Symptom für einen Rückzug in einen globalen Unilateralismus sei, wie es einige nennen, doch was in Wirklichkeit ein bewaffneter Isolationismus ist."

Die Stationierung der Pershing und der Marschflugkörper habe nicht nur die Solidarität der Allianz demonstriert, sondern auch zu einer wirklichen, wenn auch maßvollen Verbesserung der Verteidigungskapazität geführt, meint Haig. Er appelliert an die Reagan-Administration: „Laßt uns nun diesen Sieg nicht verschenken auf der Suche nach dem Hirngespinst einer nuklearfreien Welt oder dem Wunder einer neuen sowjetischen Führung, die endlich zur Abrüstung im Namen innenpolitischer wirtschaftlicher Reformen bereit ist. Wenn Abschreckung erhalten werden kann mit einer geringeren Zahl vergleichbarer Systeme – schön und gut. Wenn die Sowjets jedoch nicht bereit sind, auf dieser Basis zu verhandeln, ist das Abkommen gestorben."

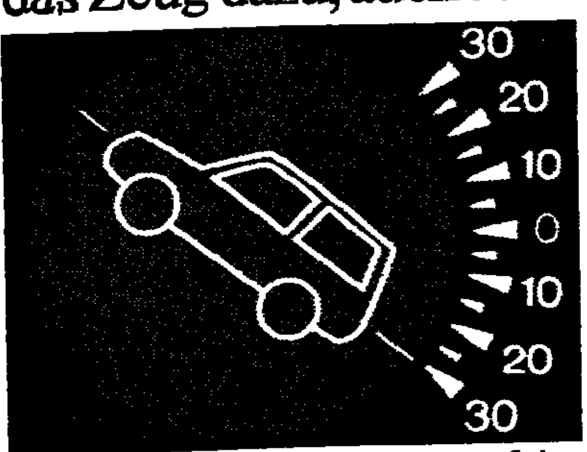
Abschreckung, so Haig, könne auf dem europäischen Kontinent nur durch ein Ineinandergreifen der westlichen nuklearen und konventionellen Streitkräfte erreicht werden, untermauert durch ein gleiches Maß an Risiko und durch gleichwertige Lastenverteilung zwischen den USA und den europäischen Partnern.



Der neue Toyota LandCruiser Turbo-Diesel. Weniger Steuern und viel…

MEHR DAMPF

Ein Blick zunächst auf den neuen LandCruiser selbst. Er ist das Original. Die Legende. Mit über 1,5 Millionen gebauten Exemplaren das Nonplusultra der zuverlässigen Fortbewegung auf allen möglichen und unmöglichen Straßen dieser Welt. Und er hat das Zeug dazu, auch auf



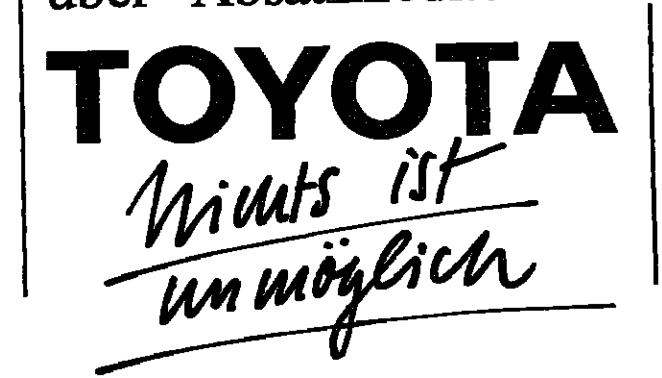
Serienmäßig: Kombi-Instrument mit Höhenmesser, Steig- und Kippwinkelanzeige für mehr Sicherheit im Gelände. Abb.: Steigwinkelanzeige.

unseren Boulevards und Autobahnen eine blendende Figur zu machen:

Mit modernisiertem Styling. Einem Innenraum, der auch mitteleuropäischen Ansprüchen an Reisekomfort standhält. Und nicht zuletzt mit seinem nagelneuen, bulligen Turbo-Herz, das mit 86 PS (63 kW) und einem enormen Drehmoment von 188 Nm bei nur 2.400 min^{-1} vor allem eines verspricht: mehr Dampf in allen Lebenslagen.

Werfen wir nun einen kurzen Blick auf die finanzielle Seite: Nie waren die Zeiten so LandCruiser-freundlich wie heute. Denn erstens sind Sie mit dem Turbo-Diesel bis auf weiteres von der Kfz-Steuer befreit. Sie sparen bis zu DM 1.100,–. Zweitens muß man das aktuelle Toyota Finanzierungs-Angebot mit 3,33 % effektivem Jahreszins* als ausgesprochen günstig betrachten. Und drittens hält auch der Preis jedem Vergleich stand: DM 31.800,–** sind allein schon Grund genug, umgehend Ihren Toyota Händler auf das Thema „Mehr Dampf" anzusprechen.

***3,33 %** effektiver Jahreszins. Anzahlung nur 33 %. Laufzeiten 12, 24 oder 33 Monate über Absatzkreditbank.



**Unverbindliche Preisempfehlung zuzüglich Überführung.

Die drei Schritte in eine bessere Zukunft Europas

Wie gemeinsam ist der Gemeinsame Markt? Immerhin gibt es für mehr als 300 Millionen Menschen weder eine gemeinsame Währung noch eine koordinierte Währungspolitik noch gemeinsame Steuern oder technische Normen. Nicht einmal die Ausschreibungen der öffentlichen Hand sind grenzüberschreitend.

Niemand sollte sich irgendwelchen Illusionen darüber hingeben: Die Deutschen werden so hartnäckig sein wie die Polen, die ihre Einheit erreicht hatten, nachdem sie fast 130 Jahre lang geteilt waren. Sie werden das Ziel der Wiedervereinigung erreichen und mag es auch erst spät im nächsten Jahrhundert sein.

Zwei Drittel aller Franzosen betrachten die Deutschen als ihre besten Freunde, und für 70 Prozent der Deutschen gilt dies in umgekehrter Richtung. Noch vor 30 Jahren wäre beides undenkbar gewesen. In gewisser Hinsicht haben die Völker größere Fortschritte gemacht als ihre Regierungen.



Eine Hochzeit deutsch-französischer Entente: Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Brüsseler EG-Gipfel des Jahres '78.

Von HELMUT SCHMIDT

In amerikanischen Zeitungen steht gelegentlich etwas über den Gemeinsamen Europäischen Markt zu lesen, und etwas Derartiges existiert zwischen zwölf europäischen Staaten tatsächlich. Spanien und Portugal sind ja inzwischen als Vollmitglieder der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Genauer betrachtet, handelt es sich aber nicht wirklich um einen „gemeinsamen" Markt.

Die französische Telefon- und Telegrafenverwaltung kauft keine deutschen Telefone, die britische Eisenbahn wird nie französische Eisenbahnwaggons kaufen, die deutsche Bundesbahn wird keine englischen Lokomotiven kaufen und so weiter. Es soll zwar ein gemeinsamer Markt sein, doch sehr „gemeinsam" ist er nicht. In diesem Markt von über 300 Millionen Menschen gibt es weder ein gemeinsames System der Besteuerung noch gemeinsame technische Normen. Nicht einmal eine koordinierte Steuerpolitik besteht in den zwölf Ländern. Es existiert keine gemeinsame Währung, ja nicht einmal eine koordinierte Währungspolitik der zehn Zentralbanken. Einen Ansatz zur Gemeinsamkeit auf dem Geldsektor bildet das Europäische Währungssystem (EWS), das Ende der siebziger Jahre unter der gemeinsamen Führung von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurde – aber augenblicklich zögern die Regierungen, das System zu vervollständigen und es zu einem kraftvollen Faktor auf den internationalen Kreditmärkten und im internationalen Währungsnetz zu machen.

Gemeinsame Lösung für Arbeitslose nicht in Sicht

Tatsächlich vorhanden ist hauptsächlich ein gemeinsames Agrarpreissystem und eine landwirtschaftliche Einkommenspolitik – übrigens eine unsinnige Politik, um nichts besser als die amerikanische Agrarpolitik. Sie konsumiert etwa 65, vielleicht sogar 70 Prozent des gesamten Haushaltes der europäischen Behörden in Brüssel. Aber die Landwirte stellen nur siebeneinhalb Prozent der Bevölkerung Europas, während mehr als elf Prozent der Europäer zur Zeit arbeitslos sind. Dies wirft viel größere Probleme auf als die Einkommensprobleme der Bauern. Eine gemeinsame Lösung für die über elf Prozent Arbeitslosen ist nicht in Sicht. Statt dessen haben in den Jahren seit dem letzten Ölschock mehrere Regierungen begrenzte Versuche unternommen, in ihren Ländern die Arbeitslosigkeit auf rein nationaler Basis zu verringern.

Das gilt beispielsweise für Frankreich. Als Präsident Mitterrand im Frühjahr 1981 sein Amt antrat, vollzog Frankreich bewußt einen politischen Kurswechsel zugunsten des „deficit spending". Orientiert an den klassischen Prinzipien von Keynes glaubte die französische Führung damit eine zusätzliche Nachfrage schaffen zu können, deren Befriedigung eine Steigerung der Güterproduktion nach sich ziehen würde, wodurch wiederum Arbeitsplätze in der herstellenden Industrie geschaffen beziehungsweise erhalten werden sollten. Bis zu einem gewissen Grade erreichte man dieses Ziel auch, aber hauptsächlich schuf und erhielt man Arbeitsplätze für Deutsche oder Italiener, da deren Unternehmen bei der Belieferung des französischen Marktes flexibler waren als die verstaatlichten französischen Unternehmen. Was Frankreich für sich selbst erreichte, war vor allem ein enormes Defizit in seiner Handels- und Leistungsbilanz. In weniger als zwei Jahren mußte die Regierung den Franc dreimal abwerten; danach gab sie ihre Politik des „deficit spending" auf. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich ist nicht verringert worden, sondern hat sich seitdem noch erhöht.

England liefert ein anderes Beispiel. Die Premierministerin Thatcher versucht seit einigen Jahren, eine streng nationale, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben, aber das Resultat ist deutlich negativer als bei den Franzosen; die Zahl der Arbeitslosen und deren prozentualer Anteil liegen in Großbritannien noch höher als in Frankreich.

Die Niederlande bilden ein drittes Beispiel. Sie versuchten, der Bundesrepublik Deutschland zu folgen, weil die meisten ihrer Exporte dorthin gehen; Deutschland ist der größte und wichtigste Markt der Niederlande. Aber bei dem Versuch, der deutschen Währungspolitik zu folgen, haben die Niederlande sich selbst über 16 Prozent Arbeitslose eingehandelt. Italien andererseits druckt Geld praktisch je nach Bedarf und hat deshalb eine der höchsten Inflationsraten in Europa. Die Bundesrepublik ist mit Inflation und Arbeitslosigkeit immer etwas besser fertig geworden. Niemals hat es hier zweistellige Inflationsraten gegeben; aber auch Deutschlands wirtschaftliche Leistung ist seit 1981 keinesfalls zufriedenstellend.

Trotz all dieser Probleme stellen die 330 Millionen Menschen Europas potentiell einen enormen Markt dar; die Bevölkerungszahl der Europäischen Gemeinschaft ist beträchtlich höher als die der Vereinigten Staaten. Das wirtschaftliche Potential Europas wird daran anschaulich, daß die Bundesrepublik Deutschland für sich allein ungefähr das gleiche Exportvolumen erreicht wie die Vereinigten Staaten, obwohl die Bevölkerung der Vereinigten Staaten viermal so groß ist. Deutschland hat sogar ein größeres Exportvolumen als Japan, obwohl Japan eine doppelt so große Bevölkerung hat. Und Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien sind dabei gar nicht mitgerechnet, obwohl sie doch – und auch die restlichen Mitglieder der Gemeinschaft – ebenfalls ein umfangreiches Exportvolumen erzielen.

Das muß man im Auge haben, um das enorme Weltmarktpotential des alten europäischen Kontinents zu begreifen. Aber der vergebliche Versuch einzelner europäischer Länder, eine nationale statt einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu betreiben, ist in höchstem Maße anachronistisch. Nicht ein Staat war erfolgreich bei den verschiedenen nationalen Kombinationen von finanz- und währungspolitischen Politiken, die seit dem zweiten Ölschock von 1979/80 erprobt wurden.

Was ist unter diesen Umständen in unmittelbarer Zukunft notwendig und möglich? Drei verschiedene Schritte erscheinen mir wenigstens denkbar:

1. Erstens kann man ohne Zweifel einen wirklichen gemeinsamen Markt schaffen, um von der Kostensenkung durch wesentlich größere Serienproduktionen zu profitieren. Beispielsweise könnte man buchstäblich durch einen Federstrich die Ausschreibungen aller Regierungen und ihrer Behörden und der staatlichen Kapitalgesellschaften zu einer wirklichen europäischen Angelegenheit und zum Gegenstand eines wirklich offenen Wettbewerbs für jeden in Europa machen. Dies könnte leicht bewerkstelligt werden und würde rasch zu größerer Kooperation zwischen den verschiedenen nationalen, privaten und staatlichen Unternehmen führen.

So können wir dem Druck der USA standhalten

2. Zweitens kann man unverzüglich das Europäische Währungssystem stärken. Dazu brauchte man keinen ratifikationsbedürftigen Vertrag; statt dessen würde ein Abkommen zwischen den Regierungen oder sogar nur zwischen den Zentralbanken genügen. Damit würde eine größere Konvergenz der Währungspolitiken der Zentralbanken erreicht – als wesentlicher Teil der Konvergenz der unterschiedlichen ökonomischen Politiken der einzelnen Regierungen; denn diese müßten sich konform verhalten, um nicht zu Abwertungen oder Aufwertungen ihrer jeweiligen Währung gezwungen zu werden. Mit anderen Worten: Das Ziel bestünde darin, das wirtschaftliche Verhalten der beteiligten Regierungen auf finanz- und währungspolitischem Gebiet zu harmonisieren und einen echten gemeinsamen Markt hinsichtlich des Geldes oder der Währung zu schaffen, die auf diesem Markte gilt.

Die Japaner haben eine einzige Währung für einen Markt von 120 Millionen Menschen, die Amerikaner eine einzige Währung für 235 Millionen Menschen. Wir Europäer hingegen operieren mit elf Währungen für über 300 Millionen Menschen!

Die Stärkung des Europäischen Währungssystems würde es auch der EG als Institution erlauben, dem zur Zeit überwältigenden Druck der ökonomischen Politik („policy mix") der Vereinigten Staaten standzuhalten. Deren Kombination von bisher restriktiver Geldpolitik einerseits mit super-keynesianischem „deficit spending" andererseits hat die höchsten Realzinsen weltweit verursacht. In unmittelbarer Zukunft könnte ein gestärktes Europäisches Währungssystem Europa helfen, der amerikanischen Politik die Stirn zu bieten. Gleichzeitig hätte eine derartige Stärkung des Europäischen Währungssystems langfristig das Ziel zu verfolgen, ein Dreieck zwischen den wichtigsten Währungen der Welt zu schaffen: zwischen dem amerikanischen Dollar, dem Europäischen Ecu und dem japanischen Yen.

3. Ein dritter – und schwieriger – Schritt läge darin, wenn sich die Europäer auf eine gemeinsame Wirtschafts-Strukturpolitik einigten, damit die europäische Wirtschaft so restrukturiert werden kann, daß sie wieder ein hinreichendes quantitatives und qualitatives Wachstum erreichen kann, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und wieder ein hohes Beschäftigungsniveau herzustellen. Die europäische Wirtschaftsstruktur ist stärker als die amerikanische auf die Produktion von Investitionsgütern und Anlagen eingerichtet. Es gibt einen viel höheren Prozentsatz dessen, was man alte Schornstein-Industrie nennt, in England, Frankreich, Belgien, Holland und an der Ruhr als in Amerika, und dabei sind Pittsburgh, Cleveland oder Detroit eingeschlossen. Statt überflüssiger Schiffsbau- und Stahlkapazitäten braucht Europa moderne, wachstumsorientierte Industrien und Wirtschaftszweige, sei es in den neuen Technologien, sei es im Dienstleistungsbereich. Und sicherlich braucht Europa ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der Hochtechnologie.

Präsident Mitterrand hat unlängst eine Reihe von Vorschlägen für gemeinsame Großprojekte unterbreitet, beispielsweise für ein Netz von Hochgeschwindigkeitszügen, das die Hauptstädte Europas verbindet – Züge, die so schnell fahren wie zwischen Tokio und Osaka oder zwischen Paris und Lyon. Der Tunnel unter dem Kanal zwischen England und dem Kontinent soll nun endlich gebaut werden. Gemeinsame private Raumfahrt- und Telekommunikationsprojekte sind durchaus möglich. Die Reihe der Beispiele ließe sich verlängern. Da die Europäer ihre Verteidigungsbudgets nicht in demselben Ausmaß wie die Amerikaner dazu verwenden können, Hochtechnologie auch in den zivilen industriellen Sektoren zu fördern, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als vergleichbare Ergebnisse mit Hilfe gemeinsamer Projekte zu erzielen. Die Initiative Mitterrands für gemeinsame europäische Hochtechnologie-Anstrengungen unter dem Namen „Eureka" weist in die gleiche, richtige Richtung wie die vorher erwähnten Beispiele.

Eine Meinungsumfrage in Frankreich zu der Frage, „Wen betrachten Sie als unseren besten Freund?", ergibt heute mit Zweidrittelmehrheit die Antwort: „Die Deutschen." Wenn man die gleiche Meinungsumfrage in Deutschland macht, antworten über 70 Prozent der Deutschen: „Unsere besten Freunde sind die Franzosen." Noch vor 30 Jahren wären beide Ergebnisse undenkbar gewesen. Das ist ein enormer Fortschritt. In mancher Hinsicht haben die Völker größere Fotschritte gemacht als ihre politischen Führungen.

Ich muß gestehen, daß ich ein ziemlich frankophiler deutscher Politiker gewesen bin, obwohl ich nicht frankophon bin. (Ich spreche Englisch, wenn ich mit meinen französischen Freunden rede.) Ich bin nicht immer frankophil gewesen. Als 1957, vor fast 30 Jahren, die Römischen Verträge dem deutschen Parlament zur Ratifizierung vorlagen, enthielt ich mich der Stimme; denn so sehr ich von der Notwendigkeit europäischer Integration überzeugt war, so meinte ich damals doch, daß die Europäische Gemeinschaft ohne britische Erfahrung und britischen Pragmatismus niemals erfolgreich sein könne.

Für uns sind die Russen sehr nahe Nachbarn

In den darauffolgenden 30 Jahren habe ich sehr viele Enttäuschungen erlebt, aber auch positive Erfahrungen gemacht. Zu den Enttäuschungen zählte die Erkenntnis, daß nahezu kein Mitglied der politischen Elite Englands, gleich ob vom rechten oder linken Flügel des politischen Spektrums, daß nahezu keine Frau und kein Mann in Whitehall den Atlantischen Ozean zwischen England–Amerika für breiter hält als den Kanal zwischen England und dem europäischen Festland. (Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete natürlich Edward Heath, aber er ist seit über zwölf Jahren nicht mehr im Amt; einige wenige Ausnahmen gab es noch in den Reihen der Opposition.)

Insgesamt bin ich schließlich zu der Meinung gelangt: General de Gaulle hatte darin recht, daß die Engländer nicht wirklich bereit sind, sich auf Gedeih und Verderb mit den übrigen europäischen Nationen zusammenzutun. Ich begann in der praktischen Politik als Anglophiler, aber die eben beschriebene Erfahrung, sowie der starke Eindruck, den Präsident John F. Kennedy auf mich machte, brachten mich dahin, politisch ein Amerikanophiler zu werden, oder, wie man damals in Europa sagte, ein Atlantiker. Dann aber, nicht aus Enttäuschung über unseren atlantischen amerikanischen Partner, sondern mehr als Folge meiner wachsenden Einsicht in die geopolitische Situation meines Landes, bin ich in den letzten 15 oder 18 Jahren schließlich ein Frankophiler geworden, ein überzeugter Befürworter der Priorität deutsch-französischer Freundschaft sowie enger wirtschaftlicher, politischer und militärischer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland.

Ich habe schon die militärische Situation auf deutschem Boden geschildert und den Kriegsschauplatz-Charakter der Bundesrepublik erwähnt. Ich muß an dieser Stelle etwas hinzufügen, das viele Franzosen und andere Westeuropäer nicht völlig begreifen, zumindest aber nicht ganz klar sehen. Ich meine die Tatsache, daß die Deutschen schwer an den Wunden leiden, die ihrer nationalen Identität zugefügt wurden. Die gewaltsame Teilung einer Nation schafft nicht zwei Nationen. Sie kann eine Nation zerstören; aber im deutschen Fall hat sie die Nation tief verwundet, ohne sie zu zerstören. Die Ost- und Westdeutschen teilen den innersten Wunsch, irgendwann in der Zukunft einmal wieder unter einem Dach vereinigt zu sein.

Niemand sollte sich irgendwelchen Illusionen darüber hingeben: Die Deutschen werden so hartnäckig sein wie die Polen, die ihre Einheit erreichten, nachdem sie fast 130 Jahre lang geteilt waren. Kurz danach wurden sie von Stalin und Hitler wieder geteilt, aber sie wollten immer noch in einem gemeinsamen Staat leben, und nach 1945 schließlich verwirklichten sie dieses Ziel unter sehr widrigen Umständen. Das gleiche wird für die Deutschen gelten, obwohl sie wissen, daß in der derzeit voraussehbaren Zukunft keine Chance dafür besteht. Irgendwann im nächsten Jahrhundert könnte ihr Ziel aber erreicht werden und mag es auch erst spät im nächsten Jahrhundert sein.

Gleichzeitig wissen die Deutschen, daß die Russen unsere Nachbarn – mächtige Nachbarn – sind und bleiben werden. Und es handelt sich ja um sehr nahe Nachbarn – nur wenige Minuten benötigt ein sowjetischer Kampfbomber, um Bomben auf die Stadt Hamburg abzuwerfen, und im Fall eines Vorstoßes nach Westen trennt nur eine Stunde die vorderste sowjetische Panzerdivision von der westlichen Küste Deutschlands. Seit vielen Jahrhunderten sind die Russen unsere Nachbarn gewesen; und weil sie es weiterhin bleiben werden, wollen wir Deutschen normale Beziehungen zu ihnen haben und mit ihnen in Frieden leben. Es ist einfach, einen weit entfernten Staat als „Reich des Bösen" zu bezeichnen, aber wenn dieser Staat der unmittelbare Nachbar ist, nötigt das zu sehr viel vorsichtigerer Wortwahl. Um offen zu sein: Deshalb mögen wir und andere Europäer solche Sprache nicht.

Wir wissen auch, daß wir vor unseren russischen Nachbarn auf der Hut sein müssen –, wir müssen in der Lage sein, uns selber zu verteidigen, um sie durch diese Fähigkeit von jeder vorstellbaren Verletzung unserer Grenzen abzuschrecken. Die Deutschen wissen genau, daß sie das nicht alleine können, daß sie dazu Partner und Verbündete brauchen. Es gibt etwa 60 Millionen Deutsche auf der westlichen Seite Deutschlands (und etwa 16 Millionen auf der östlichen), die Sowjetunion hingegen beherbergt 270 Millionen Menschen.

Insbesondere können deutsche Interessen innerhalb Europas nur in dem Maße verfolgt werden, in dem die Franzosen involviert sind und deutsche Positionen unterstützen. Andererseits will Frankreich eine führende Rolle auf der Weltbühne spielen. In Paris und in Frankreich meint man, nach Jahrhunderten kontinuierlicher geistiger und politischer Entwicklung sei es für Frankreich natürlich und legitim, eine weltpolitische Rolle zu spielen. Aber eine Nation von 55 Millionen Menschen kann eine solche Rolle nicht wirksam spielen, wenn sie keine Freunde und Verbündeten hat, die französischer Führung folgen.

Eben deshalb glaube ich, daß es im Interesse von Frankreich wie von Deutschland liegt, wenn die beiden Länder so eng wie möglich zusammenarbeiten. Allein sind beide Staaten zu klein, um ein entscheidendes Gewicht gegenüber den beiden Riesen zu besitzen, ob es nun der unfreundliche Nachbar im Osten oder der freundliche Verbündete im Westen ist oder, in der Zukunft, die aufsteigende Weltmacht China, die Ende des Jahrhunderts eine Bevölkerung von mehr als eineinviertel Milliarden Menschen umfassen wird.

Die geopolitische Lage Deutschlands wie auch seine Rolle als Kriegsschauplatz im militärstrategischen Denken sowohl der Sowjetunion als auch der westlichen Seite machen es für den Westen unerläßlich, daß die Bundesrepublik Deutschland sich politisch nach Westen orientiert und eng an ihn gebunden bleibt. Sollte dieses Band zerreißen, bedeutete das einen entscheidenden, unersetzbaren Verlust für den Westen. Langfristig werden jedoch die Deutschen nur dann auf der Seite des Westens verbleiben, wenn Frankreich sie unterstützt und an den Westen bindet. Dieses Kernland des kontinentalen Europa wird nicht durch einen amerikanischen Präsidenten aus Georgia, Kalifornien oder sonst einem US-Staat an den Westen gebunden: es kann nur durch die Westeuropäer an den Westen gebunden werden, insbesondere durch die Franzosen.

Frankreich muß Europas Verteidigung mittragen

Französische Führungspersönlichkeiten, ob de Gaulle, Pompidou, Giscard d'Estaing oder Mitterrand, haben das verstanden und diese Notwendigkeit zum Fundament ihrer Politik gemacht. Doch begreifen die Franzosen noch immer nicht, daß sie auf die Dauer nicht von den Deutschen verlangen können, die Risiken der Verteidigung Frankreichs gegen den Osten zu tragen, wenn nicht auch Frankreich sich uneingeschränkt und sichtbar an diesen Verteidigungsanstrengungen beteiligt. Frankreich kann Deutschland nur führen, wenn es die Risiken und die tatsächliche Verteidigung mitträgt. Es kann die politische Führung nur dann übernehmen, wenn es auch eine aktive Rolle in der militärischen Führung übernimmt, die natürlich eine Beteiligung an den gemeinsamen militärischen Anstrengungen voraussetzt.

Solange Frankreich diesen Schritt nicht tun will, der angesichts der noch heute in Frankreichs strategischem Denken vorherrschenden gaullistischen Stimmung nicht leichtfällt, werden die Deutschen weiterhin die Franzosen für ihre besten Freunde, aber nicht für ihre wichtigsten militärischen Verbündeten halten. Vielmehr werden sie diese Rolle weiterhin den Vereinigten Staaten zuordnen.

Es liegt nachdrücklich im allgemeinen Interesse des Westens, wie auch der Deutschen (einschließlich der Mitteldeutschen), daß dieses Land im Herzen Europas eng an die westliche Familie oder das westliche Bündnis gebunden bleibt. Das ist besonders wichtig, um zu verhindern, daß auch nur ein einziger europäischer Staat russischer Hegemonie zum Opfer fällt oder daß – wegen der Neutralisierung Deutschlands oder von Teilen Deutschlands – die Übermacht Sowjetrußlands an konventionellen Streitkräften zusätzliches politisches Gewicht gewinnt.

Heute steht außer Frage, daß tatsächlich eine echte und dauerhafte Ankoppelung Westdeutschlands an den Westen stattgefunden hat. Darüber besteht in Deutschland kein Zweifel, und es gibt keinen Grund, im Ausland daran zu zweifeln. Doch weder ist Westeuropa – hauptsächlich wegen des Zögerns der Briten – zu einer effektiven wirtschaftlichen Einheit geworden, noch hat Westeuropa – wegen des Zögerns der Franzosen – eine effektive Verteidigungseinheit erreicht.



Machtloses Parlament einer lockeren Gemeinschaft: Europa-Parlament in Straßburg

FOTOS: POLY-PRESS/DPA

Morgen in der Welt:
Auf dem Weg zum Machtdreieck Washington–Moskau–Peking – Die Formel vom „Waldspaziergang": ein weiser Kompromiß – Warum die Westeuropäer das Gefühl haben, vor der politischen Hegemonie der USA auf der Hut sein zu müssen

Wir starten zu neuen Zielen in Europa: Birmingham, Catania, Göteborg, Izmir und Rönne.



Mit modernen Flugzeugen, bestem Service und angenehmem Komfort geben wir uns nicht zufrieden. Denn was nützt das alles, wenn wir das Ziel, zu dem Sie möchten, gar nicht anfliegen. Und Umsteigen ist eben nur die zweitbeste Lösung. Lufthansa baut deshalb den Flugplan ständig weiter aus: noch mehr Flüge zu noch mehr Zielen. So hat Lufthansa zum Beispiel auch das Flugangebot in Europa erheblich erweitert: ab 1. 4. Birmingham, ab 30.3. Catania, ab 31.3. Göteborg, ab 2. 4. Izmir und ab 21. 6. Rönne. Und weitere neue Verbindungen in Zusammenarbeit mit unserem Partner DLT. Denn der beste Service ist ein optimaler Flugplan.

Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Lufthansa



Sie finden uns in Halle 9, Stand 56.

HANDBALL / WM

Das Turnier kostet drei Millionen Franken

Seit gestern läuft in zwölf Städten der Schweiz die 11. Handball-Weltmeisterschaft. Gestern abend bestritt die deutsche Mannschaft das erste Gruppenspiel in Zürich gegen Polen (Resultat lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor).

Die Gruppen: Gruppe A: Jugoslawien, UdSSR, „DDR", Kuba. – Gruppe B: Deutschland, Polen, Spanien, Schweiz. – Gruppe C: Rumänien, Island, CSSR, Südkorea. – Gruppe D: Dänemark, Schweden, Ungarn, Algerien.

Der Vorrundenspielplan: In der Vorrunde spielt jede Mannschaft gegen jeden Gruppengegner. Die nach Punkten ersten drei jeder Gruppe rücken in die Hauptrunde auf. Die Viertplazierten der Vorrundengruppen qualifizieren sich für die Trostrunde.

So sieht der weitere Spielplan der Mannschaft des Deutschen Handball-Bundes (DHB) aus: Mittwoch, 26. Februar, Bern, 20.45 Uhr: Deutschland – Spanien. Freitag, 28. Februar, Basel, 20.45 Uhr: Deutschland – Schweiz.

Die Bilanz: Eine positive Bilanz weist das DHB-Team im Vergleich mit ihren drei Gruppengegnern auf. Gegen die Polen gab es in 28 Begegnungen 13 Siege, vier Unentschieden und elf Niederlagen. 16 Siege, zwei Unentschieden und zwei Niederlagen lautet die Statistik gegen Spanien und gegen die Schweiz steht 25 Siegen nur eine Niederlage gegenüber.

Die Hauptrunde: Die drei Gruppenersten spielen ab Sonntag, dem 2. März, in den Hauptrunden-Gruppen A/B und C/D gegeneinander. Dabei werden die Ergebnisse gegen die aus derselben Vorrundengruppe plazierten Mannschaften übernommen und gewertet. Die Sieger der beiden Hauptrunden-Gruppen bestreiten am Samstag, den 8. März, in Zürich das WM-Finale. Die Zweiten, Dritten, Vierten, Fünften und Sechsten der Hauptrunden-Gruppen tragen am Freitag, 7. März, und Samstag, 8. März, die Plazierungsspiele aus. Die ersten sechs des Turniers qualifizieren sich für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul.

Fernsehen: 26. Februar, ZDF, 22.50–23.30 Uhr: Deutschland – Spanien; 27. Februar, ARD, 23.00–23.30 Uhr: „DDR" – UdSSR; 28. Februar, ARD, 23.00–23.45 Uhr: Deutschland – Schweiz; 2. März, ZDF, 16.42–18.10 Uhr, 1. Hauptrundenspieltag; 4. März, ARD, 21.00–22.00 Uhr, 2. Hauptrundenspieltag, geplant ist eine Originalübertragung, falls die Bundesrepublik Deutschland gegen die „DDR" spielen sollte; 6. März, ARD, 21.03–22.00 Uhr, 3. Hauptrundenspieltag; 7. März, ZDF, von 22.45 Uhr an Plazierungsspiele; 8. März, ZDF, 16.25–18.10 Uhr, Direktübertragung vom Finale. RTL plus überträgt die Gruppenspiele der DHB-Auswahl jeweils von 20.45 Uhr an live.

WM-Statistik: Titelverteidiger ist in der Schweiz die Mannschaft der UdSSR. Zweiter der WM 1982 in Deutschland war Jugoslawien, Dritter Polen. Die Bundesrepublik belegte bei der WM im eigenen Land lediglich den siebten Rang. Von den bisher zehn Turnieren gewann Rumänien vier. Je zweimal siegten die Bundesrepublik Deutschland und Schweden. Einmal waren die CSSR und die UdSSR erfolgreich.

Die Finanzen: Das Turnier kostet 3 Millionen Franken. Bestritten wird der Etat zu zwei Drittel aus Einnahmen aus Werbung und Fernsehen und zu einem Drittel von den verkauften Eintrittskarten. Von den 120 000 Karten sind bereits 80 Prozent verkauft.

Die Veranstalter rechnen mit einem Gewinn von 1,8 Millionen Franken. Für 2 Millionen Franken wurde die Bandenwerbung verkauft. Die Eurovision zahlt 150 000, die Intervision 80 000 Franken. Wird das DHB-Team Weltmeister, erhält jeder Spieler eine Prämie von 20 000 Mark.

Das Fernsehgericht tagt, die Schiedsrichter zittern

Vor zehn Jahren war er sich seiner Sache noch sicher. Da hielt er, Journalist und versierter Mann des Fernsehens, einen Vortrag vor der Europäischen Fußball-Union: „Das Fernsehgericht wird nicht tagen."

Morgen tagt es gleich zweimal, das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) wird zum Video-Klub, prüft Aufzeichnungen und soll danach sportliches Recht sprechen in Sachen „Platzverweise Pezzey und Schumacher". Und Rudi Michel, Sportchef des Südwestfunks, der Vortragende von damals, ist jetzt wichtiger Bestandteil einer Inszenierung, die er vor zehn Jahren für unmöglich hielt. Als Gutachter oder Sachverständiger. Veränderte Zeiten?

Sachverständige sind wir schließlich alle, wenn uns das Fernsehen immer wieder strittige Szenen schön langsam vorführt, um den Fehler des einen oder anderen zu beweisen: Der Pezzey hat den Eckstein doch gar nicht berührt, und der Schumacher den Wohlfarth doch auch nicht. Unsinnige Platzverweise. Oder anders herum: Rüpel Pezzey, Provokateur Schumacher – recht geschieht ihnen. Oberschiedsrichter sind wir schließlich alle. Und objektiv sind wir, selbstverständlich sind wir objektiv – aus Bremer Sicht, aus Münchner Sicht, durch die Münchner Brille und weil wir vielleicht Nürnberger sind.

Deutschlands obersten Schiedsrichter, Johannes Malka, hat es erschreckt, daß nun auch noch Rudi Michel auftreten soll, um die Leistung eines Schiedsrichters zu beurteilen (WELT-Interview vom 25. Februar). Nun scheint aber Fachmann Michel mit Bedacht ausgewählt worden zu sein. Was er sagen kann – *und er hat seine Meinung nicht geändert* –, wird die verunsicherten Schiedsrichter eher schützen als angreifen. Michel gehört zu den Experten, die das eigene Medium als Beweis für strittige Fußball-Szenen ablehnen.

STAND ● PUNKT

Rechtsprechung und das gar nicht objektive Objektiv der Kamera

Der wichtigste Teil der Kamera, das Objektiv, ist gar nicht objektiv. Es verzerrt die Perspektive, kann nicht räumlich sehen, wird von subjektiv urteilenden Menschen bedient, die Bilder werden von ebensolchen Menschen dann auch noch aufbereitet, zusammengeschnitten und kommentiert vorgeführt.

Doch das ist nur der vergleichsweise harmlose Teil in den anstehenden Fällen. Der andere geht an die Substanz des Grundsatzes vom gleichen Recht für alle. Was geschieht mit dem vielleicht zu Unrecht vom Platz gestellten Spieler, den keine Kamera beobachtet hat? Wenn Fernsehbilder bei Platzverweisen etwas beweisen sollen, müssen sie dann nicht für jede Phase des Spiels, für Entscheidungen über Abseits, Einwurf, Eckstoß, Freistoß, Elfmeter als Überwachung angeordnet werden?

Denkbar wäre es dann, daß dereinst der Zuschauer aus dem Stadion mit einem Ergebnis entlassen wird, hinter dem die Formel „ohne Gewähr" steht. Amtlich wird's dann erst am Donnerstag drauf, nachdem das Fernsehgericht getagt hat.

Der Fußball muß mit den Irrtümern seiner Schiedsrichter leben, machmal lebt er sogar von ihnen. Es gibt nur eine Möglichkeit, die die fast schon hysterische Suche nach dem richtigen Blickwinkel beenden könnte: Laßt Fernsehbilder vor der Tür sportlicher Gerichtssäle. Macht die Schiedsrichter, weil es für sie keinen Ersatz geben kann, so stark, daß sie vielleicht einmal Irrtümer von selbst eingestehen. FRANK QUEDNAU

SPORT-NACHRICHTEN

Kluge zu Zoetemelk?

Amsterdam (sid) – Der Berliner Ex-Weltmeister der Amateur-Querfeldeinfahrer, Mike Kluge, ist als Profi für das Kwantum-Team des holländischen Weltmeisters Joop Zoetemelk im Gespräch. Kluge forderte 6000 Mark Monatsgehalt, was Teamchef Jan Raas zu hoch war.

Fernsehen: Bedenken

Berlin (sid) – Das Bundeskartellamt hat gegen den im August 1985 unterzeichneten Globalvertrag des Deutschen Sportbundes (DSB) mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten kartellrechtliche Bedenken angemeldet. Die Vertragspartner wurden aufgefordert, bis Mitte April eine letzte Stellungnahme abzugeben.

Europacup: Glücklos

Basel (dpa) – Der VfL Engelskirchen *trifft im Europacup* (Pokalsieger) der Handball-Frauen auf die dänische Mannschaft Rodovre HK. Abteilungsleiter Sahr: „Nun haben wir eine echte Chance, das Finale zu erreichen."

Mögenburg entthront

Havana (sid) – Der 18jährige Kubaner Javier Sotomayor hat in Santiago di Kuba den Mainzer Dietmar Mögenburg als Junioren-Weltrekordler im Hochsprung abgelöst. Sotomayor überquerte 2,36 m (Weltjahresbestleistung). Mögenburgs Marke aus dem Jahre 1980 stand bei 2,35 m.

Bundesliga: Abgesagt

Krefeld (dpa) – Das für heute (20.00 Uhr) geplante Fußball-Bundesligaspiel zwischen Bayer Uerdingen und Eintracht Frankfurt findet nicht statt. Das Spielfeld in Krefeld ist vereist.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Offene israelische Meisterschaften in Tel Aviv, Finale: Rumänien – Deutschland 3:2.

VOLLEYBALL

DVV-Pokal der Damen, Achtelfinale: Vilsbiburg – Feuerbach 0:3 (7:15, 6:15, 5:15)

TENNIS

Herren-Turnier in La Quinta, erste Runde: Tim Wilkinson (USA) – Schwaier (Deutschland) 7:5, 6:1; Yzaga (Ecuador) – Maurer (Neuss) 7:6, 6:7, 6:4; Keretic (Deutschland) – Steyn (USA) 4:6, 7:6, 7:6; Westphal (Deutschland) – Davis (USA) 6:4, 6:2.; **Damen-Turnier in Oakland (Kalifornien), erste Runde:** Pfaff (Deutschland) – Spence (USA) 6:1, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 824 402,40 Mark, 2: 142 685,00, 3: 5983,50, 4: 112,90, 5: 9,00; **Toto:** 1: 203,00, 2: 16,70, 3: 3,40; „6 aus 45": 1: 26 934,10, 2: 1496,30, 3: 341,00, 4: 10,40, 5: Entfällt/Jackpot: 565 616,10; **Rennquintett, Rennen A:** 1: 1376,70, 2: 113,30, **Rennen B:** 1: 279,30, 2: 57,30. – Kombinations-Gewinn: Unbesetzt/Jackpot: 269 713,00. (Ohne Gewähr).

OLYMPIA / Zehn Stützpunkte wurden geplant

„Möglichkeiten optimieren"

sid/dpa, **Frankfurt**

Im Herbst dieses Jahres soll mit dem Aufbau der zehn geplanten Olympia-Stützpunkte eine neue Epoche des deutschen Leistungssports eingeleitet werden. Jährlich 7,5 Millionen Mark für die nächsten drei Jahre beabsichtigt das Bundesinnenministerium zur Errichtung der neuen Zentren, die die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Kampf um Medaillen garantieren sollen, aufzubringen. „Die Lebens- und Trainingssituation der Athleten soll verbessert, nach Möglichkeit optimiert werden", meinte der Vorsitzende des Bundesausschusses Leistungssport (BA-L), Heinz Fallak.

Konzipiert sind die neuen Förderzentren in Berlin, Hamburg, Hannover/Wolfsburg, Ruhr-Ost (Bochum, Dortmund), Ruhr-West (Duisburg, Essen), Köln/Leverkusen, Frankfurt, Stuttgart, Heidelberg/Mannheim/Leimen und München sowie dem Sonderstandort Tauberbischofsheim als Trainingsstätten mit Wohn- und Verpflegungsmöglichkeiten für jeweils 60 bis 80 Medaillen-Kandidaten aus örtlich unterschiedlichen olympischen Sportarten. Für die Wintersportarten (Bob und Rodeln) ist an Berchtesgaden gedacht.

Die Fachverbände, das Bundesinnenministerium, Länder, Kommunen und Universitäten bejahen das Konzept der Trainingskonzentration. An größere Bauvorhaben ist dabei nicht gedacht. 1988 soll das neue Förderungssystem endgültig stehen.

TENNIS / Das deutsche Daviscup-Team gegen Mexiko steht bereits fest

Hansjörg Schwaier verlor – wieder Ersatz?

sid/dpa, **La Quinta**

Wimbledonsieger Boris Becker (Leimen), Michael Westphal, Andreas Maurer (beide Neuss) und Hansjörg Schwaier (München) bilden das deutsche Daviscup-Team beim Achtelfinale vom 7. bis 9. März gegen Gastgeber Mexiko. Diese Mannschaft bestritt im Dezember letzten Jahres auch das Finale gegen Schweden in München.

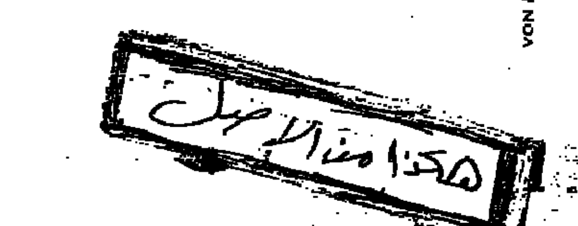
Unklar ist noch, ob der Stuttgarter Damir Keretic als Trainingspartner mitgenommen werden soll.

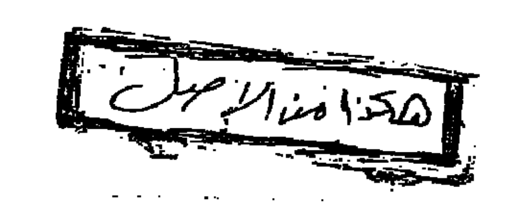
Für die anderen Daviscup-Kandidaten erledigt sich eine mögliche Nominierung von selbst. Ricki Osterthun (Hamburg) ist am Knie verletzt, Eric Jelen (Neuss) und Tore Meinekke (Bamberg) spielen in dieser Woche beim Finale des deutschen Wintercircuits in München und können deshalb nicht am Grand-Prix-Turnier in La Quinta (US-Bundesstaat Florida) teilnehmen. Es gilt für die deutschen Daviscup-Spieler als Vorbereitung. Wolfgang Popp (Neuss) wiederum bestreitet parallel zum Daviscup-Achtelfinale das Turnier in Wien.

Die Generalprobe in La Quinta hat indes bereits in der ersten Runde ein eindeutiges Resultat gebracht. Michael Westphal gewann, Hansjörg Schwaier verlor. Damit kann der Münchner zwar als erster zur Vorbereitung auf das Mexiko-Spiel von La Quinta nach Mexiko-Stadt fliegen, doch wird Schwaier vom 7. bis 9. März wohl wieder die Rolle des Ersatzmannes übernehmen müssen. Westphal untermauerte durch sein überzeugendes 6:4, 6:2 über den Amerikaner Martin Davis seinen Anspruch auf die Einzel-Rolle neben Boris Becker.

Bei dreißig Grad Hitze konnte Schwaier gegen Wilkinson, die Nummer 38 der Weltrangliste, lediglich im ersten Satz (5:7) einigermaßen mithalten. Dann gab der Grundlinienspieler aus Bayern, in der neuesten ATP-Liste vier Plätze hinter Wilkinson notiert, klein bei.

Nicht viel besser erging es Andreas Maurer. Der Neusser verlor gegen den Peruaner Jaime Yzaga nach harter Gegenwehr mit 6:7, 7:6, 4:6. Maurer ist die Nummer 28, Yzaga die Nummer 43.





Wir hatten eine wunderschöne Zeit mit ihm, wir liebten ihn sehr unseren Sohn, Bruder, Enkel

Dipl.-Ing.; Dipl.-Wirtschaftsing.

Josef Hasebrink-Diebels

* 2. 4. 1955 † 24. 2. 1986

Gott hat ihn uns gegeben,
Gott hat ihn uns genommen, Gottes Wille geschehe.

Helga und Hanns-Otto Hasebrink-Diebels
Petra Hasebrink-Diebels
Maria Diebels

D-4174 Issum 1, Gelderner Straße 42

Anstelle von Kränzen erbitten wir eine Spende für das „St.-Josef-Haus Issum" e.V., dem Caritasheim für Behinderte, auf Konto 206 898 011 bei der Volksbank Issum (BLZ 320 613 84).

Mit tiefempfundener Trauer zeigen wir den Tod von

Dipl.-Ing.; Dipl.-Wirtschaftsing.

Josef Hasebrink-Diebels

* 2. 4. 1955 † 24. 2. 1986

an.

Viele unserer Mitarbeiter haben ihn kennen- und seine liebenswürdige, zurückhaltende Art schätzengelernt.

Sein Tod ist ein besonders schmerzlicher Verlust für seine Angehörigen. Ihnen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme.

Beirat, Geschäftsführung
Mitarbeiter und Betriebsrat
der
Privatbrauerei Diebels

Issum, im Februar 1986

Fürchte Gott und gehorche seinen Geboten

Askanischer Hausspruch

Edda Charlotte

Herzogin von Anhalt
geb. von Stephani

Ehefrau des Letzt-Regierenden Herzog Joachim Ernst von Anhalt

* 20. 8. 1905 † 22. 2. 1986

Eduard Erbprinz von Anhalt
Corinna Erbprinzessin von Anhalt geb. Krönlein
Juschka und Elika
Anna-Luise Prinzessin von Anhalt
James Birch von Anhalt
Edda Darboven
geb. Prinzessin von Anhalt
Albert Darboven

8100 Garmisch-Partenkirchen
Mittenwalder Straße 49

Die Beisetzung findet in aller Stille statt.

Mit schwerem Herzen nehmen wir Abschied von unserem Senior, Herrn

Henrich Wuppesahl

Er ist nach kurzer Krankheit am 20. Februar 1986 im 83. Lebensjahr gestorben.

Fast sechs Jahrzehnte hat er die Geschicke seiner Firma mitgestaltet. Mit seiner menschlichen Wärme und beispielhaften Selbstdisziplin war er ihr guter Geist. Durch eigenes Schicksal geprägt, galt seine Fürsorge stets denen, die Hilfe benötigten.

Unsere tiefe Trauer verbindet sich mit Dankbarkeit für eine immer vertrauensvolle und harmonische Zusammenarbeit.

Die Firma verliert mit ihm den letzten Namensträger; in seinem Sinne das Unternehmen weiterzuentwikkeln ist uns Verpflichtung.

Carl Max Vater, Georg Abegg
Garlich Wulff, Alexander Guido Rigel

Partner und Mitarbeiter

C. WUPPESAHL
Assekuranz-Makler seit 1858
BREMEN DÜSSELDORF MÜNCHEN BASEL WIEN

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1986

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	FU Berlin
3 Aachen	Düsseldorf
4 Aachen	Erlangen
5 Aachen	Hamburg
6 Aachen	Münster
7 Bochum	Bonn
8 Bochum	Düsseldorf
9 Bochum	Heidelberg
10 Bochum	Lübeck
11 Bochum	Köln
12 Bochum	Uni Kiel
13 Bochum	Münster
14 Bochum	TU München
15 Bochum	Uni München
16 Bochum	Regensburg
17 FU Berlin	Erlangen
18 FU Berlin	Hamburg
19 FU Berlin	Lübeck
20 FU Berlin	Uni Kiel
21 FU Berlin	Münster
22 FU Berlin	TU München
23 FU Berlin	Uni München
24 FU Berlin	Regensburg
25 Düsseldorf	Bonn
26 Düsseldorf	Heidelberg
27 Düsseldorf	Marburg
28 Düsseldorf	Münster
29 Essen	Bonn
30 Essen	Düsseldorf
31 Essen	Frankfurt
32 Essen	Heidelberg
33 Essen	Hamburg
34 Essen	Lübeck
35 Essen	Uni Kiel
36 Essen	Münster
37 Essen	Mainz
38 Frankfurt	Erlangen
39 Frankfurt	Freiburg
40 Frankfurt	Göttingen
41 Frankfurt	Hamburg
42 Frankfurt	Uni München
43 Frankfurt	Mainz
44 Gießen	Bonn
45 Gießen	FU Berlin
46 Gießen	Göttingen
47 Gießen	Heidelberg
48 Gießen	Münster
49 Gießen	TU München
50 Gießen	Uni München
51 Gießen	Regensburg
52 Gießen	Tübingen
53 Göttingen	Tübingen
54 Lübeck	Hamburg
55 Köln	Münster
56 Uni Kiel	Freiburg
57 Uni Kiel	Hamburg
58 Uni Kiel	Uni München
59 Marburg	Freiburg
60 Marburg	Göttingen
61 Marburg	Heidelberg
62 Marburg	Münster
63 Münster	Bonn
64 Uni München	Freiburg
65 Mainz	Heidelberg
66 Saarbrücken	Erlangen
67 Saarbrücken	Freiburg
68 Saarbrücken	Göttingen
69 Saarbrücken	Hannover
70 Saarbrücken	Heidelberg
71 Saarbrücken	Hamburg
72 Saarbrücken	Uni Kiel
73 Saarbrücken	Uni Münch.
74 Saarbrücken	Tübingen
75 Saarbrücken	Ulm
76 Ulm	FU Berlin
77 Ulm	Erlangen
78 Ulm	Freiburg
79 Ulm	Göttingen
80 Ulm	Heidelberg
81 Ulm	Hamburg
82 Ulm	Uni Kiel
83 Ulm	Marburg
84 Ulm	Münster
85 Ulm	TU München
86 Ulm	Uni München
87 Ulm	Mainz
88 Ulm	Tübingen
89 Würzburg	Uni München

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

von	nach
1 FU Berlin	Erlangen
2 FU Berlin	Uni München
3 FU Berlin	Würzburg
4 Düsseldorf	FU Berlin
5 Düsseldorf	Göttingen
6 Düsseldorf	Münster
7 Düsseldorf	Saarbrücken
8 Frankfurt	Saarbrücken
9 Göttingen	Münster
10 Heidelberg	Uni München
11 Köln	Bonn
12 Köln	TU München
13 Köln	Uni München
14 Marburg	Göttingen
15 Münster	Bonn
16 Tübingen	Bonn
17 Tübingen	Göttingen
18 Tübingen	Hamburg
19 Tübingen	Marburg
20 Würzburg	Uni München
21 Würzburg	Regensburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1985/86

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klaga-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Der „Vorwärts" entdeckt die Gewerkschaften

p. p. Bonn

Die sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts" soll im 110. Jahr ihres Bestehens ein neues Gesicht bekommen. SPD-Schatzmeister Matthöfer und Mitherausgeber Egon Bahr haben gestern den neuen „Vorwärts" vorgestellt, der vom kommenden Samstag an für zwei Mark fünfzig verkauft wird. Das Blatt präsentiert sich in Magazinformat mit rotem Titelblatt. Der wöchentliche Umfang soll zwischen 48 und 64 Seiten wechseln. Matthöfer sagte, er sei fest entschlossen, aus dem „Vorwärts" ein großes Wochenblatt zu machen. „Das

Geld wird da sein, egal ob das ein, zwei, drei oder vier Jahre dauert."

Sehr viel genauer wollte der Verleger auf Zahlen nicht eingehen. Er sprach von „enormen Werbeanstrengungen", um potentielle Käufer anzusprechen, die er in einer Größenordnung von 220 000 Lesern sieht: „Zehn Prozent der SPD-Mitglieder und ein Prozent unserer Wähler." Die Redaktion wurde bereits von sieben auf 16 Redakteure aufgestockt. Parteichef Brandt wird im nächsten Mitgliedermagazin „sm" die Genossen zum „Vorwärts"-Abonnement treiben. Alle zusätzliche erlösten Mittel, so Matthöfers Zusicherung, „werden wir nur in die Verbesserung unseres Produkts stecken".

Chefredakteur Hirschfeld sieht Chancen, endlich die einzige Marktchance zu nutzen – nämlich über „Vorgänge in der SPD und in den Gewerkschaften zu berichten." Bahr und Matthöfer sagten, die Redaktion sei nur auf grundsätzliche Übereinstimmung mit der SPD festgelegt.

„Ostpolitik nur unter dem Dach der Präambel"

SPD geht auf Distanz zu Äußerungen gegen Wiedervereinigung

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Forderung einer linken SPD-Gruppierung um den Kölner Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges, das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes zu streichen, ist gestern auf scharfen Widerspruch sowohl führender Sozialdemokraten als auch des Innerdeutschen Ministers Heinrich Windelen gestoßen.

Gegenüber der Hannoverschen „Neuen Presse" stellte Windelen klar: „Wer eine solche Forderung erhebt, bestreitet den Deutschen ihr Recht auf freie Selbstbestimmung." Der Minister sprach von „geschichtlicher Kurzatmigkeit und politischem Opportunismus" und forderte auch den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau zu eindeutiger Distanzierung von den Gilges-Äußerungen auf. Im übrigen, wenn ein demokratischer Politiker den Anspruch auf die Wiedervereinigung aufheben wolle, müsse zuvor das „ganze deutsche Volk" befragt werden.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel betonte ebenso wie der Bundesgeschäftsführer der Partei, Peter Glotz, daß die Gilges-Vorstellungen nicht „die Ansicht einer größeren Anzahl von Sozialdemokraten" seien.

Grenze wie eine Wunde

Glotz sagte im Saarländischen Rundfunk: Es gebe bereits auch aus dem linken Frankfurter Kreis „eine deutliche Absage" an Gilges. Und: „Es gibt keinen Bedarf für diese Art von Diskussion. Wir können unsere gesamte Ostpolitik unter dem Dach der Präambel durchführen. Und das wollen wir auch." Man könne zwar in der SPD „und auch in unserer Demokratie sicherlich fast alles zur Diskussion stellen", man könne auch für den nächsten Parteitag „einen solchen Antrag" stellen. „Ich glaube nur nicht, daß er in irgendeiner Weise mehrheitsverdächtig ist."

Vogel unterstrich für die Partei und die Bundestagsfraktion, daß „wir es in keiner Weise für notwendig halten, das Grundgesetz in seiner Präambel zu ändern". Vor allem gebe es eben „keinen Grund Forderungen zu erheben, aus denen man ableiten könnte, daß das, was wir politisch machen, verfassungswidrig wäre". Der Oppositionsführer erinnerte in diesem Zusammenhang auch noch einmal an die ähnliche Debatte um die Wiedervereinigung, die im Mai vergangenen Jahres durch Äußerungen seines damaligen Stellvertreters Jürgen Schmude entstanden war: Auch damals habe er die unveränderte Haltung der Fraktion zur Präambel verdeutlicht.

Freie Selbstbestimmung

Der SPD-Fraktionsvorsitzende nahm seine Distanzierung zu den Gilges-Äußerungen zum Anlaß, noch einmal den Besuch des „DDR"-Volkskammer-Präsidenten Sindermann in der Bundesrepublik Deutschland zu würdigen, der „im Interesse der Menschen" einen „überaus erfolgreichen Verlauf" genommen habe: „Wir haben unterstrichen, welche Bedeutung für uns die Durchlässigkeit der Grenze hat und daß wir die gegenwärtige Situation ungeachtet der bereits eingetretenen Reiseerleichterungen als eine schmerzende Wunde empfinden. Zweitens sind auf wichtigen Gebieten der deutsch-deutschen Beziehungen Fortschritte möglich, so beim Reiseverkehr und beim Jugendaustausch, beim Umweltschutz und bei der Lösung der Elbefrage."

Vor allem aber sieht Vogel durch den tatsächlichen Verlauf des Besuchs – trotz einiger „nachgerade peinlicher oder gar lächerlicher" Begleitumstände – zwischen „Repräsentanten der Volkskammer und Repräsentanten des Bundestages eine Dichte der Kontakte" erreicht, „die über die Dichte solcher Kontakte im Rahmen der meisten offiziellen Beziehungen weit hinausgeht". Die Sindermann-Reise habe „die Voraussetzung für einen Besuch des Staatsratsvorsitzenden Honecker merklich verbessert", fügte Vogel an. „Auch das verdankt die Bundesregierung der Initiative der SPD-Fraktion."

Zimmermann besteht auf der Mehrwegpackung

dpa, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist verärgert über die Haltung des Wirtschaftsflügels von FDP und CDU/CSU, der im Wirtschaftsausschuß des Bundestages massive Abstriche an dem von Zimmermann vorgelegten Entwurf zur Verschärfung des Abfallbeseitigungsgesetzes beschlossen hat. Der Ausschuß wandte sich mit Mehrheit gegen die im Entwurf enthaltene Ermächtigung, dem Handel vorzuschreiben, daß er neben Einwegdosen auch ein Mindestangebot an Mehrwegverpackungen anbieten muß.

Der Minister, so hieß es gestern im Innenministerium, werde seinen ganzen Einfluß geltend machen, damit es beim Regierungsentwurf bleibe, zu dessen wesentlichen Zielen es gehört, eine weitere Zunahme der umstrittenen Einwegpackungen zu verhindern. Dazu zähle vor allem die Ermächtigung, eine Kennzeichnungspflicht für Einweg- und Mehrwegverpackungen, Rücknahmeverpflichtung und Pfand für Einwegpackungen sowie ein alternatives Angebot zu verordnen. Im Wettstreit zwischen Einweg- und Mehrwegpackungen müsse zumindest „Waffengleichheit" herrschen, betonte das Ministerium. An einer Eindämmung der Abfallmengen durch Einwegpackungen führe nach Ansicht Zimmermanns kein Weg vorbei. Dieser Auffassung seien auch die Umweltminister der Länder, wurde im Innenministerium hervorgehoben.

Der Wirtschaftsausschuß hält es dagegen für notwendig, den Getränkeherstellern und Händlern zunächst Ziele und Fristen für die Verringerung des Abfalls zu nennen. Erst wenn sich herausstelle, daß sich die Einwegbranche nicht an die Absprache gehalten habe, sollten einschränkende Regelungen kommen. Bei der SPD-Opposition ist die Haltung des Wirtschaftsausschusses auf scharfe Kritik gestoßen. Ihre Umweltexpertin Liesel Hartenstein erklärte, Handelsriesen und Wirtschaftslobby hätten sich wieder einmal gegen alle ökologische und ökonomische Vernunft durchgesetzt.

Reagans Absicht: Bis 1990 sollen alle Mittelstreckenraketen beseitigt werden

Der detaillierte Plan der USA sieht drei Phasen vor / Todenhöfer: Großer politischer Erfolg

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die USA haben der Sowjetunion als Antwort auf die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows den weltweiten Abbau aller landgestützten Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite empfohlen. Damit sind sie von ihrer noch vor zwei Wochen verfolgten Absicht, eine „europäische Null-Lösung" zu erzielen abgerückt. Dieser Plan stieß sowohl beim Bundesverteidigungsministerium als auch bei der Union auf scharfe Kritik. Die Details der amerikanischen Antwort, die Reagan am Wochenende dem sowjetischen KP-Generalsekär brieflich übermittelte, erläuterten gestern in Genf die US-Unterhändler der sowjetischen Seite in einer Plenarsitzung.

Nach Informationen der WELT sieht der Vorschlag Reagans einen dreistufigen Plan vor. In der ersten Phase, die bis Ende des nächsten Jahres läuft, soll die Zahl der landgestützten Waffen mit Reichweiten zwischen 1000 und 5500 Kilometer bei der NATO in Westeuropa (Pershing 2 und Marschflugkörper) auf 140 vermindert werden. Im Gegenzug sollen die Sowjets die Zahl ihrer auf SS 20 gestützten Systeme – unabhängig von einander lenkbare Sprengköpfe – im europäischen Teil der UdSSR ebenfalls auf 140 reduzieren. Die im asiatischen Teil der Sowjetunion stehenden SS 20 sollen „proportional" zu den in der europäischen Sowjetunion auf rund 90 Systeme verringert werden.

In der zweiten Stufe (bis Ende 1988) sollen sowohl die USA als auch die UdSSR die Zahl ihrer Systeme auf 70 verringern. Im asiatischen Teil der Sowjetunion sind nach Reagans Vorstelllungen zu diesem Zeitpunkt nur noch 45 Einheiten vorhanden. In der dritten Stufe schließlich soll nach dem Wunsch der USA diese Kategorie von Waffen in allen erwähnten Regionen und damit weltweit auf Null gebracht werden. Dieses Ziel einer „globalen Null-Lösung" strebt Reagan bis Ende 1989 an.

Wegen der Sorge in Europa, bei den künftigen Mittelstreckenverhandlungen könnten die sowjetischen Waffen mit Reichweiten, die unter 1000 Kilometer liegen „in einer Grauzone" unberücksichtigt bleiben, entschloß sich Reagan in der Antwort an Gorbatschow zu dem Vorschlag, diese Systeme parallel zu denen der größeren Reichweite im Mittelstreckenbereich behandeln zu lassen. Diese amerikanische Bereitschaft ist nach der Kritik der letzten Tage an Washington nunmehr in Bonn auf starke Zustimmung gestoßen. Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, erklärte gegenüber der WELT, daß die USA die Behandlung der sowjetischen Raketentypen SS 21, 22 und 23 nun ebenfalls zugesagt hätten, sei ein großer politischer Erfolg. Auch dieses zeige, „daß wir es noch nie mit einem so europafreundlichen Präsidenten in Washington zu tun gehabt haben. Reagan vertritt auch unsere Interessen, wenn wir sie nur deutlich genug artikuliert haben." Dies ist auch in einer Rede des amerikanischen Botschafters in der Bunderepublik Deutschland, Richard Burt, vor dem Hamburger Überseeclub deutlich geworden. Darin bekräftigte der Diplomat, die USA würden nicht zulassen, „daß die Sowjets einen Keil zwischen unsere europäischen und unsere asiatischen Verbündeten treiben".

Auch von der SPD ist die Reagan-Antwort begrüßt worden. Sie verbessert, wie deren Präsidium feststellte, die Möglichkeit, von der potentiellen Bedrohung „durch sowjetische und amerikanische Mittelstreckenraketen befreit zu werden". Das SPD-Präsidium bekräftigte die Notwendigkeit, die Null-Lösung auch jetzt weiterzuverfolgen, andernfalls werde die Glaubwürdigkeit der NATO erschüttert.

„Einschnitte in Berlin unvermeidlich"

CDU-Generalsekretär Landowsky: Weniger Abgeordnete / Vorsichtige Kritik an Weizsäcker

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Für rigorose und unvermeidliche Schnitte in die Strukturen der Berliner Politik und Verwaltung sowie gegen das „Grundübel einer hochbezahlten politisierten Gesellschaft" in der Stadt hat sich Berlins CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky ausgesprochen. Bei einer Versammlung in der CDU-Hochburg Dahlem forderte er rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge, warnte aber zugleich vor einer „zum Teil hysterischen Debatte".

In einer teilweise „teuflisch" geführten Kampagne seien ursprünglich säuberlich trennbare Vorgänge miteinander vermengt und von einem „Streufeuer" gegen den Senat begleitet worden. In den Medien seien zum Teil Autoren und TV-Mitarbeiter am Werk gewesen, deren Berlin-Schilderungen nur als „späte Rache von Hausbesetzer-Compagneros" zu werten seien. Kritische Anmerkungen von Teilnehmern („Diese Sache wird der CDU noch sehr, sehr lange anhängen.") fing Landowsky auf und räumte ein: „Das wirft uns natürlich zurück und nimmt uns die Luft." Es gehe jetzt darum, diese Vorgänge „mit Anstand und zur Glaubwürdigkeit der Bürger zu lösen". Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß gebe es für die CDU das „größte Interesse" an einer lückenlosen, minutiösen Sachaufklärung: „Von den Pauschalvorwürfen aber – alles ist Mist, alle sind irgendwo tangiert – wird nichts übrigbleiben."

Landowsky kündigte eine Reihe einschneidender Konsequenzen aus der Affäre an:

- Die hohe Zahl von Abgeordneten im Berliner Parlament – zur Zeit 144 – müsse vermutlich drastisch verringert werden: „Die Konsequenz könnte beispielsweise sein, daß wir – wie andere Bundesländer – nur noch 50 Abgeordnete haben."
- Amt und Mandat sollen entschieden getrennt werden.
- Die Aufarbeitung des Skandals werde zu einem „gläsernen" Politiker in Berlin führen. Künftig werde jeder Bewerber um ein Abgeordnetenmandat, Stadtrats- oder Senatorenamt seine Verhältnisse offenlegen müssen.
- In das Spendenwesen müsse mehr Durchsichtigkeit gelangen. CDU-Versäumnisse bei der Offenlegung von Spenden sollten nicht „personalisiert" werden.

Auf Vorhaltungen von Mitgliedern, der Fall Antes habe seit geraumer Zeit „aus allen Luken gestunken", verwies Landowsky darauf, daß „objektiv für keinen CDU-Landesvorstand die Chance eines Eingriffs" bestanden habe. Im übrigen sei zu bedenken, daß Antes nicht unter Eberhard Diepgen und ihm, sondern zur Zeit des CDU-Landeschefs Richard von Weizsäcker Baustadtrat und Kreisvorsitzender geworden sei.

Landowsky bestritt die Vermutung in der Berliner CDU, der Nominierungsparteitag für die elf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten sei auf den Herbst verschoben worden, um bei etwaigen Senatorenwechseln noch Variationsmöglichkeiten zu haben. Morgen setzt das Abgeordnetenhaus den parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Korruptionsskandal ein. Im Rathaus Schöneberg wird mit mehr als 200 Zeugen gerechnet – darunter Diepgen, CDU-Senatoren und Horst Vetter (FDP). Mit der parlamentarischen Abschluß-Debatte ist nicht vor Herbst 1987 zu rechnen.



SPD für eigenen Beitrag der Beamten zur Pension

Partei-Kommission legt „sozialpolitische Konzeption" vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Es soll kein „kurzfristiges Wahlprogramm" sein: Eine SPD-Kommission unter der Leitung von Anke Fuchs, Henning Scherf und Eugen Glombig hat gestern eine „sozialpolitische Konzeption" vorgelegt, wie sie sich „Strukturveränderungen und Reformen" in der Sozialpolitik vorstellen. Am Montag soll der Parteivorstand das 97 Seiten dicke Papier „Die Zukunft sozial gestalten" absegnen.

Auch nach den SPD-Vorstellungen, so Frau Fuchs, „hat Priorität, daß der Bürger mit eigenen Beiträgen Vorsorge für sein Alter trifft". Aber man wolle „die Töpfchen-Wirtschaft überwinden" und alle Zweige in diesem Bereich stärker miteinander verzahnen – durch „Umschichtung". Dabei soll vermieden werden, „daß die Steuer- und Abgabenlast für den Bürger insgesamt erhöht wird".

Das Konzept ist um sechs Punkte herum aufgebaut:

- Ähnlich wie der Berliner Sozialsenator Fink (CDU) wollen auch die Sozialdemokraten eine „soziale Grundsicherung" in der Renten- und Arbeitslosenversicherung einführen. Wie hoch diese sein soll, wollten die drei Kommissions-Vorsitzenden nicht sagen, aber „auf jeden Fall höher als die Sozialhilfe" (Glombig) und zum Preis von etwa 3,5 Milliarden Mark. Diese Grundsicherung soll weder „nach dem Gießkannenprinzip allen zustehen", noch „die lohnbezogenen Versicherungsleistungen ersetzen". Nach den Worten von Anke Fuchs soll diese „Grundsicherung" vielmehr „gegenüber der heutigen Sozialhilfe vereinfacht und erleichtert mit einer Einkommensanrechnung verknüpft sein" und „aus Steuermitteln finanziert werden".

Für Arbeitgeberumlage

- Die Selbständigen sollen in die Rentenversicherungspflicht miteinbezogen, die „Geringfügigkeitsgrenze" gestrichen werden. „Ersatzkassen und Ortskrankenkassen sollen allen Versicherten offenstehen. Die Versicherungspflichtgrenze und die Beitragsbemessungsgrenze sollen für Arbeiter und Angestellte vereinheitlicht werden, auf dem Niveau der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung."
- In der Sozialversicherung soll ein „Wertschöpfungsbeitrag" eingeführt werden. Die Kommission hat offengelassen, „ob die lohnbezogenen Arbeitgeberbeiträge durch einen Wertschöpfungsbeitrag ersetzt oder durch einen zusätzlichen Beitrag auf die kapitalbezogenen Komponenten der Wertschöpfung ergänzt werden sollen".
- Die „Sicherungs- und Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung" soll auf „weitere Personengruppen ausgedehnt" werden. Außerdem finanziert die Bundesanstalt für Arbeit nach der SPD-Konzeption nur noch „die eigentliche Arbeitslosenversicherung" aus den Beiträgen. „Kurzarbeit und Weiterbildung sollen durch eine Arbeitgeberumlage, die aktive Arbeitsmarktpolitik aus Steuermitteln finanziert werden."

„Sozialgemeinden"

- Weiter wird die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme vorgeschlagen. Dies bedeutet die „schrittweise Einführung eines eigenen Pensionsbeitrags der Beamten bei gleichzeitigem sozialen Ausgleich im Besoldungsgefüge zugunsten der unteren Einkommensgruppen". Außerdem wollen die Sozialdemokraten in der Invaliditätsversicherung „auch Freizeitunfälle und Unfälle im Haushalt und im Straßenverkehr" erfassen.
- Geplant sind „Modellversuche zur Kommunalisierung der Sozialpolitik" unter dem Stichwort „Sozialgemeinden". Außerdem soll der Bundestag regelmäßig auf der Grundlage eines „Gesundheitsberichts" der Bundesregierung „ differenzierte Orientierungsdaten für das Gesundheitswesen" beschließen, deren Umsetzung dann der Selbstverwaltung überlassen bleibt. In diesem Zusammenhang ist auch an eine „Reform der Preis- und Honorarbildung" im Gesundheitswesen gedacht, so daß „die Krankenkassen sich durch Vertragsabschlüsse mit einzelnen Ärzten, Zahnärzten und Krankenhäusern den Teil aus dem Angebot zu reservieren können, den sie für die Versorgung ihrer Versicherten benötigen."

Die drei Sozialpolitiker räumten ein, daß die „Umbeukosten" im sozialen System mit den Steuerentlastungsplänen einer anderen Parteiarbeitsgruppe partiell kollidieren, hoffen aber auf Einigung.

Streit Jusos – SPD wegen Nicaragua

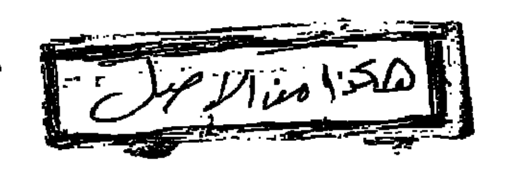
dpa, Bonn

Die Jungsozialisten in der SPD schließen sich dem Kurswechsel ihrer Partei gegenüber den Sandinisten in Nicaragua nicht an. Der Juso-Bundesvorsitzende Ulf Skirke erklärte, die Geschehnisse in dem mittelamerikanischen Land müßten differenzierter gesehen werden, als es der Bundestagsabgeordnete Klose und der Lateinamerika-Experte Wischnewski getan hätten.

Auch die Jungsozialisten kritisierten Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua, sagte Skirke. Sie werfen aber vor allem Klose vor, in seinem Bericht über Nicaragua mit einem „verkürzten Menschenrechtsbegriff" gearbeitet zu haben, der die „soziale Dimension" auspare. Klose vernachlässige zudem die politischen Rahmenbedingungen in Nicaragua, die

durch den „Wirtschaftskrieg" und die Unterstützung der regierungsfeindlichen Contras durch die USA bestimmt seien. Es gebe dort für lateinamerikanische Verhältnisse „viele demokratische und pluralistische Strukturen".

Skirke vermutet hinter der veränderten Position der SPD zu Nicaragua „wahltaktische Gründe", da es „inzwischen schick" sei, auf dieses Land zu schimpfen. Klose hatte Verletzungen der Menschenrechte durch die sandinistische Regierung beklagt; Wischnewski kam kürzlich zu dem Schluß, es gebe keine Entwicklung zur Demokratie in Nicaragua.



Mittwoch, 26. Februar 1986
Nr. 48

WELT DER WIRTSCHAFT

Solides Fundament

Mk. – Der Deutsche Industrie- und Handelstag setzt auf Optimismus. Es gibt kaum ein Bild, zu dem der Hauptgeschäftsführer Franz Schoser nicht greift, um die Aufwärtsentwicklung zu charakterisieren – vom Konjunkturzug, der an Fahrt gewinnt, bis hin zur Frühlingssonne, die kräftiger strahlt. Die Kammerorganisation bleibt sich mit dieser Haltung treu. Vor Jahren schon verbreitete sie Zuversicht, als sich dies aus den Zahlen nur schwerlich herauslesen ließ. Die jetzigen Ausdeutungen erscheinen solide.

Sie decken sich mit den Erwartungen der professionellen Prognostiker und mit den Projektionen der Bundesregierung. Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich weiter aufgehellt. Überraschend an der Umfrage ist auf den ersten Blick eigentlich nur die nach wie vor günstige Export-Erwartung. Sie kontrastiert mit dem Gerede um den Kursverfall des Dollars, aber eben nur vordergründig. Die Zuversicht zeigt, daß die Firmen ihre Ausfuhrerfolge in erheblichem Umfang nicht mit austauschbaren Massenerzeugnissen erzielt haben. Auch technologisch haben die Firmen wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen.

Immerhin bleibt der Export neben dem privaten Verbrauch und den Investitionen die dritte Stütze der Konjunktur, ein recht stabiles Fundament. Und Franz Schoser hat wohl kaum übertrieben, wenn er das gesamtwirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr bei vier Prozent sieht. Und das, obwohl die Umfrage eine solche Quantifizierung nicht hergibt. Aber es läuft einfach immer besser.

Schweigen

dos – Eine der wichtigsten und, bezogen auf die Leistungsfähigkeit der Bausparkassen, aussagekräftigsten Meßgrößen soll verschwinden: die Zuteilungsfristen. Nur wenige Faktoren sind für Bausparer interessanter als das Wissen, innerhalb welcher Zeit über das Darlehen verfügt werden kann, wann der Kauf oder der Bau des Eigenheims wahrscheinlich zu realisieren ist. Veröffentlichungen zu diesem Thema gehören zur Pflichtlektüre eines jeden Bauspar-Kandidaten, bevor er den Abschluß tätigt. Dies ist nunmehr vorbei, wie der Vorsitzende der BHW-Geschäftsführung, Louis Storck, staunenden Journalisten mitteilte. Im Verbandsausschuß der Bausparkassen sei Einigkeit darüber erzielt worden, Fragen nach den Fristen nicht mehr zu beantworten. Das Thema sei durch die modernisierte Technik nicht mehr aktuell und trage eher zur Verwirrung bei. Aus der Sicht der Bausparer drängt sich eher der Umkehrschluß auf: Die Absprache des Verbandes läßt Schlimmes befürchten. Das „normale" Bausparen hat offenbar keine Zukunft mehr.

KONJUNKTUR / DIHT-Umfrage: Unternehmen mit gestärktem Selbstbewußtsein

Konsum, Investitionen und Export sorgen für beständiges Wachstum

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Der Aufschwung gewinnt weiter an Stärke. Die Erwartungen der Unternehmen für 1986 haben sich gegenüber Herbst vergangenen Jahres noch einmal deutlich verbessert. Ein kräftiger Investitionsschub, ein Anziehen der Binnennachfrage und anhaltende Exporterfolge sorgen für ein beständiges Wachstum bis in das Jahr 1987 hinein. Die Beschäftigung wird deutlicher zunehmen. Trotz DM-Aufwertung bleiben die Aussichten für den Export gut. Dies ist der Kern der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei 14 000 Unternehmen.

So erwarten 34 Prozent aller befragten Unternehmen – im Herbst waren es 30 und vor einem Jahr 29 Prozent –, daß sich die Wirtschaftslage im Jahresverlauf weiter verbessern werde. 50 Prozent rechnen wie bei den letzten Umfragen mit einer unveränderten Entwicklung, was für die meisten Unternehmen „unverändert gut" bedeutet. Lediglich 16 Prozent gehen von einer Verschlechterung der Geschäftslage aus, vor einem Jahr waren es noch 22 Prozent. 84 Prozent aller Unternehmen erwarten also zumindest ein Andauern der gegenwärtig guten Wirtschaftslage.

Dabei werden die Unterschiede in den Erwartungen zwischen exportorientierten und auf den Inlandsmarkt orientierten Unternehmen immer geringer. Die Zuversicht der Unternehmen in ihre Exportfähigkeit ist nach wie vor groß, doch werden keine ähnlich hohen Zuwächse bei den Ausfuhren wie 1985 erwartet. Nahezu alle Unternehmen rechnen mit einer deutlichen Belebung der inländischen Nachfrage.

Auch in diesem Jahr werden von der Auslandsnachfrage kräftige Impulse auf die Konjunktur ausgehen. Damit bleibt die Einschätzung der Unternehmen überraschend positiv, obwohl sich der Dollar gegenüber der D-Mark stark abgewertet hat und 1986 eine Wechselkursanpassung im europäischen Währungssystem nicht ausgeschlossen wird. Die Zuversicht ist Ausdruck eines gestärkten Selbstbewußtseins der Unternehmen in ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten. Für das ganze Jahr 1986 erwarten die Firmen allerdings nicht so hohe Zuwachsraten wie 1985.

Während die Unternehmen im Süden der Bundesrepublik ihre aktuelle Lage günstiger einschätzen als das in anderen Teilen der Fall ist, haben sich die Unterschiede bei den Erwartungen eingeebnet. Daraus zieht die Kammerorganisation den Schluß, der Aufschwung habe nun alle Regionen des Bundesgebietes gleichermaßen erfaßt. In der Industrie erwarten 38 Prozent der Firmen eine weitere Besserung, im Handel 29 Prozent und in der Bauwirtschaft 16 Prozent. Von einer Verschlechterung der Geschäftslage gehen nur 14 Prozent der Unternehmen in der Industrie, 20 Prozent im Handel und 47 Prozent in der Bauwirtschaft aus.

Die Inlandsnachfrage wird neben dem Export zur weiteren Triebfeder der Konjunktur. Immer mehr Unternehmen planen Neuinvestitionen, um ihre Kapazitäten auszubauen. Das Erweiterungsmotiv gewinnt erheblich an Bedeutung. Der private Verbrauch belebt sich merklich. Die Lage im Handel verbessert sich, andere Dienstleistungsbereiche rechnen mit größeren Zuwächsen. Sinkende Ölpreise und die erste Stufe der Steuerentlastung stärkten die Kaufkraft von Bürgern und Unternehmen. Nur die Bauwirtschaft und die von ihr abhängigen Branchen bleiben noch auf der Schattenseite der Konjunktur, wenn auch viele Unternehmen den Tiefpunkt als erreicht ansehen.

Der Trend zur Personalaufstockung hat sich verstetigt. Vor einem Jahr hatten nur 13 Prozent und im Herbst erst 18 Prozent der Unternehmen Mehreinstellungen vorgesehen. Jetzt planen 22 Prozent der Firmen für 1986 eine Zunahme ihrer Belegschaft. Gleichzeitig wird der Druck zum Abbau des Personalbestandes schwächer. Allerdings gibt es auch hier starke regionale Differenzierungen. Am höchsten liegt die Zahl jener Unternehmen, die Neueinstellungen planen, mit 37 Prozent in Bayern und 29 Prozent in Baden-Württemberg.

ÖLMARKT

Einlenken der Opec hebt Spotpreise aus dem Tief

WILHELM FURLER, **London**

Die britische Ölwirtschaft atmet auf: Das Opec-Kartell unter Führung von Saudi-Arabien hat offenbar seinen Preiskampf gegen die unabhängigen Erdölländer, allen voran Großbritannien mit seinem Nordseeöl, aufgegeben. An den Spot-Märkten kam es umgehend zu einem erheblichen Ölpreis-Anstieg.

Nachdem der Preis für Nordseeöl der Brent-Qualität zu Wochenbeginn auf 13 Dollar je Barrel und damit auf das niedrigste Niveau seit Einführung des Spotmarkt-Handels vor zehn Jahren gefallen war, kletterte er am Montag nachmittag innerhalb weniger Stunden auf 17,25 Dollar für Ablieferung April. Bis gestern mittag pendelte er sich allerdings bei 15,20 Dollar ein.

Die versöhnlichere Haltung geht deutlich aus einer Erklärung hervor, die von Saudi-Arabien abgegeben wurde. Darin heißt es, daß etliche Opec-Länder ihre Produktionsquoten überschritten hätten. Dies habe allen ölexportierenden Ländern Schaden zugefügt. Im Gegensatz zu offiziellen Erklärungen der letzten Monate verzichtete Saudi-Arabien diesmal auf Drohgebärden, die Ölproduktion weiter auszuweiten, falls sich die unabhängigen Ölländer nicht zu einer Produktions-Drosselung bereit erklärten.

In Seoul betonte der saudische Ölminister Scheich Yamani, daß er einen Preisverfall auf 15 Dollar und darunter erwartet hätte. Dieses Preisniveau könne allerdings nicht lange beibehalten werden, da es die Schließung vieler Ölfelder zur Folge haben würde.

Ölexperten in London meinen, daß sich Saudi-Arabien zu einer Beschränkung seiner Ölförderung auf zwischen vier und 4,5 Millionen Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) entschlossen hat. Zu Beginn des Jahres erreichte die Saudi-Produktion bis zu 5,5 Millionen Barrel.

Es wird nicht ausgeschlossen, daß das Opec-Kartell den hartnäckigen Widerstand Londons gegen alle Versuche, die britische Nordseeölförderung zu einer Produktionsdrosselung zu zwingen, endgültig akzeptiert hat. So wurden jetzt die Ölminister der Nicht-Mitgliedsländer eingeladen, an der nächsten Opec-Minister-Sitzung teilzunehmen, um Möglichkeiten einer gemeinsamen Produktions- und Preispolitik zu beraten; lediglich an Großbritannien ging keine Einladung. Offenbar konzentriert sich das Kartell bei seinen Bemühungen um gemeinsame Absprachen nunmehr auf die anderen unabhängigen Ölländer wie Mexiko, Ägypten und Oman.

Inzwischen hat Iran die anderen Opec-Mitglieder aufgefordert, die Ölproduktion für zwei bis vier Wochen ganz einzustellen, um das Ölpreisniveau wieder nach oben zu drücken. Im übrigen fordert Teheran grundsätzlich eine zehnprozentige Kürzung der gegenwärtigen Opec-Förderung von gut 17 Millionen Barrel pro Tag.

Schiffahrt im Strudel

Von JAN BRECH

Die Zusammenbrüche großer japanischer Reedereien in jüngster Zeit verdeutlichen die Krise in der internationalen Schiffahrt und werfen ein Licht auf die fast aussichtslose Lage in der Massengutschiffahrt. Vor allem die Schieflage der in Hongkong beheimateten Tung-Gruppe hat zu einer enormen Verunsicherung geführt. Tung gehörte zu den angesehensten Reedereigruppen der Welt und galt bislang als über jeden Zweifel erhaben. Mit ihren Problemen und dem Bankrott von Sanko und Nakamura, zwei großen japanischen Massengut-Reedereien, ist der Lack fernöstlicher Überlegenheit jedoch ab. „Ex oriente lux", in der Schiffahrt stimmt es *nicht* mehr.

Der finanzielle Ruin der japanischen Großreedereien hat eine Reihe von Ursachen. Vor allem ist es die ungezügelte Expansionspolitik der vergangenen Jahre, die den Japanern heute zum Schicksal wird. Gefördert von einer nationalen Politik, die angesichts des gewaltigen Rohstoffbedarfs und des hohen Exports Japans einmal Wert auf eine große Handelsflotte legt und zum anderen für die riesigen Schiffbau-Kapazitäten Beschäftigung sicherstellen muß, haben japanische Reeder Schiffe ohne sonderliche Rücksicht auf die Marktlage geordert. Die Reederei Sanko etwa, die durch die Pleite zum zweiten Mal Schlagzeilen macht, rückte zum ersten Mal in das Interesse der staunenden Öffentlichkeit, als sie vor wenigen Jahren auf einen Schlag mehr als 100 Bulkcarrier bestellte.

Die Riesenflotte der Japaner, ausgelegt auf trockene Massengut- und Rohölfahrt, stoßen auf einen Markt, der schon zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe akute Schwäche zeigte, inzwischen aber katastrophale Züge angenommen hat. Die Raten sind so tief im Keller wie seit langem nicht mehr. In Teilbereichen fahren die Schiffe nicht einmal mehr die reiseabhängigen Kosten ein. Selbst bei festen Charterverträgen ist die Sicherheit dahin. Auch die Charterer werden zunehmend schwach und versuchen die vertraglich fixierten Raten zu drücken.

Das Grundübel am Markt ist der gewaltige Überhang an Tonnage und das zu geringe Ladungsaufkommen. Weder nach Kohle und Erz noch nach Getreide gibt es genügend Nachfrage. In der Tankfahrt ist das Schiffsraumangebot doppelt so hoch wie das zu befördernde Rohöl. Das Pünktchen auf dem „i" ist der erneute Kursverfall des Dollar, der die Einnahmen in heimischer Währung erheblich schmälert.

Nun sollte man meinen, daß auf einem derart übersetzten Markt der Zusammenbruch großer Marktteilnehmer reinigend wirken könnte. Was anderswo gelten mag, stimmt für die Schiffahrt nicht. Im Gegenteil. Bei einem Konkurs gehen zwar die Reedereien unter, nicht aber die Schiffe. Zur Realisierung noch vorhandener Substanz wechseln die zum Teil hochmodernen neuen Schiffe zu Spottpreisen nur den Eigentümer, der wegen der geringen Anschaffungskosten und Abschreibungen die ohnehin verfallenen Raten dann noch weiter unterschießen kann.

In diesen Teufelskreis ist die gesamte Massengutschiffahrt und bedingt auch die Linienschiffahrt geraten. Die mit dem Zusammenbruch der japanischen Reedereien verbundene Unsicherheit, die durch die Schwäche der Tung-Gruppe fast zum Schock geworden ist, hat zudem die in der Schiffahrt engagierten Banken außerordentlich vorsichtig gemacht. Bei einem völlig ruinierten Secondhand-Markt müssen sie mit ansehen, wie die fahrende Flotte stetig an Wert verliert. Als Ausweg, um wenigstens Teile der Außenstände sicherzustellen, die nach vorsichtigen Schätzungen weltweit rund 70 Milliarden Dollar ausmachen, bleibt oft nur die Zwangsversteigerung. Sie hat den gleichen Effekt wie der Ausverkauf konkursreifer Reedereien. Die geringen Anschaffungskosten ermöglichen dem Käufer weitere Ratenunterbietungen, um die wenige Nachfrage auf sich zu lenken.

Vor diesem Hintergrund erhebt sich die Frage, ob die japanischen Pleiten nur die Spitze eines Eisberges sind und nun auch deutsche Reedereien unmittelbar vor Grundberührung stehen. Auf Rosen sind sie sicher nicht gebettet, ihr Vorteil aber ist, daß sie die gewaltigen Fehlinvestitionen der Japaner nicht mitgemacht haben. Die kleineren Flotten sind flexibel einzusetzen und zudem haben die deutschen Tramp-Reeder ihre Unternehmensstruktur entsprechend dem Geschäft internationalisiert. Teile der weitgehend abgeschriebenen Flotte sind ausgeflaggt und in ausländische Standorte verlagert worden.

Gleichwohl wäre es ein fataler Irrglaube, die bislang ausgebliebene spektakuläre Pleite eines deutschen Reeders als Zeichen für die finanzielle Solidität der heimischen Schiffahrt zu werten. Von den katastrophalen Bedingungen an den Schiffahrtsmärkten sind sie gleichermaßen betroffen, und sie haben zusätzliche Probleme mit Wettbewerbsnachteilen aus unterschiedlicher staatlicher Förderungspolitik. Schließlich ist mit dem jetzigen Dollarkurs eine „Schmerzensgrenze" erreicht.

All diese Faktoren tragen dazu bei, daß die Stimmungslage derzeit so schlecht wie selten zuvor ist. Deprimierend ist vor allem, daß es weder Lichtblicke für eine Besserung noch Patentrezepte für eine Lösung gibt. Wenn die Märkte gesunden sollen, müssen viele kleine Schritte getan werden.

In erster Linie kommt es auf die Einsicht aller Beteiligten an, daß die Überkapazitäten abgebaut werden müssen. Dabei nützt es wenig, die Schiffe nur kurzfristig aufzulegen, um sie bei der kleinsten Ratenverbesserung wieder in Fahrt zu bringen. Große Teile der Flotte gehören auf Abwrackwerften. Außerdem muß die Neubautätigkeit wesentlich eingeschränkt werden.

Die erheblichen Auftragsrückgänge bei fernöstlichen Werften seit Herbst 1985 lassen erkennen, daß die Einsicht bei den Reedern offenbar wächst, die Tonnage zu begrenzen. Die Reaktion der Schiffbauer zeigt aber gleichzeitig, daß es in der Schiffahrt praktisch unmöglich ist, Teufelskreise zu durchbrechen. Die zurückgehenden Auftragseingänge haben die Werften sofort zu neuen massiven Forderungen nach Hilfsmaßnahmen veranlaßt, um die ebenfalls viel zu großen Schiffbaukapazitäten zu beschäftigen.

So ist es denn nicht auszuschließen, daß aus struktur- und beschäftigungspolitischen Gründen weiterhin Schiffe gebaut werden, die der Markt nicht braucht und Reeder stranden läßt. Bei dem großen Einfluß, den die Regierungen auf Schiffbau- und Schiffahrtspolitik genommen haben, müßten eigentlich sie nun endlich Zeichen setzen, wie es künftig auf den Weltmeeren weitergehen soll.

AUF EIN WORT



„Einer Minderheit von Leuten gelingt es immer wieder, verfassungskonforme Entscheidungen als politisch unmöglich erscheinen zu lassen. Losgelöst von der Mehrheit der Wähler wollen jene selbstherrlich darüber befinden, wieviel Strom, wie viele Straßen und welche Flughäfen unser Staat haben oder nicht haben darf."

Gerhard Klamert, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Bauindustrieverbandes, München
FOTO: CLAUS HAMPEL

Industrie fürchtet schwächeren Export

rtr, **München**

Die mit fallendem Dollarkurs sinkenden Exportchancen haben nach Erkenntnissen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in jüngster Zeit auch den Optimismus in der deutschen Industrie etwas sinken lassen. In dem gestern veröffentlichten Konjunkturtest schreiben die Ifo-Experten, die Geschäftslage des verarbeitenden Gewerbes habe sich im Januar nicht ganz auf dem hohen Niveau der Vormonate gehalten. Im Bauhauptgewerbe verschlechterte sich das Geschäftsklima erneut, die Aufträge im Wohnungsbau erreichten wieder einen Tiefstand.

INTERNATIONALE TOURISMUS-BÖRSE

Im Jubiläumsjahr bleiben die Wachstumschancen gut

ews. **Berlin**

Für das Touristikjahr 1985/86, das im Oktober endet, bleibt die Branche optimistisch. Nachdem es im Vorjahr mit einem Plus von 6,1 Prozent bei den über zehn Millionen Teilnehmern und 12,3 Prozent beim Umsatz von etwa 10 Milliarden Mark die größten Steigerungsraten seit 1978 gegeben hatte, wird nun eine Gesamtsteigerung der verkauften Veranstalterreisen von rund fünf Prozent erwartet. Das Jahr 1986 habe erfreulich begonnen, erklärte Otto Schneider, Präsident des Deutschen Reisebüro-Verbandes e. V. (DRV), Frankfurt, vor der 20. Internationalen Tourismus-Börse ITB in Berlin (vom 28. Februar bis 6. März). Die bisher vorliegenden Anmeldungen wiesen ein Plus von vier Prozent aus. In der auslaufenden Wintersaison habe die Zahl der Pauschalreisen allerdings stagniert.

Mit den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer allgemein optimistischen Zukunftseinschätzung, die die positive Entwicklung auf dem Reisemarkt noch beflügeln würde, begründete Schneider den Optimismus der Tourismus-Branche. „Die Urlauber werden noch mehr verreisen als bisher und die Reisebranche hat sich darauf eingestellt", erklärte der DRV-Präsident.

Zur Jubiläums-ITB wurde mit 2137 (2096) Anmeldungen aus 142 Ländern und Regionen, davon rund ein Viertel aus der Bundesrepublik, wieder ein Ausstellerrekord erzielt. Auch die Ausstellungsfläche wurde noch einmal von 69 334 auf 72 000 Quadratmeter vergrößert. Damit habe die ITB Berlin wiederum an internationalem Marktwert gewonnen, erklärte dazu Manfred Busche, Geschäftsführer der AMK Berlin GmbH.

WOHNEIGENTUMSFÖRDERUNG

Die Kosten für Grundstücke werden teilweise angerechnet

Go. **Bonn**

Der Bonner Koalitionsstreit über eine Nachfolgeregelung für den Paragraphen 7b Einkommensteuergesetz konnte gestern morgen bei einem Spitzengespräch in Bonn unter der Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl beigelegt werden. Wie anschließend aus Teilnehmerkreisen verlautete, soll der Förderungshöchstbetrag bei der steuerlichen Behandlung des selbstgenutzten Wohneigentums auf 300 000 Mark angehoben werden. Dabei sollen die Grundstückskosten allerdings bis zur Hälfte berücksichtigt werden können, falls der Höchstbetrag von 300 000 Mark nicht mit den Baukosten allein ausgeschöpft wird.

Das bedeutet zum Beispiel, daß bei Hausbaukosten von 240 000 Mark und Grundstückskosten von 60 000 Mark insgesamt 270 000 Mark steuerlich abgesetzt werden könnten. Würden sich die Grundstückskosten auf 120 000 Mark belaufen, wäre ebenfalls noch die Hälfte, also 60 000 Mark absetzbar. Bei jedem darüberliegenden Betrag könnte in diesem Fall allerdings nicht mehr die Hälfte, sondern immer nur 60 000 Mark abgezogen werden, weil die Obergrenze von insgesamt 300 000 Mark ausschlaggebend bleibt.

Diese Kompromißlösung geht, wie zu hören ist, auf einen Vorschlag von Bundesbauminister Oscar Schneider zurück. Der ursprüngliche Regierungsentwurf sah zwar ebenfalls 300 000 Mark, jedoch keine Einbeziehung der Grundstückskosten vor. Zwischenzeitlich hatten sich die Finanzpolitiker auf eine Obergrenze von nur 250 000 Mark geeinigt, gegen die dann von der FDP Bedenken erhoben wurden. Schneider hält die jetzt gefundene Lösung für „sozial ausgewogen" und für eine „Verbesserung".

EG-AGRARPREISE / Mehrheit gegen Kommissionsvorschläge – Kompromiß nicht in Sicht

Rücksicht auf Bauern prägt Gespräche

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Mühsamer denn je haben sich in diesem Jahr die Brüsseler Agrarpreisverhandlungen angelassen. Die meisten Landwirtschaftsminister wollen von den Preisvorschlägen der EG-Kommission nichts wissen, verdrängen andererseits aber die damit verbundenen Konsequenzen; nämlich noch höhere Kosten für die gemeinsame Agrarpolitik.

Nach einem fünfstündigen Meinungsaustausch kamen Teilnehmer der Beratungen zu dem Schluß, daß Ansätze für einen Kompromiß gegenwärtig nicht zu sehen seien: „Die Diskussion läuft noch wild durcheinander", so ein Beobachter.

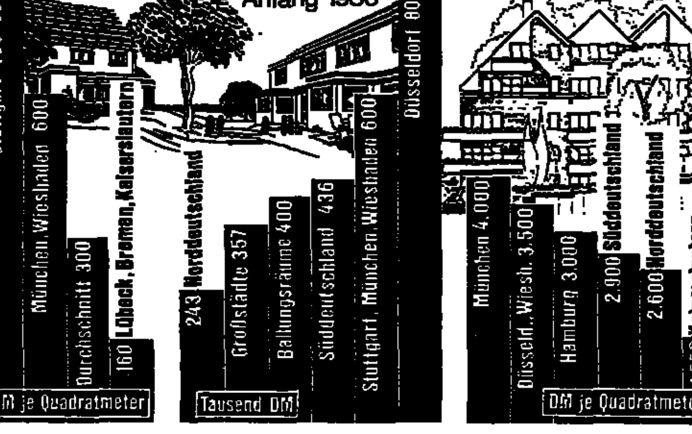
Nur zwei Delegationen – die holländische und dänische – ließen erkennen, daß sie die Brüsseler Preisvorschläge („einfrieren" der meisten Stützungspreise, Ausdehnung der Erzeugermitverantwortung bei gleichzeitiger Einschränkung der Absatzgarantien) wenigstens als Diskussionsgrundlage akzeptieren. Alle anderen lehnten zumindest wesentliche Teile des Kommissionskonzeptes ab.

Frankreichs Agrarminister Nallet bezeichnete das Preispaket als „schon im Ansatz entmutigend und perspektivlos". Er lehnt die Abschaffung der sogenannten permanenten Intervention für Rindfleisch in Bausch und Bogen ab. Italiener, Spanier und Griechen wollen einkommensmindernde Maßnahmen allenfalls für „Nordprodukte" hinnehmen.

Auf die Erzeugnisse des Mittelmeerraums entfallen – wie der griechische Landwirtschaftsminister Pottakis hervorhob – bislang nur 25 Prozent der Ausgaben des Brüsseler Agrarfonds. Sein portugiesischer Kollege Baretto gab zu bedenken, er wisse nicht wie er seinen Bauern eine Erzeuger-Mitverantwortungsabgabe auf Getreide schmackhaft machen solle, wo Portugal doch 75 Prozent seines Getreides importieren müsse. Der britische Agrarminister Jopling trat für massive Preissenkungen bei Getreide ein, ist aber gegen die von der Kommission vorgesehenen Abschläge für Ware, die (höheren) Mindestqualitäten nicht entspricht. Die Iren wünschen ein Importverbot für Milcherzeugnisse und verlangen (zusammen mit den Franzosen) eine aggressivere Ausfuhrpolitik der Gemeinschaft. Luxemburg möchte sogar die Erzeugerabgabe für die Milchbauern wieder abschaffen.

Verglichen damit nahm sich die Kritik des Bonner Ernährungsministers Kiechle geradezu moderat aus. Er kündigte zwar seinen Widerstand gegen jede „Preissenkung durch die Hintertür" an, lobte jedoch die grundsätzliche Orientierung der Kommission in Richtung auf eine Qualitätserzeugung. So weit wie die EG-Behörde will Kiechle weder bei Getreide noch bei Rindfleisch gehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Trotz enormer regionaler Schwankungen sind nach den neuesten Prognosen in diesem Jahr durchweg konstante Immobilienpreise zu erwarten. Ein weiteres Fallen der Preise wird wegen ansteigender Realeinkommen und anhaltend günstiger Finanzierungskonditionen von Experten nicht vorausgesehen, zumal durch die Kaufzurückhaltung der letzten Jahre ein Anstieg des für Immobilien verfügbaren Eigenkapitals ermöglicht wurde. QUELLE: IMU

Innerdeutscher Handel kräftig ausgeweitet

Wiesbaden (rtr) – Der innerdeutsche Handel hat sich im Januar um 14 Prozent oder 174 Mill. auf 1,406 Mrd. DM gegegenüber Januar 1985 kräftig erhöht. Die Bundesrepublik Deutschland habe ihre Lieferungen in die „DDR" um 18 Prozent oder 104 Mill. DM auf 690 Mill. DM ausgedehnt. Umgekehrt habe sie ihre Einfuhren aus der „DDR" um elf Prozent oder 70 Mill. DM auf insgesamt 716 Mill. DM gesteigert, teilte das Statistische Bundesamt mit.

Mehr Insolvenzen

Köln (dpa/VWD) – Die 1924 Fälle von Insolvenzen, die 1985 im Einzelhandel registriert wurden, sind nach Auffassung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) „nur die Spitze des Eisbergs" der aus dem Markt ausscheidenden Unternehmen. Der Kölner Dachverband betonte, daß die viel zahlreicheren „stillen Liquidationen" durch Geschäftsaufgabe in der Statistik nicht enthalten seien.

Klare Preisauszeichnung

Bonn (AP) – Für eine klarere Preisauszeichnung an den Tankstellen hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) eingesetzt. Die Organisation betonte für die Autofahrer sei es zur Zeit eine Zumutung, Kraftstoffpreise zu vergleichen. Deshalb sollten alle Preise auf einer Anzeigetafel zu finden sein und die Sorten überall in derselben Reihenfolge angegeben werden.

Doppelte Kosten

Hamburg (dpa/VWD) – Bei einem Vergleich neu geschaffener Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe errechnete das Witrschaftsmagazin „Impulse", daß derzeit durchschnittlich 147 000 DM zur Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes aufgewendet werden müssen. Während 1975 noch 68 000 DM notwendig waren, haben sich die Kosten damit in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Günstigere Kredite

Bonn (rtr) – Die Lastenausgleichsbank hat die Zinsen in ihren Ergänzungsprogrammen um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Damit werden sich die Ergänzungskredite zur gewerblichen Existenzgründung und Standortsicherung kleiner und mittlerer Unternehmen auf sechs Prozent und für Umweltschutzkredite auf 5,5 Prozent ermäßigen, teilte die Bank mit.

Mehr Erdgas importiert

Eschborn (AP) – Die Bundesrepublik Deutschland hat 1985 mit 40,3 Mrd. Kubikmeter 7,8 Prozent mehr Erdgas eingeführt als im Vorjahr. Nach Erhebungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft belief sich die Erdgasrechnung für diese Importe im vergangenen Jahr auf 14,6 Mrd. DM. Sie fiel damit um 2,2 Mrd. DM oder 17,7 Prozent höher aus als im Vorjahr.

Hoher Wertpapierabsatz

Frankfurt (DW.) – Am deutschen Rentenmarkt begaben inländische Emittenten im Januar Wertpapiere im Nominalwert von 31,7 Mrd. DM, verglichen mit 19,9 Mrd. DM im Dezember 1985 und 28,2 Mrd. vor Jahresfrist. Dabei handelte es sich nahezu ausschließlich um Papiere mit Laufzeiten von mehr als vier Jahren. Am Aktienmarkt ist der Absatz junger Aktien im Januar auf 0,3 Mrd. DM gesunken.

Wella-Euro-Anleihe

Darmstadt (Wb.) – Die Wella AG will über ihre Tochtergesellschaft Wella-International Finance, Amsterdam, eine Euro-Options-Anleihe über 100 Mill. DM begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 10 Jahren, ist mit einem Jahreskoupon von 2,75 Prozent ausgestattet und wird zu Pari angeboten. Je Teilschuldverschreibung über 5000 DM wird der Inhaber sechs 50-DM-Vorzugsaktien zum Kurs von 720 DM beziehen können.

Ecu-Verhandlungen

Bonn (Go.) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg steht einer Erweiterung der privaten Ecu-Verwendung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Mitte April sollen auf einem inoffiziellen Finanzministertreffen die möglichen Fortschritte bei den zwischenzeitlich zu führenden Verhandlungen mit Italien, Frankreich und Belgien erörtert und danach Gespräche mit der Bundesbank aufgenommen werden.

EASTERN AIRLINES

Schulden zwangen zum Verkauf

Sbt. Washington

Die Eastern Airlines, Amerikas drittgrößte Fluggesellschaft mit 41 000 Beschäftigten, wird an die Texas Air Corp. in Houston verkauft. Als Preis werden jeweils zehn Dollar in bar und Wertpapieren für die 60,6 Mill. ausstehenden Aktien des Unternehmens genannt, also mehr als 600 Mill. Dollar. Die Fluglinie mit dichtem Netz in den USA sowie mit Routen in die Karibik und nach Lateinamerika und London ist lang- und kurzfristig mit 1,5 und 0,5 Mrd. Dollar verschuldet; die Aktiva addieren sich auf 370 Mill. Dollar.

Um das finanziell angeschlagene Unternehmen zu retten, wären Lohnkonzessionen der Mitarbeiter in Höhe von 400 bis 500 Mill. Dollar neben anderen Verzichten erforderlich gewesen. Während die 4560 Piloten und über 7000 Flugbegleiter zu neuen Opfern bereit waren, weigerten sich die Mechaniker. Schon im Dezember 1983 opferte das Eastern-Personal 380 Mill. Dollar. Im Gegenzug wurde es zu einem Viertel beteiligt und erhielt vier Sitze im Aufsichtsrat.

Währungsreserven abgezogen

dpa/VWD, Lima

Peru hat für seine rund 1,5 Mrd. Dollar Währungsreserven Gold gekauft und dieses insgeheim nach Lima gebracht, um einer befürchteten Beschlagnahme seiner Vermögenswerte im Ausland durch die Gläubigerbanken vorzubeugen, berichtet die peruanische Wochenzeitschrift „Caretas". Nach Angaben vertraulicher Informationen wollte die peruanische Regierung damit einer Konfrontation mit den ausländischen Gläubigerbanken vorbeugen, nachdem Peru letztes Jahr beschloß, den Schuldendienst auf zehn Prozent seiner jährlichen Deviseneinnahmen zu beschränken.

Peru ist im Ausland mit rund 15 Mrd. Dollar verschuldet. Wie das Magazin weiter berichtete, habe Staatspräsident Alan Garcia schon im vergangenen Jahr angeordnet, alle bei amerikanischen und europäischen Banken liegenden Vermögenswerte zur Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel zu transferieren.

ITALIEN / Die Benedetti-Gruppe ist jetzt größter Einzelaktionär des französischen Autozubehörherstellers Valeo

Unternehmen verstärken die Auslandsaktivitäten

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italienische Konzerne werden im Ausland aktiv. Der italienische Finanzier und Unternehmer Carlo De Benedetti hat seinem Imperium eine neue Auslandsperle hinzugefügt. Mit der über die Firmenholding SIR S. p. A. erfolgten 19-Prozent-Beteiligung ist die Benedetti-Gruppe jetzt größter Einzelaktionär des französischen Autozubehörherstellers Valeo neben der Stuttgarter Bosch AG und Indosuez, die beide jeweils einen Anteil von fünf Prozent halten.

Insgesamt setzten die von der De-Benedetti-Holding SIR kontrollierten Unternehmen 1985 rund 7500 Mrd. Lire (rund 11 Mrd. DM) um, davon 60 Prozent im Ausland. Die Beteiligung an Valeo gestattet es Carlo De Benedetti nach eigener Aussage, „einen neuen Autozubehörkonzern zu bilden". Bisher war die De-Benedetti-Gruppe in diesem Bereich nur mit dem größten europäischen Autofilterhersteller Fiaam Filter präsent, der durch die Konzerntochter Sogefi mit 60 Prozent (40 Prozent in Händen der US-Firma Fram) kontrolliert wird.

Das Engagement von Carlo De Benedetti in Frankreich ist nur ein Teil der wachsenden Aktivität, die italienische Firmen im Ausland und insbesondere in der Heimat ihrer „lateinischen Vettern" entwickeln. Am selben Tag, an dem die De-Benedetti-Holding SIR die Beteiligung an Valeo bekannt gab, startete in Paris das erste französische Privatfernsehen „La Cinq", das von dem italienischen Medienunternehmer Silvio Berlusconi ins Leben gerufen wurde. „La Cinq" ist die französische Übersetzung von „Canale Cinque", dem Mailänder Berlusconi-Network, das dem staatlichen italienischen Fernsehen RAI-TV zunehmend Konkurrenz macht.

So wie Carlo De Benedetti, den der Londoner Economist vor wenigen Tagen seinen Lesern mit dem Schlagwort „Gestern Italien, heute Europa, morgen die Welt?" vorstellte, ist auch Berlusconi fest entschlossen, sein privates Werbefernsehen zu internationalisieren. Nächster Schritt dazu ist die für Mitte März vorgesehene Gründung einer neuen Produktionsgesellschaft mit einer Reihe europäischer Partner, deren Betriebsführung die Berlusconi-Gruppe übernehmen und die ihre Programme vielsprachig über den vorgesehenen französischen TV-Satelliten ausstrahlen wird.

Ausgeprägte multinationale Ziele verfolgt auch der italienische Ferruzzi-Konzern in Ravenna, der in der vorigen Woche seine Beteiligung an Frankreichs größtem Zuckerhersteller, Beghin Say, von 40 auf knapp 50 Prozent erhöht hat. Damit ist die Mehrheit jetzt in italienischen Händen, da weitere zwei Prozent des Kapitals von Firmen gehalten werden, die mit dem Ferruzzi-Konzern eng verbunden sind. Die Aufstokkung der Beteiligung gestattet dem Ferruzzi-Konzern, der in Italien über die Tochter Eridania 70 Prozent des Zuckermarktes kontrolliert, nicht nur eine stärkere Koordinierung seiner Marktpolitik auf diesem Gebiet, sondern auch ein bestimmteres Auftreten in anderen Industriebereichen seiner Interessenssphäre. Das betrifft unter anderem die von der französischen Landwirtschaft unterstützten Pläne zur Gewinnung von Ethanol aus EG-Agrarüberschüssen.

Die drei Vorstöße sind markante Beispiele für die neue Strategie, die italienische Großunternehmen auf ausländischen Märkten betreiben. Dazu gehören auch der Ende vergangenen Jahres erfolgte Kauf der deutschen Metzeler-Reifenwerke durch den Pirelli-Konzern, die Übernahme des britischen Hubschrauberherstellers Westland durch das Gespann Sikorsky-Fiat und die Bemühungen des staatlichen Chemiekonzerns Enichem um Kauf der US-Firma Uniroyal.

Nach einer Phase der Rationalisierung und Kostensenkung im eigenen Hause haben jetzt auch die Konzerne südlich der Alpen begonnen, an dem internationalen Prozeß der Fusionen und Kooperationen „offensiv" teilzunehmen. Dabei können die aufsehenerregenden Fälle allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Spielraum für ein aktives Auftreten der Italiener nicht allzu groß ist. Dafür ist die Zahl der Großkonzerne, die auf der internationalen Bühne als Protagonisten und nicht nur als Statisten auftreten können, einfach zu gering. In der von der US-Zeitschrift „Fortune" geführten Liste der 885 größten Weltunternehmen erschien Italien 1984 gerade mit zwölf Unternehmen, zwei mehr als Südkorea, gegenüber immerhin 34 im Falle Frankreichs.

LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Sehr mäßiger Aufschwung"

geo. Kiel

Mit der Note „befriedigend" hat der Vorsitzende des Vorstandes der Landesbank Schleswig-Holstein, Gerd Lausen, angesichts eines „sehr mäßigen wirtschaftlichen Aufschwungs" im nördlichsten Bundesland das Geschäftsjahr 1985 bedacht. Mit 94 Mill. DM konnte das Betriebsergebnis gegenüber 1984 (1,14 Mill. DM) nicht gehalten werden. Als Grund für die Entwicklung nannte Lausen die notwendigen Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit der Übernahme der Pensionskasse durch die Bank. Im Vergleich zum Vorjahr kletterte die Bilanzsumme um 4,3 Prozent auf 28,2 Mrd. DM, und das Geschäftsvolumen stieg um 3,2 Prozent auf 29,5 Mrd. DM.

An Krediten vergab die Landesbank im vergangenen Jahr 24,8 Mrd. DM (plus 4,3 Prozent). Das Neugeschäft wurde im wesentlichen von Staats- und Kommunalkrediten, von Wohnungsbaukrediten sowie vom Geschäft mit überregionalen Firmen und Banken getragen. Während die Landesbank ihr Kommunalkreditgeschäft um rund 170 Mill. auf 7,3 Mrd. DM steigern konnte, mußte sie bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten Einbußen von fast 80 Mill. DM auf 771 Mill. DM hinnehmen. Der Vertragsbestand erreichte hier 8,84 Mrd. DM.

Ein Minus gab es auch im Schiffahrtsbereich. Vor allem durch die Abnahme kurzfristiger Zwischenfinanzierungen ging das Neugeschäft um 14 Mill. auf 258 Mill. DM zurück. Lausen meinte in diesem Zusammenhang, daß die Krise im Schiffbau nicht allein von den norddeutschen Küstenländern bewältigt werden könne. Dies sei eine bundespolitische Frage. Die Landesbank, die nicht unter politischen Zwängen stehe, werde nach der Prüfung tragfähiger Projekte wie bisher bei der Finanzierung verfahren.

Erheblich angewachsen ist das Auslandskreditvolumen. Gegenüber dem Vorjahr kletterte es um 700 Mill. auf 3,1 Mrd. DM. Nach den weiteren Angaben von Lausen verbleibt der Bank ein Jahresüberschuß von vorläufig 23,5 Mill. DM. Die offenen Rücklagen werden daraus mit 12,5 Mill. DM dotiert. Außerdem wird die Ausschüttung einer fünfprozentigen Dividende vorgeschlagen.

SPANIEN / Regierung sträubt sich nicht länger gegen das Privatfernsehen

Drei Kanäle sind für den Anfang geplant

ROLF GÖRTZ, Madrid

Weniger das Drängen der Opposition als vielmehr der künftige europäische Fernsehsatellit, der es auch spanischen Gesellschaften möglich machen könnte über Luxemburg oder Liechtenstein ein Privatfernsehen auszustrahlen, veranlaßte die spanische Regierung sich ernsthaft mit dem privaten Fernsehen zu befassen. Zunächst hatte sich die sozialistische Regierung Spaniens gesträubt, das Fernsehmonopol zugunsten der in der Verfassung garantierten Meinungspluralität aufzulockern. Doch nun soll das spanische Fernsehpaket aufgeschnürt werden, so daß zu Beginn der nächsten Legislaturperiode, also wahrscheinlich nächstes Jahr, mit der Praxis begonnen werden kann.

Drei Gesellschaften formieren sich, weil die Regierung sich bei der Vergabe von Lizenzen auf drei Kanäle beschränken will. Erstens ein Zusammenschluß der drei Zeitungsgruppen ABC (Madrid), Editorial Catolica mit der Zeitung „Ya" und „La Vanguardia" (Barcelona). Dazu kommt die Radiokette COPE und der baskische Zusammenschluß „El Correo Espanol"/ „El Pueblo Vasco" (Bilbao). Den finanziellen Teil des Kanals mit Regional-Interessen bereitet Ignacio Bayon, ein wichtiger Mann des Unternehmer-Dachverbandes CEOE, in Zusammenarbeit mit einer der großen Banken vor. Dieser Gruppe werden sich wahrscheinlich auch die privaten Radiogesellschaften Antena 3 und Radio 80 anschließen.

Den zweiten Kanal will die Verlagsgesellschaft Prisa mit der Madrider Tageszeitung „El Pais" und der Rundfunkkette SER übernehmen. Hier hofft die derzeitige Regierung mit einigen der Sozialistischen Partei Spaniens nahestehenden Unternehmern im Kontakt mit Banken wie Banco de Bilbao, Banco de Santander und Banca March mit einsteigen zu können.

Um den dritten Kanal bemüht sich die Zeitschriftengruppe Ceta mit der venezolanischen Fernsehgruppe Gustafo Cisneros. Der Venezolaner, ein Freund des Regierungschefs Gonzalez, übernahm vor einem Jahr die Kaufhauskette Galerias Preciados aus der Masse der enteigneten Superholding Rumasa.

Mitte Dezember vergangenen Jahres empfing Ministerpräsident Felipe Gonzalez den Mailänder Televisionsmagnaten Silvio Berlusconi, Inhaber von drei Fernsehkanälen in Italien, zusammen mit dem Franzosen Jerome Seydoux, Betreiber des ersten privaten Kanals in Frankreich. Spaniens Regierungschef wollte sich über die Praxis der Privatfernsehens etwas lernen. Darüber hinaus gilt sein Interesse aber auch einer Zusammenarbeit, wie sie Berlusconi/Seydoux mit dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand in Frankreich ins Leben riefen. Berlusconi zeigte seinerseits Interesse am dritten spanischen Kanal. Der italienisch-französisch-spanische Dreierbund hatte Italiens Regierungschef Craxi vorbereitet.

Argentinien will Zinsen begleichen

dpa/VWD, Buenos Aires

Argentinien hat sich in einer Absichtserklärung an den Internationalen Währungsfonds (IWF) dazu verpflichtet, bis Ende Juni seine aus der Auslandsschuld resultierenden rückständigen Zinsen zu begleichen. Gleichzeitig verdichteten sich Meldungen, wonach das mit rund 50 Mrd. Dollar im Ausland verschuldete Land Mitte März über die dritte Tranche des mit dem IWF vereinbarten Bereitschaftskredites (Gesamthöhe: 1,4 Mrd. Dollar) in Höhe von 265 Mill. Dollar verfügen kann.

Wie zuverlässige politische Kreise erklärten, hat Argentinien in seiner Absichtserklärung angekündigt, daß die im Juni vergangenen Jahres verfügte Preiskontrolle stückweise abgebaut werden soll. Ein Datum für diese Maßnahme wurde allerdings noch nicht festgesetzt. Damit stiegen die Chancen, daß die erste Hälfte des zwischen Argentinien und internationalen Banken vereinbarten Kredits in Höhe von 4,2 Mrd. Dollar freigegeben würde.

US-UNTERNEHMENSGEWINNE / Leichte Verzerrungen

Viertes Quartal enttäuschte

Sbt. Washington

In den USA sind die Unternehmensgewinne im vierten Quartal 1985 enttäuschend ausgefallen. Im Durchschnitt sanken die Reingewinne von rund 500 größeren Konzernen gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres um 13 Prozent, verglichen mit minus fünf, 14 und elf Prozent in den drei vorausgegangenen Quartalen. Die wichtigste Ursache war die Abschreibung unwirtschaftlicher Firmenteile, von der in einem ungewöhnlich großen Umfang Gebrauch gemacht wurde. In einigen Branchen führte diese Praxis zu erheblichen Verzerrungen.

So schrieben die GTE 1,3, Avon Products 0,2, die Eisenbahngesellschaft CSX Corp. 0,95, der Ölkonzern Schlumberger 0,5 und United Telecommunications 0,3 Mrd. Dollar ab. Gedrückt worden sind die Ergebnisse außerdem durch die im vierten Quartal um 1,8 Prozent gesunkene Produktivität – ein Zeichen, daß die Produktion mit der gestiegenen Beschäftigung nicht Schritt gehalten hat. Ohne den Agrarbereich verlängerten sich die Lohnlisten immerhin um 3,4 Prozent, während das US-Bruttosozialprudukt im Gesamtjahr 1985 real nur um 2,3 Prozent zunahm.

Die Gewinnprognosen für 1986 sind sehr unterschiedlich; sie reichen nach Steuern von plus neun (Blue Chip Economic Indicators) bis 20 Prozent (First Interstate Bank in Los Angeles). Am realistischsten ist vermutlich die Blue-Chip-Gruppe. Sie setzt auf höhere Einzelhandelsumsätze, vor allem mengenmäßig, sowie auf Rationalisierungsgewinne. Im Vergleich der vierten Quartale 1984 und 1985 schnitten die Finanzdienste mit plus 59 Prozent am besten ab, gefolgt von Bekleidung (39), Autos und Luftverkehr jeweils 20 und Büroausrüstungen 17 Prozent. Auf der Verliererstraße marschierten Baumaterialien mit minus 90, die Eisenbahngesellschaften mit 79, Elektrogeräte mit zwölf und Banken mit minus 16 Prozent.

PHILIPP HOLZMANN / Bauleistung stark gesunken

Freude nur am US-Geschäft

Wb. Frankfurt

Zwei Faktoren haben 1985 die Ertragslage der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, belastet: das Problem, bei sinkender Bauleistung die Fixkosten rasch genug anzupassen, und die unter scharfem Wettbewerbsdruck zu ungünstigen Preisen hereingenommenen Aufträge. Dank des erfreulichen Geschäftsverlaufs bei den US-Beteiligungen und der Abrechnung einiger Langfrist-Aufträge habe man dennoch „ein angemessenes Gesamtergebnis" erwirtschaftet, heißt es im vorläufigen Jahresüberblick.

Im weltweiten Konzern mit seinen (jahresdurchschnittlich) 29 650 (35 700) Mitarbeitern ging die Bauleistung insgesamt um fast elf Prozent auf 7,3 (8,1) Mrd. DM zurück. Besonders schlecht schnitt – auch wegen der ungünstigen Witterung zu Jahresbeginn – das Inlandsgeschäft mit einem Rückgang um nahezu 15 Prozent auf 2,2 (2,6) Mrd. DM ab. Daß das Ausland mit einer „nur" um neun Prozent auf 5 (5,5) Mrd. DM gesunkenen Bauleistung ein etwas besseres Bild abgibt, liegt ausschließlich am US-Geschäft. Die amerikanischen Töchter steigerten ihre Leistung um 20 Prozent und erbrachten damit fast die Hälfte des gesamten Konzernvolumens. Die traditionellen Auslands-Auftraggeber im mittleren Osten und in Afrika dagegen haben ihre Bauinvestitionen weiter eingeschränkt.

Wenigstens im Inland zeichnet sich inzwischen eine leichte Besserung ab. Vor allem die süddeutschen Betriebe spürten eine Auftragsbelebung. So hielten sich die neuen Inlandsaufträge mit 2,2 Mrd. DM etwa auf Vorjahresniveau. Aus dem Ausland (ohne USA) jedoch kamen um ein Fünftel weniger. Lediglich in den USA kam es zu einer weiteren Steigerung um neun Prozent auf 3,7 Mrd. DM, 55 Prozent der gesamten Konzern-Auftragseingänge.

BHW BAUSPARKASSE / Geldeingang blieb hinter den Erwartungen zurück – Vertragssumme deutlich gesteigert

Das System Dispo 2000 beflügelte das Neugeschäft

DOMINIK SCHMIDT, Hameln

Das Beamtenheimstättenwerk gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH (BHW Bausparkasse), Hameln, verzeichnete 1985 ein deutlich über dem Branchendurchschnitt liegendes Neugeschäft. Louis Storck, Vorsitzender der BHW-Geschäftsführung, sieht die Ursache dafür in der Einführung des Bausparsystems „Dispo 2000", das sich „vom Start weg als Motor des Neugeschäfts" erwiesen habe. Nahezu 85 Prozent aller neu abgeschlossenen Verträge entfielen mittlerweile auf dieses System, das Elemente des Bausparens mit denen des Sparbuchs kombiniere. Der Erfolg dieses Modells werde daran erkennbar, daß immer mehr „Nachahmer" ähnliche Angebote offierierten.

Nach den Worten Storcks hat die BHW Bausparkasse 1985 gut 300 000 Neuverträge und Vertragserhöhungen abgeschlossen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (361 500) erkläre sich durch den Wegfall des 1984 angebotenen Bonus-Sparens. Die Bausparsumme dagegen erhöhte sich auf gut 12 (10,14) Mrd. DM, also um fast 20 Prozent. Für die Bausparbranche insgesamt errechne sich lediglich ein Plus von rund fünf Prozent, während die privaten Bausparkassen einen Zuwachs von 8,7 Prozent erzielten. Einschließlich der Schwestergesellschaft AHW-Bausparkasse (11 200 Neuverträge mit einer Bausparsumme von 558 Mill. DM) repräsentiere die BHW Bausparkasse gemessen an den Neuabschlüssen der privaten Bausparkassen einen Marktanteil von rund 25 Prozent.

Zur Zuteilung angeboten wurden 1985 Verträge im Gesamtvolumen von 8,9 (7,9) Mrd. DM. Davon nahmen die BHW-Sparer 8,5 (7,7) Mrd. DM in Anspruch. Ende 1985 verwaltete die BHW Bausparkasse rund 4,04 Millionen Verträge mit einer Bausparsumme von 165,2 (163) Mrd. DM. Die Bilanzsumme nahm um 2,5 Prozent auf 33,7 (32,9) Mrd. DM zu.

Unter den Erwartungen blieb nach den Worten Storcks der Geldeingang, der insgesamt nur um 0,4 Prozent auf 9,1 Mrd. DM zunahm. Während die Tilgungsleistungen um 8,8 Prozent auf 4,8 Mrd. DM zunahmen, gingen die Sparleistungen um 7,6 Prozent auf 4,3 Mrd. DM zurück. Daran werde erkennbar, daß die Sparfähigkeit vieler Bausparer überfordert sei.

In immer stärkerem Maße greift die BHW Bausparkasse auf Fremdmittel zur Finanzierung noch nicht zugeteilter Darlehen zurück. Im Berichtsjahr stiegen die Verbindlichkeiten auf 4,7 (3,4) Mrd. DM an. Dies, so Storck, sei aber kein Problem der BHW Bausparkasse, sondern der kreditgebenden Banken. Über die neu gegründete BHW-Finance NV, die breits eine 100-Mill.-DM-Anleihe plaziert hat, sollen noch in diesem Jahr weitere 150 Mill. DM auf dem europäischen Kapitalmarkt hereingeholt werden.

Weiter verschlechtert hat sich 1985 die Ertragslage. Zwar wurden wieder 125 Mill. DM für die Überschußbeteiligung der Bausparer zurückgestellt. Der Überschuß vor Steuern dürfte aber nur 250 (275) Mill. DM und der Bilanzgewinn 113 (134) Mill. DM erreichen. Dies sei aber ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis.

Ohne Antwort blieben Fragen nach den Zuteilungsfristen. Unter den Bausparkassen sei Einigkeit darüber erzielt worden, solche Angaben zu unterlassen, sagte Storck. Im Zuge der Übernahme der Volksfürsorge Bausparkasse, die noch in diesem Jahr rechtlich vollzogen werde, gebe es Überlegungen über eine Neuordnung. Denkbar wäre es, die Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH für alle BHW-Gesellschaften als Holding zu installieren.

VEW

Neue Wege bei der Kohletechnologie

Go. Bonn

Die Weigerung Bundeswirtschaftsminister Bangemanns, die Aufstokkung der Anteile der VEW – Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen – an der Ruhrkohle AG auf 30 Prozent zu erlauben, hat die Leitung des Dortmunder Unternehmens zwar enttäuscht, aber nicht entmutigt. Wie VEW-Vorstandsvorsitzer, Professor Klaus Knizia, gestern in einem Gespräch mit der WELT erklärte, bleibe die positive Einstellung seines Unternehmens zur heimischen Steinkohle und damit zur RAG von dieser Negativ-Entscheidung unberührt.

Die VEW sei weiterhin daran interessiert, ihre Beteiligung an der RAG auf knapp über 30 Prozent auszuweiten, und hoffe zuversichtlich, daß das Berliner Kammergericht die Entscheidungen von Kartellamt und Wirtschaftsministerium „in unserem Sinne revidieren wird". Von Resignation könne keine Rede sein. Die Aktivitäten der VEW für die Kohle gingen selbstverständlich weiter.

Hierbei betrete sie „technologisches Neuland" mit Blick auf die 1995 anstehende Verlängerung des Jahrhundert-Vertrages zwischen Kohlebergbau und Stromwirtschaft. So strebe die VEW an, bis 1995 ein neues Gas-Dampfturbinen-Kohlekraftwerk, das GDK '95, zu entwickeln. Die großen Vorteile dieses 500-Megawatt-Werkes seien erheblich höhere Wirkungsgrade, damit also eine stark verbesserte Wirtschaftlichkeit bei der Umwandlung der Kohle, und ein höheres Maß an Umweltschutz. Die Kohle werde so „in vielfältiger Weise attraktiver".

Das könnte sich noch steigern, wenn der Staat die Kohle für die Stromerzeugung und die Kohleveredelung auf Importkohlepreise heruntersubventionierte wie beim Stahl. So wäre dann der Strom aus Kohle im Wärmemarkt von Wettbewerbsnachteilen gegenüber dem Erdgas befreit.

BEIERSDORF / Körperpflege bleibt lukrativer Markt

Kräftiges Plus im Ausland

ERWIN SCHNEIDER, Berlin

Überdurchschnittliche Zuwachsraten am Markt der Körperpflegemittel – 1985 waren es bei der Sparte cosmed der Beiersdorf AG, Hamburg, 9,4 Prozent auf 1,5 Mrd. DM Umsatz – erwartet Vorstandsmitglied Hans-Otto Wöbcke auch in den kommenden Jahren.

Zum Gesamtumsatz bei Beiersdorf, der 1985 um 9,2 Prozent auf 3,3 Mrd. DM gestiegen ist, trugen die Körperpflegemittel rund 46 Prozent bei. Sie haben ihren Umsatz in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt. Zum nicht genannten Ertragsbeitrag erklärte Wöbcke nur, daß er nicht unter dem Umsatzanteil liege.

Nur noch 27 Prozent des cosmed-Umsatzes entfallen auf das Inland, 36 Prozent auf das europäische Ausland und 37 Prozent auf Märkte in Übersee. Der deutsche Markt für Körperpflegemittel war 1985 um vier Prozent auf knapp 9 Mrd. DM gestiegen. Davon stammte nach Beiersdorf-Erhebungen ein Drittel aus Preiserhöhungen. Das cosmed-Wachstum im Inland lag mit 7,5 Prozent auf 400 Mill. DM „wieder nennenswert über der Gesamtmarktentwicklung". Für 1986 rechnet er mit einem Marktwachstum von wiederum vier Prozent.

Interessante Verschiebungen haben sich in den letzten fünf Jahren bei den Absatzwegen gezeigt. Der klassische Fachhandel, Apotheken und Drogerien, habe seinen Anteil auf fünf (1980: neun) Prozent reduziert, die Warenhäuser blieben bei zwölf Prozent, die Drogeriemärkte hätten ihren Anteil mit 23 (zwölf) Prozent fast verdoppelt. Bei den Verbrauchermärkten (über 800 qm Fläche) habe man mit 32 (29) Prozent leicht zugelegt, jedoch beim Lebensmittelhandel mit 28 (38) Prozent starke Rückgänge verzeichnet.

Starke Zuwachsraten auf den Auslandsmärkten verzeichnete die cosmed-Sparte – „Wir können jetzt ohne Einschränkung behaupten, daß Nivea weltweit die größte Marke auf dem Körperpflegemarkt ist" (Wöbcke) – wieder in Europa, Nordamerika und Japan mit einem Plus von 12,5 Prozent, währungsbereinigt sogar 14,5 Prozent. Die sechs größten Auslandsmärkte – Japan, Frankreich, USA, Mexiko, Spanien und Italien – repräsentieren 53 Prozent des cosmed-Umsatzes.

Die Berliner Tochter Guhl Kosmetik GmbH, die seit 1980 zu Beiersdorf gehört, hat 1985 mit ihrem handelsorientierten Produktionsprogramm 30,8 Mill. DM (plus 11 Prozent) umgesetzt. In 1986 will Beiersdorf in Berlin rund 15 Mill. DM investieren.

FELDMÜHLE / Bodo Liebe Aufsichtsrats-Vorsitzender

Zehn neue Mitglieder

J. G. Düsseldorf

Mit Austausch aller zehn Anteilseignervertreter hat die aus der Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA hervorgegangene Konzernholding „Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf" auf außerordentlicher Hauptversammlung am Montag ihren weiterhin 20köpfigen Aufsichtsrat gewählt. AR-Vorsitzender wurde Bodo Liebe, Vorstandsvorsitzender der Kölner Klöckner-Humboldt-Deutz AG.

Fast komplett blieben die bisherigen Arbeitnehmervertreter beisammen. Die übrigen neuen Köpfe auf der Anteilseignerseite: Hellmut K. Albrecht (Vorstandschef Schmalbach-Lubeca AG), Prof. Karl Heinz Beckurts (Vorstand Siemens AG), Prof. Ernst Fiala (Vorstand Volkswagen AG), Hellmut Kruse (Vorstandschef Beiersdorf AG), Hans Meinhardt (Vorstandschef Linde AG), Frank Niethammer (Vorstand AG für Industrie- und Verkehrswesen), Hans Peter Schreib (Vorstand Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz), Heinrich Weiss (Vorstandschef SMS Schloemann-Siemag AG), Herbert Zapp (Vorstand Deutsche Bank AG).

Der zweiköpfige („Not"-)Vorstand der Holding wurde durch Bestellung von Hartwig Geginat und Ernst Grosch komplettiert, die ihre Vorstandsvorsitz-Ämter bei Feldmühle AG und Dynamit Nobel AG beibehalten. Wolfgang Laaf repräsentiert im Vorstand weiterhin die Buderus-Gruppe, Heribert Blaschke rückte zum Sprecher des Vorstands auf.

HANOMAG / Konsolidierung finanziell abgesichert

Baumaschinenabsatz floriert

dos, Hannover

Die Hanomag Baumaschinenproduktion + Vertrieb GmbH, Hannover, Nachfolgegesellschaft der 1983 zusammengebrochenen Hanomag GmbH, hat 1985 auf dem Wege der Konsolidierung deutliche Fortschritte gemacht. Nach Angaben des Unternehmens wurden gut 1300 Baumaschinen abgesetzt. Der Umsatz sei auf 255 (165) Mill. DM gestiegen. Als „vollbefriedigend" könne die Ertragslage bezeichnet werden; die Umsatzrendite liege bei über fünf Prozent. Dabei seien noch einmal Erträge, die aus Übernahmeeffekten resultierten, wirksam geworden.

Die Aussichten für 1986 werden von der Geschäftsführung günstig eingeschätzt. Gerechnet wird mit einem Absatz von etwa 1550 Baumaschinen und einem Umsatz von über 310 Mill. DM. Das Ergebnis werde rein „operativen" Charakter haben. Im Zuge der Geschäftsausweitung soll die Belegschaft um 200 auf dann 1200 Mitarbeiter aufgestockt werden. Die Investitionen für 1986 sind mit rund 60 Mill. DM veranschlagt. Die Hälfte davon entfalle auf den Erwerb des Fabrik-Grundstücks.

Im wesentlichen sei die Konsolidierung der neuen Hanomag-Gruppe auf die Bereitschaft der Gesellschafter zurückzuführen, weitere liquide Mittel von 5,1 Mill. DM im Rahmen einer Kapitalerhöhung zur Verfügung zu stellen. Hinzu komme die Übernahme einer 80prozentigen Ausfallbürgschaft durch das Land Niedersachsen in Höhe von insgesamt 15 Mill. DM.

NAMEN

Rainer Glott wird Geschäftsführer der Frankfurter Niederlassung der Credit Agricole, die im Oktober eröffnet werden soll.

John F. Smith, Jr., derzeit Chef von GM Canada, wurde zum Executive Vice President von General Motors Europe – Passenger Cars ernannt. **John G. Bagshaw**, bis Ende Januar Verkaufsvorstand der Adam Opel AG, Rüsselsheim, wechselt als Chairman zur Vauxhall Motors Ltd. in Großbritannien.

Frithjof Leufen (51), Leiter der Hauptabteilung Finanzen bei der Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, hat als Nachfolger von **Alfred Ernst** das Amt des Schatzmeisters im Vorstand der Deutschen Welthungerhilfe übernommen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Celle: Nachl. d. Ernst Rabe, Hermannsburg; **Dannenberg:** Ernst Blank, Maurermeister u. Architekt, Gusborn OT Quickborn; **Essen:** Walter Koester, Malermeister; **Esslingen:** Nachl. d. Sophie Michalski geb. Klemm; **Hannover:** Di Taddeo & Co. KG, Laatzen 3; **Husum:** Bauges. Neuwerk mbH; KP-Kaufpark Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG; **Lingen:** Josef Clemens Menke, Schapen; **Neuss:** Hans Venten, Korschenbroich 1; **Neustadt:** MAHAB-Haus Baubetreuungs GmbH, Wunstorf 1; **Northeim:** Waßmann Großfassadenbau u. Bedachungsgeschäft GmbH, Katlenburg-Lindau; **Nürnberg:** Nachl. d. Werner Friedrich gen. „Fred" Schultheiß; **Ottweiler:** Heinz Steinmetz GmbH, Bedachungsgeschäft, Illingen; **Recklinghausen:** Paul Becker Nutzfahrzeug-Vertriebs-Ges. mbH, Herten-Westerholt; WETRA Transportges. mbH, Herten-Westerholt; THG Treibstoff-Handelsgesellschaft mbH, Herten-Westerholt; **Reutlingen:** Karl-Heinz Lauterbach, Inh. e. Glas- u. Gebäudereinigungsbetriebs, Lichtenstein; **Rottweil:** Nachl. d. Karoline Sauser; **Saarlouis:** Nachl. d. Anton Nikolaus Kelkel, Schwalbach/Saar.

Konkurs beantragt: Offenburg: Carl Kist GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Worms: GIB Getränke-Industrie-Bedarf GmbH, Monsheim.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Dresdner bleibt bei DAL

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Dresdner Bank, die Verhandlungen über einen Ausstieg bei der Deutschen Anlage-Leasing GmbH (DAL), Mainz, geführt hatte, bleibt zunächst im Gesellschafterkreis. Das ist der Kernpunkt der Vereinbarung, die gestern unter den Eignern der DAL getroffen wurde. Dazu erklärte die Bank, daß über ihre „weitere Mitwirkung in der DAL eine zufriedenstellende Vereinbarung getroffen werden konnte". Hinter der DAL stehen die Westdeutsche Landesbank, die Hessische Landesbank, die Landesbank Rheinland-Pfalz, die Bayerische Landesbank und die Dresdner Bank.

Erfolg mit Sunkist

Hamburg (JB.) – Die Rickertsen Getränke-Vertrieb GmbH & Co KG, Hamburg, hat den Getränke-Umsatz mit dem Markenprogramm Sunkist im Jahr 1985 um 7 Prozent auf 65 Mill. DM gesteigert. Das Mengenplus betrug 4 Prozent. Als vollen Erfolg wertet das Unternehmen die Einführung der 250 ml Brik-Packung, die in der Dreiereinheit auf den Markt gekommen ist, um unter der Grenze von 2 DM zu bleiben, die mit der üblichen Fünferstange nicht zu halten war. Das Sortiment soll 1986 ausgebaut werden.

VDO an die Börse

Schwalbach (Wb.) – Die VDO Adolf Schindling AG, Frankfurt, will noch in diesem Frühjahr an die Börse gehen. Zu diesem Zweck soll das Grundkapital durch Ausgabe stimmrechtloser Vorzugsaktien auf 150 (100) Mill. DM erhöht werden. Nominal 35 Mill. DM neuer Aktien sind für ein breit gestreutes Verkaufsangebot vorgesehen, 15 Mill. DM werden zu pari von den bisherigen Aktionären, der Gründerfamilie Schindling- Rheinberger übernommen. Die Vorzugsaktien sind mit einer Dividende von 1 Prozentpunkt über der Stammaktiendividende, mindestens aber von 5 Prozent ausgestattet. Für 1985 werden nach einem Umsatz von 1,7 (1,5) Mrd. DM unveränderte 12 Prozent Dividende erwartet.

KKB verbessert Ergebnis

Düsseldorf (Py.) – Die KKB Bank KGAA, Düsseldorf, erwartet für 1985 ein Geschäftsergebnis, bei dem der Jahresüberschuß über dem Ergebnis des Vorjahres (40 Mill. DM) liegen wird. In einem Zwischenbericht über die Geschäftsentwicklung wird der Zinsüberschuß mit 538 (514) Mill. DM und der Provisionsüberschuß mit 102 (69) Mill. DM ausgewiesen. Die Kundeneinlagen werden mit 5,8 Mrd. DM (plus 15,7 Prozent), darunter die Spareinlagen mit 2,9 Mrd. (plus 9,9 Prozent) genannt. Die Forderungen an Kunden nahmen um 10,4 Prozent auf 5,9 Mrd. DM zu. Die Bilanzsumme wuchs um 9,2 Prozent auf 7,3 Mrd. DM. Für 1984 wurden 10 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet.

R + V VERSICHERUNG / Haftpflicht-Beratungsaktion für Unternehmen läuft an

Besser als die Branche abgeschnitten

INGE ADHAM, Frankfurt

Primär als Dienstleistung und nicht als neuen Weg zu mehr Geschäft will die R + V Versicherung ihre gerade angelaufene Beratungsaktion für rund 40 000 Unternehmen im gewerblichen und industriellen Bereich und etwa 75 000 landwirtschaftliche Betriebe gewertet wissen. Hintergrund für die Haftpflicht-Beratungsaktion seien vielmehr die derzeitigen Turbulenzen im Haftpflicht-Bereich, betonte Kurt E. Böhme, Vorstandsmitglied der R + V Allgemeine Versicherung a G., Wiesbaden.

Böhme verwies auf die geradezu „grotesken" Entschädigungsfälle in den USA. Zwar glaubt er nicht, daß eine derartige Entwicklung in der Rechtsprechung auf die Bundesrepublik „überschwappen" werde, deutsche Unternehmen sind jedoch teilweise indirekt als Zulieferer berührt. Auch R + V ist bei zwei noch nicht abgeschlossenen Fällen indirekt betroffen. Darüber hinaus macht nach den Worten Böhmes die neue EG-Produkthaftungsrichtlinie, die bis spätestens Mitte 1988 in deutsches Recht umgesetzt werden müsse, eine Überprüfung der Haftpflicht-Absicherung für Betriebe und Landwirtschaft notwendig. Ein „Preisschub" bei den Haftpflichtprämien sei damit aber nicht verbunden.

Mit der geschäftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr zeigte sich Vorstandsvorsitzender Peter von Harder in einem ersten Überblick zufrieden. Das Beitragswachstum in der R + V-Gruppe mit ihren sieben Gesellschaften habe wieder deutlich über dem Branchendurchschnitt (plus 5,5 Prozent) gelegen. Neben einer „Normaldividende" sei wieder eine „gute" Bedienung der Versicherten (via Rückvergütung oder Gewinnbeteiligung) möglich.

Die R + V Allgemeine verbuchte um 9,5 Prozent auf 1,6 Mrd. DM gestiegene Beitragseinnahmen. Die Versicherungsleistungen nahmen im Gefolge der Frostschäden zu Beginn vergangenen Jahres allerdings um gut zwölf Prozent zu.

Bei der R + V Lebensversicherung a. G. profitierte das Geschäft von der nach wie vor hohen Vorsorgebereitschaft der Bevölkerung, besonders die speziellen Angebote an den Mittelstand seien erfolgreich. Der Neuzugang war mit 7,7 Mrd. DM sechs Prozent größer als im Vorjahr (Branche: plus 3,6 Prozent), in der Großlebensversicherung habe das Plus sogar 16,8 Prozent ausgemacht. Damit wuchs der Bestand auf 55,8 (i. V. 51,9) Mrd. DM; die Beitragseinnahmen stiegen um 7,6 Prozent auf 1,42 Mrd. DM. Die Stornoquote gab von Harder mit unverändert 2,6 Prozent an. Bei den Kapitalanlagen, die um knapp 13 Prozent auf 10 Mrd. DM stiegen, wurden wieder 7,5 Prozent Durchschnittsverzinsung erzielt.

Aktien überwiegend unter Druck

Der schwache Dollar verunsichert die Märkte

DW. – Auf dem Aktienmarkt kam es zu teilweise empfindlichen Rückschlägen. Hauptgrund ist die allgemeine Verunsicherung durch den schwachen Dollar, der jetzt einen Stand erreicht hat, der dem deutschen Export Probleme schafft. An den Verkäufen waren auch Ausländer beteiligt. Sie sehen offenbar auf dem New Yorker Aktienmarkt jetzt eine gute Alternative zu ihrem deutschen Engagement. Bei den Bankaktien, kommt die sich in einigen Ölförderländern zuspitzende Finanzkrise als Belastungsfaktor hinzu.

Um rund 10 DM wurde auch der Kurs der Dresdner Bank zurückgenommen. Damit ist die Aktie dem Emissionspreis für die jungen Aktien bis auf rund 30 DM näher gerückt. Dennoch gilt es vorläufig noch in Börsenkreisen als sicher, daß es die Dresdner Bank verstehen wird, ein ähnliches Debakel zu vermeiden, wie es die Commerzbank mit ihrer jüngsten Kapitalerhöhung erlebt hat. Gewinnmitnahmen drückten jetzt auch die Kurse der Großchemie, die sich in den letzten Tagen trotz gewisser Schwächetendenzen kontinuierlich nach oben bewegt hatten. Glattstellungen ferner bei den spekulativ beeinflußten AEG-Aktien. Von den Autowerten gerieten Daimler mit Abschlägen von zeitweise 80 DM in den Strudel der durch die Dollarschwäche ausgelösten Bedenken gegenüber exportstarker Gesellschaften. Auch Siemens wurden recht deutlich zurückgenommen. Stabil blieben Aktien, die von der Rendite her abgestützt sind.

Frankfurt: Contigas verloren 30 DM. Binding notierten 5 DM und Riedel de Haen 21 DM höher. Heidelzement verbilligten sich um 10 DM und Holzmann um 15 DM. Rosenthal verminderten um 12 DM und Springer um 13,50 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel verloren 15 DM, Hein. Lehmann 13 DM und Mauser 4,20 DM. Dittmann erhöhten um 100 DM und Hochtief um 20 DM. Nino verbesserten sich um 7 DM und Sinn um 5 DM. Allianz Leben gaben um 100 DM nach.

Hamburg: Hapag Lloyd schwächten sich um 5 DM. Phoenix Gummi gaben um 2,10 DM nach. Bremer Vulkan waren um 1,50 DM leichter. Um 5 DM schwächer gingen Beiersdorf aus dem Markt.

Berlin: DUB-Schultheiss zogen um 22 DM und Dt. Hypobank Berlin um 12 DM an. Berliner Elektro legten 4 DM zu. DeTeWe schwächten sich um 30 DM und Springer um 15 DM ab.

München: AKS lagen um 5,50 DM und Gehe AG um 2,30 DM niedriger. Tucher gaben um 1 DM nach. Otto Stumpf AG verbesserten sich um 4 DM und Grünzweig um 2,80 DM.

Stuttgart: DLW erhöhten um 12,50 DM und Zeag Zement um 15 DM. Daimler waren um 49 DM, Mercedes um 69 DM und Porsche um 50 DM gedrückt. Salamander verbilligten sich um 5 DM.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 268,22 (276,98)
WELT-Umsatzindex: 5208 (5344)
Advance-decline-Zahl: 57 (118)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf			Frankfurt			Hamburg			München	
Preussag*	239-9-5-5	243G	2352	235-6-5-6	240,1	4498	237-7-5				
RWE St.	235-5-2-4	240	25332	233-6-3-4G	240	32858	234-7-4				
RWE VA	227-33-27-33	231,5	37613	227,5-32-30G	228	16620	227-31				
Schering	530-32-29-31G	540	8978	531-5-0-5	543	10446	540-48				
Siemens	705,5-11-06,5	724	69710	705-11-04,5-5,5	722,3G	51907	705-11				
Thyssen	165,5-6,5-3-3	167,5G	34535	163-3,5-2-2G	167,3	37976	164-5				
Veba	288-92-83-88,5G	292	49845	287-92-87-89	291,5	34676	286-92				
VEW	162-4-2-6G	166G	3946	168-8,8-7-6G	166	3101	176-8-6				
VW	517-8-4-4G	526G	19839	519,5-9,5-4-5	527,5	43855	519-9-5				
Philips**	53,5-3,7-3,7	54,8G	84535	53,5-3,8-3,6	55	65485	53,5-3,8				
Royal D.**	152,5-5-2,5-5G	150	7440	152,5-2,8-2,8	150	8643	152-3,4				
Unilever**	313G—312G	321G	15	312-3-2-5	320,5	15	–				
DM-Total: in 1000 DM			312659			384933					

Inland

		25.2.	24.2.
H	Aach M Betl. 10	2360	2381
H	Aach. M. Vers. 7	1300	1365
D	Aach. Rück. 9	2900	2950bG
D	Aseag *4	340T	348T
M	Act-Gögg. 6	159bG	158,8
H	Adca 3	170,5	171
D	Adler 9	315G	315G
F	AEG 0	321	324
D	AEG KABEL 9	480	495
S	Aesculap 9	492	494
F	AGAB 5	119	115,1bG
D	Agrippina *0	2900T	3000B
M	Agrob *0	174,5	175bB
M	dgl. Vz.* 0	140G	140bG
M	Aigner 9	165bG	165bG
M	Akt. Kaufb.*18	1100B	1100B
H	Agiv 10	350G	350,5
H	Albingia 8	1500bG	1500G
D	Alexanderw. 0	110	110T
Hn	Allerthal*0	137G	136G
S	Allg.Re.**6,5	4400TB	4500TB
S	dgl.NA**6,5	3700TB	3750TB
S	dgl.35%E.6,5	5570	5600bG
D	Allianz Leb. 9	7000	7100
D	Allianz V. 11	2060	2180
S	Allweiler St. 8	300G	300G
S	dgl. Vz. 9	206G	206
F	Altana 10	407	410
F	Andreae-N.Z. 0	200	195,5
F	Asko 10	–	1251
F	dgl. Vz. 11,5	1125	1165bB
H	Audi NSU 2	690G	705
M	Augsb. Kg. 1,5	114bG	119,5bG
S	Badenwerk 6	175bG	179
F	Bd Württ.Bk. 11	552	555G
D	Balcke-Dürr 3	377G	378
F	Bankg.v.1899 *14	530	533
D	Banning ** 20	1010G	1010G
H	BASF 9	300	309
H	Bavaria 3	–B	–B
D	Bayer 9	310	319,8
F	B.Br.Sch.-J 0	255bB	–
M	Bayer. Hdlb. 11	460	454bG
M	Bayer. Hartst. 6	590G	580G
M	Bayer.Hypo10 +7,5	525bG	530
M	Bayer. Lloyd 5	440bG	440bG
H	BMW 12,5	537	548
M	Bayer. Vbk. 11	476	496bG
H	Beiersdorf 9,5	580	585
F	BHF-Bank 10,5	460	475
F	Berl. Bank 3	174	171,1
B	Berl. Kindl 4,5	131,5	131
B	Bekula 5	116,8	116
B	Berthold 0	214bG	220
S	Bilf.+ Berg 10	202G	202
F	Binding 7+1	276	271
M	Blattmetall 6	850G	850G
D	Boch.Gels. Str. 0	245	245
S	Boss	1295	1290bG
F	Brau AG 0	600	610G
M	Brau. Amb. *5	720G	720G
F	Braun Vz. 15,2	881bG	880bB
H	Br.H.Hypo 10+1	–	–
Hn	Brsch.Jute *0	140G	140G
H	Breitenb.-C. *28	610G	610G
H	Br. Straßb. * 0,5	410G	410G
H	Br. Vulkan 0	149	152,8
H	Br. Wollk. 7	227	229,5
F	BBC 6	266,2	267
S	BSU Textil 0	1300G	1300G
D	Buckau-W. 4,1	135G	133
D	Buderus *12,6	507	502
M	Bgl.Br.Ing. *12+1	900G	900G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	375TB	375TB
S	Calw D. **18	740TB	740TB
F	Cassella *15	1000	1010
F	Ceag 0	210	213
D	Colonia Vers. 5	730	760
D	Commerzb. 6	278	286,5
D	Cobk.Resto*0 RM	17T	17,1G
F	Cobk.Genußsch.	117,25	117,25
D	Conc. Chem. 4,5+3	299	299
B	Conc. Spinne * 0	350G	350G
D	Contigas 7,5	400T	420
D	Conti Gummi 3	208,7	209,9
D	Dahlb. St. 7,65	266,5	267
D	dgl. Vz. 14,55	415G	410G
S	Daimler 10,5	1215	1264
M	Deckel AG 0	232	235
D	Dt. Atl. Tel.10+1	720bB	720G
H	Doag 5	370	372
D	Dt. Babcock St. 3	208	211,5
D	dgl. Vz. 3,5	196	199
F	Dt. Bank 12	738	760
D	Dt. Centralboden 12	710	740
D	Dt. Conti Rück 0	3880G	3880G
D	dgl. NA 0	1190T	1250T
F	Dt. Eff.+Wbt. 10	580	581
F	Degussa 9,5	445	450
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	344,5	344
H	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	670G	–
S	DLW 11	445bG	430,5
Hn	Dt. Spezialgl. 9	490	493
F	Dt. Steinz. *6	307bG	307G
H	DeTeWe 9	500bB	500G
F	Dt. Texaco 2,7	183,1bG	189bB
D	Didier 7	279,5	279
F	D.bl. Quellen 7,5	440bB	440
D	Dierig Holding 4	178	177
D	Dittm. & N **60	7600T	7500T
D	DAB 0	100,9	101bB
D	Dm. Ritter 7,7	330bG	340T
D	DUB-Schulth. 7	305	296
D	Duewag 4	230	240
D	Dresdn. Bank 7,5	356	371,5
D	Dyckerh. Z 6	198	192
D	dgl. Vz. 6	200	196
F	Dywidag 7	165bG	169,9
D	Edelst. Witten *0	307G	307bG
F	Eichbaum-Br. 5	172,5	170G
D	Eisb. Verk. 10	270	279bB
H	Elbschloß 0	301G	301
M	ELECTRO. 2000 25	579bG	579bG
M	En. Oberfr. 6	275	290G
M	En. Ostb. 6	219bG	214
B	Engelhardt 7	237	236,8
D	Enka 7,5	425	433
M	Erlus 10	340G	340
M	Erste Kulmb. 9	1757	1756bG
S	Essl. Masch. *6	420G	420G
M	Esterer **10	540G	540G
D	Farb. Liqu.*RM 0	8,5	8,5
F	FAG Kugelfischer	425	435
F	Flachglas 9	295bG	294,8
D	Ford *0	900T	900bG
B	Forst. Ebn. *4 %	4695	4500
M	Fr. Oberl. Wk. 5	247G	247bG
F	Frankf. Hypo 12	920	935T
F	Frankona R. 6	1110	1140
F	dgl. NA 6	732	750
F	dgl.50 % E. 5	731	748
F	Fuchs Petrol Vz. 0	153	154
H	Geestm. Bk. 5	170	170G
M	Gehe *5	201,8	204
D	Gels.wasser 6,5	182	185
D	Gerresh. Gl. 5	172	171
F	Gestra 7	208,1	212
D	Gildem. 0	125	125,2
D	Girmes 0	178bG	187
D	Glas & Sp. *11	270T	270T
D	Goldschm. 8	230	245
M	Gkw. Frk. *9	265B	265B
F	Grünzw. H. 0	130,1	135bB
H	Guano *8	440G	440G
D	GHH St. 3	219	228
D	GHH Vz. 3	200	208
M	Hacker-Psch. 23,3	1400G	1400G
H	Hageda 0	119G	119G
D	Hagen Batt. 5+1	170	165,2
H	Hall.-Maurer *0	160,2	160,5
D	Hamb. Berg 7+1	240bG	240
H	Hb.Hochb.*4+0,64	91	90
H	HEW 5	139,5	139,5
H	Hdl. Llb. 9	540	540
Hn	Hann. Papier 5,5	156,5	159
H	Hamstorf 0	83	87
D	Harpener 11	355	357
F	Hartm. & B.St. 4	1270T	1250T
F	dgl. Vz. 4	1200T	1170T
M	Hasen-Bräu 9	1050G	1050G
S	Heidelb. Zem. 7	448bG	454G
M	Heilit & W. 5	275G	275G
D	Hein. Lehm. *0	321	334G
D	Heinr. Ind. *14+4	730	740T
H	Hemmoor 0	222G	–
D	Henkel	380,5	391
F	Henninger 2	151,8	150
B	Herlitz 7	156,5	160,5
B	dgl. Vz. 7,8	143	146
B	Hermes 7	825G	825G
S	Hesser *14,5	660B	660B
D	Hindr. Auff. *7	231G	233G
D	Hochtief 10+2	770bG	750T
D	Hoechst 9	300,5	309,5
D	Hoesch 0	169,5	175,2
M	Hofbr. Cbg. 2	530G	530G
D	Hofm. St. 0	230bG	239
S	Hohner *0	149	147bB
H	Holsten-Br. 6	279	280
F	Holzmann 10	500	515
D	Horten 4	230	239,5
B	Hw. Kayser *12	345B	345B
D	Hussel 8	470	469
M	Hutschenr. 9+1	415B	421bG
H	Hypo Hbg. 10+2,5	619	615
D	IKB 7,5	250,5	255
S	IWKA 3	317	324
M	Isar-Amper 7,5	368bG	365bG
D	Isenbeck 4,75	175,1G	175bG
H	Jacobsen *8	710G	710G
H	Jute Bremen 4	290	290
D	Kabelmetal 5,5	147	147
D	Kali Chemie 12	499	490
D	Kali u. Salz 8	312	309
D	Karstadt 7	363	369,5
D	Kaufhof 6,5	430	440
B	Kempinski 5	399	399
D	Keramag 2,5	183,5	178T
F	KSB 6,5	189	189
F	dgl. Vz. 7,25	170	173
Hn	KWS 8+7	501	501
D	KHD 9	310	327,5
D	Klöckner-Wk. 0	102	103
D	Kochs-Adler 8+2	332,5	338
D	Köln-Düssd. *16	480T	480T
D	Köln. Rück. *18	2200	2200
B	Kötitzer *0	2000B	2000B
S	Kolb & Sch. 4+1	155	151
S	Kolbenschmidt 6	277	279,9
F	Kr. Rheinf. 6,5	295bG	295bG
S	Kraft Altw. *14	512G	512G
M	Krauss-Maffei *15	1685B	1695
D	Kromschr. 11	310	307
M	Krones 5	700	700bG
D	Krupp-Stahl *0	178	185
H	Kühtr. *8	460bG	470T
D	Küppersb. *0	205G	206
D	KKB 10	610	610
F	Kupferberg *9	901G	901G
F	Lahmeyer 10	366	375
D	Langenbr. 10+5	1000G	1000G
D	dgl. Vz. 10,5+5	800T	780T
F	Lech Elektr. 7,5	315	315
D	Leifers 7,5	361	359
B	Lehmann 0	125	128
F	Leifheit 3	460	459
M	Leon. Drahtw. 10+2	585bB	582
F	Linde 10	605	618
Hn	Lind.Gildebr. *13	452	452
M	Löwenbräu 8+1,5	1385B	1400bG
D	Lufthansa St. 3,5+1	274	281
D	dgl. Vz. 3,5+1	260	263
D	Magd. Feuer 7,5	950T	950T
H	Maihak 4	340T	335T
F	Mainkraft *15	525G	525
F	MAB 6,5	410B	430bB
F	dgl. Vz. 6,5	369T	365T
D	Mannesmann 4	246	256,5
F	Mannh. Vers. 8	930	920T
H	Markt & K. 7	208G	208
F	MAN St. 2	195	200,5
F	dgl. Vz. 6	174,8	180
F	MAN-Rol. 20,2	580,5	599,5T
S	M.Müll.Weing. *0	350	330G
D	Mauser 0	91	95,2
F	Mercedes 10,5	1053	1117
F	Metallges. 0	310	317
S	Met. u. Lack 0	135bB	134,5
S	Mülag 6,5	450G	450G
F	Moenus 0	115	95
F	Monachia 5	2300bG	2300G
Hn	Mühl. Rün. 0	130	130
M	Mü. Rück. Inhab. 9	3345	3350
M	dgl. 50% E.*9	2900bB	2900bB
M	MAK Stoffe 0	91,5	92,8
S	Neckarw. Essl. 7	230G	233
M	N. Bw. Hof 8	289	281bG
M	Niedermeyr *0	208bB	208G
D	Nino 6	175	168
D	Nixdorf 9	567	576
H	Nordcement 6+1,5	158,5	155G
H	Nord. Steing. 4+1	172	174
D	Nordstern A. *10	2480T	2500T
D	dgl. NA *10	2240T	2280T
B	Nordst. Leb. *18	9500T	9500T
H	NWK St. 7,50	–	–
H	dgl. Vz. 7,50	–	–
H	Old. Ldbk. 8	315	320
D	O & K *0	338	340
H	Otavi 4	124G	124
F	PWA 4	178	179,8
F	Parkbräu *0	350bG	350bG
M	Patrizier-Br. 0	430	430
M	Paulaner 34	1710	1710G
D	Peguian 7	196G	196G
D	dgl. Vz. 8	210T	210T
F	Pfälz. Hypo 10+2,5	841	885
F	Pfaff 6	232	235
D	Philips Kom. 9+6	795bG	800
H	Phoenix G. 3,5	178,5	183
F	Pittler Masch. 0	103	104bG
S	Porsche 16	1160	1210
M	Porz. Walds. 0	185bG	184bG
H	Preussag 9	236	241
S	Progress. 8	238	223G
M	Rathgeber *8	431G	451G
D	Rav. Sp. *4	412G	412G
F	Reichelbräu 6	570bB	570bB
H	Reichelt 0	100bB	99,9
S	Rheinel. 11,50	780	785G
F	Rhein. Hypo 10	539	531bG
D	Rhein. Textil *6	330G	330G
D	Rhein. Boden 6+0,5	247	248bB
D	RWE St. 8	233	241
D	dgl. Vz. 8	229	231
D	RWK 0	390G	390G
D	Rheinmetall 7,5	472,8	480
D	Rheinmetall Vz.4,25	392bG	406
D	Rhenag 7,5	470	467
Hn	Ried. d. H. *19	900	870
H	Rhm. Sth.A **0	1500B	–
H	dgl. Lit. B **0	–	–
F	Rosenthal 7,5	357	349
H	Ruberoid 5,5	810G	810G
D	Rütgers 8,5	430	440
S	Salamander 7,5+1	315	320
H	Scheidem. *5,1	185T	185T
D	Schering 12	527	540
D	Schiess 0	165,1	165,5
M	Schlenk 5+1	260G	260G
F	Schiqu.H. *14	710T	730T
F	Schmal.-Lub.1,875	167	167
D	Schub. & Salz 0	168T	174
S	Schw. Zellst. *0	248	251
H	Securitas *0	1350B	1350B
F	Seitz Enz. N. 6	185,1	188,1
S	SEL 10,5	296	295
S	Sekt. Wach. *8	702TG	702TG
H	Siemens 10	707	728
F	Sinalco *13	501G	501G
D	Sinn 0	300bB	295
F	Sinner *12	350G	350G
H	Sloman Nept.*0	82G	82,1
M	Sp. Kolbm. *0	850	840
S	Sp. Piersee *20+5	1000TB	1000
B	Springer Verlag	408	423
D	St. Bochum *6	243G	246bB
H	P & S *0	215T	205G
F	Stempel 0	216G	216G
D	Stern-Br. 2	265	267
D	Stinnes *18	615G	615G
B	Stock 1,92	1040T	1040T
D	Stöhr 6	178,5	182
D	Stolb. Zink 12,5	730G	730G
D	Stollwerck 7	415G	415G
D	Strabag 7	170	166
M	Stumpf 0	148bB	144bG
M	dgl. Vz. 0	155B	155B
M	Sürtz **80	9600G	9600G
S	St. Bäckerm. *0	250TB	250TB
S	St.Hofbräu 9+5,5	730bG	725
S	dgl. Vz. 10+5,5	530	530
M	Süd-Chemie 17,5	620bB	622
M	Südboden 11	597	580bG
S	Südz. 10	270	277,1
B	Temp. Feld.*4+2	850T	850T
B	Terr. Rud. **9	3000B	3000B
D	Terrex Rumpus 0	135T	140
Hn	Teut. Z. Vz. 6	146	145,5
D	Thür. Gas 8	565	580
F	Thuringia 10	1675T	1620T
D	Thyssen 0	163,5	169,5
D	Thyssen Ind. 0	137	141,6
D	Trinkaus u.Burkh.	325	331
H	Triton-Belco 3	109,5	110,2
M	Triumph-Adler 0	345bB	348
M	Oberl. Ufr. 6	319G	319G
H	Üstra Hann. Verk. 1	120B	120B
F	Varta 7,5	300	311
D	Veba 9	290	293
F	Veith-Pirelli 7,5	490T	470
M	V. Ap.-Bln.* 15+66	3600	3900
M	dgl. N.A.* 7,5+33	2910	2890
S	V. Alt.u. Str. *0	157G	157G
F	VDM *6,666	310G	310
D	V. Dt. Nickel *0	220	216
D	VEW 6	167	167
S	Ver. Filz *0	250G	250G
F	VGT 5	238	248
H	V. Kammgarn 0	55	54,5
M	V. Kunstm. 5	177bG	182
D	V. Seidenw. St. 2,5	174	168,5
H	V. Werkst. 0	222	222
H	Vereins-Westb. 10	412	417
M	Vbk.-Nürnbg. 11	600	590bG
D	Vict. Leben *18	7600	7750
D	dgl. 50% E. *9	6100	6250
F	Vögele 5	99,1	100
M	Vogtl. Bwsp. 8	225G	225G
D	VW 5	517,2	528,9
M	Wanderer *9	570bB	565
D	Wedag 3	136T	138T
F	Wella 9	745	745
D	Westag & Get. 0	74	75,8
F	Wickrath *6	312G	320G
S	Wolld. Weil 0	140G	140G
S	Württ. Cattun 10+2	630	600bG
S	Württ. El. 8	285G	295
S	Württ. Feuer 9+1	1800	1790
S	Württ. Hypo 11+1	670	660
S	Württ. Lein *16	1550G	1550G
S	WMF 4	155,5	155,1
S	dgl. Vz. 4	132,5	130,3
S	Württ. Bd. *18	2600	2690TB
M	Würzb. Hofb. *0	367bG	368bG
F	Ymos St.	182,8	181,5
F	dgl. Vz. 6	179,5	180
M	Zahnr. Renk. 7	240,2	245
D	Zanders Feinp. 6	265	273,5
S	Zeag Zement 10	416	401
S	Zeiss Ikon *10	370bG	370G
M	Zucker & Co. *0	390B	390B
S	ZWL Gr. & Bet. 8	374	375

Freiverkehr

		25.2.	24.2.
F	ADT 0	55	55
Br	ADV 3,25	337bG	345
Hn	Allbank 3	395B	395B
F	Alldephi G.7,875%	154,5G	157G
H	Autania 10	411G	411G
F	Bad. Salzschl. *0	450B	450B
Br	Bkv. Bremen 5	264,1G	260bG
D	Bw. Gronau **5	290G	290
H	Bau-V.Hbg. *2,54	635B	638B
H	Behrens J.F. 0	154	156
B	Bergmann 8	465,5	469
B	Berl. El. Bet 6,211	281	277
S	Br. Class 5	345B	345G
Hn	Br. Feldschl. **66	4000G	4000G
F	Br. Moninger 8	138G	136G
Hn	Brschw.M. 0	200	200
Br	Brem. Lager 4	86,5	86,5bG
Br	Brem. H. Es. **0	2900G	2900G
D	Babcock BSH *6	555T	545T
Hn	Ch. Oker *16	–G	–G
B	Chem. Brockh. 8	415B	430T
H	Delmo 5	170G	170G
F	Dt. Beteiligung	150	151,5
H	Deutscher Ring	1850	1850
S	Dinkelacker 9,5	1300G	1250bB
D	Dol.-Basalt *18	520bGr	525T
D	Dorst. Masch. *0	490T	490T
H	Drägerw. Vz. 8	350	360
H	dgl. Gen. 8	215	217
Hn	Einb. Br. 10+1,5	435	438
D	Eisen u. Hütt. *30	434	437
H	Elbkraft 8	85	85
Br	Elft. Werft 3	102G	101,5
B	Eschweil. Berg *0	96	97T
F	Garny 7,5	160	160
D	Gemn.AG * 2,56	660T	680T
M	Gemn. B.W.*3,84%	189,5	185,5G
B	GFC 6	80	79
B	dgl. VA 7	62,5	57
B	Gruschwitz *4	550B	550B
B	Günther *0	355G	355G
H	Haake-B. 11	1400B	1520B
Br	HAG GF 0	200G	192G
H	Hbg. Getr. 0	87G	82G
H	dgl. Vz. 0	71,6bG	71,6G
H	Hapag-Lloyd 3	120	125
F	Hartmann P. 4,5+1	330G	330G
F	Hilgers 0	128G	128G
Br	Hochsee Nordst. 0	–	–
Hn	Hofb. Wolf. *12	500	500B
F	Hornschuch 5	141,5	139,5
F	Katz Werke 0	148	145G
S	Knoeckel 6	180bB	185,5
M	Krärr-Mech. 4,5	299,8	299,8
F	Koepp 3,5	220B	218
D	Koenig & B. 5+3	435T	435T
D	dgl. NA 5+3	350T	350T
M	Kraftw. Haag *19	1200TG	1200TG
H	Kühlhaus *12	540G	540G
F	KKK St. 8+2	721	730
F	dgl. Vz. 8,5+2	615	625
D	Lehnkering 7	235G	236bB
F	Maingasw.5+0,5	190G	190G
M	Markt & Technik 10	500	510
F	MCS Modul 6,5	444G	444
Hn	Meinecke *24+6	1350G	1350G
S	Moto Meter 6+1	240bG	240
H	NY H. Gummi 0	85B	86
H	Nordd. Hypo 3	255	245G
H	Oelmühle 10	243	243
Hn	Phywe *0	98	97
B	Pom.Zuck 37,5	1300T	1250T
D	Rösler 4	350G	350G
M	Rückforth St.	68	6bB
M	Rückforth Vz.	4,27G	4,27G
H	Schichau Uw.0	150B	150B
S	Schloßg. St. *24	1550G	1580G
D	Schumag	339	341
D	Schuschlag *16	490G	490bG
S	Schwabenverl. *0	398TB	398TB
Br	Seebeckwerft 0	74,5G	74,5bG

Ausland

Amsterdam

	25.2.	24.2.
ACF Holding	275	277
Aegon	98,7	100,2
Akzo	159,3	160,6
Alg. Bk. Nederl.	539	550
Amev	76,7	76,8
Amro Bank	99,2	102,3
Borkel's Patent	37,8	38,9

Kopenhagen

	25.2.	24.2.
Den Danske Bank	373	374
Jyske Bank	790	795
Kopenh. Handelsbk.	317	317
Novo Industri	250	254
Privatbanken	300	293
Ostasiat. Komp.	249	251
Dan. Sukkerfabr.	420	415
For Bryggerier St.	970	1000
Kgl. Porc. Fabr.	335	334

Luxemburg

	25.2.	24.2.
ARBED	3120	3180
Arlco	94	92
Audiofina	6050	6060
Bque. Gen. du Lux.	11100	11120
Bque. Int. du Lux.	11000	10650
Belgo Mineira St.	0,17	0,18
Cegedel	2870	2850
Kredietbank Lux.	12700	12500
PAN Holding	10450	10450
SCI Techn.	620	625

Mailand

	25.2.	24.2.
La Rinascente	1140	1111
RAS	179500	181000
SAI Risp.	37700	38800
SIP	2949	2900
Snia Viscosa	6610	6630
STET	4550	4685
Index	559,47	544,12

New York

	25.2.E	24.2.
Adv. Micro Dev.	32	32,125
Deere	51,125	31
Delta Airlines	–	43,5
Digital Equipm.	166	166,375
Dow Chemical	49,625	50,875
Du Pont	71,75	71,875
Eastern Gas-Fuel	24,625	24,5
Eastman Kodak	53	52,875
Exxon Corp	54,375	53,5
First Chicago	30,25	30,625
Firestone	24,625	24,5
Fluor Corp.	17,25	17,125
Ford Motor	70,75	71,5
Foster Wheeler	13,5	13,75
Newmont	48,875	48,375
PanAm World	8,125	8,125
Pantry Pride	11,75	11,75
Pfizer	52,875	52,875
Phibro	48	48
Philip Morris	100,75	101,25
Philips Petroleum	11	10,75
Pittston	13,375	13,25
Polaroid	60,375	60,375
Prime Computer	25,75	26,125
Procter & Gamble	66,875	67,125
RCA	61,875	61,875
Reynolds Ind.	35,75	35,5

Tokio

	25.2.	24.2.
Sankyo Pharma	830	848
Bridgestone Tire	550	548
Canon	1010	1050
Daikin Kogyo	675	685
Daiwa Sec.	895	888
Daiwa House	944	900
Eisai	1420	1400
Fuji Bank	1550	1540
Fuji Photo	1870	1900
Hitachi	745	754
Honda	1050	1050
Ikegai Iron	407	395
Kansai El. P.	2100	2060
Kao Soap	1180	1170
Kirin Brewery	910	886
Komatsu	465	465
Kubota Iron	350	343
Matsushita El. Ind.	1210	1240
Matsushita El. Wks.	949	896
Mitsubishi El.	333	355
Mitsubishi H. I.	372	368
Nikko Sec.	716	712

Toronto

	25.2.	24.2.
Imperial Oil -A-	43,5	43
Inco	20,25	20
Inter City Gas Ltd.	14,5	14,5
Interprov. Pipeline	–	38,625
Kerr Addison	16,625	16,25
Lac Minerals	38,375	37,75
Massey Ferguson	2,81	2,81
Moore Corp.	31,125	31,25
Noranda Mines	16	15,375
Norcen Energy Res.	12,875	12,875
Northgate Expl.	4,6	4,6
Northern Telecom.	38,875	38,875
Nova An Alberta 'A'	6	6,125
Nu West Group	0,35	0,35
Oakwood Petrol	5,625	5,5
Placer Development	22,75	22,625
Provigo Inc.	18,5	18,375
Ranger Oil	3,85	3,75
Revenue Properties	2	1,95
Rio Algom	25,375	25,25
Royal Bk. of Can.	28,625	28,5
Seagram	71,75	71,875

Zürich

	25.2.	24.2.
Landis Gyr	2140	2160
Mövenpick Inh.	5450	5300
Motor Columbus	1065	1060
Nestlé Inh.	8575	8600
Oerlikon-Bührle	1560	1570
Sandoz NA	4525	4575
Sandoz Inh.	11000	11200
Sandoz Part.	1660	1680
Art. A. Saurer	219	215
Schw. Bankges.	4840	4880
Schw. Bankverein	545	551
Schw. Kredit. A. Inh.	3600	3620
Schw. Rückv. Inh.	14800	14900
Schw. Volksb. Inh.	2420	2440
Sika -B-	3650	3750
Gebr. Sulzer Part.	450	455
Swissair	1980	1990
dgl. NA	1600	1600
Winterthur Inh.	5775	5920
Winterthur Part.	5060	5098
Zür. Vers. Inh.	6250	6210
Index: Schw. Kred.	487,70	489,80

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 173,11 (177,65); Elektrowerte 327,61 (336,09). Autowerte: 699,66 (730,40); Maschinenbau 165,03 (171,05); Versorgungsaktien. 169,31 (171,25). Banken: 362,62 (373,07); Warenhäuser 147,78 (151,91). Bauwirtschaft: 411,46 (419,55); Konsumgüterindustrie: 155,22 (155,31). Versicherung: 1358,79 (1421,50); Stahlpapiere. 173,23 (169,28)

Kursgewinner (Frankfurt):

Moenus	115,00	+20,00	+21,0%
Hageda	128,00	+8,00	+6,6%
Löwenbräu	1365,00	+80,00	+6,2%
Triumph Int.	59,00	+3,00	+5,3%
Stock	999,00	+49,00	+5,1%
Veith-Pirelli	490,00	+20,00	+4,2%
Wasag Chemie	759,00	+29,00	+3,9%
Bibl. Inst.	460,00	+16,00	+3,6%
AGAB	119,00	+3,90	+3,5%
Thuringia	1675,00	+55,00	+3,3%

Kursverlierer (Frankfurt):

Seilwolff	45,00	-5,00	-10,0%
Gerling NA Vz.	500,00	-55,00	-9,9%
Contigas	385,00	-30,00	-7,2%
IWKA	301,00	-19,00	-5,9%
Nordl. Hypo	240,00	-15,00	-5,8%
Mercedes	1055,00	-64,00	-5,7%
Daimler	1199,00	-64,00	-5,0%
Goldschmidt	230,00	-12,00	-4,9%
Pfälz. Hypo	841,00	-44,00	-4,9%
Allianz Vers.	2055,00	-105,0	-4,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 815,00 G, Kötitzer 1900,00 B, VAB 2900,00 T
Düsseldorf: BASF 293,00, Bayer 299,00, BHF 470,00 T, Contigas 390,00 T, Contigummi 195,00 G, Linde 580,00 G, Nixdorf 545,00, Rütgers 420,00, Salamander 275,00, Schering 505,00, VEW 155,00
Frankfurt: Adt 52,00, Allweiler St. 280,00 G, Allweiler Vz. 203,00, BASF 294,00, Bayer 298,00, BHF 452,00 T, Contigas 375,00, Contigummi 202,00, Dresdner Bk 350,00 G, IWK 302,00 bG, KSB 180,00 T, KSB Vz. 170,00, Linde 588,00, Magdeburger Feuer 670,00 T, Magdeburger Feuer NA 1100,00 G, Mainkraft 520,00 G, Metallges. 300,00, Moto Meter 230,00 G, Nixdorf 538,50, Pfaff 215,00, Rütgers 424,00, Salamander 304,00, Schering 511,00, VEW 158,00, Wella 735,00 G, Ymos Vz. 178,50
Hamburg: Doag 358,00 B, Schering 525,00
München: BASF 293,00 bG, Bayer 297,00 bG, Bay. Hypo 445,00, BHF 450,00 T, Br. Wolk. 220,00 G, Contigas 400,00 TB, IWK 310,00, Isar-Amper 350,00 bG, Linde 587,00 bG, Metallges. 300,00 G, Nixdorf 557,00 bG, Rütgers 425,00 G, Schering 520,00, Stumpf 117,10 G, VAB 2790,00 TB, VEW 155,00 bG

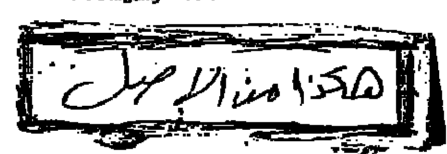
Devisenmärkte

Der US-Dollar wurde am 25. Februar auf eine neue Basis gestellt, denn über Nacht ergab sich ein Rückgang auf 2,258 bis 2,26 am frühen Morgen. Die Fed führte gestern überraschend dem Markt bei 7⅞ Prozent 1,5 Mrd. Dollar Liquidität zu, und der New Yorker „Fed-Vize" P. Martin gab sich gelassen gegenüber dem Dollar-Rückgang der letzten Woche. Dieser habe sich bei geordneten Marktverhältnissen vollzogen. Während des Tages verließ der US-Dollar nie die Bandbreite von 2,25 bis 2,26 und wurde amtlich mit 2,255 notiert. Der Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter wurde am Nachmittag zum Anlaß genommen, den Dollar unter 2,25 zu drücken. Hinsichtlich des Ölpreises glaubt man, daß das Schlimmste überstanden ist. Das Englische Pfund stieg um 1,7 Pfennig. Allerdings gab die Norwegische Krone auf das historische Tief von 31,91 nach. Der Japanische Yen fiel weiter um 1,3 Pfennig auf 1,245 zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,55; Brüssel 46,175; Paris 7,025; Mailand 1533,50, Wien 15,842, Zürich 1,8861, Ir. Pfund/DM 3,024; Pfund/Dollar 1,4896; Pfund/DM 3,359.

Devisen und Sorten

26.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wochs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,251	2,259	2,2576	2,20	2,30
London[2]	3,352	3,366	3,294	3,29	3,41
Dublin[2]	3,017	3,031	2,954	2,94	3,09
Montreal[1]	1,621	1,629	1,5978	1,58	1,68
Amsterd.	88,325	88,545	88,17	87,75	89,50
Zürich	119,46	119,66	119,58	118,25	121,00
Brüssel	4,874	4,894	4,816	4,72	4,92
Paris	32,455	32,615	31,735	31,75	33,50
Kopenh.	27,035	27,155	26,845	26,25	28,00
Oslo	31,85	31,97	31,255	31,00	32,75
Stockh.**	31,205	31,345	30,705	30,25	32,00
Mailand[3]**	1,465	1,475	1,4275	1,41	1,51
Wien	14,215	14,255	14,16	14,12	14,34
Madrid**	1,583	1,593	1,551	1,55	1,67
Lissabon**	1,52	1,54	1,429	1,10	1,90
Tokio	1,2435	1,2465	–	1,21	1,27
Helsinki	44,13	44,33	43,605	43,00	45,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,583	1,657	–	0,98	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,5825	1,6015	–	1,56	1,66
Johannbg.*	1,123	1,157	–	0,95	1,25
Hongkong *	28,851	28,969	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert ** Einfuhr begrenzt gestattet.



Die Steigerung der Intelligenz.

Es gibt Portable PCs, die ihren Namen nur begrenzt verdienen. Der T 1100, der sich bereits seit einem Jahr im Einsatz erfolgreich bewährt hat, ist allerdings mit seinen 4,1 kg ein echter Portable. Sie können ihn bequem in jeder Aktentasche transportieren und jederzeit in Betrieb nehmen: er arbeitet netzunabhängig. Ausgerüstet ist er mit einem LCD-Bildschirm. Dabei ist er so intelligent wie ein vollwertiger PC und läßt sich auch mit IBM-Software füttern.

Die Intelligenz des neuen, nur 6 kg leichten T 2100 geht weit über den gewohnten Standard in dieser Klasse hinaus: der Microprocessor 8086 sorgt für eine erstaunliche Leistung. Seine maximale Speicherkapazität beträgt 640 KB. Zwei 3,5" Diskettenlaufwerke mit 720 KB sind im Gerät eingebaut. Sein Plasmabildschirm sorgt für ermüdungsfreies Arbeiten. Und die Kompatibilität zum IBM PC XT erweitert seine professionellen Einsatzmöglichkeiten.

Zum Intelligentesten, was es an Microprocessoren heute überhaupt gibt, gehört der 80286. Mit ihm haben wir den neuen T 3100 ausgestattet. Er erreicht damit die vierfache Arbeitsgeschwindigkeit herkömmlicher Tischcomputer. Dabei ist er in seiner Größe genauso kompakt wie der T 2100 und nur um 1 kg schwerer. Auch er verfügt über einen hochauflösenden Plasmabildschirm. Sein Hauptspeicher läßt sich von 640 KB bis auf 4 MB erweitern. Als Massenspeicher besitzt er eine 3,5" Festplatte mit 10 MB. Er ist zum IBM PC AT kompatibel und benötigt – ebenso wie der T 2100 – für seine Leistung Strom aus der Steckdose.

Wenn Sie mehr über unsere neuen kompakten PCs wissen wollen, besuchen Sie uns auf der CeBIT oder schreiben Sie uns: TOSHIBA Europa (I.E.) GmbH, IPS-Division, Hammer Landstr. 115, 4040 Neuss 1 · Tel. 0 21 01/15 80.

TOSHIBA EUROPA

T2100

TOSHIBA

T3100

Halle 16 EG, Stand 905/1006

Hannover Messe '86

CeBIT — 12.–19. MÄRZ

TOSHIBA

IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

Renten nicht ganz einheitlich

Die Kaufwelle, die am Vortag einen starken Druck auf die Renditen ausgeübt hatte, setzte sich unter Abschwächung nur noch bei den langlaufenden öffentlichen Anleihen fort, deren Kurse bis zu 0,30 Prozentpunkte heraufgesetzt wurden. Bundesobligationen tendierten nicht mehr ganz einheitlich. Die Banken berichten von einer wachsenden Nachfrage nach den zur Zeit angebotenen Bundesschatzbriefen, bei denen die Renditen nicht mehr stimmen, wie es heißt, und deshalb vermutlich in nächster Zeit herabgesetzt werden.

Bundesanleihen

			25.2.	24.2.
F	5¼ dgl. 78	5/86	100	100
F	7¼ dgl. 76 I	12/86	102G	102G
F	6½ dgl. 79	1/87	101,6G	101,6G
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	102,15G	102,7bG
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,2	102,2G
F	6½ dgl. 77	7/87	102,2G	102,3
F	6 dgl. 77	10/87	101,85	101,85
F	6 dgl. 78 I	1/88	102,1	102,1
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,5bG	103,5
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,8	103,65bG
F	6¾ dgl. 79	1/89	104,3	104,35bG
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	105,2bG	105,25
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,35	112,3
F	7½ dgl. 79 I	6/89	106	105,9
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,35G	107,4
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,5	107,55
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106,1bG	106,05
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	107,1bG	107,05
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,2	107,2
F	10 dgl. 80	4/90	114,75	114,75
F	5¾ dgl. 78	5/90	100,75	100,5
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	109,2	109,2G
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	109,8	109,8
F	7¾ dgl. 87 I	11/90	108,05	108
F	9 dgl. 81	2/91	112,6	112,5bG
F	7½ dgl. 83 III	6/91	107,55	107,35
F	10¾ dgl. 81	7/91	118,2	118,15
F	10½ dgl. 81	9/91	120,8G	120,8
F	10 dgl. 81 II	12/91	118,1G	118,1
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	117,05G	117,05
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	117,95	117,75
F	9½ dgl. 82	4/92	116,5	116,4
F	9 dgl. 82 I	5/92	114,15bG	114,1
F	8½ dgl. 82	6/92	111,85	111,8bG
F	9 dgl. 82 II	8/92	114,6	114,5
F	8¾ dgl. 82	9/92	113,25	113,05
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	108,8bG	108,65bG
F	7½ dgl. 83	1/93	107,5	107,5bG
F	6 dgl. 78 II	3/93	101,1	101,2
F	7½ dgl. 83 II	3/93	107,65	107,6
F	8¼ dgl. 83	6/93	111,15bG	111
F	8 dgl. 83	7/93	109,8G	109,8
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	111,2	110,1
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	111,6bG	111,45
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	111,65bG	111,05
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	111,7bG	111,6
[illegible]				

Bundespost

F	8¼ dgl. 83	10/93	110,75bG	110,25
F	8¼ dgl. 84	6/94	111,35	110,85
F	7¾ dgl. 84	10/94	106,05G	105,55G
F	7½ dgl. 85	1/95	105,4	105,2
F	7 dgl. 85	11/95	104,55	104,3
F	6¾ dgl. 86	96	101	100,7
F	6½ Bdpost 68	6/88	-Zhg	-Zhg
F	8 dgl. 72 I	9/87	104	104
F	8 dgl. 80	3/90	107,65	107,6
F	7¾ dgl. 80	9/90	107,65	107,6
F	8¾ dgl. 80	12/90	111,55	111,5bG
F	10 dgl. 81	3/89	112,35bG	112,15
F	10¼ dgl. 81	6/89	113,65bG	113,6bG
F	10½ dgl. 81	10/91	119,85bG	119,8
F	9¾ dgl. 82	2/92	117,3bG	117,2
F	8¾ dgl. 82	6/92	112,7	112,7G
F	8½ dgl. 82	10/92	111,8	111,8bG
F	7¾ dgl. 83	2/95	107,85	107,8
F	8½ dgl. 83	9/93	112,4	112,35bG
F	8¼ dgl. 84	2/94	111,4	111,3bG
F	8 dgl. 84	9/94	110,25	110,2
F	6½ dgl.85	10/95	102	101,9
F	6¾ dgl. 85	12/95	102,9	102,7
F	7 dgl. 85	6/97	105,35	105,2

Länder – Städte

S	8¼ B.-Württ.87	92	108,75G	108,75
F	6¾ dgl. 85	95	100,5G	100,5G
M	6½ Bayern. 67	87	105bG	105G
M	6 dgl. 78	88	101,7bG	101,7bG
M	8¾ dgl. 80	90	110bG	110G
M	8¾ dgl. 82	92	111,75G	111,75G
M	7½ dgl. 83	95	106,25G	106,25bG
M	8 dgl. 84	94	108,75	108,5bG
M	7½ dgl. 85	95	105,75bG	105,75bG
B	6½ Berlin 78	88	103	102,75
B	8½ dgl. 80	88	107,25	107,1
B	6¾ dgl. 85	96	99,5	99,5
Br	7¾ Bremen 71	87	102,5bG	102,5G
Br	8 dgl. 72	87	103,65G	103,65G
Br	7½ dgl. 85	93	105,8G	105,5G
H	6¼ Hamburg 77	92	101,7	101,65G
[illegible]				

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt DM-Auslandsanleihen

F	5¾ dgl. 84 o. O.	90,75	90,75
F	3½ Hanwa 84 m. O.	130	130G
F	3½ dgl. 84 o. O.	94,5T	95T
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	220G	220G
F	7½ dgl. 82 o. O.	105G	105G
F	5¾ Jusco 83 m. O.	234G	223,5G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	100G	100G
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	135T	135T
F	3½ dgl. 84 o. O.	95	95bG
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	170G	176G
F	3¼ dgl. 84 o. O.	80bG	81
F	3½ dgl. 85 m. O.	147	154
F	3½ dgl. 85 o. O.	79,35	79,25G
[illegible]			

6½ Argentinien 78/88	96,5T	96,25
7½ dgl. 79/89	98,45	98,5
5½ Asiat.Entwbk. 78/88	100,4G	100,4
7½ dgl. 79 89	102,5	102,5
10 dgl. 80/90	106,9	106,8
8½ dgl. 80/90	106	106G
10 dgl. 81/91	108,5	108,5T
10¾ dgl. 81/89	112,5T	112,25G
9½ dgl. 82/92	111,5	111,55
9½ dgl. 82/92 II	114T	113,5T
8¼ dgl. 82/92	107,75	107,7G
7¾ dgl. 83/91	106,25G	106,25
8¼ dgl. 83/93	109,5bG	109,5G
[illegible]		

7¾ dgl. 85/95	104,2G	104,2G
6½ Eurofima 72/87	100T	100T
6½ dgl. 73/88	101,5	102G
5½ dgl. 78/88	100,35	100,35
6½ dgl. 79/89	103	102,75
10¼ dgl. 81/91	109,5T	108,75
9 dgl. 82/92	108,5G	108,5G
8½ dgl. 82/90	109,3	109,5G
7¾ dgl. 83/91	106	105,75G
7½ dgl. 83/90	105,5	105,25G
7¾ dgl. 84/94	106,25G	106,25
7¾ dgl. 84/92	105,75G	105,75
8½ dgl. 85/97	100,35	99,9
[illegible]		

7¾ Amer. Bkr. 84/94	[illegible]	[illegible]
8¼ AMCA Ltd. 83/91	[illegible]	[illegible]
5½ Am. Express 79/87	[illegible]	[illegible]
8½ A.N.A.S. 83/88	[illegible]	[illegible]
8½ dgl. 84/91	[illegible]	[illegible]
8 Arab.Banking 83/88	103,95T	104T
10¼ Ard.Sumd. 81/89	104,75	105,2

9¼ dgl. 80/87	102,5G	102,5
9½ dgl. 82/90	103,15	102,25
8½ dgl. 83/90	100,1	101,25T
8 dgl. 84/92	99	98,5
8¼ dgl. 84/92	99,5	99,5
7¾ Estel 73/88	100,6	101
5¾ Euratom 77/87	100,71	100,7G

8¾ GKN Finance 82/89	104,25	104,25G
8 Hoindl 84/91	105,5G	105,5
7 dgl. 85/97	100,5	100,3
6½ Hamersley 72/87	100,5G	100,5G
8¼ Helsinki 82/92	106G	106
7 Hoesch I. NL 85/95	102,2	101,9G
7½ Hoogovens 85/95	103,6	103,1

7 dgl. 72/87	101G	101G
7¾ dgl. 76/86	101G	101
5¾ dgl. 78/86	–	–
6¾ dgl. 79/87	100,9	101
7¾ dgl. 79/87	101,2	101,2
7¾ dgl. 80/88	102	101,9
9¾ dgl. 81/89	110,5	110,5G

8 Sumitomo 83/91	106,15T	106,25T
6½ Svenskexbk 72/87	100G	100G
7 dgl. 73/88	101T	101,65G
9 Tenneco Int. 82/92	104,85	104,75G
8 TENP 73/95	102,5	105G
6½ Trof. House 72/87	100,25	100,25
5¾ Trondheim 78/88	100G	100

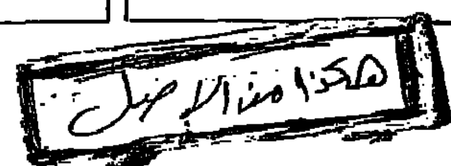
Düsseldorf DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE



STELLENGESUCHE



Diplom-Ingenieur Bauwesen

28, Maurer, FH Bremen 01/82; 4 Jahre Erfahrung im konstruktiven Ingenieurbau und im schlüsselfertigen Wohnungsbau in Planung, Kalkulation, Bauleitung, Abrechnung, Ausschreibung und Vergabe;

sucht entsprechende Tätigkeit im Raum Niedersachsen, Bremen, Hamburg.

Auskünfte gibt: Herr Lehnert

Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 04 21/3077-579

Dr. rer. nat. „Chemie", Diplom-Agraringenieur

44, verh., Ägypter. Promotion in Bodenchemie - Phosphatfixierung und Klärschlammuntersuchungen; Kenntnisse in folgenden wiss. Techniken: Chemiemessungen - AAS, Spektrophotometrie, Chromotographie etc. - und Wasser- und Klärschlammuntersuchungen. Englisch- und Arabischkenntnisse;

sucht möglichst sofort wissenschaftl. Tätigkeit. Projekt- und Laborarbeit im In- und Ausland in öffentlichen oder privaten Instituten, auch in der Industrie.

Auskünfte gibt: Herr Otterstedt

Fachvermittlungsdienst Göttingen, Friedländer Weg 55a, 3400 Göttingen, ☎ 0551/402-240

Bundesanstalt für Arbeit

Maurermeister

sofort frei, 45 Jahre, 15 Jahre Berufserfahrung, vorwiegend im schlüsselfertigen Wohnungsbau. Meister- oder Polierstellung angenehm.

Tel. 0 47 46/5 97 oder unter D 9012 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Steuerberater (49 J.)

reichh. Erfahrung in Banken, Handel, Gewerbe, selbst. steuerl. Beratung, sucht verantwortliche Tätigkeit Raum Hamburg/Hannover.

Angeb. u. Y 9052 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sie suchen den qualifizierten

EXPORTKAUFMANN

um in

SÜD-OST-ASIEN

zu expandieren oder diesen Markt zu erobern?

Hier ist er: 35 J., ungek., verh., solide Ausb. (inkl. HH-Schule). Untern. denkend, belastbar und reisefreudig.

Beste Kontakte, da viele Jahre vor Ort erfolgreich tätig (Schwerpunkt: Maschinen und Anlagen).

Suche herausfordernde und verantwortungsvolle Aufgabe in Deutschland.

Zuschr. erb. u. N 8887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Österr. Verkaufsprofi

46 Jahre, verheiratet. Mit Sitz zwischen Salzburg und Wien, sucht interessante Vertretung für Österreich. Büro und Lagermöglichkeit (Bau, Metall oder anderes).

Zuschriften erbeten unter E 9036 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Beschaffungswesen

Einkaufsleiter mit langj. Führungspraxis in den Bereichen industrieller, techn. Einkauf, Materialwirtschaft, Fuhrpark, Versicherungswesen sucht verantwortungsvolle Aufgabe im Raum Hamburg.

Zuschr. erb. u. Z 9008 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

MTA-Labor

20 J., Staatsexamen Januar 1986, regional ungebunden, sucht entsprechende Anstellung; Eintritt möglichst sofort oder nach Vereinbarung. Zuschriften bitte unt. U 9048 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandseinsatz

Ihr (Kauf)-Mann am Puls des Kunden

Als Firmendelegierter/Baustellen-Kaufmann nach erfolgreichem Abschluß mehrerer Projekte in nordafrikanischen Ländern, Jg. 40, Englisch und Französisch perfekt, ab sofort verfügbar. Für alle Länder.

Zuschr. erb. unter W 9050 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sicherheitsfachkraft

35 J., verh., nicht ortsgebunden, sucht neuen Wirkungskreis. Tätigkeit als Vorstandsfahrer angenehm.

Zuschriften erbeten unter F 9037 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Spanierin sucht Stellung als

Aupair-Mädchen

arbeitsfreudig, zuverl. abgeschl. Pharmazie-Studium, möchte auf diesem Wege die deutsche Sprache erlernen. Kontaktaufnahme bitte unter: Christine Rabadan, C/General Pardinas 112-5A, 28006 Madrid, Spanien

Dipl.-Kfm.

33 J (Examen '82 in HH), mit vielseitigen Kenntnissen in Betriebsw. u. EDV, dyn. kreativer Typ, ortsungebunden, sucht herausfordernde, entwicklungsf. Position im General-Management/Assistenz Geschäftsleitung.

Zuschr. erb. unt. G 9060 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

34jähriger sucht neue verantwortungsvolle Position im Bereich

Vertrieb – Marketing

vorzugsweise in Norddeutschland.

Redakteur (Wort/Btx/TV), mit Hochschulstudium und Neigung zum Konzeptionieren, verfügt über einschlägige kaufmännische und werbliche Erfahrungen (derzeit in ungekündigter Stabsfunktion).

Zuschriften bitte unter M 9042 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Qualifizierter Transportfachmann

Mitte 30 – reiche Erfahrung im In- und Ausland, mit Schwerpunkt in den Bereichen Anlagentransport, Seeschiffahrt und intermodale Verkehre, Transportkonzeption und Vertragsgestaltung –

Mitarbeit und Beratung auf freier Basis – Einsatzort und Zeitraum nach Absprache

Zuschriften erbeten unt. T 9047 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Röntgen-Spezialist

42 Jahre, promoviert, in ungekündigter Stellung, sucht neue, verantwortungsvolle Stellung. Fremdsprachen: Englisch in Wort und Schrift, Japanisch für den täglichen Gebrauch. Umfangreiche Erfahrungen in der Lichtoptik, Röntgenoptik, Röntgendiffraktometrie (Interferometrie, Topographie) und der Konzeption von speziellen Goniometeraufbauten. Geübt im Umgang mit konventionellen Röntgenquellen und mit Synchrotronstrahlung. 6 Jahre Tätigkeit im außereuropäischen Ausland in der Forschung und in der Industrie.

Zuschriften unter V 9049 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SPEZIALIST PERSONALWESEN

auf Zeit

Personalleiter mit 25jähriger Erfahrung in Industrie und Handel bietet seine Stabs- und Linienerfahrung für die folgenden Problemlösungen an.

- Führungskräftebeschaffung ● Chefberatung
- Konsolidierung ● Optimierung des Führungsstils
- Konfliktlösung: kurz – für das gesamte Spektrum Personalwesen

Sind Sie interessiert? Anfragen werden vertraulich behandelt. Bitte schreiben Sie unter PZ 10 029 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

BIRMA – THAILAND – MALAYSIA

Südostasien

- **Projektkoordination**
- **Montageleitung Großanlagenbau**

Gestandener Praktiker mit Dschungelerfahrung, 6sprachig, kosten- und terminbewußt, will wieder die Ärmel aufkrempeln.

Angebote erbeten unter S 9046 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Ing., 55 J.

unabhängig, Fachgebiete: Kalkulation, Abrechnung, Verhandlung, Bauleitung, sucht neuen Wirkungskreis

Zuschr. erb. u. G 9013 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

ASPHALT-MISCHANL.-FÜHRER U. OBERMONTEUR

i. Anl.-Bau, gel. Starkstromel., Auslandserf., Englischk., sucht Stelle im Ausland, evtl. Inl.

Zuschr. erb. u. B 9010 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Top-Außendienstmitarbeiter

47 J., Erf. als Verkaufsleiter und Geschäftsführer, mit nachweisbar guten Erfolgen im Direktverkauf und in der Industriewerbung, sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschriften erbeten unter R 9045 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter
Konsumgüter

National Export, 41 J., Engl., Franz., reisefreudig, belastbar, sucht neuen Aufgabenbereich als Vertriebsleiter oder Key-Account, vorzugsweise in NRW.

Zuschriften erbeten unter G 9035 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kfm., Bankkaufmann, 38 J., verh., ungek., langj. Erf. im Finanz- u. Rechnungswesen, Revision, z. Z. in leitender Position, sucht anspruchsvollen Wirkungskreis im Bereich Handel, Ind., Banken im nördl. Raum. Angebote erbeten unter H 9035 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Franzose

28 J., Dipl.-Kfm., sucht anspruchsvolle Tätigkeit im Bereich Investment-Banking oder intern. Trading, franz., spanisch, engl. fließend, für den Raum Hamburg.

Zuschr. erb. u. X 9051 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRIEBSMANAGER

20jährig. Außendiensterfahrung als Spitzenverkäufer [illegible] Überaus agile, erfolgsgewohnte und führungsstarke Persönlichkeit sucht umgehend Position als Verkaufsleiter, NL-Leiter o. ä. Führungsaufgabe. Bevorzugter Raum – Hamburg, Schleswig-H., Niedersachsen.

Zuschriften erb. unt. [illegible] an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Russisch

staatl. gepr. u. beeidigte Übersetzerin, Dipl.-Ing., Muttersprache russisch, übernimmt neue Aufträge.

Angeb. erb. unt. K 9040 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

2 Maschinenschlosserinnen

24 J., mit Abitur u. gutem Gesellenabschluß, suchen Anfangsstellung. CNC-Interesse. Grundkenntnisse vorhanden. Ang. erb. u. W 8983 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sekretärin

mit englischer Muttersprache und mit sechs Jahren Berufserfahrung sucht interessante Stellung. Deutsche Sprachkenntnisse perfekt in Wort und Schrift.

Zuschriften erbeten unter L 9041 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.

48 J., Verk., Org., EDV, Sprachen, sucht neue Aufgabe im Inland oder Ausland. Zuschriften erbeten unter P 9132 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Geschäftsführer – LEITER

Ing., Kfz-Branche, 50 Jahre, verh., langjährige Erfahrung in Karosserie-Konstruktion: Pkw – Omnibusse – Sonderfahrzeuge, schwere Fahrzeuge

Technische Leitung

GF eines mittleren Fahrzeugsbaubetriebes mit Verantwortung in Kontr. AV, QS, Produktion, EDV, Lagerwesen, Transport + Mat.-Fluß. Weitere Erfahrung in Werkplanung In- + Ausland, Sanierung – Crash-Programme, flexibel + belastbar, sucht per 1. 4. + früher

verantwortliche leitende Tätigkeit

auch Partnerschaft in Industrieberatung

oder Kfz-Zulieferindustrie. Beste Beziehungen zu Entwicklungszentren namhafter Kfz-Hersteller.

Eilzuschr. erb. unt. Z 9053 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Personalleiter/Dipl.-Volkswirt

38 J., verh., 5 Jahre adm. orient. Tätigkeit, 10 Jahre Praxis als Personalleiter in Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit den Schwerpunkten Personaleinstellung und -entwicklung, Arbeitsrecht, Betriebsratsarbeit, Organisation und allgem. Verwaltung, sucht neue Herausforderung an verantwortlicher Stelle im Bereich Personal/kfm. Verwaltung

Zuschr. erb. unt. B 9055 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Volljuristin

27 J., ortsungebunden, einsatzfreudig, belastbar, überdurchschnittliche Stationszeugnisse, während des Referendariats mehrmonatige, eigenverantwortliche Tätigkeit in Anwaltskanzlei, gute englische und ausbaufähige franz. Sprachkenntnisse, sucht Anfangsstellung in einem Unternehmen der freien Wirtschaft, bei einem Verband, einer Bank oder Versicherung

Zuschr. erb. unter N 9131 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Allround-Chauffeur / Hausmeister

KFZ-Schlosser, Führerschein II, handwerklich geschickt, über 20 Jahre unfallfreie Fahrpraxis als Privatchauffeur u. 7 Jahre im internationalen Fernverkehr (Jagdscheininhaber) mit besten Referenzen in ungekünd. Stellung im Ausland tätig, sucht per 1. 7. oder 1. 8. in der BRD Dauerstellung

Angeb. u. F 9014 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann/ Betriebswirt grad.

30, Univ. Hamburg, Hochschulabschluß [illegible] Schwerpunkte: Marketing, Material-wirtschaft, Industriebetriebslehre, Organisation, [illegible] Rechnungswesen, Recht [illegible] entspr. Position.

Angeb. u. Y 9007 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter Food

34 J., prakt. Betriebswirt, langjährige Erfahrung im Vertrieb mittelstand. Untern. in konzeptioneller Arbeit, in Planung und Realisierung von Umsatz-, Distributionszielen, Zentralkd.-Betreuung, Mitarbeiter- und HV-Führung, Verkaufsförderung, Organisation und Koordination. Mit Verhandlungsgeschick und Engagement, ausbaufähigen Englisch- und etwas Franz.-Kenntn. Tätigkeitsfeld bisher: Nielsen I. Interessiert an Position: Verkaufsleitung Nord im Food- oder Non-Food-Bereich, vorzugsweise als Key-Accounter.

Zuschr. erb. u. C 9011 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (TU) Maschinenbau mit Auslandserfahrung und Sprachkenntnissen

Deutscher, 35 Jahre, verheiratet, ein Kind, in ungekündigter Stellung bei Consultingunternehmen

- **Sprachkenntnisse:** Deutsch/Spanisch: Muttersprachen. Englisch, Französisch sehr gut.
- **Vielseitige Erfahrung** in Abwicklung großer Projekte, Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung, Beratung von ausländischen Ministerien, Organisation und Koordination, Analysen.
- **4 Jahre Auslandstätigkeit** als Resident Engineer.
- Sucht kundenorientierte, langfristige, verantwortungsvolle

Aufgabe im Ausland

für ein international tätiges Unternehmen.

Vorrangig **spanischsprachige Länder,** jedoch nicht Bedingung.

- Bereitschaft zur Einarbeitung in neue Fachgebiete ist selbstverständlich.

Zuschr. erb. unter P 9044 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

FRANKREICH

Zu verkaufen in SALON-DE-PROVENCE, ¼ Stunde vom Flughafen Marseille, 5 Min. vom Stadtzentrum entfernt, Villa mit Schwimmbad, Haus für Verwalter, Garage für zwei Autos, auf einer Fläche von 2500 m², mit geschütztem Garten, Heizung (Wärmepumpe), Klimatisation, Begießung und Öffnung automatisch, Fernsehüberwachung.

Verkaufspreis: **FF 2 950 000,–** (wegen Wegzugs Preis unter reellem Wert).

Zu verkaufen in SALON-DE-PROVENCE, Mode-Boutique, 60 m², neu renoviert (Exklusivität für bekannte Marken), Stadtzentrum (Fußgängerzone), Wärmepumpe, Klimatisation.

Jahresmiete: FF 2980,–.

Verkaufspreis: FF 400 000,–.

Beide Angebote können einzeln realisiert werden.

Für weitere Auskünfte: Tel. 0 41 22 / 35 93 50.

LUXUSAPARTMENT

Cap d'Antibes

150 m² Wohnfläche incl. 2 Sonnenterrassen, 4 geschmackvolle Zimmer, 3 Luxusbäder, 1 Gäste-WC, renoviert, mit Möbeln. Kaufpreis 1,2 Mio. DM + Möbel VB.

Bootsplatz 4 m breit, 15 m lang, 100 000 DM, gegenüber der Wohnung.

NOGALDA, Gärtnerweg 9
D-6000 Frankfurt/Main
Tel. 0 69 / 55 09 33

Liquiditätssicherung

durch:

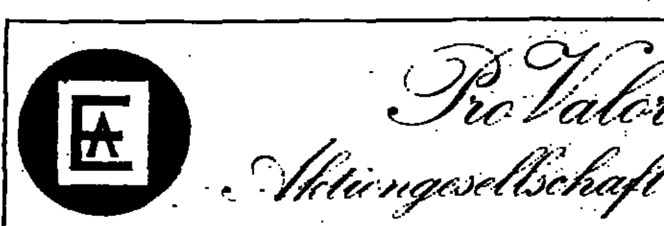
- Forderungseinzug
- Zinsgünstige Finanzierung (langfr.)

Sichern Sie Ihre Liquidität nachhaltig.

Wege hierzu durch:

U.B.S. GmbH, Büro Bielefeld
Decliusstr. 37 b, 48 Bielefeld
Tel.: 05 21 / 87 03 81

Straßen-, Tief-, Pflasterbauunternehmen sucht prvv. Geldgeber oder Beteiligung. Zuschriften erb. u. T 9135 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



A PROPOS GELD

Die Kombination der folgenden drei Faktoren:

- Über Groß-Banken abgewickelte **Euromarkt-Treuhand-Anlagen,** welche die Sicherheit für das investierte Kapital gewährleisten.
- Die Möglichkeit, **bereits ab DM 10 000,-,** und nicht erst ab DM 100 000,- wie bis anhin, am Euromarkt anzulegen.
- **Verrechnungssteuerfreie Kapitalverdoppelung in nur 7 Jahren,** ohne spekulative, risikobehaftete Transaktionen,

ermöglicht auch Ihnen, ab sofort im Euromarkt sicher, inflationsschützend und gewinnbringend zu heute über **10% Ihr Geld verrechnungssteuerfrei** anzulegen.

Für detaillierte Informationen senden Sie nachstehenden Coupon an:

ProValor AG
Mitteldorf 1, FL-9490 VADUZ

Name:

Adresse:

PLZ/Wohnort:

Tel.: P: G:

DW 26.2.

Anzeige

Richtigstellung

Der Spiegel sagt (Ausgabe Nr. 8/86): „An der Aktien-Börse findet der Handel mit Optionen immer mehr Freunde. ... Und schlaue Leser vom ‚Geld-Magazin' haben, so verkündet das Blatt, angeblich schon Schnäppchen von ‚555 Prozent' gemacht."

Das Geld-Magazin nimmt dazu wie folgt Stellung: In der neuesten Ausgabe (Februar 1986) haben wir unter der Überschrift „Bis zu 555 Prozent Gewinn mit Optionsscheinen" eine Bilanz unserer bisherigen Empfehlungen von Optionsscheinen veröffentlicht. Ergebnis: Der beste Tip (Schweizer Bankverein) brachte seit August 1983 tatsächlich 556 Prozent Gewinn. Der zweitbeste Tip (Deutsche Bank) brachte unseren Lesern 551 Prozent Gewinn und der dritte (Jusco, Japan) 414 Prozent.

Wie man mit Optionsscheinen und Optionen seine Börsengewinne multiplizieren kann, sein Depot vor Verlusten schützen kann, wie man damit auch bei fallenden Kursen verdienen und die Spekulationssteuer legal vermeiden kann:

das berichtet der Spiegel hervorragend – und das Geld-Magazin viel ausführlicher.

Übrigens: Nicht alle unsere Anlage-Tips bringen 555 Prozent in zweieinhalb Jahren. Trotzdem: Sie sollten schnell am Kiosk das besagte Geld-Magazin kaufen!

Verlag Geld-Magazin, Köln

Eigentumswohnungen Grundbucheintragung gesichert

Salzburger Land **ÖSTERREICH**

MARIA ALM Gemeinde Saalfelden 1- u. 2-Zi.-Wngn

NIEDERNSILL (nahe Europasportregion Kaprun) 1- 3 Zi. Wgn

SEEHAM am Obertrumer See (nahe Stadt Salzburg) 1 und 2 Zi. Wgn

»DEIN HEIM« Wohnungsbau
A-5020 Salzburg, I.-Rieder-Kai 13a
☎ 00 43/662/23 5 06-0
Autom. Tel.-Service auch Sa./So.

Spanien – Cabo Roig

Luxus-Villen einschl. Grundstück in bevorzugter Lage am Meer mit Yachthafen

ab 148 000,– DM

Deutsche Verwaltung – Grundbucheintragung. Anmeldung zum Wochenendbesichtigungsflug bei:

Alemannia GmbH u. Co. KG
Intern. Immobilien
Lange Straße 45, 4700 Hamm 1
Telefon 0 23 81 / 44 44 30

Verk. kompl.

Pflaster-Bauunternehmen

kompl. Maschinenpark, hoher Verlustvortrag. Zuschriften erb. u. U 9136 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spanien EG – INFO

Buch + Arbeitsmappe anfordern

unter Tel. 0 71 39 / 74 79

Unverbaubare, ruhige und dennoch zentr. Südwestlage

2- bis 5-Zimmer-Eigentumswohnungen, Jahnstraße 48–50, in Quickborn bei Hamburg, 64–122 m² und von der Wohnung zugängliche ausbaufähige Hobbyräume, eigene Wohn-Zentralheizung, Komfort-Küche mit Geschirrspüler, Waschmaschine und Tiefkühltruhe. Festpreis einschließlich Tiefgaragenplatz, keine Käufercourtage, kurzfristig beziehbar. Vermittlung günstiger Finanzierung. Prospekt von

PENTZIN & CO., Bramfelder Str. 102a, HH 60, Tel. 0 40 / 6 90 52 53

Salzkammergut

– großes Anwesen –

Wohnhaus 900 m² verbaute Fläche Schwimmbad, Sauna etc., komfortabel eingerichtete Appartements und Wohnungen, bar erforderlich = 670 000,– DM. Rest langfristig finanzierbar, alle Steuervorteile, keine Nebenkosten durch GmbH

Sofort erwerblich, unt. U 9158 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!




Zuschriften unter L 8178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche 500 000,– DM

Sicherheit vorhanden!

Angeb. unter B 9165 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

HUBERTUS- Grundstücksvermittlung 0 30 / 2 13 60 01 - 02 werktags

Berlin-Wannsee

Auf einem 12 500 m² parkähnlich angelegtem Wassergrundstück. 2-Zimmer-Eigentumswohnung mit Küche, Bad, großer Sonnenterrasse.

85 m² Wfl., exklusive Ausstattung wie Parkett, Einbauküche, gefliest, mit Kühlschrank, Waschmaschine usw., ÖZH mit Warmwasser. Garage.

Alle Räume mit Wasserblick, eigener Bootssteg.

Kaufpreis 420 000,– DM

Berlin-Wilmersdorf

Exklusiv ausgestattete 1-Zimmer-Eigentumswohnung, komplette Küche, Bad, Balkon, ÖZH, 45 m² Wfl., völlig renoviert, bezugsfrei bei Verkauf.

Kaufpreis 100 000,– DM

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Günstig gelegen! Vorteilhafte Bedingungen!

Teilweise 3 Monate mietefrei durch Anschluß-Mietverträge

Hallenfläche, beheizt, Tageslicht, geeignet für Studio, Ausstellung, Produktion, Lager

Büro- oder Praxisräume jeder Größe.

Atelier- oder Ausstellungsräume, geflieste Labors.

Sozialräume, Dusch-, Wasch- und Umkleideräume, Kantine.

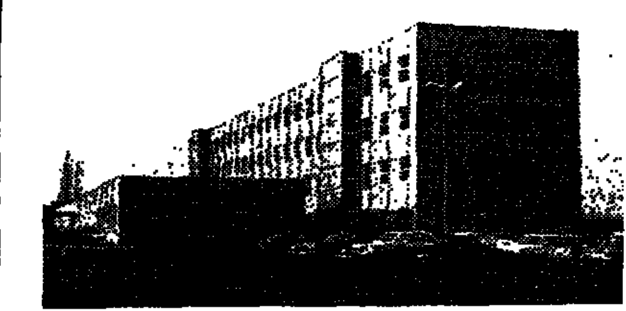
Alles mit Personen- und Lastenaufzügen erreichbar.

Mobile Wände im Rastermaß 1,20 m. Abgehängte Kassettendecken zur Aufnahme aller Leitungen und Beleuchtung. Beste Zufahrtsmöglichkeit (Durchgangsverkehr für schwere Lastzüge). Ständig dort wohnender Hausmeister mit Hund.

Hamburg-Barmbek, Bramfelder Str. 102

E. Pentzin, Postfach 60 61 80, 2000 Hamburg 60, Tel. 040/690 52 53

Zu vermieten:



Bürohaus
Hamburg-Oststeinbek

Repräsentatives Verwaltungsgebäude, ca. 5.000 qm Nutzfläche einschl. Büroräume (ca. 2.800 qm), Lager- und Archivräume, Wohnung, Nebenräume.

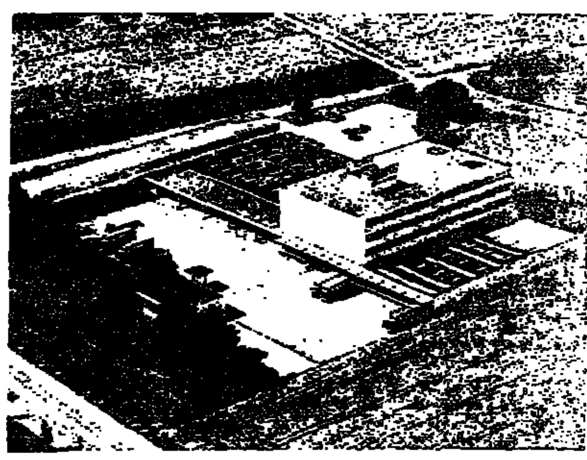
- Ausreichend Parkplätze
- Hervorragende Lage direkt an der BAB-Anschlußstelle Hamburg/Öjendorf
- Teilvermietung möglich
- Langfristiger Mietvertrag

DM 7,–/qm

Nähere Informationen:

KAUF- UND HANDELS-CENTREN GmbH
– Abteilung Grundstückswesen –
Durlacher Allee 109
7500 Karlsruhe 1
Tel.: 07 21/60 96-290

Verkauf oder Vermietung



Lager- und Verwaltungsgebäude
in Mönchengladbach

geeignet für **Großhandel, Spedition** und **Fertigung**

- Grundstück: 40.400 qm
- Lagerfläche: 7.230 qm
- Bürofläche: 1.270 qm

Das Objekt liegt verkehrsgünstig am östlichen Stadtrand Mönchengladbachs, direkt an der B 230.

Nähere Informationen:

MANN GmbH
Durlacher Allee 109
7500 Karlsruhe 1
Tel.: (07 21) 60 96-263 oder 290

Gewerbe-Objekt

(eigener Gleisanschluß)

in 3203 Sarstedt

Areal: 29 883 m², Hallennutzflächen: 10 400 m² (Höhen ab 5,30 m – ca. 7 m). Büroflächen: 1590 m², in der **Versteigerung** am 4. 4. 86 **günstig** zu erwerben.

Anfragen an Hypothekenbank Tel. 02 21 / 57 21 - 2 67 und 02 21 / 57 21 - 4 94

Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen am Montag die Silber- und Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Auch Kupfer konnte sich kräftig befestigen. Kakao und Kaffee gingen ebenfalls durchweg höher aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	24.2.	21.2.
März	335,00	333,50
Mai	277,50	278,50
Juli	254,25	255,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	270,05	269,95
Am. Durum	266,99	266,89

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	107,60	127,00
Mai	111,30	111,40
Juli	113,50	113,90

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	93,80	93,80
Mai	95,10	95,00
Juli	99,50	94,50

HAFER Chicago (c/bush)		
März	125,50	124,50
Mai	121,50	120,00
Juli	119,00	117,75

MAIS Chicago (c/bush)		
März	239,50	238,75
Mai	236,50	236,00
Juli	232,50	232,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	99,90	98,00
Mai	102,30	102,20
Juli	104,00	103,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	24.2.	21.2.
März	254,00	239,95
Mai	256,00	243,95
Juli	254,20	247,75

KAKAO New York ($/t)	24.2.	21.2.
März	2080	2155
Mai	2129	2101
Juli	2165	2140
Umsatz	2125	3248

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,82	5,80
Mai	6,10	6,06
Juli	6,55	6,35
Sept.	6,48	6,47
Okt.	6,67	6,56
Umsatz	10698	5288

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,63	5,58

KAFFEE London (£/t) Robusta	24.2.	21.2.
März	2594-2595	2455-2465
Mai	2650-2660	2525-2528
Juli	2700-2715	2607-2609
Umsatz	7192	4576

KAKAO London (£/t)		
März	1594-1595	1591-1592
Mai	1601-1602	1600-1601
Juli	1632-1633	1629-1630
Umsatz	2071	3467

ZUCKER London (£/t) Nr.6	24.2.	21.2.
März	152,00-153,40	151,60-152,20
Mai	159,80-160,00	158,60-158,80
Aug.	166,40-166,60	164,00-165,00
Umsatz	863	960

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg schw.)	25.2.	24.2.
Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1365,00	1365,00
weiß.Munt.	1375,00	1375,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	24.2.	21.2.
März	85,80	85,00
Mai	84,00	85,35
Juli	84,25	86,00
Sept.	84,05	85,25
Nov.	84,70	87,00
Umsatz ...600	1200	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	24.2.	21.2.
	21,00	21,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	19,00	19,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	18,95	18,28
Mai	18,33	18,67
Juli	18,68	19,00
Aug.	18,85	19,12
Sept.	18,84	19,10
Okt.	18,85	19,25
Dez.	19,22	19,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,00	16,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,25	15,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	13,25	13,25
fancy	12,75	12,75
bleichf.	12,50	12,50
yellow max. 10% fr.F	11,75	11,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	39,30	39,55
Juni	43,10	43,45
Juli	43,70	44,05

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
März	57,40	58,00
Mai	58,80	59,20
Juli	59,50	–

HÄUTE Chicago (c/lb)	24.2.	21.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,50
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	523,50	524,50
Mai	526,50	530,00
Juli	532,00	535,25
Aug.	532,00	533,50
Sept.	517,00	516,00
Nov.	511,25	510,50
Jan.	522,00	520,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	153,30	152,70
Mai	154,30	153,50
Juli	155,50	154,80
Aug.	156,00	154,50
Sept.	152,00	150,50
Okt.	157,80	146,00
Dez.	149,50	147,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	24.2.	21.2.
März	298,60	298,00
Mai	305,00	305,50
Juli	311,30	311,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	24.2.	21.2.
	14,00	14,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	25.2.	24.2.
cif	550,00	545,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	455,00	455,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	257,50	265,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	98,00	97,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	325,00	310,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	240,50	234,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	24.2.	21.2.
März	62,10	61,80
Mai	63,20	63,00
Juli	63,60	63,85
Okt.	44,75	44,25
Dez.	44,80	45,50
März	45,85	47,60

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	44,25	44,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	25.2.	24.2.
März	505-510	501-520
Mai	514-516	513-518
Aug.	531-532	531-532
Umsatz	82	124

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	25.2.	24.2.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	25.2.	24.2.
März	595,00-598,00	595,00-603,00
Mai	605,00-610,00	610,00
Juli	610,00-615,00	–
Umsatz	7	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	25.2.	24.2.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	25.2.	24.2.
März	12065	12101
April	12100	12104

KAUTSCHUK London (p/kg)	24.2.	21.2.
RSS 1 März	63,25-64,25	65,50-65,50
RSS 1 April	63,75-64,75	64,00-65,00
RSS 2 März	61,50-63,50	62,00-63,00
RSS 3 April	61,50-61,50	61,00-62,00
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	25.2.	24.2.
März	200,50-202,50	200,50-202,50
April	203,50-205,50	203,50-205,50
Nr. 2 März	196,00-197,00	197,00-198,00
Nr. 3 März	193,50-194,50	193,50-194,50
Nr. 4 März	188,50-189,50	188,50-189,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	25.2.	24.2.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25.2.	24.2.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	255,65-255,98	260,89-261,22
dritt. M.	265,24-265,41	269,93-270,10
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	84,82-85,16	85,40-85,48
dritt. M.	88,19-88,36	88,66-88,75
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	945,85-949,21	954,47-956,14
dritt. M.	966,72-967,73	972,88-974,56
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	132,96-136,32	137,31-140,66
Prod.-Pr.	151,35	153,56
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	25.2.	24.2.
	21,10	20,45

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25.2.	24.2.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	329,53-331,89	329,04-331,38
BLEI in Kabeln	92,50-93,50	93,00-94,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	25.2.	24.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	295-299	295-299
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	328-335	328-337
MS 63	315-319	315-319

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	25.2.	24.2.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	25.2.	24.2.
PLATIN (DM/g)	32,85	32,10
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25990	25880
Rückn.-Pr.	25240	25130
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26040	25810
Rückn.-Pr.	25360	25130
verarbeitet	27320	27070
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25550	25260
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	450,10	446,40
Rückn.-Pr.	436,50	432,90
verarbeitet	469,80	466,00

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)	25.2.	24.2.
London 10.30	351,40	343,35
15.00	352,40	341,80
Zürich mit.	352,50-353,00	343,40-343,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79000	77950
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	405,35	404,55
3 Mon.	416,95	416,05
6 Mon.	428,55	427,35
12 Mon.	450,35	450,85
PLATIN (£/Feinunze) London	24.2.	21.2.
fr. Markt	277,55	271,25
PALLADIUM (£/Feinunze) London	24.2.	21.2.
f. Händl.-Pr.	72,05	70,80

New Yorker Metallbörse

	24.2.	21.2.
GOLD H & H Ankauf	342,05	338,00
SILBER H & H Ankauf	587,50	588,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	388,00-392,00	357,00-358,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	101,50-102,50	101,50-102,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)		
Feb.	597,80	588,70
März	598,00	590,00
Mai	605,50	597,50
Juli	613,00	605,50
Sept.	621,00	614,50
Dez.	634,80	625,50
Jan.	639,10	630,90
Umsatz	16000	5500

KUPFER (c/lb)	24.2.	21.2.
Feb.	65,30	64,05
März	65,25	64,05
Mai	65,85	64,60
Juni	66,20	64,90
Sept.	66,45	65,20
Dez.	66,95	65,75
Jan.	67,20	65,95
Umsatz	8500	3000

Londoner Metallbörse

	25.2.	24.2.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	759,50-760,50	783,50-784,50
3 Mon.	788,00-788,50	810,00-810,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	252,00-253,00	254,50-255,00
3 Mon.	262,00-262,50	264,50-264,70
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	960,50-961,00	963,50-964,50
3 Monate	986,50-987,00	991,00-991,50
ab. Kasse	–	969,00-970,00
3 Monate	–	995,00-996,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	949,00-950,00	956,00-958,00
3 Monate	979,00-980,00	980,00-985,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	411,50-412,00	425,00-426,00
3 Monate	423,50-424,00	435,00-435,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	220-230
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	55-59

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	24.2.	21.2.
März	54,95-55,40	50,10-50,25
April	46,75	43,75
Mai	47,63	41,63
Juni	43,50-43,70	40,70

GASÖL – London ($/t)	24.2.	21.2.
März	189,00-189,50	176,75-177,00
April	160,75-161,00	153,50-154,00
Mai	146,50-147,00	144,00-144,25
Juni	–142,50	140,75-141,00
Juli	142,75-144,00	140,25-141,00
Aug.	144,00-145,50	142,25-143,50
Sept.	145,00-148,50	144,0–145,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	24.2.	21.2.
März	42,10-42,20	39,80-40,00
April	42,40-42,50	39,98
Mai	43,35-43,50	40,76
Juni	44,25	41,40
Juli	44,00	41,50

ROHÖL – New York ($/Barrel)	24.2.	21.2.
April	15,05-15,20	13,40-13,60
Mai	15,25	13,73
Juni	15,30-15,40	13,86-13,90
Juli	15,45-15,57	13,99-14,10
Aug.	15,50-15,74	14,25-14,30

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	24.2.	21.2.
Arabian Lg.	-	-
Arabian Hv.	-	-
Iran Lg.	-	-
Forties	16,70N	16,20N
N. Sea Brent	17,00N	16,30N
Bonny Light	-	-

Kartoffeln

London (£/t)	24.2.	21.2.
April	96,00	98,70
Mai	103,50	77,10
Nov.	78,00	86,50
Febr.	85,00	-

New York (c/lb)	24.2.	21.2.
März	1,85	1,82-1,89
April	1,83	1,81-1,89
Mai	2,03	2,03-2,04
Nov.	3,30-3,33	3,30-3,32

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	24.2.	21.2.
März	158,10-158,70	154,90-155,00
Mai	160,10-160,20	156,80-157,00
Juli	161,10-161,20	159,00-158,40
Sept.	160,70	159,00-159,20

Devisenterminmarkt

Aufgrund der Liquiditätszuführung durch die Fed gaben die Dollarzinssätze am 25. 2. um 0,063 Prozentpunkt nach.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,61-0,51	1,89-1,79	3,70-3,50
Pfund/Dollar	0,53-0,51	1,59-1,56	2,67-2,57
Pfund/DM	2,70-1,30	6,90-5,50	12,3-10,9
FF/DM	29-13	86-70	143-127

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25.2.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,20-4,30 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25.2. 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25.2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25.2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¾-8	4⅛-4⅜	4⅛-4⅜
3 Monate	7¾-8	4⅛-4⅜	3⅞-4⅛
6 Monate	7¾-8	4⅛-4⅜	3⅞-4⅛
12 Monate	7⅞-8⅛	4¼-4½	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 25.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,50; Verkauf 19,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1170,00	1516,20
5 US-Dollar (Indian)**	750,00	959,00
5 US-Dollar (Liberty)	420,00	556,40
1 £ Sovereign alt	195,75	245,96
1 £ Sovereign Elizabeth II.	185,75	232,28
20 belgische Franken	151,50	201,21
10 Rubel Tscherwonez	196,00	250,80
2 südafrikanische Rand	175,75	222,02
Krüger Rand, neu	784,25	953,95
Maple Leaf	802,50	954,75
Platin Noble Man	973,50	1149,69
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	225,00	285,00
20 schweiz. Franken „Vreneli"	168,75	220,88
20 franz. Franken „Napoléon"	159,00	209,76
100 österr. Kronen (Neuprägung)	742,50	910,29
20 österr. Kronen (Neuprägung)	149,25	192,95
10 österr. Kronen (Neuprägung)	77,25	105,17
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	349,50	432,63
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	80,75	114,86

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,03, 2 Jahre 4,77. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 101,10, Rendite 5,98.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 25.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,527	6,70
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	104,783	6,70
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	55,74	6,45
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,16	6,75
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,20
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,10	6,34
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	128,80	9,38
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	106,51	5,95
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	77,74	5,95
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	54,70	6,60
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,98	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	51,40	6,56
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	56,27	6,40
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,37	6,75
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	55,78	6,50
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,59	6,88
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,48	6,78
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	55,45	6,55
WestLB 600	100,00	2.5.95	56,05	6,51
WestLB 601	100,00	2.5.00	40,10	6,66
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,35	6,67
WestLB 602	100,00	3.10.05	27,65	6,78
WestLB 500	126,86	16.2.89	110,05	4,91
WestLB 501	137,01	16.2.90	110,90	5,48
WestLB 505	115,76	3.10.88	102,85	4,66
WestLB 504	141,85	1.10.91	104,20	5,67
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,59
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.86	–	9,19
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	60,25	8,89
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	52,75	11,32
Xerox (AA)	100,80	11.2.92	58,875	9,28
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	56,75	9,85
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	51,75	8,72
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	46,75	10,01
Penney (A+)	100,00	17.2.94	47,50	9,77
Sears (AA)	100,00	27.5.94	48,00	9,29
Philip Morris/A	100,08	8.6.94	47,75	9,32
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.5.95	47,00	8,72

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60	(4,60)	100,4	101,3	102,2	103,2	104,1	105,1
2	4,95	(5,00)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,43	(5,42)	98,55	101,3	104,0	106,7	109,4	112,1
4	5,87	(5,85)	96,45	100,5	103,6	107,1	110,5	114,0
5	6,01	(6,01)	95,35	99,95	103,8	108,3	112,2	116,4
6	6,15	(6,15)	93,90	99,25	103,7	108,6	113,4	118,3
7	6,40	(6,45)	91,75	97,25	102,8	108,3	113,7	119,3
8	6,60	(6,65)	89,75	95,75	101,8	107,9	113,9	119,9
9	6,74	(6,77)	87,95	94,50	101,7	107,6	114,2	120,8
10	6,76	(6,79)	86,85	93,90	101,7	108,1	115,1	122,1
15	7,05	(7,07)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,283 (112,247)
Performance-Rentenindex: 237,484 (237,308)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	24. Febr.	7,75-7,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,70
	60–270 Tage	7,45
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,675
	60 Tage	7,625
	90 Tage	7,60
Certificates of Deposit	1 Monat	7,55
	2 Monate	7,55
	3 Monate	7,55
	6 Monate	7,55
	12 Monate	7,60
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,96
	26 Wochen	7,08
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,45
	30 Jahre	8,67
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	10. Febr.	630,7 Mrd. $ (+ 6,1 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) März	129,95	129,50
Juni	151,70	151,20

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	24.2.	21.2.
11⅛ EEC 90	108,625	107,875
10⅞ EIB 93	108	107,125
11 dgl. 91	109,375	108,675
11½ dgl. 90	110,625	109,875
11⅛ dgl. 93	115,125	113,875
12 dgl. 95	117,125	115,875
12⅛ dgl. 90	113	112,5
12⅜ dgl. 93	121,25	119,875
13 dgl. 96	118,5	117,375
10⅝ Wld Bk 95	108,25	107
10⅝ dgl. 88	104,25	103,875
10⅜ dgl. 90	107,875	107,25
10⅝ dgl. 93	110,375	109,625
11 dgl. 92	109,75	109,125
11⅛ dgl. 98	–	–
11¼ dgl. 88	106,25	105,875
11⅜ dgl. 90	109,875	109,25
11⅝ dgl. 89	107,625	107,125
11½ dgl. 90	110,625	110
12 dgl. 93	116,125	115
12⅛ dgl. 94	118,25	117,125
12⅜ dgl. 94	121,5	120,25
6¾ Sears 91	104	104
6¾ Swed.Ex.91	101,5	101,375
7 TRW 94	101,875	101,75
6¾ Un.Tech.92	101,25	101,125
6¾ World Bk90	101,75	101,625
6¾ dgl. 94	101,875	101,75
7 dgl. 94	104,25	104,125
7⅛ dgl. 93	106,75	106,625
8 dgl. 93	107,875	107,75

Euro-Yen

	24.2.	21.2.
6⅛ Al.Corp 91	101,25	101,125
6⅛ Allied 93	99,125	99
7⅛ ADB 94	106,125	106
7 Austria 95	104	103,875
7 BP 92	105,875	105,75
6⅞ Denmark 92	101,625	101,5
7 Denm.Bk. 92	102,375	102,125
7 Dow Chem.94	101,625	101,5
6⅞ EDF 95	104	105,75
6½ Eurofima86	99,75	99,75
6⅝ dgl. 92	100,625	100,25
6⅝ dgl. 93	101,75	101
7⅛ dgl. 94	104,625	104,625
6⅞ Fannie 92	102,125	102
6⅝ Fiat.Rep90	101,75	101,625
6½ GMAC 90	101,25	101,125
7⅛ Goodyear95	101,375	101,25
6⅞ dgl. 94	100,5	101,375
6⅝ ITT 92	101,125	101
6½ McDonal.92	101,625	101,25
6⅞ Montreal95	100,625	100,5
7⅛ N.Bruns.95	104,875	104,75
7⅛ N.Zeald.90	102,875	102,875
7⅛ dgl. 89	104,375	104,25
7 Pac.Gas 94	102,25	102,875
6⅝ Penney 92	99,5	99,25
6⅝ Procter 92	102	101,875
6⅝ Saliie 92	100,625	100,625

Lux. Franc Bonds

	24.2.	21.2.
9⅛ Akzo 87	99,75	99,75
9⅛ Asea 89	100,75	100,75
6⅛ Asian Dv83	97	97,25
10⅞ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 93	100	100
10⅛ Paribas89	101	101
10½ Ceca 94	104,25	104,25
11 dgl. 97	104,5	104,5
13 dgl. 91	103	103
12⅛ Conseil92	104,5	104,5
8 Copral 88	97,75	97,75
8⅛ dgl. 89	98	98
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	103	103
7½ Den.Mtg 88	96,75	96,75
10⅛ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	105	104
12⅛ dgl. 88	100,75	100,75
12½ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103,5	103,5
10 dgl. 94	104	104
11⅜ dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 97	97,75	97,75
9⅛ dgl. 95	102,25	102,25
9⅝ dgl. 88	101,25	101,25
9⅞ dgl. 93	102,75	102,75
10½ dgl. 94	104,75	105,25
11½ dgl. 88	102	103
12⅝ dgl. 90	103,5	104,5
9⅞ Hypo Bk.88	100	101,25
9⅛ Ind.B.F.95	100,5	100,5
11 Krediet.95	106,5	106,5
7⅜ dgl. 87	98	98
10 dgl. 90	102	102
11⅜ dgl. 89	102,75	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8⅛ dgl. 87	98,75	98,75
10⅛ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chim 95	101,25	101,25
10⅛ N.Lx.Af92	103	105
12⅛ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,75	98,75
8 Oslo 89	98	98
8⅛ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅛ Renault 88	96,75	96,75
9⅛ Sogenal 92	101	101
10⅛ Solvay 87	101	101
10⅛ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	97,5	97,5
9⅛ Volvo 87	100	100
9⅛ WorldBk.90	100,75	101
10⅛ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	24.2.	21.2.
8⅛ Cop City91	97	97
8⅛ CCA 91	96,5	96,5
9⅛ Gaz d Fr86	–	–
11⅛ Ned. G.88	101,5	101,5
9⅛ Queb. P.94	99	99
8⅛ SDR 94	97	97

ECU

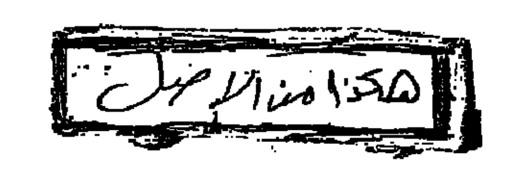
	24.2.	21.2.
10⅛ ALDbk89	102,375	102,25
10⅛ dgl. 91	104,375	104,375
9⅛ ABN 92	102,5	102,25
All Nippon 95	100,375	100,125
9⅛ ANZ 92	102,25	102
10⅛ Austria95	108	107,5
10 BNDA 92	101,875	101,5
9 M.+Hope 92	100,875	100,125
9 Bk.Hels.96	98,5	98,375
9⅛ Bk.Tok.90	102,75	102,5
10⅛ dgl. 91	103,5	103,375
10⅛ dgl. 91	103,5	103,5
8⅛ BNP 95	99,25	99
8⅛ Bay.Vbk.86	100,625	100,5
8⅛ BFCE 95	98,5	98,5
9⅛ dgl. 92	105	104,75
9⅛ dgl. 95	104,875	104,125
9⅛ Bull 92	98,875	98,625
9⅛ CNT 92	105	104,875
9⅛ dgl. 95	105	104,125
8⅛ Cargill 95	99	98,75
10⅛ Ceca 89	106,5	106,625
11⅛ dgl. 94	109,125	109
9 Cerlav. 95	101,125	101,125
9 Chrysl. 92	98,125	98,125
10 dgl. 91	102,25	102,125
10⅛ dgl. 93	102	102
9 ClubMed 88	101,5	101,25
9⅛ Conseil 92	101,5	101,5
9⅛ dgl. 95	104,125	105,75
9⅛ GCF-95	101,125	100,75
9⅛ CrdNord 91	102,75	102,5
11⅛ CrdFonc90	107,25	107,25
11⅛ dgl. 90	106,5	106,625
8⅛ CrdNat 95	100,5	99,75
10⅛ dgl. 94	106,875	106,75
8⅛ Crdanst.94	100,375	100
9⅛ CredIto 92	107,625	107,5
9⅛ Danmark 98	100,75	100,75
10⅛ Danmark97	105,125	105,125
9⅛ Dresd.bk93	103,25	103,25
9 EDF 97	103,25	102,875
8⅛ EEC 95	100,25	100,125
8⅛ ELFAqu. 88	97,75	97,375
9 Enso Gut 91	99,75	99,75
9⅛ dgl. 93	99,625	99,5
10 Euratom 97	104,25	104,125
9⅛ Eurofima95	104,25	104,125
11 dgl. 92	107,625	107,75
8⅛ EIB 95	100,125	100
9⅛ dgl. 95	106	105
10⅛ dgl. 94	106,5	106
10⅛ dgl. 94	106,625	106,5
10⅛ dgl. 90	106,375	106,125
11⅛ dgl. 92	107,5	107,5
11⅛ dgl. 94	109,5	109,5
9 Eutelsat 93	99,875	99,75
8⅛ Fiat 90	100,125	100
9 IBKFinnl 95	98,625	98,75
8⅛ Ford C.93	98,75	98,5
11 Gesfin.90	–	–
10⅛ Giroz. 93	107,125	106,75
10⅛ GTE 92	107	106,875
10 IADB 95	104,125	104
8⅛ IBM 90	101,25	100,625
9 Iscatron 96	99,125	99
11 IH 89	104,25	104,25
9⅛ Italia 89	100,75	100,75
10⅛ dgl. 92	105,5	105,5
11⅛ dgl. 90	107,875	107,75
9⅛ Kansall 92	100,5	100
9⅛ Kofima 92	102	101,75
11⅛ LTCB 90	106,25	106,25
10⅛ Megal 95	103,375	103,25
8⅛ Mits.Tr.93	98,125	97,875
9 MontHan.91	101,625	101,5
9⅛ Mal 90	101,5	101,375
8⅛ Morgan 98	99,125	99
8⅛ Motorola92	100	99,75
9 Nersa 95	98,75	98,625
9⅛ N.Zeal. 90	102	101,875
9⅛ N.Zeal.92	103,75	103
11 Nipp.Crb91	106	106
9 OestLbk. 89	100,375	100,375
8⅛ Olivetti95	101,125	100,875
10 Pechin.90	105	102,75
9 Petroc.95	96,875	96,625
9⅛ Peugeot 90	101,625	101,5
10⅛ dgl. 90	105,5	105,625
9 Philips 93	103,25	103
9⅛ Pilsa 92	102,75	102,5
10 Pr.Vbk. 97	102,75	102,75
11⅛ Queb.Pr89	106,125	106,125
10⅛ RATP 92	104	104
9⅛ Rabobk. 95	104	105,75
8⅛ Reynolds91	100	100,375
10⅛ Raybk.Cd89	105,5	105,5
9 SAS 95	101,125	101,125
9 Sanwa 95	98,875	98,75
8⅛ Secpac 90	98,125	98,125
11⅛ SNCF 94	108,625	108,625
9 SNCF 95	99,25	99,75
10⅛ Sparkas91	103,875	103,875
9⅛ Sumacorp93	101,625	101,5
9 Sumitfin 95	101,75	101,25
9 Unibk.Nor95	99,75	99,375
9⅛ WestLB 90	104,125	104,125
9⅛ Westpac92	101,75	104,625
8⅛ Worldbk 95	99	98,75
9⅛ dgl. 95	104,75	104,75
9⅛ dgl. 92	105,625	105,375
10⅛ dgl. 89	104,25	104,5
10⅛ dgl. 88	104,625	104,625
10⅛ dgl. 94	106,125	106
11 dgl. 93	107,75	108

ECU-Tageswerte

	24.2.	21.2.
Dollar	0,946672	0,935805
Bfr	44,7905	44,3140
DM	2,16316	2,16403
Hfl	2,44583	2,44475
£	0,647743	0,642390
Dkr	7,98219	7,98497
FF	6,64662	6,64441
Lira	1471,61	1472,80
I-£	0,714745	0,715601
Sfr	1,80389	1,80982
öS	15,1947	15,2052
Peseta	136,25	136,385
Skr	6,89512	6,86628
Nkr	6,764	6,74247
Kan-$	1,31181	1,29900
Esc	141,859	141,480
Fmk	4,88059	4,86687
Yen	172,011	171,176
Drachme	133,358	132,655

SZR-Wert

	24.2.	21.2.
Dollar	1,14150	1,13450
DM	2,61175	2,62695



„Anstöße“: Neue bildungspolitische Reihe im ZDF

Wo kommt die Elite her?

Hochbegabtenförderung, Elitebildung – das sind Modethemen. Auch dem ZDF scheinen sie bedeutsam genug, um damit seine neue bildungspolitische Reihe „Anstöße“ zu eröffnen, die heute abend den Versuch unternimmt, die politisch scheinbar rettungslos festgefahrene Bildungsdebatte neu aufzunehmen und zu lockern.

Drei Autoren (Simone Schmitt, Bernd Wiegmann und Monika Hoffmann) steuern in 30 Minuten sechs Einzelstücke bei. Das reicht vom leicht ironischen Einstieg (sportliche Spezialbegabungen à la Boris Becker) über einen Besuch in der Hamburger Begabtenberatung bis hin zu einem Streitgespräch zwischen Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) und dem Hamburger Schulsenator Joist Grolle (SPD). Außerdem gibt es einen satirischen Beitrag von

Begabt – hochbegabt – Elite? – ZDF, 22.05 Uhr

Werner Schneyder (der als besorgter Unternehmer den Nachhilfelehrer seines Sohnes beschwört, dem Filius ein Elite-Abitur einzutrichtern) und einen Bericht über die sehr pragmatische Begabtenförderung in Baden-Württemberg sowie einen etwas überraschenden Schluß: Ein Blick nämlich auf das Münchner Maximilianeum, dieses 130 Jahre alte, ehrwürdige Gymnasium, das seinen Schülern „nur“ die gute alte humanistische Bildung vermittelt und doch Genies wie Werner Heisenberg hervorgebracht hat.

Brauchen wir also gar keine spezielle Hochbegabtenförderung? So, wie die Begabungsdiskussion in der Bundesrepublik verläuft, erleichtert sie den Gegnern die Argumentation. Wer Begabung sofort mit einem Eliteanspruch in Verbindung bringt, wer von vornherein nur nach der gesellschaftlichen Nützlichkeit und Verwertbarkeit von Spezial- und Spitzenbegabungen fragt, der provoziert natürlich im Grunde schon die negativ geladene Gegenfrage, ob man denn wirklich den sowieso schon Privilegierten, sprich den Begabten, etwas zukommen lassen soll, was eigentlich viel eher den Minderbegabten zusteht.

Leider entgeht auch die ZDF-Sendung offenbar nicht ganz dieser Kurzschlüssigkeit, die den Leuten suggerieren möchte, es gehe darum, daß die Gesellschaft sich je nach objektiv errechnetem Bedarf eine Hochbegabten-Elite „produzieren“ könne. Es fehlt offenbar der Hinweis auf zwei wichtige Tatsachen. Zum ersten werden Eliten fast nie „produziert“. Sie entstehen, und zwar außerhalb der Institutionen, die dafür gedacht sind. Das hängt damit zusammen, daß Elite nicht nur mit meßbarer intellektueller Begabung, sondern auch mit Dingen wie Charakter oder gar physischer Gesundheit zu tun hat.

Zum anderen sind auch die intellektuellen Hochbegabungen gesellschaftlich nicht regel- oder steuerbar. Nicht die in der Öffentlichkeit fast immer durchgehechelten Spezialbegabungen und erst recht nicht die rundum Spitzenbegabten, die in fast sämtlichen Bereichen ihre Altersgenossen und oft auch ihre Lehrer beinahe spielend übertreffen.

Man braucht sie nicht zu „produzieren“. Sie sind da, überall im Lande, meist keineswegs glücklich oder „privilegiert“, weil sie ständig unterfordert sind. Es ist nicht nur falsch, sondern auch dumm und unsozial, die Frage ihrer individuellen Förderung sogleich mit dem Problem ihres späteren gesellschaftlichen Nutzens zu verbinden oder mit einer politischen, von einem Hauch von Klassenkampf umwobenen Elite-Diskussion, die so gar nichts mit der Selbsteinschätzung dieser hochbegabten jungen Menschen zu tun hat.

Sie kommen in dieser ZDF-Sendung nirgendwo zu Wort. Rolf Blank, der zuständige Redaktionsleiter Gesellschaftspolitik beim ZDF, räumt durchaus ein, daß dieser erste Versuch einer Wiederbelebung der bildungspolitischen Diskussion im Fernsehen seine Lücken hat: „Wir haben viel nachzuholen. Unser Problem ist jetzt zunächst, möglichst rasch die wichtigsten Themen auszubreiten. Nach einem Jahr können wir uns vielleicht spezielleren Themen zuwenden.“ Im allgemeinen Verständnis der Bevölkerung sei die Diskussion über die Hochbegabtenförderung halt eben automatisch mit dem Elitebegriff verbunden. Das spiegele sich dann natürlich auch in der Sendung wider.

„Anstöße“ heißt die neue Sendereihe. Vielleicht fühlt sich auch das ZDF angestoßen, irgendwann jene Aspekte zu berücksichtigen, die in der tagespolitischen Materialschlacht der politischen Lager verlorenzugehen scheinen.

JOACHIM NEANDER

KRITIK

Zwischen allen Figuren

Es schlägt 23 Uhr: Zeit für Kultur im Fernsehen. Gerade so, als wären wir noch Dichter und Denker, die nicht das Diktat eines unmenschlichen Arbeitsbeginns vor Morgengrauen zu frühabendlichem Schlaf zwänge. Diesmal konnte immerhin noch auf ein jugendliches Publikum gehofft werden, das vielleicht willens war, sich anzuschauen, was endlos lange palavernde „Ausstellungsmacher“ und Kunsthistoriker zur Frage **Was ist deutsch an deutscher Kunst?** (ZDF) abzuliefern hatten, bevor sie sich dem nachfolgenden Sex & Crime-Barden Falco hingaben.

Joachim Obst, der für diesen Film verantwortlich zeichnete, verbrauchte immerhin eine kostbare halbe Stunde für eine mit kritischen Statements durchsetzte Ausstellungsrezension. Auf die Werkschau „Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert“ selbst wurde dem Zuschauer dagegen kaum ein Blick gegönnt. Dafür hörte er um so mehr: nämlich die Endlos-Verlautbarungen der Ausstellungsmacher und Ausstellungskritiker (wie zum Alibi mit Bildern garniert) einschließlich einer Art Kompaktseminar zur Geschichte des Expressiven in der deutschen Kunst.

Und darum geht es ja schließlich in der Stuttgarter Ausstellung, die von Wieland Schmied, Christos Joachimides und Norman Rosenthal zusammengestellt wurde. Immerhin – die Schau machte schon in London Furore: Sie enthält in der Tat prachtvolle Meisterwerke – darüber herrschte Einigkeit bei den Rezensenten.

Aber sie sieht, auch darüber gab es keine Meinungsverschiedenheit, „deutsche Kunst“ total einseitig und lediglich als einen Strom sich abwechselnder Expressionismen. Nun, Rosenthal gab ehrlich zu, daß man nicht fair jedem gegenüber hatte sein wollen, die Kritiker hätten aber alle die etwas zu simple Sicht der Dinge in den Vordergrund gestellt. Schade um die Sendezeit, in der man lieber mehr über einige der Werke hätte sagen sollen.

Statt auf die Bilder einzugehen, machte das Fernsehen selbst Bilder: Man steckte Joachimides zwischen zwei Baselitz-Figuren, und das minutenlang; setzte Schmied auf einen Hocker vor endloser Galerieflucht, so als sei in ihm der Endpunkt (oder Ausgangspunkt) aller Kultur zu sehen. Andere aber ließ man seelenlos vor undifferenziertem Hintergrund reden, als gäbe es nichts lebendigeres – so tot sind ja selbst Kunsthistoriker nicht, daß sie solche Aufnahmen verdient hätten.

GERHARD CHARLES RUMP

Wer ist hier melancholisch?

Als eine „gelungene Mischung aus Komik und Melancholie“ war er von der Ansagerin angekündigt worden: der kanadische Spielfilm in deutscher Erstaufführung **Die großen Kinder** (ARD), 1979 von dem Frankokanadier Paul Tana gedreht. Doch die Komik war eher unfreiwillig, und in Melancholie verfiel höchstens der Zuschauer, wenn er darüber nachdachte, welchen sinnvolleren Beschäftigungen er während der Sendezeit hätte nachgehen können.

Mittelpunkt des Films, der Montreal zum Schauplatz hat, ist der 27jährige François Gagné (Gilbert Sicotte). Im regelmäßigen Wechsel von halbjährigem Jobben und Nichtstun hat er während der letzten Jahre die Zeit totgeschlagen. Als fast Dreißigjähriger gelangt er nun zu der Erkenntnis, daß seine einst beschlossene „Systemverweigerung“ nicht mehr recht in die Zeit paßt. Die Wende in seinem Leben bringt die Blumenhändlerin Jeanne Rossi (Julie Vincent). Nachdem er sie kennengelernt hat, nimmt er eine Stelle als Busfahrer an, während sie ihren Blumenladen verkauft, um „in Ruhe über sich nachdenken zu können“.

Beim Denken nun kommen sie zu der überraschenden Einsicht: Was aus ihrer Beziehung wird, hängt allein von ihnen selbst ab. Und damit nehmen die beiden auch Abschied von ihren Kindheitsträumen. Jeanne wird niemals Zirkus-Akrobatin werden und François keine Karriere als Stepptänzer machen.

Für diese „Botschaft“ brauchte Tana immerhin 100 Minuten, die er mit uninspirierten Bildern und banalen Dialogen füllte. Eine wenig glückliche Hand bewies er auch mit der Auswahl seiner Darsteller, die nicht in der Lage waren, ihre Figuren lebendig werden zu lassen. Hinzu kam eine Synchronisation, die den Eindruck erweckte, hier seien Grundschüler mit einer Leseübung beschäftigt. Auf diese Weise wurde ein an sich reizvolles Thema total verschenkt.

HANNE-LORE HEILMANN

ARD



SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
Das Internationale TV-Kochbuch
10.00 heute
10.03 Hallenhandball-WM / Eishockey-Bundesliga
11.05 Ein Platz für Tiere
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Umweltschutz auf dem Prüfstand
Ein Bericht von der ENVITEC '86
Moderation: Alexander von Cube
Umweltschutz bleibt weiterhin ein Wachstumsmarkt. Die 5. Internationale Umwelttechnologie-Messe war bisher die größte. 568 Aussteller aus 16 Ländern zeigten den Stand der Umwelttechnik.
16.55 Die Spielbude
Mit Gina Stephan und Frank Zander
Ab heute geht die „Spielbude“ auf Reisen. Erste Station ist das Eissportzentrum in Timmendorf.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Diebe unter sich
Deutsch-französischer Krimi von Nicolas Gessner und Pierre Pelégri
Mit Edwige Feuillère, Guy Marchand, Michel Creton u. a.
21.40 Brennpunkt
Neue Männer – alte Probleme
Parteitag in Moskau
Moderation: Walter Erasmy
Die WDR-Sendung versucht, in Filmbeiträgen und einer Live-Schaltung nach Moskau Verlauf und Bedeutung des 27. Parteitages der KPdSU, zugleich dem ersten Michael Gorbatschows, darzustellen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Mir träumte
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Die Ameise und der Grashüpfer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Caesar
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Rock & Rock
Musik und Mode für Fans und andere
Moderation: Christine Röthig
20.15 Kennzeichen D
Eine ganz legale Geschichte – Profis und Profit beim Bauen in Berlin / Feindliche Brüder? – Nach 30 Jahren NVA: Experten der Bundeswehr zur Kampfkraft der Volksarmee / Missionare aus der „DDR“ – Die Herrnhuter Brüdergemeinde
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Kristina
21.45 heute-journal
22.05 Anstöße
Begabt – hochbegabt – Elite
Neue bildungspolitische Sendereihe
22.35 Die Sportreportage aus Bern
Hallenhandball-WM
Deutschland – Spanien
23.15 Familienfest
Französösischer Spielfilm (1976)
0.55 heute

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 S. O. S. – Charterboot!
18.00 Es darf gelacht werden
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Sport auf SAT 1
Der Torwart im Handball und Fußball: Manfred Hofmann und Uwe Rahn / Mit Menotti nach Mexiko
Moderation: Roman Köster
19.45 Voller Wunder ist das Leben
21.30 APF blick
22.15 Wunder – Mystik – Phänomene
Alternative Heilmethoden – Scharlatanerie oder Hoffnung?
22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft
23.40 APF blick

3SAT

18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 Basler Fasnacht 1986
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Direkt
Aids: Kann jeder der nächste sein?
22.30 Begegnungen
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Zeichentrick
20.40 Live-Übertragung des Handballspiels Bundesrepublik – Spanien
22.20 Reserviert für Hildegard Knef
22.36 RTL-Spiel
22.41 Wer bin ich?
23.05 Wetter/Horoskop/Betthupferl

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
Diskussionsthema heute: Vergelt's Gott? – Warum zahlen wir Kirchensteuern?
Gesprächsleitung: Peter Kleinermanns
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Die kleine Wohnung
Spanischer Spielfilm (1960)
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Kulturpolitische Diskussion
21.15 Das Licht der Gerechten
Französische Fernsehserie
22.10 Sonnensucher
„DDR“-Spielfilm (1957/58)
mit Erwin Geschonnek, Ulrike Germer, Günter Simon u. a.
Regie: Konrad Wolf
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty (18)
18.55 Pimpa (18)
19.05 Dingsda
19.45 Rasse = Klasse?
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Von Deutschland nach Deutschland
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße (12)
Die Überschwemmung
22.20 Unsere kleine Stadt
Fernsehspiel

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Rockpalast
20.15 Jorge Luis Borges
Porträt des argentinischen Schriftstellers
21.00 Ich und Katharina
Italienischer Spielfilm (1981)
Mit Alberto Sordi, Catherine Spask, Edwige Fenech u. a.
22.40 Die schwierige Nation (1)
Gedanken über die Deutschen
1. Stunden der Geburt
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Verstehen Sie Spaß?
19.30 Dingsda
20.00 Der Leih-Opa
20.50 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
8. Das schwarze Schaf
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 „Flug in die Hölle und weiche Landung ...“
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Trickreiche Ölmultis

Sehr geehrte Damen und Herrn,

mit Interesse lese ich Ihre Veröffentlichungen über den Ölpreisverfall.

Ölkrisen waren seit eh und je eine schlimme Sache. Als 1973 von den Opec-Ländern die neuen Rechnungen präsentiert und dann 1979 noch einmal kräftig angehoben wurden, brachten sie die Volkswirtschaften der Industrieländer aus dem Gleichgewicht. Plötzlich war damals wieder von der Sicherheit unserer Energieversorgung durch weniger Importabhängigkeit die Rede, und es erfolgte die Rückbesinnung auf heimische Energieträger, vor allem die Kohle.

Auch von der neuen Entwicklung auf dem Ölmarkt geht eine Reihe von Gefahren aus. Als Ölproduzenten werden zuerst diejenigen auf der Strecke bleiben, die nicht mehr wirtschaftlich fördern können. Es wäre fatal, wenn die sinkenden Ölpreise die Verbraucher veranlassen würden, verstärkt auf Öl als Energieträger zurückzugreifen. Ölmultis waren schon immer trickreich. Sind erst die lästigen Konkurrenten ausgeschaltet, werden Preissteigerungen so sicher sein wie das Amen in der Kirche.

Hochachtungsvoll
Heinz Salies,
Köln 60

Marx und Kirche

„Der Marxist Castro entdeckt die Religion wieder“; WELT vom 15. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Fidel Castro will den Kirchenkonflikt lösen. Muß dafür, wie so oft seit altersher, die Religion wieder für persönliche Ziele herhalten?

Mit solchen Hintergedanken kann sie dem Volke sicherlich nicht ganz zum Heile gereichen. Und dennoch, mit welchen Vorstellungen auch immer, scheint es doch ein erstes Entgegenkommen des kommunistischen Staates zu sein.

In einem literarischen Beitrag über religiöse Philosophie sagt der amerikanische Schriftsteller L. Ron Hubbard dazu: „... Religion ist der erste Sinn für Gemeinschaft. Der entscheidendste Angriffspunkt gegen eine Kultur ist wahrscheinlich ihr religiöses Überleben. Wo religiöse Institutionen zerstört oder untergraben werden können, läßt sich rasch die gesamte Struktur der Gesellschaft verderben oder zugrunde richten ...“ Wünschen wir den Katholiken, daß der Papst die „aufsehenerregendste Reise“ seines Pontifikates nach Kuba machen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Peter Klusmann,
Hamburg 50

Wachsender Verdruß

Sehr geehrte Herren,

die Feststellungen „zwei Millionen haben seit 1970 die EKD verlassen“ (WELT vom 15. 2.) und „Kirche verliert Einfluß auf Führungskräfte“ (WELT vom 18. 2.) besagen letztlich ein Gleiches: den anhaltenden Glaubensverdruß! Dabei kann es dahinstehen, ob die Kirchenaustritte zum Teil aus finanziellen Erwägungen (Kirchensteuerersparnis) erfolgen. Hauptgrund der Abkehr von den evangelischen (Landes-) Kirchen ist und bleibt die Art und Weise, in welcher deren Amtsinhaber das Wort in ihren Gemeinden verkünden und wie sie sich in ihrem sozialen Umfeld benehmen.

Der im Talar eine Protestdemonstration anführende Pastor oder sein gleichgekleideter an einer Sitzblockade teilnehmender Amtsbruder hat zumindest äußerlich nur noch wenig Ähnlichkeit mit dem Reformator Martin Luther oder mit den diesem glaubensmäßig vergleichbaren Apologeten.

Kein Wunder also, daß die heutige Generation – und nicht allein nur die junge – abstinent gegenüber den Glaubensverkündern würde, sofern diese versuchen, Gott oder die Genesis zu „modernisieren“ und zu „demokratisieren“.

Dr. Horst Lehmann,
Essen 1

Kinder ins Bett?

„Steinschlag in der Schwarzwaldklinik“; WELT vom 17. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der „Schwarzwaldklinik“ bröckelt es also. Des Zuschauers Wille scheint des Fernsehmachers Befehl, der „Selbstschutz per Telefon“ funktioniert. Wenn alle Argumente versagen, hilft doch die Furcht vor sinkenden Einschaltquoten dem ethischen Verantwortungsbewußtsein auf die Beine. Freilich verblüfft eine Äußerung der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Irmgard Karwatzki. Sie ist gegen Sex und Gewalt im Fernsehen und appelliert an die TV-Anstalten, wegen des Jugendschutzes „solche Sendungen auf eine spätere Abendzeit zu verlegen“.

Traut Frau Karwatzki der Überredungskunst der Eltern wirklich so viel zu, daß sie ihre Kinder ins Bett schicken können, um sich dann selbst vor das Fernsehen zu setzen?

Mit freundlichen Grüßen
Christian Geyer,
Köln 41

Herrenmenschen

„Als Tito auf die Wehrmacht setzte“; WELT vom 11. Februar

Zu dem sehr instruktiven Bericht von C. G. Ströhm (WELT vom 11. 2. 86) kann man nur noch anmerken, daß Hitlers, Himmlers und Ribbentrops ignorante „Herrenmenschen“ gerade auf dem Balkan eine miserable Rolle gespielt haben. Man hat in dieses schwierige Gebiet eingebildete Nichtskönner geschickt, mit den Verhältnissen wirklich vertraute Personen ausgeschaltet und ihre vernünftigen Vorschläge in den Wind geschlagen. Der Balkan war ein Schulbeispiel für die verhängnisvolle Politik des Dritten Reiches. Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien, am allerwenigsten schuld daran, bezahlte ein unbekanntes Herostratentum mit ihrem Untergang.

Dr. Erich Fussek,
Duisburg 11

Brückenschläge

Ihr Artikel vom 11. Februar „Wir müssen immer wissen, wir sind nur Gäste“ hat mir sehr imponiert. Er stellt einmal mehr unser gutes Verhältnis zu den niederländischen Bürgern und Verbündeten dar. Herr Engel berücksichtigt politisch-geschichtliche, soziologische, demographische und individuelle Aspekte unseres Zusammenlebens.

Leider zeigten wir uns auch enttäuscht. Wir hatten einen Bericht erwartet, der noch ausführlicher auf den Besuch des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Willi Weiskirch, eingeht. Spielt die Problematik einer zeitgemäßen Führung und Ausbildung in einem Luftwaffenausbildungsregiment keine so wichtige Rolle, wie Wehrpflichtige und Zeit- und Berufssoldaten es sich wünschen?

Markus Patz,
AZ Weert, NL

Blech-Wald

Sehr geehrter Herr Gehlhoff,

Ihre Ansicht über Einweg-Getränkeverpackungen demonstriert marktorientierte Industrielobby, hinterläßt aber den faden Nachgeschmack der Unkenntnis über nicht erwähnte Probleme bei der Beseitigung von Getränkeverpackungen. Sie vergessen oder verdrängen in Ihrer Ansicht die großen Mengen leerer „Dosen“, die sich in Feld und Wald wiederfinden. Als Landschaftspfleger auf unserem eigenen Grund kann ich an Hand von bereits gesammelten „Dosen“ das Gegenteil beweisen.

Mit freundlichem Gruß
Hartmut Peters,
Buchholz

Wandlungen?

„Familien über Prag nach Bayern“; WELT vom 19. Februar

Inzwischen betrachte ich es nicht mehr als Gespenst, wenn es im Jahre 2050 nach derzeitiger Lage der Dinge allenfalls noch 20 Millionen Deutsche gibt. Spätestens kann dann unsere heutige Heimat zur Islamischen Republik ausgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Gaede,
Leichlingen 1

Anmaßung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vater von fünf durchaus erwünschten Kindern habe ich mit großem Interesse in der WELT vom 15. Februar den Aufsatz von Herrn Professor Theodor Schmidt-Kaler „Politik gegen die Familie ist Politik des Untergangs“ gelesen.

Es ist sicherlich richtig, daß für alle in den letzten zwanzig Jahren nicht geborenen Kinder in gewisser Weise materielle Gründe verantwortlich gemacht werden können. Aber für die im selben Zeitraum gezeugten und nicht geborenen Kinder – deren Zahl geht in die Millionen – kommen ganz andere Gründe hinzu.

Wer Filme über Abtreibungsvorgänge gesehen hat, kann spätestens dann keinerlei Gründe und Argumente mehr dafür gelten lassen, das Leben ungeborener Kinder auszulöschen. (Daß es medizinisch begründete Grenzfälle gibt, bedarf keiner Diskussion.) Dennoch ist die Zahl der Mitbürger, die sich anmaßen, über das Leben anderer zu verfügen, größer als je zuvor. Dabei handelt es sich um Politiker, Ärzte, Berater, die betroffenen Frauen und oft deren Angehörige. Das ganze Volk weiß um diese Vorgänge, doch nichts Entscheidendes wird gegen die Abtreibungen unternommen. Vielmehr beherrschen diejenigen das Feld, die die inzwischen schon weitverbreitete Haltung, über das Leben des ungeborenen Kindes frei verfügen zu können, für gesellschaftlichen Fortschritt halten.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Gerling,
Gleichen

Wort des Tages

„Bücher sind bessere Freunde als Menschen; denn sie reden nur, wenn wir wollen, und schweigen, wenn wir anderes vorhaben. Sie geben immer und fordern nie.“

Börries Freiherr v. Münchhausen, Lyriker (1874–1945)

Was Feines?

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sorgen, die manche wegen den Wahlen auf den Philippinen hatten, braucht man sich in bezug auf die „DDR“ nicht zu machen.

Die Sitzverteilung in der „Volkskammer“ steht fest und damit auch der Sieger, der immer derselbe ist. Dadurch kann man auf das lästige Stimmenauszählen, das in jenem fernen Land so große Schwierigkeiten macht, im Prinzip ganz verzichten. Auch oppositionelle Szenen wie in Manila sind in Mitteldeutschland undenkbar; hierauf achten schon die vielen ausländischen Soldaten, die es auf den Philippinen ebenfalls nicht gibt.

So ist alles bestens geregelt. Unsere frei gewählten Politiker, die Herrn Sindermann eingeladen haben oder ihn empfangen, können zufrieden sein. Einige blicken vielleicht auch mit Neid auf die gut geölte Ostberliner Abstimmungsmaschine. Ein erster Schritt, auch so etwas Feines zu bekommen, wird in diesen Tagen getan.

Mit freundlichen Grüßen
H.-J. Caspar,
Henstedt-Ulzburg

Blackout

Es ist eine weitverbreitete menschliche Eigenschaft, bei anderen das zu vermuten, was einem selbst häufig passiert. So ist es wohl auch Heiner Geißler ergangen, als er seinem Parteichef einen Blackout (zeitweiser Ausfall des Sehvermögens bei Kreislaufstörungen oder Unterbrechung der Funkkontakte zwischen Raumschiff und Bodenstation) unterstellte. Man denke nur an Geißlers mannigfaltige Blackouts besonders als Familienminister, zuletzt an seine Schlußpointe: die Regelung seiner Nachfolge!

Professor Dr. H.-D. Ortlieb,
Hamburg 52

Personalien

GEBURTSTAGE

Der frühere Bundesfinanzminister **Heinz Starke** feiert am Donnerstag seinen 75. Geburtstag. Starke stammt aus Niederschlesien. Der Jurist war 1945 in den Dienst der Industrie- und Handelskammer in Halle/Saale getreten. 1946 setzte er sich in den Westen ab. Er begann seine Karriere als Grundsatzreferent von **Ludwig Erhard**. 1953 wurde FDP-Bundestagskandidat Heinz Starke – mit Unterstützung der CSU in Bayern – direkt im Wahlkreis Hof gewählt. Am Ende jener Legislaturperiode versuchte er vergeblich, den ersten Koalitionsriß zwischen FDP und Unionsparteien zu kitten. Bei Bildung einer neuen CDU/CSU-FDP-Koalition im Spätherbst 1961 trat Starke als Finanzminister in das vierte Kabinett **Adenauer** ein. 1962 mußte er seinen Ministersessel zugunsten des Parteifreundes **Rolf Dahlgrün** räumen. Im Herbst 1969 führte Starke nochmals die bayerische FDP-Landesliste für den Bundestag an. Wegen Kontroversen mit der sozialliberalen Regierung trat er im Oktober 1970 zur CSU über. Noch zweimal kam er in den Bundestag – 1972 als CSU-Listenkandidat und 1976 als CSU-Direktkandidat im Wahlkreis Bayreuth. Von 1958 bis 1970 war Heinz Starke Mitglied des Europäischen Parlaments. Der frühere Minister lebt auch heute in Bonn.

*

Richard Dohse, eine der prominentesten Unternehmerpersönlichkeiten in Ostwestfalen, feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Seine Firma zählt zu den führenden Kalender-Herstellern in der Bundesrepublik. Richard Dohse ist Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen und des Hauptverbandes der Papier – Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie. Außerdem gehört er dem Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an und dem Präsidium der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

ERNENNUNGEN

Marie-Elisabeth Klee geborene **Freiin von Heyl zu Herrnsheim** und frühere CDU-Bundestagsabgeordnete, übernahm den Vorsitz des Deutschen Komitees für Unicef. Zugunsten der neuen Aufgabe verzichtete sie auf ihre Funktion als Delegierte der Europäischen Frauen-Union beim Europarat. Frau Klee ist außerdem Vizepräsidentin der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft. In diesen Tagen wurde sie auch als Präsidentin der Stresemann-Gesellschaft erneut in dieser Aufgabe bestätigt. Dieses Amt hat sie seit zehn Jahren inne. Die Gesellschaft pflegt das geistige Erbe des mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Reichskanzlers und Reichsaußenministers der Weimarer Republik. Die Wormserin war mit dem früheren deutschen Botschafter Dr. **Eugen Klee** verheiratet. Nach seinem Tode 1956 engagierte sie sich für die CDU. Mehrmals kandidierte sie im Bundestagswahlkreis Worms und kam über die rheinland-pfälzische CDU-Landesliste in den Bundestag. Dem Parlament gehörte sie von 1961 bis 1972 an. In der parlamentarischen Versammlung des Europarates war sie Mitglied des Ältestenrates und stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses. Als erste Frau in der Geschichte der Westeuropäischen Union amtierte sie von 1970 bis 1972 als Vizepräsidentin der WEU-Versammlung.

*

Wolfgang Maurus, zuletzt Abteilungsleiter in der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, wurde gestern zu einem der drei Direktoren der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn bestimmt. Der 43jährige Maurus war in den Jahren von 1978 bis 1981 Leiter des Büros von **Franz Josef Strauß** in der Münchner CSU-Zentrale. In der Bundeszentrale für politische Bildung ersetzt er jetzt **Gerd Langguth**, CDU, der seit Anfang Januar 1986 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund wurde. Die beiden anderen Direktoren sind **Horst Dahlhaus**, FDP und **Franklin Schultheiß**, SPD.

EHRUNG

Heinz Heck, Wirtschaftskorrespondent der WELT, wurde gestern von der VDI-Gesellschaft Energietechnik in Darmstadt mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet. Der Preis, der an den Arzt und Physiker **Robert Mayer** erinnert, ist mit 10 000 Mark dotiert. Die Übergabe des Preises an Heinz Heck, der seit zehn Jahren für die WELT tätig ist, fand während der Jahresversammlung der VDI-Gesellschaft im Auditorium Maximum der Technischen Hochschule in Darmstadt statt. In der Laudatio hieß es, die Gesellschaft würdige vor allem auch die „laufende energiepolitische Berichterstattung“ des Bonner WELT-Korrespondenten. Mit einem weiteren Preis bedacht wurde **Wolfgang Hess**, Redakteur bei „Bild der Wissenschaft“.

Karajans Beethoven

Unter einem Glücksstern

„Eine neue Aufnahme ist wie ein neues Leben", bekennt der 77jährige mit jugendlicher Verve. „Die künstlerische Auseinandersetzung beginnt noch einmal von vorn und man weiß: Jetzt unter optimalen technischen Bedingungen."

Das Credo eines Klangmagiers: Herbert von Karajan. Jenseits seiner unbestrittenen künstlerischen Kompetenz kommt ihm ein Verdienst zu, das manchem erst in der Rückschau deutlich werden dürfte: Karajan überzeugte viele konservative Musikfreunde davon, daß die Geringschätzung der Technik ein bildungsbürgerliches Vorurteil ist. Konsequenter als alle Kollegen setzte er Zeit seiner Karriere auf den Fortschritt bei Aufnahme und Wiedergabe von Musik. Wo andere noch zögerten, spielte Karajan den Vorreiter.

Anlaß für diese Feststellung ist die komplette Digitalaufnahme dessen, was die Deutsche Grammophon, ohne zu übertreiben, „einen Zyklus der Superlative" nennt: „Die berühmteste Symphonien-Serie, gespielt vom vielleicht berühmtesten Orchester der Welt und dem sicher berühmtesten Dirigenten unserer Zeit" –

Beethoven „Symphonien Nr. 1–9" · Berliner Philharmoniker · Wiener Singverein · Janet Perry · Agnes Baltsa · Vinson Cole · José van Dam · Dirigent: Herbert von Karajan
Als Kassette und in Einzelausgaben erhältlich.

Die Beethoven-Symphonien sind denn auch ideale Beispiele für Karajans Interpretations-Philosophie. „Viermal in den letzten 30 Jahren bekam ich die Gelegenheit, unser Bemühen um dieses einzigartige Werk in Gesamteinspielungen für die Schallplatte zu dokumentieren. Ich betrachte diese zyklischen Aufnahmen als Marksteine, als Stationen meiner künstlerischen, ja, auch meiner menschlichen Entwicklung."

Welch enormen Stellenwert die Technik bei diesem Lebenswerk hatte, macht Karajan sofort deutlich: „Diese vier Aufnahme-Serien zeichnen gleichzeitig den Prozeß nach, den das Medium Schallplatte in dieser Zeitspanne genommen hat. Die Langspielplatte war noch in den Kinderschuhen und ihre Verbreitung in den Anfängen, als 1952/53 der erste Zyklus mit dem Philharmonia Orchestra London entstand. Diesen Mono-Aufnahmen folgte 1962 die erste stereophone Aufzeichnung mit den Berliner Philharmonikern – damals ohne eigenes Haus. Eine Kirche in Berlin-Dahlem diente als Aufnahme-Studio."

Mit diesem zweiten Zyklus gelang Karajan auch ein Kunststück, das bis dahin Pop- und Rocksängern vorbehalten war: Für die Millionen-Verkäufe der Fünften Symphonie wurden die Berliner Philharmoniker und ihr Dirigent mit Goldenen Schallplatten ausgezeichnet.

Doch der Perfektionist auf der Suche nach dem vollkommenen Klang ruhte sich nicht auf Lobeshymnen und Lorbeer aus, mit denen der zweite Zyklus überhäuft wurde. Nostalgische Verklärung, wie sie manche Kritiker pflegen, ist Karajan fremd. Alten Aufnahmen steht er mit einer Art kopfschüttelnder Verwunderung gegenüber: „Ich höre sie mir gewöhnlich ein letztes Mal an, wenn ich mit der Neuaufnahme beginne", sagt er, „und ich denke heimlich immer, ich muß verrückt gewesen sein oder betrunken, als ich die Aufnahme machte."

Rechtzeitig zum Beethoven-Jahr 1977 folgte der dritte Streich. Die akustischen und technischen Voraussetzungen in der neuen Berliner Philharmonie („Circus Karajani") erschienen dem Chefdirigenten wie maßgeschneidert, um den Zyklus neu einzuspielen. Zum letzten Mal – wie viele mutmaßten. Digital-Technik und Compact-Disc waren damals noch unbekannte Zukunftsmusik.

Karajans Reaktion auf die akustische Revolution, die aus dem Laser kam, war typisch für ihn: Landauf, landab warb er mit Engelszungen für die neue Aufnahme- und Wiedergabetechnik („Musik aus Licht"). Nach dem Flop mit der Quadrophonie Anfang der 70er Jahre waren jedoch die Skeptiker in der Überzahl, die in den kleinen Silberscheiben, respektlos Bierdeckel genannt, nur eine kurzlebige Mode sahen. Doch der große Dirigent, obwohl gesundheitlich gehandicapt und zeitweise in Querelen mit seinen geliebten Philharmonikern verstrickt, setzte ein Zeichen: Beethoven, zum vierten Mal.

Neue Dimensionen erschlossen sich: „Der akustische Eindruck ist vollkommen. Kein Mensch kann sich dem entziehen." Karajans eigenes Urteil über die „Neunte" teilte auch der äußerst kritische Heinz Josef Herbort („Die Zeit"): „Eine Interpretation, die ihresgleichen sucht und deren Ernst und Pathos, deren Vitalität und bohrende Gewalt einen tief beeindruckt wie Weniges in der jüngsten Zeit."

Karajan: „Die Compact-Disc ist mein Glücksstern."

Bestseller

Einzelausgaben

1 Beethoven: Neunte Symphonie
Berliner Philharmoniker · Herbert von Karajan

2 Dvořák: Symphonie „Aus der Neuen Welt"
Smetana: Die Moldau · Herbert von Karajan

3 Vivaldi: Die vier Jahreszeiten
I Musici

4 Vladimir Horowitz · Recital
(Deutsche Grammophon)

5 Ravel: Bolero · La Valse · Pavane u. a.
Orchestre de Paris · Daniel Barenboim

6 Beethoven: Violinkonzert
Gidon Kremer · Neville Marriner

7 Gershwin: Rhapsody in Blue · Klavierkonzert
Katja & Marielle Labeque

8 Mendelssohn/Bruch: Violinkonzerte
Anne-Sophie Mutter · Herbert von Karajan

9 Bach: Konzerte für 2, 3, 4 Klaviere
Eschenbach · Frantz · Helmut Schmidt u. a.

10 Chopin: Klavierkonzert Nr. 2 · Polonaise
Ivo Pogorelich · Claudio Abbado

Kassetten

1 Bernstein: West Side Story
Te Kanawa · Carreras · Horne · Bernstein

2 Beethoven: Die 5 Klavierkonzerte
Alfred Brendel · Chicago SO · Levine

3 Bruckner: Symphonie Nr. 8
Wiener Philharmoniker · Giulini

4 Beethoven: Symphonien Nr. 5 und Nr. 9
Berliner Philharmoniker · Herbert von Karajan

5 Verdi: Rigoletto
Bruson · Gruberova · Shicoff · Sinopoli

6 Verdi: Don Carlos
Domingo · Ricciarelli · Mail. Scala · Abbado

7 Wagner: Der Ring des Nibelungen
Bayreuther Festspiele · Böhm

8 Mozart: Die Zauberflöte
Mathis · Araiza · van Dam · Karajan

9 Verdi: La Traviata
Cotrubas · Domingo · Milnes · Kleiber

10 Verdi: Attila
Raimondi · Bergonzi · Milnes · Gardelli

Galerie auf Schallplatten

Luxus für Ohr und Auge

Als „eine Welt im kleinen" pries sie schon Walter Benjamin. Was den Kultur-Philosophen in den 20er Jahren entzückte, haben wir wiederentdeckt: das unnachahmliche Flair großstädtischer Passagen. Vorbild dieser magischen Kommerzgänge ist die Kunst-Galerie. Im Italienischen gibt es ja für beides dasselbe Wort: Galleria.

Jetzt hat die Deutsche Grammophon dieses Lust-Prinzip des Schauens noch um die Dimension des Hörens erweitert. Frappierend, wie die neue Klassik-Serie „Galleria" Augen und Ohren gleichermaßen schwelgen läßt. Die sorgfältig reproduzierten Cover-Bilder moderner Maler sind wie optische Echos der Musik. John Brogdens Bild „Vor dem Sturm" läßt etwas von der musikalischen Gewalt ahnen, die in Beethovens „Pastorale" entfesselt wird. Picassos Toreros scheinen einen graziösen „Bolero" à la Ravel zu tanzen. Und Herbert Breiters melancholische „Salzburg"-Blätter holen Amadeus heim aus Hollywood.

Es ist der diskrete Charme von Luxus, der die Serie „Galleria" umgibt. Aber der hochglanz-gestylten Oberfläche entspricht auch der Inhalt. Für das Startpaket mit 25 Veröffentlichungen bietet das ruhmreiche Gelb-Etikett seine Stars mit ihren Zugstücken auf. Darunter die Dirigenten-Garde: Karajan, Böhm, Giulini, Kubelik und Ozawa; die Pianisten Argerich, Gulda, Barenboim, Berman und Kempff; die Berliner und die Wiener Philharmoniker. Unter den Titeln: Beethovens und Dvořáks Neunte, Schuberts „Unvollendete" und Mozarts „Jupiter", Strawinskys Feuervogel und Sacre, Strauß-Walzer, Klavierkonzerte von Mozart, Liszt, Schumann und Grieg und das Violinkonzert von Brahms.

Kurzum: alles, was im musikalischen Alphabet zwischen Abbado und Zarathustra Rang und Namen hat. Es sind, so die Deutsche Grammophon, „zeitlose Aufnahmen im Stil unserer Zeit". Das heißt auch technischer Luxus: Sämtliche Aufnahmen sind in modernster Digitaltechnik neu abgemischt („Digitally Remastered") und bieten ein Optimum an Klangkultur. Alternativ sind die Veröffentlichungen als hochwertige Chromdioxid-Cassetten erhältlich.

Zur Freude aller Musikfreunde macht der Luxus vor den Preisen halt: Sie gehören der Mittelklasse an. Zum Appetitmachen gibt's sogar eine „Galleria"-LP/MC zum Super-Sonderpreis: Eine Ausgabe mit den Klassik-Hits „Eine kleine Nachtmusik", „An der schönen blauen Donau", „Bolero" und „1812"-Ouvertüre – die große Klassik als Welt im kleinen.

Der Liebestrank

Das Beste seit dem Barbier

Atemlos wie in einer Opera buffa, so sagt die Legende, sei es damals zugegangen. Der Theaterdirektor gibt dem Komponisten zwei Wochen Zeit. Der Komponist gibt seinem Librettisten davon eine Woche ab. Und herausgekommen bei diesem kreativen Schnellschuß ist „die lustigste, die köstlichste, die hübscheste, die originellste komische Oper, die in Italien je geschrieben wurde seit Rossinis Meisterwerk ‚Der Barbier von Sevilla'." So jedenfalls das Urteil von Emilia Branca Romani, der Frau des rasanten Librettisten, über Gaetano Donizettis „Liebestrank".

Gaetano Donizetti „Der Liebestrank" · Katia Ricciarelli José Carreras · Leo Nucci · Domenico Trimarchi · Susanna Rigacci · Orchestra sinfonica e coro della RAI di Torino Dirigent: Claudio Scimone.
Philips 412 714 (2 CD/2LP/2MC)

Dirigent Claudio Scimone bestätigt die vermeintliche Ehegatten-Eloge: „Dies ist eines der besten Libretti in der Geschichte der italienischen Oper." Nach Scimones Meinung inspirierte es Donizetti, dazu eine „großartige Musik" zu schreiben. Überhaupt sei die ganze Oper „bezaubernd und optimistisch, angenehm zu hören, ein sehr schönes Werk".

Claudio Scimone weiß, wovon er spricht. „Der Liebestrank" (1832 uraufgeführt) war vor 5 Jahren sein rauschendes Pult-Debüt in London. Nach den Rossini-Einspielungen von „Moses in Ägypten" und „Maometto II" nahm er – wieder für das Philips-Label – Donizettis Geniestreich auf. Zum Glücksfall geriet ihm die Produktion durch die beiden Belcanto-Stars, die ihm als Liebespaar zur Verfügung standen. In der Partie der Adina zeigt Katia Ricciarelli, warum Karajan so große Stücke auf sie hält. Und Tenor José Carreras bereichert mit dem tragisch-komischen Nemorino sein umfangreiches Philips-Repertoire um eine Paraderolle. Er war in Hochform: Die Arie „Una furtiva lagrima", die zu den unsterblichen Stücken der Opernbühne zählt, erklang selten so strahlend.

Horowitz-Sternstunde

Sanfte Pranke

Es muß nicht immer „Schwarzwaldklinik" sein. Am 2. März hat das ZDF eine wirkliche Sternstunde: Ab 22.25 Uhr agiert auf dem Bildschirm „Der letzte Romantiker": Vladimir Horowitz. Das Filmdokument mit dem legendären „Gott des Klaviers" entstand im Frühling vergangenen Jahres in der Wohnung des Virtuosen.

Produzent John Pfeiffer erinnert sich: „Sanft regnete es in New York. Horowitz saß in einem seiner Arbeitsräume, und ein drahtloses Mikrophon war ihm eben umgehängt worden. ‚Also heute werden Sie nichts aus mir herausbringen!' Mit diesen Worten begrüßte er mich."

Der 81jährige, der nichts so haßt wie Regentage, weil sie den Klang seines Flügels verändern, vergaß jedoch rasch das Wetter, die Kabel und Scheinwerfer. Das „historisch zu nennende Abenteuer" (Pfeiffer) konnte beginnen. Einen Monat zuvor hatte Horowitz die Zustimmung zu dem Projekt gegeben, einen Dokumentar-Film in seinen eigenen vier Wänden zu drehen, bei dem er Musik interpretieren, kommentieren und diskutieren sollte. Ein Drehbuch existierte nicht, nur das Repertoire war festgelegt worden – darunter zwei Stücke, die „der Zeitgenosse des 19. Jahrhunderts" (FAZ) noch nie aufgenommen hatte: Mozarts C-dur-Sonate KV 330 und die F-dur-Novelette von Schumann. Mag schon diese Wahl für manchen eingefleischten Horowitz-Fan überraschend sein, so ist es der komplette „Soundtrack" zum Fernsehfilm erst recht –

„Horowitz" · Bach/Busoni · Chopin · Liszt · Moszkowski Mozart · Rachmaninow · Schubert · Schumann · Scriabin
Deutsche Grammophon 419 045 (CD/LP/MC)

Der Grand Old Man spielt so überwältigend, als wolle er endgültig das bissige Bonmot seines Konkurrenten Arthur Rubinstein widerlegen, wonach „Horowitz der größte Pianist seiner Epoche ist, wenn auch keineswegs ein großer Musiker". Fast zärtlich, „wie eine ergriffene Danksagung" (Rheinische Post) spielt der alte Tastendonnerer das Choralvorspiel „Nun komm' der Heiden Heiland" von Bach/Busoni. Und seine Interpretation der Mozart-Sonate ist „ein wahres Kleinod, das diese Platte zu einem Muß werden läßt" (fono forum). Daß aber auch die Pranke des Löwen immer noch zuschlagen kann, beweist Horowitz mit Chopins As-dur-Polonaise. Ältliche TV-Lautsprecher könnten dabei leicht ihren Geist aushauchen.

Zwei gute Nachrichten zum Schluß. Horowitz kommt im Mai für zwei Konzerte in die Bundesrepublik (Hamburg, Berlin). Und wer nicht zu den Glücklichen zählt, die eine Karte ergattern, für den hat die Deutsche Grammophon im Sommer Trost parat: eine weitere Horowitz-Aufnahme, die unter anderem Schumanns „Kreisleriana" enthält.

Brendels Mozart

„Eine Last an Vollkommenheit"

Wär' er doch nichts anderes als ein genialer Musiker! So aber animiert Pianist Alfred Brendel die schreibende Zunft seit Jahren zu kuriosen Wortschöpfungen. Da ist dann vom „Klavierphilosophen" die Rede oder – noch schöner – vom „Tastendenker".

Ursache für solch schmückende Titel ist die Doppelbegabung des 55jährigen Wahl-Londoners: Seine Wortmächtigkeit und Gedankentiefe stehen der Fingerfertigkeit am Flügel in nichts nach. Ehe Brendel den Klavierhocker zurechtrückt, hat er sich intensiv mit dem Komponisten beschäftigt, alles von ihm und über ihn gelesen und ein eigenes Interpretations-Konzept im Kopf.

Zu den hurtigen Überfliegern des Musikbetriebs kann ein solcher Mann nicht gehören. So entwickelte sich auch das Brendel-Projekt „Mozarts Klavierkonzerte", das er im September 1970 begonnen hatte, zusehends zum Langzeit-Geduldspiel. Brendels Begründung: „Wer sich Mozarts Klavierkonzerten widmet, muß Zeit zum Quellenstudium haben." Weitere Erschwernis: „Mozarts Notation ist unvollständig. Es fehlt in der Klavierstimme fast jede dynamische Bezeichnung."

Warum er seine Anhänger zum Beispiel fast fünfzehn Jahre auf das „Krönungskonzert" KV 537 hat warten lassen, kann Brendel plausibel machen: „Die linke Hand ist hier zum großen Teil unausgeführt. Im kontrastlosen Mittelsatz ... bedarf es reichlicher Ornamentierung, soll die Wirkung nicht der faden Lieblichkeit gewisser Raffaelischer Madonnen gleichen."

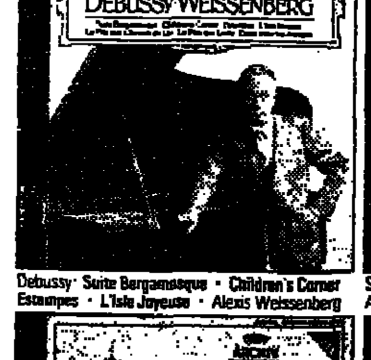
Wie er die pianistische Herausforderung („Eine Last an Vollkommenheit") gelöst hat, kann jetzt nachgeprüft werden. Der Zyklus, den Philips Classics zu Recht als „einen der wichtigsten Meilensteine in der Geschichte der Schallplatte" feiert, ist abgeschlossen:

Wolfgang Amadeus Mozart „21 Solo-Klavierkonzerte und 2 Konzerte für 2 Klaviere" · Alfred Brendel · Academy of St. Martin-in-the-Fields · Dirigent: Neville Marriner
Philips 412 856 (10 CD/13 LP/9 MC)

Brendels Fazit nach 15 Jahren Beschäftigung mit den Klavierkonzerten: „Man muß Mozart spielen, als ob man Mozart wäre."

Seine Konzert-Termine im März: 2. und 3. in Berlin; 6., 7. und 9. in Düsseldorf; 11. in Stuttgart und 13. in Recklinghausen.

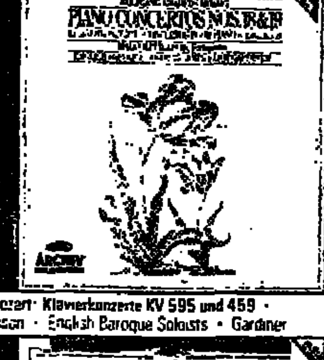
NEUHEITEN MÄRZ 1986 · AUF COMPACT DISC – LANGSPIELPLATTE – MUSICASSETTE ÜBERALL IM SCHALLPLATTENHANDEL ERHÄLTLICH



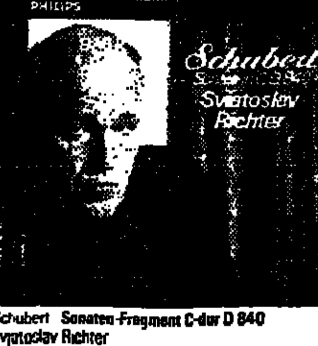
Debussy: Suite Bergamasque · Children's Corner Estampes · L'Isle Joyeuse · Alexis Weissenberg

SCARLATTI · SONATEN
ALEXIS WEISSENBERG
Scarlatti: 15 Sonaten
Alexis Weissenberg

LISZT · ANNÉES DE PÈLERINAGE
DANIEL BARENBOIM
Liszt: Années de Pèlerinage · Première Année – Suisse · Daniel Barenboim



Mozart: Klavierkonzerte KV 595 und 459 · Bilson · English Baroque Soloists · Gardiner



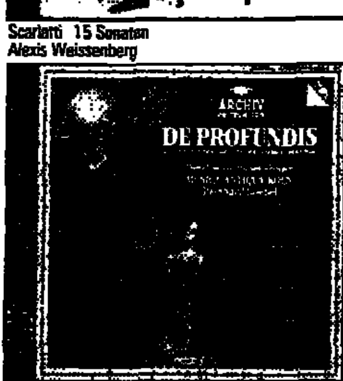
Schubert: Sonaten-Fragment C-dur D 840
Svjatoslav Richter



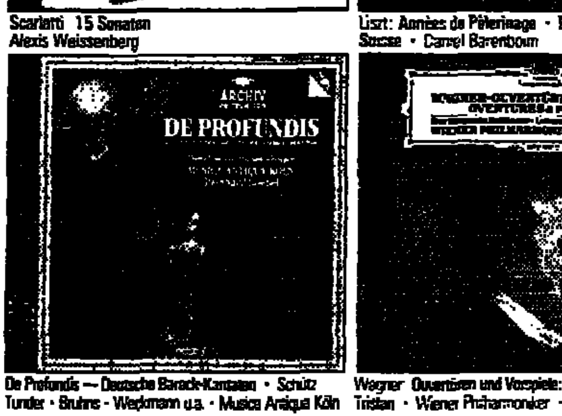
Mozart: Klavierkonzerte KV 242 und 365 (für 2 Klaviere) Alfred Brendel · Imogen Cooper u.a.

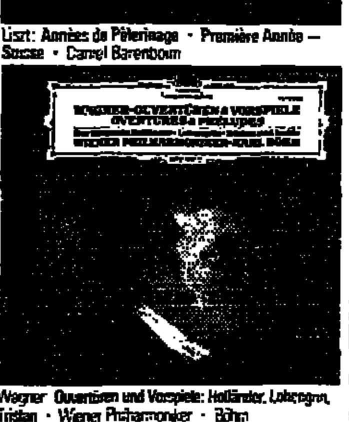


Palestrina: Missa Papae Marcelli · Allegri: Miserere Choir of Westminster Abbey · Preston



De Profundis – Deutsche Barock-Kantaten · Schütz Tunder · Bruhns · Weckmann u.a. · Musica Antiqua Köln

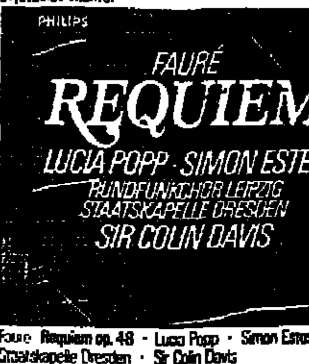




Wagner: Ouvertüren und Vorspiele: Holländer, Lohengrin, Tristan · Wiener Philharmoniker · Böhm



Chopin: Klaviersonaten Nr. 2 b-moll op. 35 und Nr. 3 h-moll op. 58 · Maurizio Pollini

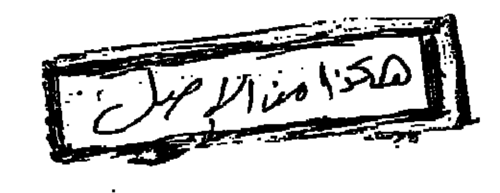


Fauré: Requiem op. 48 · Lucia Popp · Simon Estes Staatskapelle Dresden · Sir Colin Davis

PHILIPS
Schubert: Die Klaviertrios
Beaux Arts Trio

Die neuen „Klassik Akzente" mit Erläuterungen zu diesen und weiteren Neuheiten erhalten Sie bei den folgenden Fachhändlern:

Aachen: Hailiger & Kleutgens · Radio Ring [illegible]: Schallplatten-Redloff Aschaffenburg: Drogeriemarkt Müller Augsburg: Drogeriemarkt Müller Bad Godesberg: Radio Uni Neumann Bamberg: Elektro Bär · Jungkunz-Riemer Bayreuth: Drogeriemarkt Müller · Die Schallplatte Kiesel Berlin: Bote u. Bock · Die Schallplatte · Electrola Musikhaus · Buchhandlung Herder · Hertie GmbH · Karstadt AG · Kaufhaus des Westens · Leuenhagen u. Paris · Melitzki · Musik-Bading · Musik-Wiebach · Riedel GmbH · Schallplatte am Ku'damm · Ton und Welle · Tubika · Wertheim Bochum: Alro Bonn: Bielinsky · Disco Vertrieb · Gilda Buchhandlung · Haus der Musik · Radio Uni Neumann · Röhrscheid Braunschweig: Klassik am Theater · Mewes Bruchsal: Hifi-Center Joost [illegible]: Patzing Coburg: Elektro Trommer Darmstadt: Radio-Lorz Dortmund: Life · Musikhaus Schlüter Düsseldorf: Carsch-Haus · Funkhaus Evertz · Schendandt · Schlembach Duisburg: [illegible] Buchhandlung · Die Schallplatte Erlangen: Radio Fischer · Quelle Essen: Buchhandlung Baedeker · Karstadt Hören und Lesen Esslingen: Schallplatten-Burgatsmeier Frankfurt: Carolus Buch und Kunst · Marion's Schallplattenboutique · Phonohaus am Roßmarkt · Saturn Hansa · Teleradio Freiburg: Buchhandlung Herder · Musikhaus Ruckmich Hamburg: Brinkmann · Classic Cabinett · Die Schallplatte · Radio Oesterin · Steinway Hannover: Brinkmann · Die Schallplatte · Saturn Hansa · Schmorl Heidelberg: Musikhaus Hochstein · Radio Lambert Heilbronn: Musikhaus Sprösser Hildesheim: Gerstenbergsche Buchhandlung Ingolstadt: Drogeriemarkt Müller Kaiserslautern: Gondrom Karlsruhe: Musikhaus Schlaile Koblenz: Buchhandlung Reuffel · Jäger · Rhein-Radio Köln: Haus der Musik Tonger · Radio Graf · Rhein-Radio · Saturn Hansa · Schallplatten Studio Krefeld: KRK-Schallplatten Leverkusen: Hermanns u. Neitzel Lübeck: Radiohaus Lehmensiek Lüneburg: Musik-Bohnhorst Ludwigshafen: Rheinelektra Mannheim: Phora · Rheinelektra · Tausch Marburg: A-Dur Schallplatten Studio Mönchengladbach: CP-Schallplatten · Hogrebe's Musikhaus Moers: Musik-Boutique München: Buchhandlung Hugendubel · Disco-Center · Discothek 2001 · Hieber · Oberpollinger · WOM · Zauberflöte Nürnberg: Karstadt · Musikhaus Sektan · Radio Bestle Offenbach: Radio Vogler Offenburg: Pfeutscher Osnabrück: Die Schallplatte · JPC · Radio Deutsch Passau: Die Schallplatte Pforzheim: Die Schallplatte Wüste Recklinghausen: Feix Regensburg: Stereo 2000 Remscheid: Radio Weller Rheydt: Eckel Rosenheim: Elektrohaus Stern Saarbrücken: Saraphon Saarlouis: Kaufhaus Pieper Siegen: Schwonk Solingen: Radio Schenk Schweinfurt: Radio Beuschlein · Radio Büttner Stadthagen: Niemitz Stuttgart: Breuninger · Elektro Ziegler · Radio Barth Traunstein: Musikhaus Fackler Trier: Musikhaus Reisser · Musikhaus Schlüter Ulm: Drogeriemarkt Müller · Schallplatten Wambach Viersen: Musikhaus Pauly Wiesbaden: Knae-Schallplatten · Radio Leffler Wiesloch: Radio Kamlah Wolfsburg: Goethe-Buchhandlung Würzburg: Disco-Center Stahl · Haus der Schallplatte Schilg



Die Löcher gestopft

warn. – Durch künstlerische Höhenflüge hat das Hamburger Schauspielhaus zwar seit geraumer Zeit nicht mehr von sich reden gemacht, dafür bringt es sich umso heftiger mit horrenden Etat-Überschreitungen in die Schlagzeilen. Allein 6,4 Millionen Mark beträgt das Defizit, mit dem der in allen möglichen Dingen, nur im Geldausgeben nicht zögerliche Niels-Peter Rudolph die Hamburger Walstatt verlassen hat: Angesichts der wahrlich nicht mickrigen Subventionen eine skandalöse Zahl. Zumal nicht bittere Notwendigkeiten, sondern offensichtlich Leichtfertigkeit, ja, Chuzpe für das Millionen-Loch verantwortlich sind.

Denn für viele der Mehrausgaben, so bilanzierte jetzt der Haushaltsausschuß der Bürgerschaft, konnte kein triftiger Grund angegeben werden. Weder von Rudolph, der in einer seitenlangen Epistel der Kulturbehörde den Schwarzen Peter hatte zuschieben wollen, noch von Zadek, der noch unter Rudolphs Ägide kostentreibend seine ersten Premieren vorbereitet hatte. Ohne sich auch nur im geringsten um Kostenkontrollen zu kümmern, hatte man frech auf Staats-Pump gelebt.

Die Schuld dafür trifft letztlich Kultursenatorin Helga Schuchardt, die offensichtlich weder die Finanz-Kompetenzen zwischen Rudolph und Zadek klar abgesteckt, noch als Aufsichtsratsvorsitzende des Schauspielhauses rechtzeitig einen Riegel vor die Ausgabe-Wut der Intendanten geschoben hat. Es ist, wie man weiß, nicht die erste grobe Fahrlässigkeit der Ingenieurs-Senatorin auf dem ihr berufsfremden Feld der Kulturpolitik.

Um das Schauspielhaus vor dem Konkurs zu bewahren, hat der Haushaltsausschuß die 6,4 Millionen Mark nachbewilligt. Allerdings mit dem deutlichen Hinweis, daß man künftig Etat-Überschreitungen als Vertragsbruch ansehen werde. Die Warnung wirkt freilich wie Schall und Rauch. Denn schon kommt aus Zadeks Schauspielhaus die Kunde von einem neuen Millionen-Loch für die laufende Saison. Auch so kann man Theater machen.

Die Politik hatte Vorfahrt, Reinhard Hauffs Stammheim-Film erhielt den Goldenen Bären – Schlußbericht von der Berlinale

Debütanten, Frauen – und Lina Wertmüller

Der Goldene Bär für Hauffs monströsen „Stammheim"-Film – die Feder sträubt sich geradezu, so etwas zu Papier zu bringen. Es hat zwar auch in früheren Jahren in Berlin schon Jury-Entscheidungen gegeben, die eindeutig politische Handschrift trugen und filmische Qualität zugunsten irgendeines spektakulären „Anliegens" mißachteten; doch so kraß wie diesmal ist es wohl noch niemals zugegangen. Der Stammheim-Film ist am 4. Februar in der WELT besprochen worden, er verdient kein weiteres Wort. Hüllen wir schnell den Schleier des Vergessens über die Blamage, mit dem ein eher tristes Festival sein Ende fand, und werfen noch einen gelassenen Blick auf den Rest der gezeigten Wettbewerbsfilme.

Da wäre erstens, Lina Wertmüllers „Camorra", der unserer Meinung nach die Palme davongetragen hätte, wenn nur alles mit rechten Dingen zugegangen wäre. Es geht in diesem mit raffinierter Dramatik operierenden Film um eine Mordserie innerhalb des Camorra-Clans von Neapel. Gerade die härtesten Killer der Branche werden zur Strecke gebracht. Alle Spuren führen zu einer hübschen Hotelbesitzerin (Angela Molina), die folglich dauernd in Lebensgefahr schwebt.

Es kommt freilich anders, als man denkt. Die Morde sind keine Abrechnung unter Gangstern, sondern entpuppen sich als gezielte Rache neapolitanischer Mütter, deren Kinder skrupellos zu Prostituierten, Dealern und Drogenabhängigen gemacht wurden. Ein Film hart an der italienischen Realität, mit rasantem Tempo, mit Witz und Esprit. Es gibt Tanz und Sangeseinlagen, grandiose Kamerafahrten durch Neapel, das sich wieder einmal in seiner ganzen verschlissenen Schönheit präsentiert.

Lina Wertmüllers 33jähriger Landsmann Nanni Moretti, mit einem silbernen Bären bedacht, überraschte mit einer neuen, tragikomischen Version des alten Don-Camillo-Themas. Er selbst spielt in seinem Film „Die Messe ist aus" den jungen Priester, der nach Jahren in der Diaspora in die römische Vorstadtgemeinde zurückkehrt, aus der er stammt. Doch nichts ist mehr wie einst. Seine Mutter nimmt sich das Leben, weil der Vater sie nach dreißigjähriger Ehe verläßt. Seine Schwester treibt ihr Kind ab. Sein bester Freund wurde Terrorist und sitzt nun im Knast. Der Priester will helfen – vergeblich. Ein guter Film eines bislang fast unbekannten Regisseurs, der seine Auszeichnung verdient hat.



Die Rache der neapolitanischen Mütter für die Verbrechen an ihren Kindern: Szene aus Lina Wertmüllers Film „Camorra" mit Angela Molina FOTO: SCOTIA

Moretti ist übrigens kein Einzelfall. Gut die Hälfte der Wettbewerbsbeiträge waren Debütarbeiten, was sich freilich insgesamt negativ auf das Gesamtniveau auswirkte. Einen hübschen Erstling lieferte immerhin auch der Spanier Paco Lucio mit „Der rothaarige Theo". Lucio ist Schüler von Carlos Saura, und das sieht man seiner Regiearbeit an. Sein poetischer Film in den Farben verdörrter Felder und blaßgrauer Felsen – der Landschaft um das baskische Burgos – erzählt feinfühlig von der Freundschaft eines zehnjährigen Jungen zu dem Landarbeiter Theo, einem wahren Kraftprotz von Mann, der dem Jungen einmal das Leben rettete. In der Gegend ist Theo verhaßt, die Dorfbewohner wollen ihn vertreiben. Theo tötet ein paar Notabeln, die ihm besonders übel mitspielen. Und er erhängt sich danach an einem knorrigen, einsamen Baumstamm: Ein Schlüsselerlebnis für den Zehnjährigen, das ihn fast schon zum Manne macht.

Auch der Amerikaner James Foley ist ein Newcomer. Sein Opus „Auf kurze Distanz" stellt junge Leute in der Langeweile der amerikanischen Provinz vor. Foley mischt kräftig die Genres: Gangsterballade, Thriller und knallharte Action. Ein 18jähriger Bursche (Sean Penn, der James Dean zum Verwechseln ähnlich sieht und auch fast so gut spielt) versucht, sich aus der Verbrecher-Gang seines Vaters – und von den Gefühlen für diesen Mann – zu befreien. Es gelingt ihm. Doch bis es soweit ist, fließt eine Menge Blut: zuviel, zu effekthascherisch, zu zynisch.

Aufmerksamkeit erregte der 54jährige Japaner Masahiro Shinoda. Sein „Gonza, der Lanzenkämpfer" ist eine japanische Legende aus dem 18. Jahrhundert. Es geht um einen Ritter, dessen tapfere Taten schon zu seinen Lebzeiten in Liedern besungen werden. Eher durch Zufall, als aus Leidenschaft wird er zum Ehebrecher und muß mit der Frau seines Rivalen quer durch Japan ziehen. Auf einer symbolträchtigen Brücke verlieren Gonza und seine Geliebte auf grausam-blutige Weise ihr Leben. Die Mentalität dieses Films ist uns fremd, doch die Formstrenge und Schönheit der Bilder bezaubern.

Noch nie gab es auf einem großen Festival ein so starkes Aufgebot an Regisseurinnen wie dieses Jahr, und zwar an prominenter Stelle. Allein sechs der 25 Wettbewerbsbeiträge wurden von Frauen gedreht. „Anne Trister", der Film der 35jährigen Kanadierin Lea Pool, war mit Abstand der „weiblichste". Es geht darin um eine jüdische Malerin Mitte 20, die nach dem Tod ihres Vaters ihre schweizerische Heimat und ihren Freund verläßt und zu ihrer Freundin, einer Psychiaterin, nach Quebec zieht. Ein Wendepunkt ihres Lebens. Anne sprengt den Rahmen ihrer Malerei auf der Leinwand und wendet sich den riesigen Environments zu. Und sie versucht, die Grenzen der Liebe zu erweitern, indem sie ihre Freundin umwirbt, die solche Zuneigung nur zögernd, aber dann mit Inbrunst erwidert. Die Stärken dieses Streifens sind nicht zuletzt seine einfühlsame Musik, die feingezeichnete weibliche Stimmungslage und das Zusammenspiel zweier reizvoller Frauenfiguren.

Die wilden sechziger Jahre beschwört die Französin Vera Belmont in ihrem stark autobiographisch getönten Film „Rote Küsse" herauf, in dem sich eine 15jährige Schülerin – für Stalin und Appolinaire schwärmend – ausgerechnet in einen Modefotografen von „Paris Match" verliebt. Sie beschimpft ihn zunächst als „Klassenfeind", doch das Happy-End ist unausweichlich. Eindrucksvoll Günter Lamprecht als spießiger polnischer Altkommunist und Vater des Mädchens. Dieser Film fand vor allem Zuspruch bei den „Berlinale"-Besuchern unter 30.

Schicksale aus dem deutschen Alltag während des Nationalsozialismus setzt der „DDR"-Film „Das Haus am Fluß" von Roland Gräf ins Bild. Das Kriegsjahr 1942 bricht nachhaltig in eine Kleinbürgeridylle ein. Junge Männer ziehen in den Krieg, kommen gar nicht oder arg lädiert zurück. Ihre Frauen haben Probleme mit Seelenleben und mit dem Sex. Dieses „Haus am Fluß" – wenngleich sorgfältig inszeniert und gespielt – wirkte altmodisch und überholt.

Wie gut, daß es in Berlin die deutsche Erstaufführung von Sidney Pollacks „Out of Africa" gab, der sich mit der Biographie der dänischen Schriftstellerin Tanja Blixen befaßt! Kino, wie man sich Kino wünscht. Der Film mit Klaus Maria Brandauer, Meryl Streep und Robert Redford lief freilich außer Konkurrenz – wie die meisten guten Sachen auf dieser wahrhaftig nicht glanzvollen Berlinale. DORIS BLUM

JOURNAL

„Drehbuchwerkstatt" in Berlin gestartet

dpa, Berlin

In Berlin ist jetzt mit der Einrichtung einer „Drehbuchwerkstatt" ein bundesweit einmaliges Experiment gestartet worden. Ein Sprecher von Kultursenator Hassemer kündigte anläßlich der Vorstellung der ersten zehn ausgewählten Drehbuchschreiber an, daß aus dem Pilotprojekt eine feste Einrichtung werden könnte. Die Stipendien sind mit jeweils 20 000 Mark dotiert. Aus über 600 Einsendungen von Exposés und Drehbuchentwürfen für Kino- und Fernsehfilme wurden zehn Stipendiaten ausgewählt.

Tarkowski sagt Londoner „Holländer" ab

SAD, London

Die Hoffnung von Covent Garden, den russischen Filmregisseur Andrej Tarkowski nach seinem Londoner Opern-Einstand mit „Boris Godunow" nun den „Fliegenden Holländer" inszenieren zu lassen, haben sich endgültig zerschlagen. Der nach seiner Übersiedelung in den Westen in Italien lebende Tarkowski ist „schwer krank", wie es in London heißt. Für ihn übernahm die Regie der 35jährige Engländer Mike Ashman, dessen „Parsifal" an der Walisischen Nationaloper Cardiff sehr gerühmt wurde. Wie Ashman debütiert in Covent Garden Gerd Albrecht, der 1988 als Generalmusikdirektor nach Hamburg geht.

Höffner über die Kosten für romanische Kirchen

KNA, Köln

Den Aufwand von 150 Millionen Mark zum Wiederaufbau der zwölf romanischen Kirchen in Köln hat Kardinal Höffner jetzt gerechtfertigt. Das Kölner „Jahr der romanischen Kirchen" sei ein vorbildliches Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kirche gewesen. Er äußerte die Hoffnung, daß das religiöse Leben in den romanischen Kirchen erhalten bliebe, weil sie andernfalls Museen wären.

Scarlattis späte Geburtstagsparty

DW, Bonn

Zu einer (verspäteten) Party zum 300. Geburtstag Scarlattis lädt das „Natural Theatre" aus der britischen Stadt Bath ein. Gastspiele finden am 13. März im Bahnhof Rolandseck, am 14. März in Leverkusen statt. Das verrückte Spiel um „Scarlattis Birthday Party" war im vergangenen Jahr Höhepunkt des Berliner Sommernachtstraums.

Mexiko und Österreich gewannen Prix ITB

dpa, Berlin

Beim Internationalen Filmwettbewerb „Prix ITB 1986", der im Vorfeld der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin stattfand, gehen die Siegerpreise nach Österreich und Mexiko. In der Sparte Filme erhält „Tirol-Sommer" den „Goldenen Kompaß", in der Sparte Video entschied sich die Jury für „Auf der Suche nach der Sonne" (Mexiko).

Bilder von Picasso und Matisse wiedergefunden

dpa, Paris

Vier Jahre nach einem Kunstraub bei Paris hat die Polizei ein Gemälde aus der „blauen Periode" von Pablo Picasso sowie ein Werk von Henri Matisse sichergestellt. Sie waren im April 1982 aus der Wohnung der Prinzessin Cécile de Furstemberg in Neuilly bei Paris gestohlen worden. Ein damals ebenfalls geraubtes Bild von Auguste Renoir wurde noch nicht wiedergefunden.

„Mütter" – Einar Schleefs Antiken-Paraphrase am Frankfurter Schauspiel

Wie die Enkel das Kriegspielen lernen

Je voller die Bühne, desto größer der Leerlauf. Am Schluß stehen über fünfzig Darsteller an der Rampe – und dann läuft überhaupt nichts mehr. Nach dreieinhalb Stunden, wenn dem Publikum von jazzig rhythmisierten und stakkatoartigen Klagegesängen schon der Gehörgang pfeift, spaltet sich die Deklamierriege zum bösen Ende auch noch in zwei Parteien auf und versucht sich hinfort an mehreren Texten gleichzeitig, bis das Durcheinander derart komplett ist, daß man dem „Wir haben gesiegt", zu dem sich alle zum Schluß wieder zusammenfinden, ohne Zögern zustimmt.

Dabei hatte es in den ersten beiden Stunden durchaus Ansätze zu einem eindrucksvollen Theaterabend gegeben. Da waren auf der nur mit Holzplatten ausgelegten, bis zu den Brandmauern aufgerissenen Riesenbühne des Frankfurter Schauspiels sieben Frauen in Trauerkleidern erschienen, um ihre vom Krieg dahingerafften Söhne zu beweinen. Sie rammten grimmig sieben Äxte in den Boden. Wenig später sehen wir die sieben wie ausgewechselt als weiß gewandete Bräute ihren Enkeln zustreben, die fidel auf der Vorderbühne herumturnen – im Kampfanzug. Wie die Väter, so die Söhne. Und die eben noch gramgebeugten Mütter treten milde lächelnd hinzu. Das Kriegführen kann weitergehen.

Jan Kott in Theben. Was der polnische Literaturwissenschaftler für Shakespeares Historien aufgezeigt hat – daß nämlich jeder Herrscher das stets gleiche Schleppnetz aus Krieg und Zerstörung hinter sich herzieht, bis er sich selber darin verfängt –, das hat der aus Thüringen stammende, vor zehn Jahren in den Westen übergesiedelte Schriftsteller und Regisseur Einar Schleef jetzt auf zwei antike Tragödien zu übertragen versucht: auf Aischylos' „Sieben gegen Theben" und Euripides' „Die Schutzflehenden".

Das erste Stück erzählt von der Belagerung der Stadt Theben, in deren Verlauf sich die feindlichen Brüder Eteokles und Polyneikes gegenseitig erschlagen. Das zweite dreht sich um „Theseus, den König von Athen", der auf Bitten von sieben Müttern die Thebaner mit Waffengewalt zwingt, die im vorangegangenen Krieg Gefallenen zu einem ordnungsgemäßen Begräbnis herauszugeben.

Zusammen mit Hans-Ulrich Müller-Schwefe nun hat Schleef die beiden Stücke einer Bearbeitung unterzogen (weshalb man von einer Uraufführung spricht), die auf den nicht eben neuen Befund zielt, die Menschheitsgeschichte sei eine einzige Abfolge von Kriegen und Schlächtereien. Doch während Kotts Neusicht Shakespeares zu überzeugenden Akzentverschiebungen geführt hat, steht für Schleefs antike Umdeutung die Bewährung noch aus.

Das Publikum sitzt auf dem Fußboden, wobei die treppenartig ansteigenden Rampen durchaus an griechische Amphitheater erinnern. Das Euripides-Stück bildet den ersten Teil. Auf der erbarmungslos weiß ausgeleuchteten Bretterebene ist Platz für alles: für hehre Klagen, für satirische Einsprengsel und erschütternde menschliche Nahaufnahmen.

Doch dann sind die guten Zeiten vorbei. Eine Eisenbahn fährt herunter, und wir sind bei Aischylos im belagerten Theben. Das Bühnengeschehen spielt sich nun fast ausschließlich auf einem den Zuschauerraum zerschneidenden Steg ab – doch nicht nur die Szene bleibt dabei im Halbdunkel, das ganze Stück ist plötzlich nicht mehr so recht auszumachen. Zunächst balgen sich vierzehn junge Damen mit einem Athleten herum, dann treten nicht weniger als vierzig in tristschwarze Kittel gekleidete Weibergestalten an seine Stelle. Gesang, ausgelassener Tanz, Geklatsche. Aber niemand kennt die Motive. „Das Leben", hatte Schleef in der ersten Hälfte den König von Argos sagen lassen, „ist ein trockenes Land – so schnell wie möglich muß man es durchqueren." Schleefs „Mütter"-Projekt erwies sich nicht nur als trockenes Land, sondern – in der zweiten Hälfte zumindest – als Wüste. JENS FREDERIKSEN

Nächste Aufführungen: 28. Febr. bis 3. März, Karteninformationen: 069 / 25 62 435

Lust und Last der Partei: Popmusik-Journale zwischen Ost-Berlin und Moskau

Die Hose macht noch keinen Star

Der Musikverlag „Lied der Zeit" in Ost-Berlin übte sich in ungewohntem Populismus. Mit der Herausgabe eines 34 Seiten umfassenden Heftchens namens „kleines Pop-Journal" verband er einen Appell an die jugendlichen Leser, eigene Wünsche kundzutun.

„Liebe Pop-Journal-Fans, haltet Euch fest, es sind nach unserem Aufruf im Heft 1 insgesamt 1357 Zuschriften von Euch auf uns eingestürmt", stöhnte die Heftchen-Redaktion in ihrer dritten Nummer. Und dann mußten die Macher gar vorwitzige Schreiber beruhigen, die glaubten, die Rock-Revolution habe sämtliche Dämme der Bürokratie gestürmt. „Also Leute, das geht leider nicht", schrieben die Redakteure zu Bestellungen von Pop-Postern, denen Bargeld beigelegt worden war. „Wir sind ein Verlag, stellen also Poster her, verkauft wird jedoch im Postzeitungsvertrieb, in Musikalien- und Buchhandlungen und Kaufhäusern."

Das „kleine Pop-Journal" ist ansprechend sowohl in seiner Mischung aus Text, Noten, Fotos und Lexikon als auch in seiner ostwestlichen Vermengung der Starporträts. Da finden sich Nena und Lena Valaitis einträchtig neben Karel Gott oder der „DDR"-Gruppe „Karat", und Englands Rod „the Mod" Stewart darf die Pop-Pointe verkünden: „Eine bunte Hose macht noch keinen Superstar!"

Auch außerhalb der Heftchen-Serie haben die „DDR"-Musikverleger mit der Herausgabe einer eigenen Pop-Zeitschrift begonnen. Man geht wohl von der späten, aber richtigen Erkenntnis aus, daß Offensive besser denn kleinmütige Verdammnis ist, wenn der Hunger auf Rock und Pop bei der volkseigenen Jugend denn schon unersättlich ist.

Die Tschechoslowakei macht es ihnen nach: „Revue populár" hieß eine Farbillustrierte, mit der im vergangenen Jahr der slowakische Verlag „Horizont" („obzor") einen ersten Versuch startete. In 170 000 gedruckten Exemplaren konnten die interessierten Leser für 15 Kronen informative Artikel lesen – und nicht nur über die Krönungen der Ostblock-Musikschaffenden, sondern auch über Miles Davis und Michael Jackson, den „Veterán Chuck Berry" oder Folk-Sänger Donovan (auf dem Foto im nutzbringenden Gespräch mit der „DDR"-Rockband Puhdys, deren internationale Aura somit noch im Vorübergehen unterstrichen werden konnte). Und in Polen wirbt beispielsweise die Zeitschrift „Scena" gleich auf der Umschlaghülle mit einer netzbestrumpften Tina Turner und einem lasziven Mick Jagger.

Nur in der Sowjetunion sind derlei Rock-Lockerungen bislang nicht zu finden. Man begnügt sich weitgehend damit, sich durch westliche Künstler wie etwa den hannoverschen Polit-Kabarettisten Kittner bestätigen zu lassen, wie schlimm es in der Kulturszene des Westens zugehe. Und man porträtiert Popstars aus der „DDR" anläßlich ihrer Tourneen durch das große Sowjetreich.

Die Weimarer Sängerin Petra Zieger muß da wohl nach dem Geschmack der Sowjet-Reporter gewesen sein. Die Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda" jedenfalls lobte ausführlich, daß Petra sich über den „Kurator-Anleiter" des staatlichen „DDR"-Komitees für Unterhaltungskunst freute, der sie über die gesamte Dauer ihres Kontraktes mit „professioneller Hilfe und Kritik" begleite.

Und dann erklärte die „Komsomolskaja Prawda" ihren Lesern auch, warum die „DDR" sich so sehr in die Förderung der Popmusik gestürzt habe: „Man muß ernsthaft damit rechnen, daß der Westen die Jugend der DDR mit seinen Rock-Programmen gleichzeitig auf allen Fernseh- und Radiokanälen attackiert. Und man ist noch nicht mal bereit, seinen Hörer von zweifelhaften Tonbändern der musikalischen Mode zu verschonen", schrieb das sowjetische Partei-Jugendblatt. Da muß die Einstellung des Pop-Mädels aus der „DDR" den Komsomol-Redakteuren schon besser zugesagt haben. Gleich in der Überschrift ihres Artikels zitieren sie die Sängerin mit der Erkenntnis: „Singen – das heißt kämpfen!" HERMANN SCHMIDTENDORF

Italien erforscht das graphische Werk Tiepolos

Faune aus dem Dunkel

Der spätbarocke Pomp der Farben und Allegorien in Giambattista Tiepolos Fresken – im Mailänder Palazzo Dugnani, in Venedigs Palazzo Rezzonico oder in der Würzburger Residenz – scheint von einer anderen Hand zu stammen als die Radierungen. Diesen Eindruck erweckt die Ausstellung, die unter dem Titel „Das Zeichen und das Geheimnis" gegenwärtig in der Cà Rezzonico in Venedig zu sehen sind.

Tiepolo war schon im 18. Jahrhundert hochberühmt und in den wichtigsten Sammlungen von Dresden bis Paris vertreten. Sein graphisches Werk wurde jedoch erst durch jüngere Forschungen ganz erfaßt, datiert und erklärt. Das erfährt man aus dem hochgelehrten Katalog.

Der venezianische Meister hat nur 36 eigene Radierungen geschaffen und vierundvierzigmal als „Figurinista" bescheidenen Kupferstechern geholfen. 1739 fing das an. Da begann er auf die Bitte des Radierers Giampiccoli, Figurengruppen für Landschaften nach Marco Ricci zu schaffen. Das Stümperwerk des Auftraggebers versinkt jedoch vor der leuchtenden Frische der Figuren Tiepolos, der offenbar Freude an dieser ungewohnten Arbeit fand.

Die zehn „Capricci" und die 26 „Scherzi di Fantasia", die er in den folgenden Jahren schuf, sind gemessen an seinen rund zweitausend Zeichnungen und den zahllosen Bildern und Fresken nur ein winziger Teil seines Werkes. Aber sie weisen ihn neben den Landsleuten Piranesi und Canaletto als einen der bedeutendsten Radierer des 18. Jahrhunderts aus.

Leuchtend und nächtlich zugleich sind diese Blätter voll ironischer Grandezza. In ihnen kehren natürlich viele der Figuren wieder, die man vor allem aus seinen Zeichnungen kennt. Real und zeitlos ist die Welt voll Zauberer und Faune, Schlangen und Käuzchen, Epheben und alten Weisen, die Tiepolos Meisterstift aus magischem Halbdunkel in das Licht der Aufklärung treten läßt. (Bis 6. April; Katalog Edizione Vianello Libri/Foligraf, 25 000 Lire.)

MONIKA von ZITZEWITZ



Scherzo der Fantasie: „Pulcinella, zwei Magier und ein Ephebe" (1744) von Giambattista Tiepolo, aus der Ausstellung in Venedig FOTO: DIE WELT

Venedig: Jean-Pierre Ponnelle inszeniert Rossinis „Otello" im La Fenice

Drei Tenöre werben um Desdemona

Man muß ihn mit den Werken seiner Zeit vergleichen, um dem immensen Eindruck nachzuspüren, den er hervorrief. Falsch wäre es, Rossinis „Otello", der jetzt am Teatro La Fenice von Venedig herauskam, an Verdi zu messen, oder genauer den Text des Marchese Berio di Salsa an Boitos Shakespeare-Bearbeitung. Von Shakespeare ist bei dem dilettierenden Grafen nur das Eifersuchtsdrama zwischen dem Schwarzen und der weißen Frau geblieben.

Zwar wissen wir längst, daß Rossini zwischen ernsten und komischen Stoffen hin- und hermanövrierte, zum anderen bezeugen aber seine in Neapel entstandenen ernsten Werke eine stete Konzentration hin zu musikdramatischem Ausdruck. Und zumindest der dritte Akt seines „Otello" ist romantische Oper, ist eine beispiellose Erfindung Rossinis, der hier tatsächlich schon Donizetti und Bellini vorwegnimmt.

Jean-Pierre Ponnelle realisierte diesen „Otello" mit leichter Hand, was nicht Flüchtigkeit verhieß, sondern feindosierte Komik, Ironie und ein zuverlässiges Stilgefühl. Seine Venedig-Veduten weiß in grau auf durchschimmernden Leinwänden, auf den Segeln, welche für ihn zum Symbol für die Lagunenstadt werden. Selbst so abgeleierten Tricks, wie dem des über die Bühne segelnde Miniaturschiff, gewinnt Ponnelle witzige Effekte ab. Dieser „Otello" ist nicht die Tragödie der Eifersucht, sondern eine lockere Empirekomödie – nicht ganz mit der Eleganz Scribes –, an die sich ein dritter Akt anschließt, der alles Vorausgegangene vergessen läßt.

Auch Rossinis Musik bis dahin, deren kurze Stretta-Aufschwünge recht kühl wirken und deren ausgedehnte, vom Orchester begleitete Rezitative zur Manie werden, da Berio di Salsa selten einen plausiblen Grund für seine abstrusen Verwicklungen anbietet. Vor allem leiden alle Aufführungen im La Fenice an einem Orchester, das sich dieses Mal zwar hörbar Mühe gab, aber mit wohl unüberwindlichen technischen Hindernissen zu kämpfen hat. Der Dirigent Roderick Brydon konnte somit Rossinis Partitur nur in Annäherungswerten ins Auge fassen.

Gleich drei Tenöre sieht Rossini für die Hauptrollen vor, ohne sie allerdings in gleichen Koloraturstreß zu zwingen. Rodrigo, Otellos Rivale um die Gunst Desdemonas, ist der koloraturentüchtige, schwindelnde Höhen erklimmende traditionelle Rossini-Tenor, den Raoul Gimenez mit wechselndem Standvermögen versah. Dramatische Attacke und amouröse Lyrik muß Curtis Rayam als Otello aufbringen, wobei er als Farbiger sozusagen mit Heimvorteil sang. Die Randfigur des Jago ist ein fast baritonaler Charaktertenor (Iorio Zennaro).

Unverständlich, daß im letzten Jahrhundert die Primadonnen so gerne in die Hosen der Titelrolle schlüpften, denn die Desdemona bietet doch alle Trümpfe eines äußerlich brillanten Koloraturgefunkels wie des seelenvollen, elegischen Gesangs. Es spricht für June Anderson, daß sie nicht nur perfekte Kehlkopfakrobatik lieferte, sondern Wirkung vor allem in den elegischen Todesahnungen anstrebte. ROLF FATH

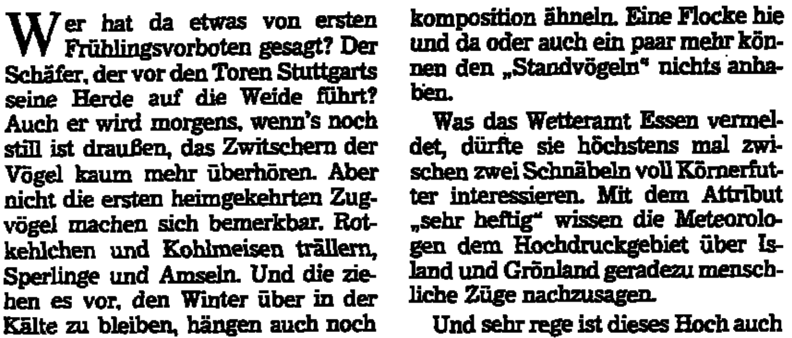
Tief verschneite Landschaft im Süden / Meterhohe Eisschollen in der Lübecker Bucht / Eismeer-Bewohner im Zoo sind quicklebendig







FOTOS: ZIMMERMANN/AP/STUHLER



Deutschland – ein Wintermärchen

Wer hat da etwas von ersten Frühlingsvorboten gesagt? Der Schäfer, der vor den Toren Stuttgarts seine Herde auf die Weide führt? Auch er wird morgens, wenn's noch still ist draußen, das Zwitschern der Vögel kaum mehr überhören. Aber nicht die ersten heimgekehrten Zugvögel machen sich bemerkbar. Rotkehlchen und Kohlmeisen trällern, Sperlinge und Amseln. Und die ziehen es vor, den Winter über in der Kälte zu bleiben, hängen auch noch so viele Eiszapfen glitzernd an den Regenrinnen, mögen die Tannen auch noch so einer Zuckerbäckerkomposition ähneln. Eine Flocke hie und da oder auch ein paar mehr können den „Standvögeln" nichts anhaben.

Was das Wetteramt Essen vermeldet, dürfte sie höchstens mal zwischen zwei Schnäbeln voll Körnerfutter interessieren. Mit dem Attribut „sehr heftig" wissen die Meteorologen dem Hochdruckgebiet über Island und Grönland geradezu menschliche Züge nachzusagen.

Und sehr rege ist dieses Hoch auch noch: Arktische Kaltluft schickt es beständig nach Mitteleuropa. Über Deutschland hat sie sich festgesetzt, und in den nächsten Tagen sieht die Kälte sich auch noch nicht veranlaßt abzuziehen. Über 25 Grad minus, ein paar Grade mehr als beispielsweise in Moskau, wundert sich hierzulande niemand mehr.

Fast März schon ist es, aber Deutschland bleibt ein Wintermärchen.

Der Bauer spannt nun langsam seine Rößlein ein, singt Volkes Stimme. Zur Zeit allerdings schauen manche eher skeptisch drein. Nicht jene, wie man annehmen möchte, deren Äcker tiefverschneit daliegen. Mit Sorge blickt der Landmann auf seine Scholle, wenn der Schnee wegweht oder durch die Sonnenstrahlen schmilzt und das Land erdfarben daliegt, scheinbar nur mit einem harmlosen Hauch von Reif überzogen. Hier aber zeigt sich der Winter von seiner heimtückischen Seite: Bis zu einem halben Meter frißt sich der Frost in den Boden, wenn keine schützende Schneedecke darüberliegt. Die Wintersaat leidet, Weizen, Roggen und Raps.

Am empfindlichsten ist der Roggen. Oft erst Ende Oktober eingesät, hat er jetzt noch keinen Wurzelstock und kaum Blätter ausgebildet. Und dann auch noch der scharfe Ostwind, typisch für diese Witterung: Wenn er über die Felder pfeift und kalte Luft aus dem Baltikum mitbringt, trocknet der junge Roggen zu allem Überfluß auch oberirdisch aus. Ob der Vegetationskegel wieder aufgepäppelt werden kann, das erkennt der Bauer erst, wenn's wärmer wird.

Ein skeptisches Stirnrunzeln ringen die Temperaturen auch den Schiffern an der Ostseeküste ab: In Schleswig-Holsteins Küsten- und Binnengewässern waren gestern 20 Eisbrecher im Einsatz. In der Fahrrinne der westlichen Ostsee formierten sich improvisierte Konvois, nur starkmotorige Schiffe hatten überhaupt eine Chance. 20 Zentimeter dick ist das Eis mittlerweile auf See, 30 Zentimeter in den Buchten und gar 40 in den Häfen. Eisschollen türmen sich meterhoch in der Lübecker Bucht.

Einhellige Freude dagegen bei den Eismeer-Bewohnern, die es in die Zoologischen Gärten verschlagen hat: „Lebhaft wie selten sind unsere Eisbären zur Zeit", haben die Pfleger in Hagenbecks Tierpark zu Hamburg festgestellt, „kein Vergleich zum trägen Herumdösen im Sommer". Und auch Robben, Pinguine und Walrosse sind kaum zu halten. Sie produzieren in klirrender Kälte ein quirliges Durcheinander. Der Besucher, der kleine zumal, sieht es mit Vergnügen und roter Nase.

Anfang kommender Woche nähert sich von der Biskaya wärmere Luft, sagen die Meteorologen, das trockene Wetter hat dann ein Ende und einige Regentropfen bleiben uns aller Voraussicht nach nicht erspart. Rotkehlchen und Amseln sollte man vorwarnen: Denn so unbeeindruckt sie von der weißen Pracht sind – wenn das Gefieder naß und schwer wird, mögen sie gar nicht mehr singen. sko

Piraten des elektronischen Zeitalters

Studie enthüllt: 15 Milliarden Mark Schaden jährlich durch Computerkriminalität

H. WATERMANN, Bonn

Der Chefprogrammierer einer Bank rundet beim Verzinsen Pfennigbeträge ab und läßt die Differenz vom Computer seinem Konto gutschreiben. Stolzes Ergebnis nach zwei Jahren: eine halbe Million Mark.

Drei Jahre lang füllte eine Bundeswehrangestellte Computerzahlungsanweisungen an fiktive Soldaten aus. Die Arbeit schlug sich mit 570 000 Mark auf Scheinkonten nieder.

Auf hauseigene Mittel griff der Leiter eines Sozialamtes zurück. Per Computermanipulation lenkte er 155 000 Mark aufs eigene Konto.

Ein Beamter der Deutschen Bundespost hatte eine besonders erfolgreiche „Systemschleife" angelegt: Sie brachte ihm fünf Millionen Mark ein. Bisher „Rekord" im Computerbetrug.

Dies sind nur wenige aus einer langen Reihe von Beispielen. Computerkriminalität – das Verbrechen auf Tastendruck – wird zum immer drängenderen Problem. Der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Rolf Krumsiek, hat jetzt auf die Verluste aufmerksam gemacht, die Wirtschaft und Staat durch Computerdelikte erleiden. Sachverständige schätzen den Gesamtschaden auf 15 Milliarden Mark pro Jahr.

In der Bundesrepublik Deutschland sind mehr als 600 000 elektronische Datenverarbeitungsanlagen, darunter 50 000 große Anlagen, im Einsatz – in Büros, Banken, Verwaltungen und Haushalten. Mit dem wachsenden Einsatz von Computern sind aber auch neue Formen der Kriminalität entstanden, denen Justiz und Polizei noch nicht gewachsen sind. Krumsiek hat dieser neuen Variante der Wirtschaftskriminalität den Kampf angesagt. In einem Vortrag vor Juristen in Bielefeld nannte er drei Hauptgruppen der Computerkriminalität:

– Vermögensdelikte, wie Computerbetrug, -spionage oder -sabotage;
– Delikte gegen Persönlichkeitsrechte, gegen die Privatsphäre;
– Verstöße gegen überindividuelle oder soziale Rechtsgüter, wie die nationale Sicherheit oder die Integrität computergestützter parlamentarischer Entscheidungen.

Zum Hauptproblem haben sich die computerspezifischen Vermögensdelikte entwickelt. Vier Tatkreise lassen sich hier eingrenzen:

- Die Manipulation der Daten – etwa die Erhöhungen von Gehaltszahlungen, unberechtigte Überweisungen, Kontenmanipulationen in Bankcomputern, Löschung von Forderungen – stellt mit rund 60 Prozent den Hauptteil dieses Tatkreises.
- In der Wirtschaftspraxis spielen Computerspionage und Software-Diebstahl eine wesentliche Rolle. Die Brisanz dieser Delikte liegt darin, daß in der Bundesrepublik jährlich bis zehn Milliarden Mark in die programmtechnische Entwicklung von Software investiert werden und daß computergespeicherte Daten zu einem der wichtigsten Träger betrieblichen Know-hows geworden sind. Wer sich früher als erfolgreicher Wirtschaftsspion betätigte, mußte Aktenberge durcharbeiten und photographieren. Heute genügt es, ein Magnetband oder eine Bildplatte zu kopieren oder zu entwenden.
- Auch die Bedeutung der dritten Gruppe, die Computersabotage, hat deutlich zugenommen. Diese Deliktart wird oft von Mitarbeitern mit enttäuschten Karriereerwartungen und von verärgerten oder um den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchtenden Angestellten begangen. Auch „Überzeugungstätern", die im Computer das Symbol allgegenwärtiger Überwachung oder ein Produkt der Rüstungsindustrie sehen, greifen zu kriminellen Manipulationen.
- Im Bereich der vierten Gruppe, des sogenannten „Zeitdiebstahls" – damit ist die unberechtigte Nutzung von EDV-Anlagen gemeint –, hat der zunehmende Anschluß von Computern an die Datenfernverarbeitung den „Hackern" Tür und Tor geöffnet. Sie dringen über Telefon- und Standleitungen in fremde Computersysteme ein und können, auch aus dem Ausland, stören und manipulieren.

LEUTE HEUTE

Nackte Tatsachen

Der gewohnte Empfang war es nicht für die Queen. Am Montag wurde ihr Wagen in Neuseeland mit Eiern beworfen. Doch es sollte noch schlimmer kommen. Gestern reckte ein Angehöriger der Maori-Urbevölkerung **Elizabeth II.** sein entblößtes tätowiertes Hinterteil entgegen. Die Königin selbst, so die Polizei, hat von dem Vorfall nichts bemerkt. Der Maori wurde festgenommen und wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses angeklagt. Es ist kein anderer als **Dun Mihaka**, der schon vor drei Jahren beim Neuseeland-Besuch von **Prinz Charles** und Prinzessin **Diana** in derselben Weise protestiert hatte.

Kleine Brötchen

Nur in der Mailänder Scala mit ihren 3000 Plätzen zu singen, ist für den weltberühmten Operntenor **Luciano Pavarotti** (50) so, als „backe man Brot nur für die eigene Familie". Am 26. Juli braucht er in München beim einzigen deutschen Konzert anläßlich seines 25. Bühnenjubiläums keine kleinen Brötchen mehr zu backen: Der schwergewichtige Sänger tritt in der Olympiahalle auf, der Verkauf der 12 000 Karten von 50 bis 140 Mark beginnt morgen. Hallenchef **Werner Göhner** ist zuversichtlich: „Nach dem Pavarotti-Gastspiel werden wir mehr Geld in der Kasse haben als nach dem Davis-Cup-Finale mit **Boris Becker**."

Vertrackte Schweinerei

„Optische Einwirkung" schuld am Tod zweier Sauen?

EWALD REVERMANN, Münster

Können Borstenviecher durch einen landenden Freiluftballon so geschockt sein, daß sie vor Schreck das Zeitliche segnen? Tod durch Lärm und durch „optische Einwirkung" – dieses juristische Neuland soll der Vorsitzende der ersten Zivilkammer des Landgerichts Münster, Helmut Schneider, heute in einem vierten Termin klären. Hauptdarsteller: zwei nicht mehr existierende Sauen, ein geplagter Bauer und ein Fernsehmann, der an allem schuld sein soll.

Der Schock kam aus heiterem Himmel. Franz Burbach, als Wetterfrosch im WDR-Regionalfernsehen ein Publikumsliebling, war am 28. September 1980 als Hobby-Ballonfahrer mit drei Freunden in Köln gestartet. Der Wind trieb ihn 160 Kilometer weit ins Münsterland und im Örtchen Heek bei Ahaus im Landeanflug angeblich so tief über eine Wiese, daß die dort wühlenden Schweine Reißaus nahmen.

„Über die Köpfe hinweg, die Tiere waren zu Tode erschrocken", jammerte später Bauer Albert Mieling. Zu viert habe man zwei trächtige Sauen eine Stunde lang suchen müssen. Die eine habe schon nach wenigen Stunden das Zeitliche gesegnet, die andere wenige Tage danach. Herzinfarkt durch Schock, befand der Schweinezüchter, klagte gegen den fliegenden Wetterfrosch beim Amtsrichter in Ahaus und forderte 2030 Mark Entschädigung. Seine beiden trächtigen Sauen seien schließlich nicht nur durch abgeworfenen Ballast in Todesangst versetzt, sondern vor allem durch „optische Einwirkung". Die Tiere hätten mit dem Fesselballon und dessen Riesenschatten ein Ungetüm vom Himmel auf sich zukommen sehen. Deswegen seien seine Viecher wie die Wilden ausgerissen. Ballonfahrer Burbach sieht das alles anders: Er sei nicht zu tief geflogen.

Im Prozeß erster Akt vor dem Amtsrichter in Ahaus bekam Bauer Mieling zum Teil Recht: 945 Mark für eine Sau. Wegen eines Formfehlers mußte das Ahauser Gericht ein zweites Mal verhandeln. Es blieb bei dem ersten Urteil. Dagegen wiederum legte der Wetterfrosch Berufung ein. Runde drei platzte wegen Abwesenheit eines Experten.

So wird nun heute zum vierten Mal seit fünfeinhalb Jahren über tote Schweine verhandelt, die wohl teuersten, die je aus Westfalen gekommen sind: Rechnet man alle juristischen Anstrengungen mit Betroffenen, 15 Zeugen und hochkarätigen Wissenschaftlern, Anwälten und Richtern zusammen, dürften die Schweine aus Heek einschließlich Prozeßkosten, Zeugenauslagen und umgerechneten Richtergehältern wohl auf 10 000–15 000 Mark kommen.

Kiechle vermittelt im Fall der entführten Farida

hd, München

Die Entführung der vierjährigen Farida Riaz aus dem Bungalow ihrer Großeltern in Kempten beschäftigt nun das Auswärtige Amt in Bonn. Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, in dessen Wahlkreis sich die spektakuläre Entführung ereignete, hat das Auswärtige Amt ersucht, sich der Angelegenheit anzunehmen. Die vierjährige Farida war in der Nacht zum Samstag von zwei maskierten Männern und einer Frau aus dem Bungalow der Großeltern entführt und mit dem Flugzeug von Frankfurt aus nach Pakistan gebracht worden. (WELT v. 25. 2.) Die Entführung war nach Angaben der Bundesgrenzschutzdirektion nur durch gravierende Fehler bei der Fahndung möglich. Die Kemptener Polizei hatte schon zwölf Stunden zuvor alle Flughäfen informiert. Zu diesem Zeitpunkt war nach Angaben der BGS-Direktion eine Paßkontrolle „mit allergrößter Wahrscheinlichkeit" nicht besetzt. Auch das Bundeskriminalamt war unzureichend informiert; daher konnte Interpol bei der planmäßigen Zwischenlandung in Istanbul nicht eingreifen.

Nach Rohrbruch evakuiert

dpa, Gelsenkirchen

Beim Bruch einer Erdgasleitung in Gelsenkirchen erlitt gestern morgen eine 29jährige Frau eine schwere Gasvergiftung und mußte in die Intensivstation eines Krankenhauses gebracht werden. 18 Personen wurden aus vier umliegenden Häusern vorsorglich evakuiert.

Großbrand in Öllager

rtr, Saloniki

In einem Großlager der griechischen Firma Jet Öl bei Saloniki standen gestern drei Tanks mit mehr als 19 000 Tonnen Petroleum-Produkten in Flammen. Durch den am Montag ausgebrochenen Großbrand wurde bereits ein Tank mit mindestens 3000 Tonnen Treibstoff zerstört.

WETTER: Kalt

Lage: Ein Hoch mit Schwerpunkt über der Nordsee weitet sich nach Mitteleuropa aus. Deutschland verbleibt unter einem Einfluß im Bereich kalter Festlandsluft.

Vorhersage für Mittwoch: Heiter bis wolkig, zum Teil auch neblig-trüb und meist niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen minus 7 bis minus 2 Grad, Tiefsttemperaturen minus 10 bis minus 16, in Süddeutschland bis minus 23 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten: Wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.12 Uhr*, Untergang: 17.58 Uhr; **Mondaufgang:** 21.49 Uhr, Untergang: 8.26 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 26. Feb., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-5	he
Bielefeld	-3	he
Braunlage	-8	he
Bremen	-4	he
Dortmund	-5	he
Dresden	-4	bw
Düsseldorf	-4	bw
Erfurt	-8	S
Essen	-4	be
Feldberg/S.	-14	S
Flensburg	-6	he
Frankfurt/M.	-3	he
Freiburg	-8	wl
Garmisch	-7	bw
Greifswald	-6	he
Hamburg	-4	he
Hannover	-7	he
Kahler Asten	-11	S
Kassel	-5	he
Kempten	-8	bw
Kiel	-5	wl
Koblenz	-3	bw
Köln-Bonn	-3	bw
Konstanz	-4	he
Leipzig	-8	wl
List/Sylt	-6	wl
Lübeck	-5	bw
Mannheim	-3	wl
München	-9	wl
Münster	-3	he
Norderney	-5	bw
Nürnberg	-4	wl
Oberstdorf	-7	bw
Passau	-4	wl
Saarbrücken	-4	wl
Stuttgart	-7	wl
Trier	-4	he
Zugspitze	-16	wl
Ausland:		
Algier	17	bw
Amsterdam	-3	he
Athen	18	he
Barcelona	14	he
Belgrad	-7	bw
Bordeaux	4	wl
Bozen	6	he
Brüssel	-2	he
Budapest	-3	wl
Bukarest	-5	S
Casablanca	15	bw
Dublin	-4	bw
Dubrovnik	6	R
Edinburgh	3	bw
Faro	15	he
Florenz	8	he
Genf	-3	bd
Helsinki	-13	he
Hongkong	16	bw
Innsbruck	-1	he
Istanbul	3	R
Kairo	20	he
Klagenfurt	-3	he
Konstanza	-4	bd
Kopenhagen	-3	he
Korfu	16	bw
Las Palmas	19	he
Leningrad	-15	he
Lissabon	15	bw
Locarno	3	bd
London	-1	bw
Los Angeles	15	wl
Luxemburg	-5	wl
Madrid	10	he
Mailand	5	bd
Malaga	18	he
Mallorca	16	he
Moskau	-13	he
Neapel	14	he
New York	-2	bw
Nizza	10	Rs
Oslo	-2	he
Ostende	-3	bw
Palermo	19	he
Paris	-1	wl
Peking	3	bw
Prag	-7	he
Rhodos	18	he
Rom	11	he
Salzburg	-7	wl
Singapur	30	bw
Split	8	he
Stockholm	-10	he
Straßburg	-6	wl
Tel Aviv	20	he
Tokio	10	he
Tunis	21	he
Valencia	18	he
Varna	-2	S
Venedig	2	he
Warschau	-9	bw
Wien	-5	wl
Zürich	-6	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; ...

Er hat den Flug in die Hölle überlebt

PETER SCHMALZ, München

Hans Bertram meidet großes Aufsehen an seinem 80. Geburtstag. Ein Glas Sekt wird er heute abend trinken und einen Reiberdatschi essen, den Ehefrau Doris zubereitet. Tagsüber aber wird er am Schreibtisch im Luftbildarchiv von Riem sitzen, das er zur größten bayerischen Sammlung dieser Art ausgebaut hat. Seinen Arbeitseifer begründet er mit der zeitraubenden Mitarbeit an einer Fernsehserie.

Der Film erzählt die Geschichte eines jungen Deutschen, der 1932 mit einer als Wasser- und Landflugzeug verwendbaren Junkers W 33 zum Flug um die halbe Welt aufbrach und nach vollendeter Mission an der Nordwestküste von Australien während eines abenteuerlichen Nachtflugs im Sturm die Orientierung verlor und an einer unbewohnten und zerklüfteten Wüstenküste notlanden mußte. Der Mann hieß Hans Bertram. Der Zwischenfall machte ihn weltberühmt.

Bertram und sein Mechaniker Klausmann überlebten die Landung, mußten aber bis zu ihrer Rettung 53 Tage später ein unvorstellbares Martyrium durchleiden. Ihr Wassersack wurde leck, das Gepäck ging verloren. Wurzeln, Schnecken und Eidechsen waren die spärliche Nahrung, der Mechaniker wurde krank und war dem Tod nahe. Bertram trug ein Halstuch bei sich, das ihm die Mutter zur Pilotenprüfung geschenkt hatte. Für ihn war es das, was er heute die „Nabelschnur zum Leben" nennt. Das Tuch liegt in seinem Büro, wo auch ein Modell der „Atlantis" steht, mit der er damals im Busch niedergehen mußte.

Ihre Rettung verdankten sie einer Missionsstation, die mit Eingeborenen auch dann noch nach ihnen hatte suchen lasen, nachdem sie von den offiziellen Suchtrupps längst aufgegeben waren. Bertram beschrieb dies in seinem Buch „Flug in die Hölle", das in 20 Sprachen übersetzt wurde und eine Auflage von zweieinhalb Millionen erreichte.

Die Sehnsucht nach Abenteuer und der Mut zu immer neuen Taten bestimmten sein Leben. Bei Blohm + Voss lernte er Praxis und an der Technischen Universität Münchens die Theorie des Schiffs- und Flugzeugbaus, der chinesischen Regierung half er beim Aufbau einer Marine-Luftwaffe und übte sich als Regisseur und Drehbuchautor, kam aber mit den Nazis über Kreuz, weil einer seiner Hauptdarsteller ein Jude war.

Kurz vor Kriegsanbruch unternahm er 1938 einen Weltflug, nach dessen Rückkehr er triumphal gefeiert wurde, sechs Jahre nach Kriegsende startete er nochmals zu einer Weltumrundung. 1954 – ein Jahr nach der Scheidung von der Schauspielerin Gisela Uhlen – gründete er mit dem „Bayerischen Flugdienst" Bayerns erste Nachkriegs-Luftgesellschaft, die vornehmlich Nordbayern mit München und Frankfurt verband.





„Weltflieger", Abenteurer, Schriftsteller – Hans Bertram (links im Jahre 1938) wird heute 80. FOTOS: DPA/DIE WELT

ZU GUTER LETZT

„Das Straßenverkehrsrecht rund um den Ackerschlepper". Aus dem Veranstaltungskalender der Universität Göttingen.

